

*Barbara Fontanellaz, Christian Reutlinger
und Steve Stiehler (Hrsg.)*

➤ Soziale Arbeit und die Soziale Frage
Spurensuchen, Aktualitätsbezüge, Entwicklungspotenziale

Schriften zur Sozialen Frage

Barbara Fontanellaz, Christian Reutlinger
und Steve Stiehler (Hrsg.)

Soziale Arbeit und die Soziale Frage

Spurensuchen, Aktualitätsbezüge,
Entwicklungspotentiale

Schriften zur Sozialen Frage

Band 8

Herausgegeben von Christoph Maeder, Eva Nadai, Martina Koch,
Christian Reutlinger und Jean-Pierre Tabin

Der als «Soziale Frage» bezeichnete Theorie- und Empiriezusammenhang im Kontext von sozialer Ungleichheit, Marginalisierung und Ausschluss ist ein traditioneller Bestand des soziologischen Denkens. Hier vereinigen sich die klassischen soziologischen Fragen zur Gesellschaft: Welche Akteure gestalten die soziale Ordnung und welche Wirkungen haben ihre Handlungen, Strategien und Dispositive? Wie werden bestimmte soziale Arrangements legitimiert und praktisch durchgesetzt? Unter welchen Umständen und wie werden Ausschnitte der sozialen Ordnung in der Öffentlichkeit, der Politik und in der Wissenschaft überhaupt als «soziale Probleme» codiert?

Diese Programmatik bestimmt den Rahmen der Reihe «Schriften zur Sozialen Frage». In ihr kommen verschiedene Strömungen und Herangehensweisen soziologischen Denkens zu Wort. Theoretische Überlegungen werden neben exemplarischen Fallstudien und zeitdiagnostischen Analysen stehen.

Barbara Fontanellaz, Christian Reutlinger
und Steve Stiehler (Hrsg.)

Soziale Arbeit und die Soziale Frage

Spurensuchen, Aktualitätsbezüge,
Entwicklungspotentiale

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte, bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Schriften zur Sozialen Frage



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

© 2018, Seismo Verlag
Zähringerstrasse 26, CH-8001 Zürich
E-Mail: info@seismoverlag.ch
<http://www.seismoverlag.ch>

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung (Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen u. a. m.) dieses Werkes oder einzelner Teile ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

ISBN 978-3-03777-183-9 (Print)

ISBN 978-3-03777-724-4 (PDF)

Umschlaggestaltung: Hannah Traber, St.Gallen

Inhalt

Verzeichnis der Quellentexte	7
Einleitung: Soziale Arbeit und die Soziale Frage <i>Barbara Fontanellaz, Christian Reutlinger, Steve Stiehler</i>	9
Quellentexte	15
Historische Zugänge	27
Armut anders denken. Die Soziale Frage und die Anfänge der Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz <i>Sonja Matter</i>	29
Eine verhängnisvolle Verstrickung – Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Psychiatrie in der Geschichte der Heimerziehung <i>Manfred Kappeler</i>	44
Die Wohnungsfrage revisited: einige Gedanken zu den sozialräumlichen Dimensionierungen des Wohnens <i>Christian Reutlinger</i>	65
Zur Sozialen Frage als Ausgangspunkt für die Ausbildung in der Sozialen Arbeit. Ein Beitrag zur Diskussion <i>Ruedi Epple</i>	87
Quellentexte	99
Politische Zugänge	121
Klassengesellschaft und soziale Reformen <i>C. Wolfgang Müller</i>	123
Die Soziale Frage als Klassenfrage. Eine historische Präzisierung für die Soziale Arbeit <i>Sibille Hartmann</i>	137
Quellentexte	161
Zur Vermittlung sozialer und politischer Fragen im Kontext von Frauenemanzipationsbestrebungen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert <i>Susanne Maurer</i>	166
Quellentexte	183

Theoretische Zugänge	205
Von der Sozialen Frage zu zehn Regeln gegenwärtiger sozialpädagogischer Theorie. Historisch informierte Anmerkungen <i>Bernd Dollinger</i>	207
Von der vergangenen Gegenwart zur gegenwärtigen Zukunft. Überlegungen zur sozialphilosophischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage <i>Mathias Lindenau und Marcel Meier Kressig</i>	224
Dispositionen der Sozialen Frage – Ausbeutung, Rassismus, Selbstschädigung <i>Stefan Paulus</i>	244
 Autorinnen und Autoren	 263

Verzeichnis der Quellentexte

Quellentexte (1)

- Fueter, Emanuel Eduard. 1948. *Die sozialen Fragen vom Standpunkte des praktischen Arztes*. Präsidialvortrag, gehalten an der Hauptversammlung der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft des Kantons Bern im Juli 1848. Zürich: Druck der Schulthess'schen Offizin. 16
- Pflüger, Paul. 1896. *Das sociale Krebsübel*. Rede zur Maifeier 1896 in Chur. Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins. 21

Quellentexte (2)

- Meyer-Merian, Theodor und Balmer-Rinck, Johann Jakob. 1859. *Sicherer Wegweiser zu einer guten und gesunden Wohnung*. Basel: Bahnmaier's Buchdruckerei. 100
- Arnold, Wilhelm. 1891. *Basel's Wohnungselend! Darlegung der Ursachen und Wirkungen und Vorschläge zur Abhülfe*. Propaganda-Schrift. Im Auftrage des Wohnungsmiether-Vereins Basel. Basel: Druck der Vereinsbuchdruckerei. 105
- Schuler, Fridolin. 1884. *Zur Alkoholfrage. Die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in der Schweiz und ihr Einfluss auf die Ausbreitung des Alkoholismus*. Im Auftrage des Departements des Innern der schweiz. Eidgenossenschaft. Bern: Stämpfli'sche Buchdruckerei. 110
- Concett, Verena. 1929. *Erstrebtes und Erlebtes. Ein Stück Zeitgeschichte*. Leipzig/Zürich: Grethlein & Co. 115

Quellentexte (3)

- Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, IV (undatiert). *Wo fehlt's?* 162
Bern: Buchdruckerei Stampfli, Lack, Scheim & Cie.

Quellentexte (4)

- Merz, Johannes. 1909. *Erlebnisse u. Erfahrungen eines Appenzeller Webers* (Von ihm selbst erzählt), hrsg. von Jakob Lorenz. Anlässlich der Schweiz. Heimarbeiterausstellung herausgegebene Zweite Auflage. Besorgt von J. Lorenz. Zürich: Kommissionsverlag der Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins. 184
- Treichler, Johann Jakob. 1858. *Mittheilungen aus den Akten der zürcherischen Fabrikkommission*. Zürich: Orell, Füssli und Comp. 189
- Spinner, Dr. J. 1913. *Arbeiterschutz und gewerbliche Vergiftungen in der Schweiz*. Separatabdruck aus der «Zeitschrift für schweizerische Statistik», 49. Jahrgang. Bern: Buchdruckerei Stämpfli & Cie. 196
- Seidel, Robert. 1909. *Soziale Frage. Schule und Lehrerschaft. Ihr Zusammenhang und ihr Verhältnis* (Zweite Auflage). Zürich: Verlag Art. Institut Orell Füssli. 199
- Schweizerischer Arbeiterbund. 1875. *Eingabe des Schweizerischen Arbeiterbundes an die hohe schweizerische Bundesversammlung in Bern. Betreffend das zu schaffende Bundesgesetz: über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter (Art. 34 der Bundesverfassung)*. Zürich: Druck der Aktienbuchdruckerei. 202

Einleitung: Soziale Arbeit und die Soziale Frage

Barbara Fontanellaz, Christian Reutlinger, Steve Stiehler

Die sozialen Folgen der Industrialisierung und die daraus hervorgegangenen sozialen Probleme wurden ab Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem durch Akteurinnen und Akteure der bürgerlichen Öffentlichkeit als «Soziale Frage» verhandelt. In den Fokus gerieten Themen wie Armut, Verwahrlosung, Krankheit, Wohnfragen, Arbeitslosigkeit, soziale Bewegungen, Klassenfragen, soziale Sicherheit, soziale Ungleichheit usw. Leitend war die Erkenntnis, dass soziale Not weder gottgegeben noch individuell verschuldet, sondern eine Folge der wirtschaftlichen und politischen Ordnung war. Daraus erfolgte entsprechend die Einsicht, dass eine gesellschaftliche Verantwortung zur Linderung bzw. Bewältigung der Konsequenzen notwendig war (Degen 2012). Seither wird die «Soziale Frage» in unterschiedlichen Kontexten und unter verschiedenen Perspektiven diskutiert.

Weshalb sollte man sich heute – lange nach der Industrialisierung und den damit einhergehenden, uns bekannten Bildern von rauchenden und lärmenden Fabriken, ärmlichen und überfüllten Behausungen, ungesunden Lebensbedingungen, Krankheiten, Not, Armut usw. – mit der Sozialen Frage beschäftigen? Und weshalb denken wir, dass die Beschäftigung mit der (neuen) Sozialen Frage gerade im Kontext Sozialer Arbeit (wieder) wichtig wird? Eine fürs Erste oberflächliche Antwort auf diese Fragen findet, wer den medialen Diskurs zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet – dann zum Beispiel, wenn es um den radikalen demographischen Wandel, sich weiter ausdifferenzierende soziale Ungleichheiten oder die wachsenden Herausforderungen in Bezug auf weltweite Migration geht. Es ist wieder die Rede von der Sozialen Frage, wie folgende drei exemplarische Beispiele aus dem politischen Kontext verdeutlichen:

- › «Als Neue Soziale Frage bezeichnet man das [...] sozial- und gesellschaftspolitische Konzept, das die sozialen Partizipationschancen derjenigen Bevölkerungsgruppen verbessern will, deren soziale Sicherung nicht unmittelbar aus einem Arbeitsverhältnis abgeleitet werden wird und

deren Anliegen nicht durch Interessenverbände vertreten werden.» (Becker und Buchstab 2002, 602 f.)

- › «Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.» (AfD Politiker Björn Höcke, Landesvorsitzender Thüringen, 28.4.2016)
- › ««Die Auseinandersetzung mit der populistischen Rechten gewinnt man nicht mit der Diskussion über deren Fremdenfeindlichkeit, sondern mit der Debatte über die soziale Frage. Kurz und provokativ: Die Antwort auf die Fremdenfeindlichkeit ist der Klassenkampf, betont er.» (SP-Präsident Christian Levrat, Sonntagszeitung vom 13.11.2016, 1)

Mit der Auswahl dieser Zitate werden einige zeitgenössische parteipolitische Perspektiven sichtbar, die alle auf die Soziale Frage referenzieren, damit aber unterschiedliche Deutungen für sich beanspruchen. Sie werden zwangsläufig in unterschiedlichen (sozial-)politischen Programmen ihren Niederschlag finden und je nachdem, wer für sich Deutungshoheit beanspruchen kann, für die Soziale Arbeit von grosser Relevanz sein, da diese in einem engen Verhältnis zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen steht. Ein kurzer Einblick in die über hundertjährige Geschichte der Sozialen Arbeit macht dabei deutlich, dass sich Soziale Arbeit durch den Einsatz von gesellschaftspolitischen AkteurInnen für die Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Aufgaben als Instanz des Wohlfahrtstaates etabliert hat. Sowohl die Entwicklung professioneller und disziplinärer Grundlagen Sozialer Arbeit als auch deren Legitimierung und Institutionalisierung weisen somit immer auch gesellschaftspolitische Bezüge auf (Kessel 2009). Soziale Arbeit wird damit als gesellschaftspolitischer Akteur bestimmt, welcher die Aufgabe zukommt, sich aktiv gestaltend hinsichtlich der Unterstützung von Menschen in alltäglichen Lebenszusammenhängen einzubringen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam, die Deutungshoheit hinsichtlich der Bearbeitung der Sozialen Frage nicht Anderen zu überlassen, sondern Soziale Arbeit selber als gesellschaftlichen Akteur zu verstehen, um sich – und damit die sozialen Verhältnisse gestaltend – einzubringen.

Die Hinweise auf das erneute Auftauchen der Sozialen Frage in verschiedenen Debatten sowie das Verständnis Sozialer Arbeit als gesellschaftli-

cher Akteur alleine genügen allerdings nicht, um daraus Schlüsse hinsichtlich ihrer weiteren Bearbeitung zu formulieren. Vielmehr leitet sich daraus die Forderung ab, die Soziale Frage zunächst sorgfältig für die heutige Zeit zu rekontextualisieren, ehe daraus Ableitungen für zukunftsgerichtete Entwicklungen der Sozialen Arbeit formuliert werden können. Auf konzeptioneller Ebene kann die Soziale Frage in diesem Zusammenhang als «Grenzbegriff» verstanden werden, in dem Grenzen «[...] als Räume der Differenz und der Erweiterung des Bestehenden [...]» (Kessl 2009, 47) fungieren. Folgen wir dieser Definition und nutzen diese als Ausgangspunkt für weitere Betrachtungen, dann stellen wir damit sicher, dass nicht eine spezifische thematische Fokussierung (z. B. das Phänomen Armut) oder eine bestimmte Theorierichtung (z. B. Lebensweltorientierung) in den Blick gerät, sondern die Bemühungen sich auf die Erweiterung des Bestehenden richten. Dahinter steht die Idee, die Soziale Arbeit als eine Wissenschaft zu verstehen, welcher die Aufgabe zukommt, im Spannungsfeld gesellschaftlicher und professioneller Erwartungen sich mit der Entwicklung ihrer disziplinären Grundlagen zu befassen, diese zu reflektieren, zu erweitern, neu zu kontextualisieren usw.

Mit der vorliegenden Publikation wenden wir uns diesem Vorhaben zu, konzipieren dieses als Spurensuche, als Skizzen zur Verhältnisbestimmung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialer Frage. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Verhältnisbestimmung sprechen, dann ist diese in mindestens drei Dimensionen zu betrachten: a) dem Verhältnis zwischen Sozialer Frage und Praxis- bzw. Professionsentwicklung, b) dem Verhältnis zwischen Sozialer Frage und gesellschaftspolitischen Debatten und Entwicklungen und c) dem Verhältnis zwischen Sozialer Frage und Theorie- bzw. Disziplinentwicklung (vgl. dazu die Anordnung der Texte in der vorliegenden Publikation). Wenn gleich sich diese Dimensionen zumindest analytisch voneinander trennen lassen, so weisen sie untereinander doch zahlreiche Bezüge und Verschränkungen auf, die es Schritt für Schritt offenzulegen und zu analysieren gilt. Vor diesem Hintergrund wird die Leserschaft auf einen durch Fragen und Suchbewegungen angelegten Prozess mitgenommen, dessen Resultat erst nach Jahren der Entwicklungsarbeit vorliegen wird. Da es sich um ein Gegenstand von hoher Komplexität handelt, begegnen wir dieser Herausforderung mit grösstmöglicher Offenheit, wobei die Erkenntnisse erst im Laufe der Entwicklungen systematisiert und strukturiert werden sollen. Das methodische Vorgehen kann dabei am ehesten als sinnverstehend bezeichnet werden, bei welchem Beschreiben, Verstehen und Interpretieren die Grundlage für

Diskursivität und Erkenntnis bilden. Wie eine allfällige Antwort aussehen wird, welche Deutungen und Zugänge sich auf gesellschaftlicher Ebene und für die Soziale Arbeit durchsetzen werden, muss an dieser Stelle (noch) offen gelassen werden. Zu viele Akteure sind involviert, zu viele unterschiedliche Betroffenheiten werden artikuliert, zu komplex ist das Weltgeschehen, als dass einzelne Perspektiven für sich alleine Definitions- und Deutungsmacht beanspruchen können bzw. sollten.

Der vorliegende Band stellt nun ein Spektrum möglicher Zugänge zur Sozialen Frage zur Verfügung, in welchem Beiträge mit unterschiedlichen Perspektiven versammelt sind. Die im Band enthaltenen Beiträge eröffnen eine breit angelegte Spurensuche. Ein roter Faden, zum Beispiel im Sinne der Fokussierung auf ein bestimmtes Phänomen, eine theoretische oder methodologische Perspektive, ist nicht intendiert. Sichtbar werden verschiedene Zugänge hinsichtlich einer Verhältnisbestimmung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialer Frage. Damit möchten wir einer breiten Leserschaft die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der Komplexität der Sozialen Frage eröffnen, um vor diesem Hintergrund in die Diskussion mit verschiedenen Akteuren zu treten, damit einen Beitrag zur Beantwortung der Sozialen Frage im Kontext der Sozialen Arbeit zu leisten, um sich schliesslich gestaltend in gesellschaftliche Entwicklungen einzubringen.

Der Band ist in drei Teile gegliedert. In einem *ersten Teil* stehen Beiträge, welche sich aus *historischer Perspektive* der Entwicklung von Profession und Praxis Sozialer Arbeit nähern. Die Ausführungen beginnen Mitte des 19. Jahrhunderts und führen zum Teil bis in die Gegenwart hinein. Verschiedene Praxen Sozialer Arbeit sowie professionstheoretische Entwicklungen geraten in den Blick.

Die dazugehörigen Beiträge wurden von *Sonja Matter, Manfred Kappler, Christian Reutlinger* und *Ruedi Epple* verfasst.

Im *zweiten Teil* finden sich Beiträge mit *politischen Zugängen* und damit Ansätze einer sich als politisch verstehenden Sozialen Arbeit. Die Ausführungen führen zurück in die frühkapitalistische Gesellschaft als Geburtsstunde der Sozialen Arbeit, und ein kritischer Blick auf gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse soll dazu beitragen, daraus Begründungen für eine alternative Soziale Arbeit abzuleiten.

Die dazugehörigen Beiträge wurden von *Wolfgang Müller, Sibille Hartmann* und *Susanne Maurer* verfasst.

Im *dritten Teil* sind Beiträge gesammelt, welche die Verhältnisbestimmung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialer Frage mittels *theoretischer Zugänge* zu erschliessen suchen. Die Entwicklung sozialpädagogischer Theoriediskussion, die Relevanz sozialphilosophischer Betrachtungen hinsichtlich normativer Anforderungen an die Soziale Arbeit heute oder die Anwendung einer Dispositivanalyse zur Analyse des Zusammenhangs zwischen Struktur-, Symbol- und Subjektebene stehen zur Diskussion.

Die dazugehörigen Beiträge wurden von *Bernd Dollinger, Mathias Lindenau* und *Marcel Meier Kressig* sowie *Stefan Paulus* verfasst.

Auf eine detailliertere, wie dies an dieser Stelle jeweils üblich ist, zusammenfassende Darstellung der einzelnen Beiträge wird bewusst verzichtet. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Überlegung, dass zusammenfassende Darstellungen bereits erste Interpretationen beinhalten, damit Lesarten einschränken und den Fokus auf Aspekte richten, die möglicherweise nicht mit einer primären Wahrnehmung der Leserschaft übereinstimmen. Soviel sei jedoch vorweggenommen: Allen Beiträgen ist die Einschätzung gemeinsam, dass die Soziale Frage bis heute als nicht beantwortet gilt, sondern erst eine sorgfältige Kontextualisierung und begründete Wahl der Perspektive unterschiedliche Schichten und Bedeutungsgehalte offenzulegen vermag. Nicht auszuschliessen ist, dass die Soziale Frage als stetige "work in progress" zu verstehen ist, wie Schroer (2009) dies für die Theorie reflexiver Modernisierung formulierte: «Bei der Theorie reflexiver Modernisierung handelt es sich um ein kontinuierlich vorangetriebenes Projekt, das bis heute nicht abgeschlossen, vielleicht auch als unabschliessbar konzipiert ist» (2009, 491). Den Grund dafür sieht er darin, dass vor allem die Auseinandersetzung mit «Ereignissen aktueller Zeitgeschichte» im Zentrum steht. Diesem Umstand, das zeigen die Beiträge in diesem Band, ist auch für die Verhältnisbestimmung zwischen Sozialer Arbeit und Sozialer Frage in ihrer Vielschichtigkeit Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund sollen nicht vorschnell Antworten und Schlüsse gezogen werden für Praxen der Sozialen Arbeit.

Zwischen den Beiträgen finden sich im Sammelband immer wieder historische Illustrationen in Form von Quellentexten. Die Texte stammen von Einzelpersonen oder Körperschaften wie Weber, Ärzte, Politiker, Pädagogen, Pfarrer oder der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz usw. Bei den Textstellen handelt sich um Fragmente, Auszüge aus unterschiedlichen Schriften und Textsorten, die exemplarisch Phänomene beschreiben, welche im ausgehenden 19. und zu

Beginn des 20. Jahrhunderts unter dem Begriff der Sozialen Frage diskutiert worden sind. So finden sich Schilderungen zu allgemeinen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, Arbeitsbedingungen in Fabrik und Heimindustrie, Arbeitsunfälle und -vergiftungen, Arbeitsschutz, Kinderarbeit, Wohnungsnot, Ernährung und Hunger, gesellschaftliche Widersprüche usw. Mit diesen eindrücklichen Schilderungen erhalten die Beiträge der Autorinnen und Autoren zusätzliche Aussagekraft, wenn dem Leser vor Augen geführt wird, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen und Bedingungen die Soziale Frage im 19. Jahrhundert als Phänomen gesellschaftlich virulent wurde. Die Quellen stammen hauptsächlich aus dem Bestand des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich.

Literatur

- Degen, Bernhard 2012. Soziale Frage. In *Historisches Lexikon der Schweiz*. Unter <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16092.php> (18.6.2018).
- Fink, Ulf 2002. Die neue soziale Frage. S. 602–603 in *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*. hrsg. von Winfried Becker, Günter Buchstab, Anselm Doering-Manteuffel und Rudolf Morsey Schöningh. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Kessl, Fabian 2009. Soziale Arbeit als Grenzbearbeiterin. Einige grenzanalytische Vergewisserungen. S. 43–61 in *Kultur und Bildung. Neue Fluchtpunkte für die sozialpädagogische Forschung?*, hrsg. von Sascha Neumann und Philipp Sandermann. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Wiesbaden.
- Schroer, Markus 2009. Theorie Reflexiver Modernisierung. In *Handbuch Soziologische Theorien*, hrsg. von Georg Kneer und Markus Schroer. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Quellentexte

Fueter, Emanuel Eduard. 1948. *Die sozialen Fragen vom Standpunkte des praktischen Arztes*. Präsidialvortrag, gehalten an der Hauptversammlung der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft des Kantons Bern im Juli 1848. Zürich: Druck der Schulthess'schen Offizin. Seiten 1–5.

Pflüger, Paul. 1896. *Das sociale Krebsübel*. Rede zur Maifeier 1896 in Chur. Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins. Seiten 10–13.

Anleitungswegweiser besondere
Reisehefte
3 132



Die
sozialen Fragen

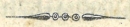
vom
Standpunkte des praktischen Arztes.

Präsidialvortrag,

gehalten an der Hauptversammlung der medizinisch-chirurgischen Gesellschaft
des Kantons Bern in Burgdorf im Juli 1848

von

Prof. Dr. Fueter.



• **Misstimung und Gährung herrschen seit Langem in den untern Schichten der Gesellschaft, und von da aus erhielten die erschütternden Ereignisse der letzten Monate, wenn nicht den ersten Anstoss, doch ihre überwältigende Kraft. Zugleich scheint der Grundsatz der unbeschränkten Volksherrschaft oder der Regierung der Mehrheiten sich immer allgemeiner wie von selbst zu verstehen, keinerlei weiterer Beweise seiner Naturgemässheit zu bedürfen. Die untern oder sogenannten arbeitenden Klassen bestimmen aber zu einem guten Theil Ansicht und Willen der zur Herrschaft gelangenden Mehrzahl und vertreten voraus die bürgerliche Gewalt im Staate. Die Bedürfnisse, Lebensverhältnisse und der Bildungszustand derselben werden daher künftig ganz besonders die Aufmerksamkeit und das Interesse aller derjenigen in Anspruch nehmen,**





denen die Zukunft der Menschheit im Grossen und Ganzen am Herzen liegt. War es zu jeder Zeit heilige Pflicht, die Zustände der Armen, Gedrückten und Klagenden zu untersuchen, zu würdigen und zu lindern, so fordern, bei der politischen Gestaltung der Neuzeit, diess nun auch dringend Klugheit und Eigennutz der Vermöglichen und Befriedigten. Was vor kurzer Zeit die höhern Stände als unfruchtbare Träume gutmüthiger Philanthropen vielleicht mitleidig belächelt hätten, dürfte günstigere Beachtung finden, seitdem ein Windsturm der Weltgeschichte den Boden der alten Zustände in wirbelnden Staubwolken aufgewühlt hat.

Die Fragen, um die es sich handelt, sind folgende: Ist das Unbehagen der unvermöglichen Klassen und ihre Bestrebungen nach politischer und sozialer Umgestaltung wirklich durch die Verhältnisse mehr oder weniger gerechtfertigt, oder sind sie blosser Aeusserungen gemeiner Selbstsucht und lieblosen Neides? Ist die Lage des Arbeiters und Proletariers eine durch höhere Naturgesetze unwiderbringlich gegebene und daher unveränderliche?

Können die Zustände und Lebensverhältnisse unserer heutigen Armen auf keine andere Weise umgewandelt werden, als etwa durch Beschränkung ihrer Fortpflanzung, durch Auswanderung im Grossen, Monopolisirung aller Arbeit, durch Gütergemeinschaft u. s. f., oder sind einfachere ausführbare Mittel und Wege zu Verbesserung ihrer Lagen vorhanden und bisher unversucht geblieben?

Es kann sich hier noch viel weniger als für die religionsphilosophischen Untersuchungen, die ich Ihnen voriges Jahr vorgelegt habe, um irgend eine erschöpfende und umfassende Ausführung des Gegenstandes handeln; ich beschränke mich daher darauf, von dessen unendlich zahlreichen Seiten vorzüglich nur diejenige herauszuheben, bei denen ärztliche Menschenkenntniss, Urtheil und Rath in Betracht kommen, und lege dabei vorzugsweise die mir durch langjährige eigene Erfahrung bekannt gewordenen einheimischen Verhältnisse zum Grunde.

Erlauben Sie mir vorerst, Ihnen das Lebensbild des Arbeiters in unserer, vergleichungsweise zu grossen Städten oder Fabrikorten sehr bevorzugten Stadt in flüchtigen Umrissen vorzulegen. Nach



einer mühseligen, ziemlich freudelosen Kindheit, zugebracht in engen, schmutzigen Wohnungen, in überfüllten Schulstuben, auf der Gasse, in der Küche, im Wald und unter hundert häuslichen Hülfeleistungen, die meist über Kräfte und Lust gehen, bringen die jungen Leute bei ihrem Eintritt ins bürgerliche Leben als Angebinde mit: einen kleinen, schwächlichen und zu Krankheiten geneigten Körper, wenig entwickelte Geisteskräfte, dürftige positive Kenntnisse und eine durch frühzeitig entwickelte Sinnlichkeit gelähmte sittliche Kraft.

◊ Geldmittel zu Erlernung irgend eines höhern oder schwierigern Handwerks gehen ihnen ab, sie sind daher auf Tagelöhnerarbeit oder die einfachsten Berufsarten, mit andern Worten auf Beschäftigungen angewiesen, für welche sie die allergrösste Konkurrenz finden und die ihnen nur den allernothwendigsten Unterhalt verschaffen. Der männliche Arbeiter gründet nun sofort oder nach kurzer Zeit seinen Hausstand, und wenn er auch theilweise durch die Arbeit seiner Frau unterstützt und erleichtert wird, so wächst doch die Familie von Jahr zu Jahr an und vermehrt die Bedürfnisse. Seine tägliche Beschäftigung (und er darf sich glücklich schätzen, wenn sie ihm nie oder nur selten ausgeht) ist mühsam, anstrengend, gleichförmig, beinahe ausschliesslich körperlich und setzt ihn zum Theil gesundheitsschädlichen Einflüssen, wie der Feuchtigkeit, Nässe, Kälte, Zugluft oder den Nachtheilen einer sitzenden Lebensweise in engen, dumpfen Räumen aus. Leichtere körperliche Uebel aller Art muss er überwinden und vernachlässigen, er trägt daher allenthalb Krankheitskeime ins reifere Mannesalter hinüber, die später wesentlich zu Beschränkung seiner Arbeitsfähigkeit beitragen. Seine tägliche Kost besteht beinahe ausschliesslich aus Kaffeebrühe mit Milch und Kartoffeln. Zur Erholung und Zerstreung nach beendigtem Tagewerk keine häuslichen Genüsse, keinerlei Behaglichkeit, kein freundliches Familienleben; überhaupt geht ihm jede geistige Anregung oder Beschäftigung ab. Tabak, Branntwein, körperliche Ruhe und Schlaf müssen beinahe alles andere ersetzen; aber auch seine Ruhe und sein Schlaf haben unversöhnliche Feinde im harten, schmutzigen und engen Bette, das er mit Frau und Kindern theilt, in der verdorbenen Luft und der schwülen Tem-

peratur des viel zu engen Zimmers, in den Insekten aller Art, die in ihm hausen, im Geräusch, das in den schlecht gebauten und überfüllten Häusern ihn von überall her umgibt, im Geschrei der kleinen Kinder, im Nachthusten einer Mutter oder Grossmutter u. s. f.

♣ Bis ins 50ste Jahr, vorausgesetzt, dass günstige Umstände ihn vor dem Laster der Trunksucht oder vor frühzeitiger Verdienstunfähigkeit durch Krankheit bewahren, gelingt es ihm, sich und die Familie durchzubringen; später ringt er mit immer geringerem Erfolg gegen die Konkurrenz jüngerer Kräfte, mit denen er auf dem Arbeitsmarkte zusammentrifft. Findet er noch Arbeit, so vermehrt sich doch von Jahr zu Jahr die Zahl der Krankheitstage, bis er zuerst im Winter, später auch das ganze Jahr hindurch mehr oder weniger kränkelt, hustet, engbrüstig wird, in Wassersucht verfällt und meist lange bevor die eigentlichen Lebenskräfte erschöpft sind, der organischen Störung irgend eines zum Leben nöthigen Organs erliegt.

♣ Das Weib des Arbeiters und Tagelöhners befindet sich in einer weit härteren Lage; es trägt grossentheils wie der Mann die Lasten des Berufs, der Arbeit und des Broderwerbs, sägt und trägt Holz, steht im härtesten Winter unter freiem Himmel, Morgens um 3 bis 4 Uhr beim Waschzuber, verrichtet jeden schweren und der Gesundheit nachtheiligen Tagelöhnerdienst, jede Landarbeit, obschon seine Körperbeschaffenheit ungleich zarter, verletzbarer, weitaus mehr Störungen und Krankheiten unterworfen ist. Dazu nun noch die ganze Last der Mutterpflichten! Nicht selten tritt die Menstruation bei ihnen im Verlauf von zwölf und mehr Jahren kein einziges Mal ein, weil sie immer entweder schwanger sind oder säugen. Ferner die Besorgung des Hauswesens, das Kochen, Waschen, die Kinderpflege — ohne Beihülfe von Dienstmägden! Was alles von Mühe, Anstrengung, Aufopferung, von Krankheitsursachen, von Erschöpfung, verkümmertem Lebensgenuss und unglücklichem physischem wie moralischem Selbstgefühl in dieser Häufung der an sie gestellten Ansprüche liegt, vermögen wir praktische Aerzte vielleicht am besten einzusehen.

♣ Denken Sie überdiess noch an die unzureichende, bei manchen Verstimmungen unpassende Nahrung, die vermehrte Sorge, den

gestörten Schlaf wegen anhaltend kränklicher, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder, die häufigen Missfälle, die übermässigen Menses, die grobe Behandlung von Seite der Ehemänner, den Kummer und den Verdruss aller Art, und andererseits an die, bei dem vorwaltenden männlichen Cölibat und den späten Ehen unter den städtischen bessern Ständen unwiderstehliche Versuchung zu unsittlichem Lebenswandel, so lange sie unverheirathet sind und einige jugendliche Reize besitzen!

Deutlicher aber als all' dieses spricht die im Verhältniss zu den bessern Ständen durchschnittlich weit kürzere Lebensdauer unter der Arbeiterklasse für die Unnatürlichkeit und Unerträglichkeit der Verhältnisse, unter denen dieselbe auch unter uns lebt.

Im Schlusswort eines Aufsatzes, der im schweizerischen Journal für Medizin übersetzt ist, drückt sich unser rühmlichst bekannte Statistiker Marc d'Espine folgendermaassen für Genf aus: »Die Armuth vergrössert die Sterblichkeit, erniedrigt die Zahlen der wahrscheinlichen Lebensdauer und des mittlern Lebensalters. Ihr verderblicher Einfluss zeigt sich in allen Altern und vorzüglich in der Jugend. Mit einem Wort, der Wohlstand verlängert und die Armuth verkürzt das Leben. Wenn man die Todesfälle der Armen für sich besonders nimmt und mit denjenigen der ganzen Bevölkerung vergleicht, so erniedrigt sich die mittlere Lebensdauer und vermehrt sich die Verhältnisszahl der Sterblichkeit.« Nach meinem oberflächlichen Urtheil möchten sich für die Stadt Bern die Verhältnisse eher noch ungünstiger gestalten, da bei uns wahrscheinlich eine verhältnissmässig grössere Anhäufung von Armen in Folge allerhand künstlicher Einflüsse vorhanden ist.

Diese durch unerbittliche, trockne Zahlen erwiesene Thatsache sollte hinreichen, uns aus unserer Sicherheit, aus unserm kalt berechnenden Eigennutz aufzurütteln; denn die Ungleichheit der mittlern Lebensdauer unter den verschiedenen Ständen, Klassen oder Kasten der Menschen ist für die Benachtheiligten weit verletzender und unerträglicher als es die Missstände waren, die die französische Staatsumwälzung vorzüglich vorbereitet und herbeigeführt haben, als es alle politischen und sozialen Standesunterschiede sind, die annoch bestehen. Bis wenigstens die ersten und natür-

301
1-2

Obb

Das sociale Krebsübel.

Zentralbibliothek
für soziale Literatur
der Schweiz
Zürich

Rede

zur

Maifeier 1896 in Chur.



Von

Paul Pflüger, Pfarrer in Dufnang.



Zürich.

Kommissionsverlag der Buchhandlung des Schweiz. Gräflervereins.
1896.

während vermehrt sich die Zahl der Maschinen in ungeheurem Maße, wobei immer mehr Menschen erspart werden. Wasser und Dampf, Elektrizität und Schwerkraft sind an den Triumphwagen der modernen Zivilisation angeschirrt worden, und schon schickt man sich an, die Fluten des Oceans und die Stürme des Luftmeeres in elektrische Kraft umzuwandeln, in Accumulatoren aufzuspeichern und zu willigen Sklaven der Produktion zu machen, und doch hat die Arbeiterschaft mit Grund über Arbeitsüberladung zu klagen.

Man macht durch die Benützung der Naturkräfte und Maschinen viele Menschen in der Produktion entbehrlich und stellt sie auf die Gasse, während man diejenigen Menschen, die man noch für die Bedienung der Maschinen benötigt, mit Arbeit überhäuft und zur ununterbrochenen Tretmühle mechanischer Arbeit verdammt.

Es ist das übrigens nicht der einzige Widerspruch, es gibt eine ganze Reihe von Widersprüchen, an denen unsere Zeit krankt und die als Symptome der socialen Misère jedem Unbefangenen in die Augen springen.

Man klagt über Ueberproduktion — und Millionen arbeitende Menschen vermögen ihre Bedürfnisse nicht zu befriedigen. Man bietet durch eine ausgefuchste, zudringliche Reklame alles auf, um das Volk zum Kaufen zu bewegen — und singt das Loblied der Sparsamkeit.

Man jammert über das Unheil der Uebervölkerung und bejubelt die Erfindungen des Tuberkulin und Heilserum.

Man durchbohrt den Gotthard und andere Gebirge und überbrückt die Meere — und vermehrt und verstärkt in gleichem Tempo die Zollschranken.

So fürchtbare Kriegsrüstungen, wie die gegenwärtigen, hat die Welt noch nie gesehen, und doch sind die Beziehungen der Völker in Wissenschaft, Kunst und Recht, Verkehr, Handel und Industrie noch nie so innig und zahllos gewesen, wie heutzutage. Völker und Fürsten beteuern bei jeder Gelegenheit ihre Friedensliebe und schüren um die Wette durch einander endlos überbietende Kriegsrüstungen gegenseitig ihr Mißtrauen!

Woher diese sonderbaren Gegensätze? Es sind die Ausflüsse einer der menschlichen Vernunft und dem Gerechtigkeitsgefühl widersprechenden Wirtschaftsordnung, oder besser gesagt Wirtschaftsunordnung.

Skizzieren wir in kurzen Zügen die sociale Lage der Gegenwart. Alle krankhaften Erscheinungen im socialen Leben unseres Jahrhunderts haben einen gemeinsamen Ursprung, den Manche verkennen. Da beklagt der eine die mißlichen Lohnverhältnisse, ein anderer sieht die Ursache alles Uebels in der Ueberproduktion, ein dritter fordert Einschränkungen gegen den unlautern Wettbewerb, ein vierter macht die Börse zum Sündenbock, — jeder sieht in der Regel nur, wo ihn der Schuh drückt, aber verhältnismäßig wenige haben die Einsicht, daß alle Mißstände des wirtschaftlichen Lebens unzertrennlich mit einander zusammenhängen und nichts anderes als die Folgen desselben Grundübels sind.

Konkurrenzkampf, Reklameunwesen, Gausterium, Arbeitslosigkeit, Ueberproduktion, Handelskrisen und wie diese bösen Geister alle heißen, sie sind alle Neben- und Folgeerscheinungen des socialen Krebsübels und dieses besteht in der Uebermacht des Kapitals gegen =

über der Lohnarbeit, oder mit andern Worten in dem Uebermaß des arbeitslosen Einkommens auf Kosten des durch die Arbeit gewonnenen Einkommens.

Das Kapital ist in den Händen eines kleinen Prozentsatzes des Volkes, aber dieses Kapital, bezw. dieser kleine Prozentsatz des Volkes eignet sich einen sehr großen Bruchteil des ganzen durch die Arbeit geschaffenen Nationaleinkommens an. Das Kapital nimmt in der Form von Zinsen und Dividenden, Grundrenten und Mietzinsen, Unternehmergewinnen und Handelsprofiten einen zu großen Anteil des gesamten Arbeitsproduktes vorweg, so daß der Arbeit der Ertrag (bezw. Lohn) ungebührlich geschmälert wird. „Die moderne Gesellschaft lebt auf Kosten des Proletariats.“ (Sismondi).

Wie kam es zur heutigen socialen Notlage, zum heutigen Mißverhältnis und Gegensatz von Kapital und Arbeit? Wir antworten: Nicht durch die Willkür einzelner Regenten und Regierungen, nicht durch Vorbedacht und Schlechtigkeit der Besitzenden; die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Jahrhunderts entsprangen vielmehr mit Naturnotwendigkeit aus der ganzen materiellen und geistigen Entwicklung der Kulturvölker und aus den Fortschritten der Wissenschaft und Technik.

Die unhaltbaren socialen Verhältnisse des letzten Jahrhunderts und seine geistigen Strömungen hatten vor 100 Jahren zur Revolution geführt, welche die lebenswirtschaftlichen Einrichtungen und Korporationen des Mittelalters in Stücke schlug und die Grundsätze der wirtschaftlichen und politischen Freiheit und Unabhängigkeit unter den meisten Kulturvölkern einbürgerte. Die gesteigerte Arbeitsteilung und die Fortschritte der

Physik gaben den Impuls zur Erfindung von Maschinen, welche successive das Handwerkszeug verdrängten. Dem großartigen Aufschwung der Naturwissenschaften war die Benützung des Dampfes und der Electricität für die Industrie zu verdanken. Die Einführung der modernen Verkehrsmittel, besonders der Eisenbahnen und Dampfschiffe, brachte den Welthandel zum Aufschwung, von dem das Emporblühen der Industrien größtentheils abhing. Die Entwicklung von Handel und Industrie hatte zur Folge, daß an Stelle der frühern Naturalwirtschaft die auf die Umgestaltung der socialen Verhältnisse stark einwirkende moderne Geldwirtschaft trat.

Diese Fortschritte alle, die Beseitigung der mittelalterlichen Schranken und Privilegien, die Einführung des Prinzips der Gewerbefreiheit, die Erfindung der Maschinen, die Benützung der Naturkräfte, die Entwicklung des Weltverkehrs, die moderne Geldwirtschaft, das sind die hauptsächlichsten Faktoren, welche — von den Leidenschaften der Menschen begünstigt — mit Notwendigkeit zu dem Gegensatz von Kapital und Arbeit führen mußten.

Dieser Prozeß vollzog sich im allgemeinen folgendermaßen:

Mit der Maschinenarbeit konnte der bloße Handarbeiter ohne Maschine nicht mehr konkurrieren. Wer es vermochte, betrieb daher die Produktion mit Maschinen. Die Anschaffung von Maschinen erforderte aber ein gewisses Kapital: bloß der Kapitalkräftige konnte sich daher die neuen Produktionsmittel, die Maschinen anschaffen, während der Unbemittelte sich darauf angewiesen sah, bei dem Maschinenbesitzer als Lohnarbeiter sein Brot zu verdienen. Die im Besitze der Produktionsmittel befindlichen Arbeitgeber machten sich —

Historische Zugänge

Armut anders denken. Die Soziale Frage und die Anfänge der Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz

Sonja Matter

Die Jahre des ausgehenden 19. Jahrhunderts erschienen zahlreichen Zeitgenossen in der Schweiz als eine Phase des beschleunigten sozialen Wandels. Tatsächlich führte die Industrialisierung insbesondere seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu tiefgreifenden Veränderungen: Sukzessive verlor die Schweiz ihren dominierend ländlichen Charakter, Schlüsselindustrien etablierten sich in städtischen und industriellen Orten wie Zürich, Basel und Genf. Auf der Suche nach neuen Erwerbsmöglichkeiten wanderten zahlreiche Menschen von ländlichen Gebieten in städtische Zentren aus, was verschiedene Schweizer Städte in kürzester Zeit massiv anwachsen liess (Koller 1995). Langfristig betrachtet führte die Industrialisierung in der Schweiz zu einer enormen Steigerung des Lebensstandards (Veyrassat 2015). Die wirtschaftlichen und sozialen Umstrukturierungsprozesse verursachten aber gleichzeitig neue soziale Notlagen. Die Lohnarbeit, die mit der Industrialisierung entstand, brachte spezifische Risiken mit sich: Konnten Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Unfall, Krankheit oder mangelnder Arbeitsmöglichkeiten keiner Erwerbsarbeit nachgehen, waren sie unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Des Weiteren fehlte es in städtischen Zentren zunächst an bezahlbaren und hygienischen Wohnmöglichkeiten für Arbeitnehmende und nicht zuletzt waren die Arbeitsbedingungen für Frauen, Männer und Kinder, die in den neu entstandenen Fabriken arbeiteten, schlecht und gesundheitsgefährdend (Dommer 1988, 689–776; Degen 2006, 19–21).

Teile der bürgerlichen Öffentlichkeit – weniger die Betroffenen selber – formulierten diese infolge der Industrialisierung entstandenen Probleme als Soziale Frage. Im Fokus stand somit nicht mehr die vorindustrielle Armut, wie sie in ländlichen Gegenden der Schweiz bis weit ins 19. Jahrhundert verbreitet war, sondern primär die soziale Not der Industriearbeiter und -arbeiterinnen (Degen 2012; Krämer 2015). In einer Vielzahl von Publikationen erörterten

Publizisten und Politiker die Aspekte der Sozialen Frage und verlangten eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft.

Im folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie sich die Soziale Arbeit im Kontext der Auseinandersetzung um die Soziale Frage als neuen Beruf etablierte. Argumentiert wird, dass die Diskussionen um die Soziale Frage und die Revision von traditionellen Armutsvorstellungen Voraussetzung dafür waren, dass sich die Soziale Arbeit als neues Professions- und Wissensfeld formierte und zu einem Pfeiler des Schweizer Sozialstaates wurde. Dabei wird aufgezeigt, dass die Pioniere und Pionierinnen der Sozialen Arbeit im frühen 20. Jahrhundert durchaus unterschiedliche Deutungen der Sozialen Frage vertraten. Dass sich in der Folge nur bestimmte Interpretationen durchsetzen konnten, wirkte sich, so eine These des Beitrags, nachhaltig auf die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz aus: Während im frühen 20. Jahrhundert Pionierinnen der Sozialen Arbeit verlangten, Sozialarbeitende sollten sich mit den *strukturellen Ursachen* von Armut auseinandersetzen, diese untersuchen und die Forschungsergebnisse für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit fruchtbar machen, verengte sich der Blick in den nachfolgenden Jahren und eine stark individualisierende Perspektive auf Armut dominierte bis weit ins 20. Jahrhundert.

Erste Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wurden in verschiedenen westeuropäischen Ländern Ausbildungsstätten der Sozialen Arbeit gegründet: In Grossstädten wie London, Berlin, Amsterdam und Paris entstanden erste Ausbildungsinstitutionen für Soziale Arbeit. Eine ähnliche Bewegung lässt sich auch für die USA feststellen: Seit dem frühen 20. Jahrhundert konnten Studierende in mehreren Städten der Ostküste eine Sozialarbeitsausbildung absolvieren (Kniephoff-Knebel 2006, 84; Wendt 1995, 178). Die Initiativen waren von der Überzeugung geprägt, wonach ein *gutes Herz* allein nicht ausreichte, um Armen und Notleidenden zu helfen. Vielmehr sollten die Ursachen der Armut studiert und Bedürftigkeit mit spezifischen Methoden bekämpft werden. Die Etablierung der Sozialen Arbeit als neues Berufsfeld situierte sich damit in einem Prozess der *Verwissenschaftlichung des Sozialen*: Im Zuge dessen büssten insbesondere religiöse und moralische Argumentationen an Bedeutung ein, um soziale Probleme zu erklären. An deren Stelle rückte die wissenschaftliche Expertise, die mittels bestimmter Methoden

die Ursachen sozialer Probleme zu erklären suchte (Raphael 1996; Engelke 2003, 125).

Auch in der Schweiz regten sich im frühen 20. Jahrhundert erste Initiativen, Ausbildungsmöglichkeiten für Soziale Arbeit zu eröffnen und damit dem neuen Berufsfeld spezifischere Kontur zu verleihen. Gemeinsam war allen Initiativen, dass sie sich auf das Paradigma einer *Verwissenschaftlichung des Sozialen* bezogen und verlangten, den angehenden Sozialarbeitenden ausgewähltes Wissen und eine Einführung in die Praxis zu vermitteln. In den Vorschlägen, wie die Soziale Frage zu lösen sei, gingen die Meinungen allerdings auseinander. In den Auseinandersetzungen zeichneten sich unterschiedliche Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit und von wünschenswerten Gesellschaftsordnungen ab, wie sich an zwei Beispielen aufzeigen lässt, die nachfolgend diskutiert werden.

«Nicht die Armen sollten wir anklagen»: Die Settlementbewegung und die Kurse zur Einführung in weibliche Hilfstätigkeit für soziale Aufgaben

1908 fand in Zürich unter der Leitung von Mentona Moser und Maria Fierz der erste Kurs zur Einführung in weibliche Hilfstätigkeit für soziale Aufgaben statt, der sechs Monate dauerte und an dem siebzehn Schülerinnen teilnahmen (Fierz 1912, 520). Damit legten Moser und Fierz den Grundstein für einen wichtigen Ausbildungsort der Sozialen Arbeit in der Schweiz: In den nachfolgenden Jahren wurde der Kurs regelmässig durchgeführt und 1920 zur sozialen Frauenschule Zürich ausgebaut (Matter 2011, 54–82).

Mentona Moser und Maria Fierz hatten vor der Eröffnung der Zürcher Kurse eine Ausbildung im “Women’s University Settlement” in London absolviert. Die Settlementbewegung, die sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert von London aus international ausbreitete, unterschied sich in verschiedenen Punkten von traditionellen Formen der Armenfürsorge: So praktizierten die – mehrheitlich aus bürgerlichen Schichten stammenden – Settler und Settlerinnen Armenfürsorge nicht nur mittels Hausbesuchen, sondern liessen sich selbst in den Armenquartieren nieder, um in unmittelbarer Nachbarschaft einen Brückenschlag zwischen den verschiedenen Klassen zu machen. Des Weiteren zielte die Settlementbewegung darauf, über eine individuelle Armenfürsorge hinauszugehen und initiierte sozialpolitische Reformen. Besonders bedeutsam waren der soziale Wohnungsbau, der Ausbau des Arbeitsschutzes, die Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeiter und

Arbeiterinnen wie auch die Organisation der Müllabfuhr in den Quartieren (Epple und Schär 2015, 34– 100; Müller 1999, 94).

Die Forderung, sozialpolitische Massnahmen durchzusetzen, begründeten Exponenten und Exponentinnen der Settlementbewegung vielfach mit den Ergebnissen, die die sogenannten “social surveys” hervorbrachten. Diese Untersuchungen arbeiteten mit soziologischen Methoden, die versuchten, Ansprüchen von Wissenschaftlichkeit und Objektivität gerecht zu werden. Die Studien generierten erstmals nicht lediglich ein Wissen über die Armen, sondern über die Armut: In dieser Perspektive konnte Armut als ein Produkt sozialer und politischer Verteilmechanismen verstanden und die Praktiken fokussiert werden, welche die Distribution von Einkommen und Vermögen bestimmten (O’Conner 2001, 26– 27; Reisch und Andrews 2002, 23). Gegenüber der traditionellen Armenfürsorge führte die Settlementbewegung damit neuartige Konzeptionen von Armut ein: Sie sollte nicht in moralischen Kategorien begriffen, sondern mittels sozialempririscher Forschung untersucht werden.

Die Ansätze der Settlementbewegung wirkten sich nachhaltig auf die Armutskonzeptionen von Maria Fierz und Mentona Moser aus. Insbesondere Mentona Moser war es nach ihrer Rückkehr in der Schweiz daran gelegen, die Prinzipien der Settlementbewegung nicht nur an die angehenden Sozialarbeiterinnen weiterzugeben, sondern einem breiteren öffentlichen Publikum zu vermitteln (Matter 2011, 54–65). Sie hielt verschiedene Vorträge, wobei sie ihre Überlegungen in kürzeren Schriften zusammenfasste und publizierte. Darin zielte sie darauf hin, ihr bürgerlich zusammengesetztes Publikum zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage zu bewegen. Moser führte aus, dass spezifische historische Entwicklungen die Ausbildung der gegenwärtigen Klassengesellschaft verursacht hätten – eine Gesellschaft, in der sich die Arbeiterschaft und das Bürgertum vielfach feindlich gegenüberstanden. Moser wies auf die «furchtbaren Übelstände» hin, in denen die sozialen Unterschichten seit Jahrhunderten lebten. Nicht erstaunlich sei es daher, dass die Armen auf die Begüterten ablehnend reagierten und der vielfach gutgemeinten Hilfe mit Misstrauen begegneten. Moser mahnte: «Nicht die Armen sollten wir anklagen, sondern uns selbst, unsere persönliche Unzulänglichkeit, unsere Vorfahren, die Verhältnisse der Vergangenheit und der Gegenwart! Diese tragen in erster Linie die Schuld an allen Misserfolgen, diese haben die Kluft geschaffen, die sich zwischen Reich und Arm ausdehnt – hier stehen wir, dort stehen sie, die Armen, und ihr Auge reicht nicht zu uns

herüber und unser Auge und Ohr nicht zu ihnen, so verstehen wir einander nicht» (Moser 1905, 30). Moser liess dabei keine Zweifel offen, dass sie nicht nur punktuell Abhilfe schaffen und den einzelnen Armen Hilfsmassnahmen zukommen lassen wollte, sondern die «Kluft» zwischen den Armen und Reichen vermindern wollte, was – zumindest im Ansatz – eine Transformation der Klassengesellschaft implizierte.

Mosers reformerische und sozialpolitische Zielsetzungen wurden in Zürich nicht unwidersprochen aufgenommen. Carl Alfred Schmid und Albert Wild, die in der «Freiwilligen und Einwohnerarmenpflege Zürich» tätig waren, die Schweizerische Armenpflegerkonferenz ins Leben gerufen und sich als Publizisten im Bereich der Armenfürsorge einen Namen gemacht hatten, kritisierten Mentona Moser scharf. Schmid argumentierte, die Prinzipien der Settlementbewegung liessen sich mit Ansätzen der Schweizer Armenfürsorge nicht vereinbaren: «Die erstere hat das soziale Niveau im Auge, die letztere nur den vorliegenden Fall!» Schmid wollte als Fürsorger nicht auf eine Veränderung des «sozialen Niveaus» – also auf die Gesamtgesellschaft – einwirken, sondern sich auf den einzelnen Armenfall beschränken und die fürsorgerischen Hilfsmassnahmen eng auf die Einzelfallhilfe beziehen. Ihm ging es gerade nicht um eine Transformation der Klassengesellschaft, sondern um eine Stabilisierung der gegenwärtigen Ordnung mittels Bekämpfung der schlimmsten Notstände. Vehement wehrte sich Schmid gegen den Anspruch von Moser, die Armenfürsorge in Zürich mitzugestalten und verteidigte das «Primat der Armenpflege» (Schmid 1903, 18; Matter 2011, 61–62; Epple und Schär 2015, 35–39). Albert Wild ging im Weiteren davon aus, dass es eine soziale Kluft zwischen den «Ständen» – anders als in London – in der Schweiz gar nicht gebe und daher die Ansätze von Mentona Moser verfehlt seien (Wild 1903, 23).

«Die Zustände des sozialen Körpers» und die Aufgabe der Armenpflege: Die ersten Akademisierungsversuche der Sozialen Arbeit

Schmid und Wild kritisierten Moser auch deshalb scharf, weil sie eigene Visionen einer Professionalisierung der Sozialen Arbeit verfolgten: Ihr Ziel war es, die Soziale Arbeit an der Universität zu verankern und damit in erster Linie eine Ausbildung für Berufsarmpfleger zu schaffen. Die Frage, inwieweit sich die Soziale Arbeit mit der Sozialen Frage auseinandersetzen sollte, war aber auch in diesem Bewerbungsverfahren virulent.

1908 beteiligten sich Schmid und Wild – zusammen mit anderen Interessensvertretern – an einer Eingabe an die Zürcher Erziehungsdirektion, in dem die Institutionalisierung von Vorlesungen über Armenpflege und Wohlfahrtspflege an der Universität Zürich vorgeschlagen wurde (Matter 2015). Dem Paradigma einer *Verwissenschaftlichung des Sozialen* folgend führten die Initianten aus, die geplanten Vorlesungen würden die angehenden Berufsarmenpfleger mit den historischen und theoretischen Aspekten des Armenwesens vertraut machen (Wild 1908, 146; Saxer 2002). Die Initianten situierten die geplanten Vorlesungen in Armen- und Wohlfahrtspflege dabei näher an den Staatswissenschaften als an den Sozialwissenschaften. In den Vorlesungen sollten in erster Linie die Schweizer Fürsorgegesetzgebung und die rechtlich verankerten Fürsorgeprinzipien erläutert werden, welche die Fürsorgepraxis wesentlich prägten. Dagegen machten die Initianten nicht geltend, dass sie im Rahmen des universitären Engagements auch Sozialforschung betreiben und beispielsweise mittels Enqueten und Sozialstatistiken Hinweise auf Ursachen sozialer Ungleichheit liefern wollten.¹

Schmid und Wild hatten sich, wie sie verschiedentlich betonten, durchaus mit den «volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen und Problemen der Gegenwart» auseinandergesetzt und kannten auch die Forschungsergebnisse der Nationalökonomie (Schmid und Wild 1902). Sie zielten jedoch darauf hin, den Wissensbereich der Sozialen Arbeit weitgehend losgelöst von Auseinandersetzung um die Soziale Frage zu entwickeln. Sie waren bestrebt, die Armenpflege getrennt von der Sozialpolitik zu situieren und damit auch von Fragen sozialer Umverteilungsmassnahmen. So argumentierten sie, «die Zustände des sozialen Körpers» seien nicht Gegenstand der Armenpflege, dies sei «Sache der sozialen Gesetzgebung». Das Arbeitsfeld der Armenfürsorge sei hingegen «der *einzelne* Mensch und seine Sphäre, *die Person*» (Schmid und Wild 1902, 64; Matter 2011, 117). Vielmehr als mit der Sozialen Frage wollten sie sich – so insbesondere Carl Alfred Schmid – mit der sogenannten «Fremdenfrage» beschäftigen und die Zusammenhänge zwischen der «Fremdenfrage» und den Strukturen der Schweizerischen Armenpflege erörtern (Kury 2003, 58–60). Wie Schmid wiederholt argumentierte, drohe in der Schweiz wegen der Zunahme der ausländischen Bevölkerung die «Überfremdung» überhand zu nehmen. Die Schweiz müsse diesem Prozess mittels verschiedener Interventionsmassnahmen entgegensteuern. Unter anderem

1 StAZH, U 102: 7, Redaktion der «Academia». Allgemeines Organ der schweizerischen Studentenschaft an die Erziehungsdirektion, Zürich, 5. März 1908.

verlangte Schmid, verarmte Ausländer und Ausländerinnen konsequenter aus der Schweiz in ihre Heimatländer auszuschieffen (Schmid 1919; Schmid 1900).

Die Zürcher Erziehungsdirektion überwies die Eingabe, wonach Vorlesungen in Armen- und Wohlfahrtspflege institutionalisiert werden sollten, der Universität Zürich zur Prüfung.² Im Begutachtungsverfahren stiess – neben anderen Aspekten – die fehlende Bereitschaft der Initianten, sich sozialwissenschaftlich mit der Sozialen Frage zu beschäftigen, auf Kritik. Neben Mitgliedern der theologischen begutachteten Professoren der staatswissenschaftlichen Fakultät die Eingabe, wobei letztere Bedenken bezüglich der wissenschaftspolitischen Fundierung der angestrebten Vorlesungen äusserten. Sie argumentierten, die Vorstellung, Probleme des Armenwesens müssten «eine besondere und isolierte Behandlung» erfahren, zeuge davon, dass die Initianten Antworten auf «die soziale Frage unter einem ganz falschen Gesichtspunkt» suchen würden.³ Insbesondere Nationalökonominnen wie Heinrich Herkner, der dem «deutschen Verein für Socialpolitik» nahestand und zum Kreis der sogenannten Kathedersozialisten gehörte, missfielen die Ansätze der geplanten Vorlesungen. Anders als die Exponenten der Schweizer Armenpflegerkonferenz beschäftigten sich die Kathedersozialisten nicht primär mit den gesetzlichen Grundlagen der Armenfürsorge und der praktischen Einzelfallhilfe, sondern identifizierten die Soziale Frage als «Arbeiterfrage» und richteten ihre Bestrebungen auf eine Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft (Sachse 2003, 88–89). Die Nationalökonomie sollte als Wissenschaft dabei einen Beitrag leisten, um diese Zielsetzung zu verwirklichen. Ähnlich wie die im Rahmen der Settlementbewegung aktiven Forschenden fertigten Nationalökonominnen und -ökonominnen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zahlreiche Enqueten und Sozialstatistiken über die brennenden sozialen Fragen an und lieferten Informationen zu Wohnverhältnissen in den rasant angewachsenen Grossstädten, die Arbeitsbedingungen in der Heimindustrie oder über den Gesundheitszustand von Kindern, die in Fabriken beschäftigt waren (vgl. u. a. Tanner 1995). Ausgehend von diesen Forschungsergebnissen sollten politische Reformen ausgearbeitet werden, die auf einen Abbau der sozialen Ungleichheit hinzielten und Massnahmen wie den Ausbau von Sozialversicherungen, aber auch die Stärkung von Sozialrechten umfassten. Ziel der Kathedersozialisten war es, einen alternativen

2 StAZH, U 102: 7, Auszug aus dem Protokoll des Erziehungsrates des Kantons Zürich, Zürich, den 18. November 1908.

3 StAZH, U 102: 7, Auszug aus dem Protokoll des Erziehungsrates des Kantons Zürich, vom 15. Januar 1909.

Weg zwischen einem ökonomischen Liberalismus und einem revolutionären Sozialismus zu entwerfen und damit eine spezifische Antwort auf die Soziale Frage zu liefern (Sachsse 2003, 87).

Gegenüber den Grundprinzipien der öffentlichen Armenpflege waren Kathedersozialisten wie Herkner hingegen skeptisch eingestellt. Gerade die Tatsache, dass fürsorgebedürftige Menschen kein eigentliches Recht auf Unterstützung geltend machen konnten, kritisierten sie und bezeichneten die Armenfürsorge als rückständig (Matter 2011, 117–118; Saxer 2002, 277). Tatsächlich waren die Schweizer Fürsorgegesetze im frühen 20. Jahrhundert durch eine traditionelle Armutsanthropologie geprägt. Diese unterschied strikte zwischen «selbstverschuldeter» und «unverschuldeter» Armut. Einem «selbstverschuldeten» Armen fehlte es demnach nicht primär an den Möglichkeiten oder Fähigkeiten zu arbeiten und die knappen Ressourcen sparsam einzuteilen, sondern am Willen dazu. Die «selbstverschuldeten Armen» wurden nach der Bestimmung zahlreicher kantonaler Armengesetze vollständig von der Unterstützung ausgeschlossen. Hilfe erhielten dagegen die als «unverschuldet» anerkannten Armen, so insbesondere Alte, Invalide, Kranke und Kinder, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen konnten, also im Wesentlichen nur die Arbeitsunfähigen (Helbling 1908, 59; Lippuner 2005, 35–45; Rudloff 1998, 161).

Die mangelnde Bereitschaft der Initianten, sich vertieft mit der Sozialen Frage auseinanderzusetzen und den Bedürftigen eine neue Rechtsposition zuzustehen, liessen die geplanten Vorlesungen in Armen- und Wohlfahrtspflege als problematisch erscheinen. Da gegen die Initiative weitere Einwände vorgebracht wurden, wie etwa der zu starke Praxisbezug der geplanten Vorlesungen, lehnte die Zürcher Erziehungsdirektion eine Akademisierung der Sozialen Arbeit ab. Eine Institutionalisierung der Sozialen Arbeit auf Universitätsebene gelang in der Schweiz schliesslich erst 1961 an der Universität Fribourg (Fatke 1991).

Verpasste Chancen? Die Weichenstellungen in der Professionalisierung der Sozialen Arbeit

Der Blick auf die Frühphase der Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz verdeutlicht, wie umstritten die Frage nach der Wissensproduktion in der Sozialen Arbeit in ihren Anfängen war. Mit welchen Methoden sollten die sozialen Probleme untersucht werden? Welches Wissen sollte die Soziale Arbeit produzieren, um Probleme wie Armut und Bedürf-

tigkeit zu lösen? Damit verknüpft war auch die Frage, wie sich Soziale Arbeit als Wissenschaft positionieren sollte – eher als Sozialwissenschaft, die mit sozialemethodischen Methoden nach der Herstellung sozialer Ungleichheit fragte oder als Staatswissenschaft, in der die richtige Verwaltung der Armut im Mittelpunkt stand. Die ersten Jahre des 20. Jahrhunderts erscheinen im Rückblick als ein *window of opportunity*: Die Pioniere und Pionierinnen entwarfen verschiedene Modelle, wie sich eine Wissenschaft Soziale Arbeit entwickeln könnte und schlugen auch verschiedene Institutionalisierungsebenen vor. Die Auseinandersetzung um die Soziale Frage war dabei ebenso produktiv wie konfliktreich.

In der Folge konnten sich Ansätze, die Soziale Arbeit als Wissenschaftsdisziplin auszubauen, die zur «Bewältigung sozialer Probleme» eigene Forschung betreibt (Engelke 2003, 27), allerdings kaum durchsetzen. Einerseits verschwand mit dem Rücktritt von Mentona Moser als Leiterin der Zürcher Kurse für weibliche Hilfstätigkeit eine wichtige Stimme, die auf die Bedeutung sozialemethodischer Forschung für die Soziale Arbeit hinwies (Ramsauer 2000, 121).⁴ Andererseits war die Ablehnung, die Soziale Arbeit auf Universitäts-ebene zu institutionalisieren, folgenreich: Indem die Sozialarbeitsausbildung primär auf der Ebene von Schulen erfolgte, lag der Fokus stark auf dem Praxisbezug. Die sozialen Frauenschulen, die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich gegründet wurden, führten keine grösseren Forschungsprojekte zur Untersuchung der Sozialen Frage durch (Matter 2011).

Die Verengung der Perspektive auf Armut: Die Zwischenkriegszeit

In den Jahren um die Jahrhundertwende fanden die Forderungen, die Soziale Frage mittels sozialemethodischen und sozialstatistischen Untersuchungen zu analysieren, auch auf Bundesebene Unterstützung. So hatte das Bundesamt für Statistik im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zwei statistische Untersuchungen zur Schweizer Fürsorge durchgeführt, die detaillierten Einblick über die Gründe der Bedürftigkeit und in die Verteilung der fürsorgebedürftigen Personen nach Alter, Geschlecht und Berufszugehö-

4 Während Mentona Moser kurz nach ihrer Rückkehr nach London noch an das Potenzial der Sozialen Arbeit geglaubt hatte, gesellschaftliche Verbesserungen herbeiführen zu können, begann sie in den nachfolgenden Jahren an der Reformkraft der Sozialen Arbeit zu zweifeln. Sie trat der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) später der kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) bei. In ihren Lebenserinnerungen kritisierte sie die Mitglieder der Settlementbewegung, die nie die Möglichkeit diskutiert hätten, die Armut «von Grund auf zu bekämpfen» (Moser 1986, 76).

rigkeit gaben (Eidgenössisches Statistisches Bureau 1914; Statistisches Bureau des EDI 1901). Eine Fortführung dieser statistischen Untersuchungen fand indes nicht statt: Der Bund produzierte in den nachfolgenden Jahrzehnten keine Statistiken mehr, die Einblick in die Fürsorgebedürftigkeit und in die Armut in der Schweiz lieferten; ebenso waren die Kantone diesbezüglich zurückhaltend (Wagner 1955, 381). Eine der wenigen Statistiken, die für die ersten Jahrzehnte Auskunft über die Schweizer Fürsorge gab, wurde von der Schweizerischen Armenpflegerkonferenz zwischen 1921 und 1943 herausgegeben. Die präsentierten Zahlen, die auf einfachen Erhebungsmethoden basierten, lieferten wichtige Informationen zur Fürsorgeentwicklung: Die Zahl der fürsorgebedürftigen Menschen in der Schweiz stieg mit der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre rasant an: Im Jahr 1929 zählte die Schweizer Fürsorge 151'106 Unterstützungsfälle, im Jahr 1936 war die Zahl auf 236'775 Fälle angestiegen (Eidgenössisches Statistisches Amt 1942, 395; Wild 1945). Insbesondere die städtischen Fürsorgeämter waren in der Wirtschaftskrise stark beansprucht: 1933 waren in Zürich beispielsweise 9.2 % der Bevölkerung auf Unterstützung angewiesen, 1938 machte die Zahl der unterstützten EinwohnerInnen in Bern 13.5 % aus (Statistisches Amt 1935, 10; Sutter 2007, 276). Die Statistiken verdeutlichten einerseits, wie eng Armutsverhältnisse in der Schweiz mit globalen Wirtschaftsentwicklungen verknüpft waren und andererseits, dass die Arbeitslosenversicherungen mit ihren damaligen kurzen Versicherungsfristen und niedrigen Leistungen das Abgleiten in Armut nicht verhindern konnten. Des Weiteren zeigten die Statistiken, dass nationale Fürsorgeprogramme des Bundes – zu erwähnen ist insbesondere die «Bundeshilfe für Greise, Witwen und Waisen» – zu einer Entlastung der öffentlichen Fürsorge der Gemeinden führten und für die armutsbetroffenen Menschen eine wichtige Hilfsmassnahme darstellten (Wild 1934; vgl. auch Ruoss 2015).

Die von der Armenpflegerkonferenz gesammelten Zahlen zur Fürsorgeentwicklung der Schweiz hätten im Prinzip die Grundlage geboten, über konjunkturelle und strukturelle Ursachen von Armut zu reflektieren und insbesondere die Frage über notwendige sozialpolitische Reformmassnahmen zu diskutieren. Bemerkenswerterweise setzte sich die versammelte Armenpflegerkonferenz trotz der politischen Brisanz nicht mit den Fürsorgestatistiken auseinander. Zwar wurden die Statistiken regelmässig publiziert, sie wurden aber nicht aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive interpretiert. Für die Zwischenkriegszeit lässt sich dagegen eine verstärkte Fokussierung auf den einzelnen «Armenfall» beobachten: Nicht zuletzt mit

Wissen aus der Psychiatrie versuchten Mitglieder der Armenpflegerkonferenz die Ursachen von Armut im einzelnen Menschen festzumachen und luden entsprechend mehrfach Psychiater an ihre Konferenzen ein, die die angeblich zentrale Bedeutung des «Psychopathenkonzepts» für die Fürsorge hervorhoben (Tramer 1918, 1925; Stutz 1945). Auch bot die Zeitschrift «Der Armenpfleger», die von Exponenten der Schweizerischen Armenpflegerkonferenz herausgegeben wurde, in der Zwischenkriegszeit eine wichtige Plattform, um Probleme «pathologischer» Persönlichkeitsstrukturen von fürsorgebedürftigen Personen zu erörtern (Jörger 1925; Schiller 1932; Siegfried 1929). Bezeichnend für die Individualisierung von Armut und die Pathologisierung der fürsorgebedürftigen Menschen ist schliesslich die Themenwahl der 1939 durchgeführten Armenpflegerkonferenz: Nicht die vorangegangene jahrelange Wirtschaftskrise und die damit verbundene hohe Armut stand im Mittelpunkt der Konferenz, sondern die Frage nach der Notwendigkeit eugenischer Zwangssterilisationen von fürsorgebedürftigen Menschen (Braun 1939; Schneider 1939).

Im Unterschied zum frühen 20. Jahrhundert fehlten in der Zwischenkriegszeit im Kreis der Sozialen Arbeit Stimmen, die eine dominante Individualisierung von Armut dezidiert kritisierten und auf Probleme der Verteilungsgerechtigkeit hingewiesen hätten. Auch war der Begriff der Sozialen Frage in Expertenkreisen der Sozialen Arbeit – wie auch in anderen sozialpolitischen Kontexten – kein zentraler Bezugspunkt mehr. Im Vergleich zum frühen 20. Jahrhundert hatte sich der Blick auf die Armut verengt – ungeachtet davon, dass zahlreiche Menschen in der Schweiz auf Grund der globalen Wirtschaftskrise in Armut abgerutscht waren (vgl. dazu Honegger et al. 2007; Züricher 1995).

Ausblick

Der Status der Sozialen Arbeit als Wissenschaft blieb in der Schweiz bis weit ins 20. Jahrhundert umstritten (Mühlum 2004). Erst in jüngster Zeit schärfte sich das Profil der Sozialen Arbeit als selbstständige Disziplin und es fand ein Ausbau der Forschung in der Sozialen Arbeit statt. Auch sind die Armutsberichte, wie sie in den letzten Jahren von Bund und Kantonen angefertigt wurden, geeignet, die komplexen Ursachen von Armut auszuleuchten und auf strukturelle Ursachen von Armut hinzuweisen.⁵ Die Frage, wie Armut

5 Vgl. für Bund: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut.html>

gedeutet wird, lässt sich allerdings nicht einfach mittels objekt-wissenschaftlicher Zugänge bestimmen: Welche Ausschnitte sozialer Probleme überhaupt beleuchtet werden, mit welchen Methoden sie erforscht und in welcher Form die Forschungsergebnisse schliesslich vermittelt werden, hängt von einer Reihe weiterer Faktoren ab. Der Bezug auf die Soziale Frage bleibt denn auch virulent. Wie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert postuliert, verlangt eine Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage weiterhin, über eine Individualisierung der Armut hinauszugehen – und damit unter Umständen in dominante Diskurse und Deutungsrahmen zu intervenieren – und den Blick auf Mechanismen sozialer Ungleichheit zu richten, Verteilungsprobleme zu fokussieren und letztlich die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit in einer demokratischen Gesellschaft zu stellen, die im 21. Jahrhundert vertieft durch globale Veränderungsprozesse geprägt wird. Die Auseinandersetzungen mit der Sozialen Frage, wie sie an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Expertenkreisen der Sozialen Arbeit stattfanden, können so als Ausgangspunkt gesehen werden: von einer Sozialen Arbeit als Wissenschaft, die dezidiert die sozialen Auswirkungen herrschender Machtverhältnisse untersucht und nach deren sozialen Folgen fragt.

Literatur

- Braun, Friedrich. 1939. Die Verhütung erbkranken Nachwuchses, Protokoll der XXXII. Schweizerischen Armenpflegerkonferenz in Winterthur, 22. Mai 1939. S. 43–59 in *Der Armenpfleger* 36.
- Degen, Bernard. 2006. Entstehung und Entwicklung des schweizerischen Sozialstaates. S. 17–48 in *Geschichte der Sozialversicherung. L'histoire des assurances sociales*, hrsg. von Schweizerisches Bundesarchiv. Zürich: Chronos.
- Degen, Bernhard. 2012. Soziale Frage. *Historisches Lexikon der Schweiz*, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16092.php> (01.07.2017).
- Dommer, Hermann. 1988. Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenpolitik 1880–1914. S. 689–776 in *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914, Bd. 3: Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialdemokratie. Ihr Verhältnis zu Nation, Internationalismus, Bürgertum, Staat und Gesetzgebung, Politik und Kultur*, hrsg. von Erich Grunder Zürich: Chronos.
- Eidgenössisches Statistisches Amt/Bureau fédéral de Statistique (Hrsg.). 1942. *Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Annuaire statistique de la Suisse* 50. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Eidgenössisches Statistisches Bureau (Hrsg.). 1914. *Materialien für die Statistik über die interkantonale Armenpflege pro 1911 und 1912*. Bern: Feuz.

(15.8.2017); für den Kanton Bern http://www.gef.be.ch/gef/de/index/soziales/soziales/sozialbericht_2008.html, (15.8.2017).

- Engelke, Ernst. 2003. *Die Wissenschaft Soziale Arbeit. Werdegang und Grundlagen*. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Epple, Ruedi und Eva Schär. 2015. *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900–2000*. Zürich: Seismo.
- Fatke, Reinhard. 1991. Von der Caritaswissenschaft zur Sozialwissenschaft: Die Geschichte des Fachs Sozialarbeit. S. 765–769 in *Geschichte der Universität Freiburg Schweiz. Institutionen, Lehre und Forschungsbereiche. Histoire de l'Université de Fribourg Suisse 1889–1989. Institutions, enseignement, recherches, Bd. 2*, hrsg. von Kommission für die Geschichte der Universität Freiburg. Commission pour l'Histoire de l'Université de Fribourg. Freiburg: Ed. universitaire.
- Fierz, Maria. 1912. Kurse in Kinderfürsorge in Zürich 1908–1912. S. 509–524 in Separat-Abdruck: *Aus dem Jahrbuch der Schweizerischen Gesellschaft für Schulgesundheitspflege XIII*.
- Helbling, Karl. 1908. *Die schweizerische Armenpflege. Rechtsvergleichende systematische Darstellung der amtlichen Armenpflege in Bund und Kantonen (Inaugural-Dissertation, Universität Zürich)*. Zürich: Buchdr. Zürcher Post.
- Hering, Sabine. 2003. «Ein Soldat der dritten Internationale». Der Beitrag der Schweizer Kommunistin Mentona Moser zur Roten Hilfe. S. 211–223 in *Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen «Wohlfahrtsorganisation» und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941)*, hrsg. von Sabine Hering und Kurt Schilde. Opladen: Leske & Budrich.
- Honegger, Claudia et al. (Hrsg.). 2007. *Konkurrierende Deutungen des Sozialen. Geschichts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*. Zürich: Chronos.
- Jörger, Joseph. 1925. Die Vagantenfrage. Vortrag gehalten am 3. November 1924 am Instruktionkurs für Armenpflege Chur. S. 95–96 in *Der Armenpfleger 22*.
- Kniephoff-Knebel, Anette. 2006. *Internationalisierung in der Sozialen Arbeit. Eine verlorene Dimension der weiblich geprägten Berufs- und Ideengeschichte*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Koller, Barbara. 1995. «Gesundes Wohnen». Ein Konstrukt zur Vermittlung bürgerlicher Werte und Verhaltensnormen und seine praktische Umsetzung in der Deutschschweiz 1880–1914. Zürich: Chronos.
- Krämer, Daniel. 2015. «Menschen grasten nun mit dem Vieh». *Die letzte grosse Hungerkrise der Schweiz 1816/1817*. Basel: Schwabe.
- Kury, Patrick. 2003. Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich: Chronos.
- Leimgruber, Matthieu. 2008. *Soldarity without the State. Business and the Shaping of the Swiss Welfare State, 1890–2000*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lengwiler, Martin. 2006. *Risikopolitik im Sozialstaat. Die schweizerische Unfallversicherung 1870–1970*. Köln: Böhlau.
- Lindner, Rolf. 2008. «Unterschicht». Eine Gespensterdebatte. S. 9–17 in *Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der «Armen» in Geschichte und Gegenwart*, hrsg. von Rolf Lindner und Lutz Musner. Freiburg im Breisgau: Rombach Verlag.

- Lippuner, Sabine. 2005. *Bessern und Verwahren. Die Praxis der administrativen Versorgung von «Liederlichen» und «Arbeitsscheuen» in der thurgauischen Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain (19. und frühes 20. Jahrhundert)*. Frauenfeld: Verlag des Historischen Vereins des Kantons Thurgau.
- Marty, E. 1912. Die Bewertung und der Zusammenhang von Schuld und Not in der Armenpflege. S. 60–64 in *Der Armenpfleger* 10.
- Matter, Sonja. 2015. Vom Berufsarmpfleger zum Sozialarbeiter. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in geschlechtsspezifischer Perspektive (1900–1960). S. 19–34 in *Männer in der Sozialen Arbeit – Schweizer Einblicke*, hrsg. von Ursula Graf et al. Berlin: Frank & Timme.
- Moser, Mentona. 1986. *Ich habe gelebt. Nachwort von Roger Nicholas Balsiger*, 2. Aufl., Zürich: Limmat Verlag.
- Moser, Mentona. 1905. *Beiträge zur Wohltätigkeit und soziale Hilfeleistung in ihrer praktischen Anwendung*. Zürich: Schulthess & Co.
- Mühlum, Albert. 2004. Zur Entstehungsgeschichte und Entwicklungsdynamik der Sozialarbeitswissenschaft. Einleitung. S. 9–26 in *Sozialarbeitswissenschaft. Wissenschaft der Sozialen Arbeit*, hrsg. von Albert Mühlum. Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Müller, C. Wolfgang. 1999. *Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit, Bd. 1: 1883–1945*, rev. Neuaufll.. Weinheim: Beltz.
- O’Conner, Alice. 2001. *Poverty Knowledge. Social Science, Social Policy, and the Poor in Twentieth Century U.S. History*. Princeton: Princeton University Press.
- Ramsauer, Nadja. 2000. «Verwahrlost». *Kindswegnahme und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945*. Zürich: Chronos.
- Raphael, Lutz. 1996. Die Wissenschaftlichkeit des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* 22: 165–193.
- Reisch, Michael und Janice Andrewa. 2002. *The Road not Taken. A History of Radical Social Work in the United States*. New York: Brunner-Routledge.
- Rudloff, Wilfried. 1998. *Die Wohlfahrtsstadt. Kommunale Ernährungs-, Fürsorge- und Wohnungspolitik am Beispiel Münchens 1910–1933, Bd. 1*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Ruoss, Matthias. 2015. *Fürsprecherin des Alters. Geschichte der Stiftung Pro Senectute im entstehenden Schweizer Sozialstaat (1917–1967)*. Zürich: Chronos.
- Sachse, Christoph. 2003. *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871 bis 1929*. Weinheim: Beltz, Votum 2003.
- Saxer, Daniela. 2002. Klinik des Sozialen und frühe Sozialwissenschaft. Das Beispiel der gescheiterten Akademisierung der Armenpflege in Zürich (1900–1914). S. 271–285 in *Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert. De l’assistance à l’assurance sociale. Ruptures et continuités du Moyen Age au XXe siècle*, hrsg. von Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Sébastien und Brigitte Studer. Zürich: Chronos.
- Schiller, H. 1932. Die Arbeitstherapie im kantonalen Asyl Wil. Vortrag gehalten an der Konferenz der Armenpfleger des Kantons St. Gallen am 4. Oktober 1932 in der Kirche des kantonalen Asyls. S. 119–128 in *Der Armenpfleger* 29.

- Schmid, Carl Alfred. 1919. Die Neuorientierung unserer Niederlassungsverträge bezüglich der internationalen Armenfürsorge, Protokoll der XII. Schweizerischen Armenpflegerkonferenz in Schaffhausen, 27. Oktober 1919. S. 20–29 in *Der Armenpfleger* 17.
- Schmid, Carl Alfred. 1903. Die sog. Settlementbewegung. S. 17–19 in *Der Armenpfleger* 1.
- Schmid, Carl Alfred. 1900. Unsere Fremdenfrage. *Separatabdruck aus der Zürcher Post*, Zürich.
- Schmid, Carl und Alfred Wild. 1902. *Vademecum für Armenpfleger*. Zürich: Faesi & Behr.
- Schneider, Robert. 1939. Die Verhütung erbkranken Nachwuchses, Protokoll der XXXII. Schweizerischen Armenpflegerkonferenz in Winterthur, 22. Mai 1939. S. 59–67 in *Der Armenpfleger* 36.
- Siegfried, Alfred. 1929. Vaganität und Jugendfürsorge. S. 17–22 in *Der Armenpfleger* 26.
- Statistisches Amt der Stadt Zürich. 1935. Armenfürsorge in Zürich. Befürsorgte und Fürsorgeaufwendung im Jahre 1933. In *Statistik der Stadt Zürich* 14. Zürich.
- Statistisches Bureau des Eidgenössischen Departements des Innern. 1901. *II. schweizerische Statistik der Amtlichen Armenpflege. Teil 1, Die Ergebnisse der Erhebung pro 1890*. Bern: Buchdruckerei Stämpfli & Cie.
- Stutz, G. 1945. Die Psychologie in der Armenfürsorge, Protokoll der XXXVIII. Schweizerischen Armenpflegerkonferenz in Liestal, 26. Juni 1945. S. 68–84 in *Der Armenpfleger* 42.
- Sutter, Gaby. 2007. Vom Polizisten zum Fürsorger. Etablierung und Entwicklung der professionellen Fürsorge in der Gemeinde Bern 1915–1961. *Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde* 69(4): 259–287.
- Tanner, Jakob. 1995. Der Tatsachenblick auf die «reale Wirklichkeit»: zur Entwicklung der Sozial- und Konsumstatistik in der Schweiz. *Zeitschrift für Geschichte* 45: 94–108.
- Tramer, Moritz. 1925. Psychopathenfürsorge, Protokoll der XVIII. Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz in Basel, 8. Juni 1925. S. 109–115 in *Der Armenpfleger* 22.
- Tramer, Moritz. 1918. «Wanderarmenfürsorge, Protokoll der XI. Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz in Biel, 27. Mai 1918». S. 98–103 in *Der Armenpfleger* 15.
- Veyrassat, Béatrice. 2015. Industrialisierung. *Historisches Lexikon der Schweiz*, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D13824.php> (19.07.2017).
- Wagner, Anton. 1955. Fürsorgestatistik. S. 381–382 in *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Bd. II*, hrsg. von Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft. Bern: Benteli Verlag.
- Wendt, Wolf Rainer. 1995. *Geschichte der Sozialen Arbeit*. 4. rev. Aufl. Stuttgart: Enke.
- Wild, Albert. 1945. Schweizerische Armenstatistik 1943 und 1919/20–1943. S. 89–94 in *Der Armenpfleger* 42.
- Wild, Albert. 1934. Schweizerische Armenstatistik 1932. S. 89–91 in *Der Armenpfleger* 31.
- Wild, Albert. 1908. Armenpflege und Wohltätigkeit an der Universität Zürich. S. 145–146 in *Academia, Allgemeines Organ der schweizerischen Studentenschaft* IV/16.
- Wild, Albert. 1903. «Literatur, Mentona Moser». S. 23 in *Der Armenpfleger* 1.
- Zürcher, Markus. 1995. *Unterbrochene Tradition. Die Anfänge der Soziologie in der Schweiz*. Zürich: Chronos.

Eine verhängnisvolle Verstrickung – Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Psychiatrie in der Geschichte der Heimerziehung

Manfred Kappeler

Jugendfürsorge und Psychiatrie entwickelten gegen Ende des 19. Jahrhunderts ihre professionellen Profile. Ihre Praxisorte, Erziehungs- und Besserungsanstalten bzw. *Irrenanstalten*, gehörten zum Typ der von Goffman in den 1960er Jahren analysierten «Totalen Institution». Beide Professionen hatten eine Klassifizierungspraxis, mit der entschieden wurde, welche Menschen auf welchen Wegen in diese Anstalten gebracht wurden. Die Ziele der *Unterbringung* waren ähnlich: Die Kinder/Jugendlichen sollten durch harte Erziehung *gebessert* und zu ordentlichen und fleißigen Arbeiterinnen und Arbeitern gemacht werden. Die Erwachsenen sollten *behandelt* werden, um sie als *brauchbare* Menschen in die bürgerliche Gesellschaft entlassen zu können. Wurden diese Ziele nicht erreicht, was sehr oft der Fall war, blieben die Minderjährigen bis zu ihrer Volljährigkeit in *Zwangserziehung* und die Erwachsenen wurden, oft lebenslang, hinter den Anstaltsmauern *aufbewahrt*. Beide Systeme waren als Instrumente des intervenierenden Staates entstanden, dessen Aufgabe es war, den für die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts expandierenden kapitalistischen Industriegesellschaften notwendigen ordnungspolitischen Rahmen herzustellen. Die *moderne* Zwangs- bzw. Fürsorgeerziehung war nicht die Fortsetzung des alten Waisenhaussystems bzw. der christlichen *Rettungshausbewegung*, sondern eine Konsequenz des § 55 des StGB vom 15. Mai 1871: «Wer bei Begehung einer Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden. Gegen denselben können jedoch nach Maßgabe landesgesetzlicher Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Maßregeln getroffen werden. Insbesondere kann die Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt erfolgen, nachdem durch Beschluss der Vormundschaftsbehörde die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.»

In Preußen wurde daraufhin im März 1878 das «Gesetz, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder» («Zwangserziehungsgesetz») verabschiedet. In § 1 heißt es: «Wer nach Vollendung des sechsten und vor Vollendung des zwölften Lebensjahres eine strafbare Handlung begeht, kann von Obrigkeitwegen in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungs-Anstalt untergebracht werden, wenn die Unterbringung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der strafbaren Handlung, auf die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher des Kindes und auf dessen übrige Lebensverhältnisse zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung erforderlich ist.»

In den anderen Bundesstaaten des Reiches wurden ähnliche Gesetze beschlossen.

Das uralte deutsche Wort *Verwahrlosung*, mit dem schon immer Verhältnisse und Verhalten von Menschen umschrieben wurden, war mit diesem Gesetz zu einem juristischen Begriff geworden, mit dem fortan Kinder, deren Handeln nicht den normativen Erwartungen der Dominanzkultur entsprach, bewertet *und* gemäßregelt wurden. Um die *Karriere* des Verwahrlosungsbegriffs von einer eng gefassten juristischen Bestimmung zu einem noch immer im Grundgesetz der Bundesrepublik (Art. 6, Abs. 3) verankerten und mit vielen Bedeutungen *aufgeladenen* Hauptwort der Jugendhilfe und der Jugendstrafrechtspflege, geht es in diesem Beitrag.

Das «Zwangserziehungsgesetz» verpflichtete die Staatsanwaltschaft, dem Vormundschaftsgericht die Straftat eines Kindes mitzuteilen und dieses musste die Ortspolizeibehörde über das Kind und seine Familie befragen. Die «Unterbringung» war nur möglich, wenn das strafunmündige Kind eine «erhebliche» Straftat begangen hatte. Im Gesetz wurden die Kinder aber nicht als «strafunmündige Straftäter» bezeichnet, sondern als «verwahrloste Kinder», deren «weitere sittliche Verwahrlosung» mit der Einweisung in eine «Erziehungs- oder Besserungsanstalt» vorgebeugt werden sollte. Diese Kinder kamen zu fast 100 % aus dem Proletariat.

§ 55 RStGB sah die Unterbringung eines Kindes nur im Falle einer ihm nachgewiesenen Straftat vor. Im «Zwangserziehungsgesetz» wurde nun der Zugriff erheblich ausgeweitet, indem die strafbare Handlung des Kindes mit den Charaktereigenschaften seiner Eltern und seinen «übrigen Lebensverhältnisse» verbunden wurde und im Hinblick auf «sittliche Verwahrlosung» geprüft werden musste.

Im Grimm'schen Wörterbuch wird die Grundbedeutung von «Verwahren» mit «für etwas sorgen, etwas sichern, beschützen, behüten» angegeben, «die art wie einer gehalten, wie für ihn gesorget wird» und direkt mit der Situation von Kindern in Verbindung gebracht, die von Erwachsenen, denen sie anvertraut wurden, *verwahrlost werden*: «Die jungen kinderlein, die von den ammen übel verwahret sind.»¹ Folgerichtig heißt es zu «Verwahrlosen» im Mittelhochdeutschen «verwarlasset»: «Die schuldige Sorge für eine Sache nicht haben.» Auch das wird am Beispiel von Kindern erläutert: «Dieweil man so verruchlich und ungottsfürchtiglich die kinder in der jugend verwarloset.» Und weiter: «Ein kind verwarlosen, dasz es zum krüppel wird» oder «dasz man ihre erziehung verwarlost hatte» oder «du hast dein ampt an diesem menschen verwarloset» (Luther). Verwahrlosen wurde mit «vernichten, gefährden, schädigen» in Verbindung gebracht. Verwahrlosung wurde also nicht als eine Folge und Ausdruck schlechter Charaktereigenschaften eines Kindes verstanden, sondern als verantwortungsloses Handeln Erwachsener an ihm. Im «Zwangserziehungsgesetz» von 1878 wurde diese Bedeutung von «Verwahrlosung» verändert. Die «Beschaffenheit der strafbaren Handlung» wurde nun als Verwahrlosungssymptom bewertet, wenn die Straftat aufgrund sogenannter Charakterfehler begangen wurde. Die Verbindung von «Sittlichkeit» (als Sammelbegriff von normgerechtem und moralisch einwandfreiem Verhalten) mit «Verwahrlosung» im Begriff der «sittlichen Verwahrlosung» impliziert die Annahme, Verwahrlosung sei das Resultat von «schlechten Eigenschaften» bzw. «schlechter Veranlagung» des Kindes. Diese substantielle Veränderung wurde zunächst nur als Tendenz sichtbar. «Verwahrlostes unsittliches» Handeln eines Kindes wurde noch nicht primär als ihm *innewohnende* Bereitschaft aufgefasst, sondern hauptsächlich der «Persönlichkeit» der erziehenden Erwachsenen zugeschrieben. Aber auch damit wurde eine Öffnung in Richtung «Heredität» hin gemacht, wie die sogenannten Erbanlagen zunächst bezeichnet wurden.

Von da aus war es zu der Annahme der «Vererbung» von «schlechten Anlagen» allerdings nur noch ein kleiner Schritt. Die ökonomisch bedingten Lebensverhältnisse des «verwahrlosten» Kindes gerieten dabei zunehmend aus dem Blick der es beurteilenden Instanzen und Personen.

Mit den staatlichen Erziehungs- bzw. Besserungsanstalten wurde ein zweistufiges System geschaffen. Die Besserungsanstalten bekamen die

1 Im Grimm'schen Deutschen Wörterbuch ist, mit Ausnahme von Eigennamen, die Kleinschreibung obligatorisch.

«schweren Fälle» zugewiesen. Das waren Kinder, bei denen nach Ansicht der Justiz die «sittliche Verwahrlosung» schon weit fortgeschritten war. Sie sollten mit härteren, deutlich an militärischer Disziplin ausgerichteten Methoden «gebessert» werden, während für die anderen eine zur Arbeit und zu Legalverhalten motivierende Erziehung für ausreichend gehalten wurde. Die Gerichte entschieden über den Beginn und das Ende der «Zwangserziehung» eines Kindes, sowie über den Ort ihrer Durchführung nicht aufgrund eigener Kenntnisse/Einblicke in die Lebenswirklichkeit des Kindes, sondern auf der Grundlage der Beurteilung des Kindes und seiner Familie durch die örtliche Polizeibehörde.

Bis dahin gab es die «Unterbringung» von Kindern/Jugendlichen die nicht in ihrer Herkunftsfamilie aufwachsen konnten oder duften, nur mit Zustimmung der Eltern bzw. der Vormünder oder des Gemeindewaisenrates. Tausende Kinder und Jugendliche wurden von den diversen Inhabern des «Aufenthaltsbestimmungsrechts» in überwiegend kirchliche Heime gebracht. Allein in Preußen gab es in jener Zeit an die 700 protestantische und katholische Erziehungsanstalten. Sie sahen in den neuen staatlichen Zwangserziehungsanstalten eine Bedrohung ihres Alleinstellungsanspruchs und eine Kritik an ihrer Kompetenz. Zugleich aber waren sie neidisch auf die Ausschaltung des elterlichen Willens durch den staatlichen Zwang. Sehr viele Kinder, so wurde geklagt, seien bei Erreichen des «erwerbsfähigen Alters», das damals bei 12 Jahren lag, den Anstalten aus Eigennutz oder aus Kurzsichtigkeit der Eltern entzogen worden.

Die Leiter der Zwangserziehungsanstalten waren Staatsbeamte, überwiegend Juristen, die sich im Unterschied zu den theologischen Leitern der kirchlichen Anstalten als «Berufsarbeiter» verstanden, die ein System öffentlicher Fürsorge für «verwahrloste» Minderjährige schaffen wollten.

Die mit dem Gesetz von 1878 geschaffenen Zwangserziehungsanstalten waren der historische Ausgangspunkt der organisierten öffentlichen Erziehung, die bis in die 1980er Jahre das Kernstück der Jugendhilfe blieb. Zugleich war die Zwangserziehung aber auch der Ausgangspunkt für den engen Zusammenhang der Jugendhilfe mit der Jugendstrafrechtspflege, in den etwas später die Psychiatrie aufgenommen wurde. Spätestens um 1900 wurde diese Trias in Politik und Öffentlichkeit als weitgehende Einheit aufgefasst.

Die mit dem «Zwangserziehungsgesetz» verbundenen Erwartungen an die kriminalpräventiven Wirkungen der staatlichen Zwangserziehung erfüllten sich indessen nicht. Die Verschlechterung der Lebensbedingun-

gen des Proletariats infolge der 1. großen Wirtschaftskrise des Deutschen Kaiserreichs, führte, verbunden mit einer Ausweitung der polizeilichen Kontrollen, zu einer starken Zunahme der registrierten Straftaten strafmündiger Kinder. Diese Erfahrung bewirkte eine Annäherung zwischen den Leitern der kirchlichen und denen der staatlichen Heime. Im Mai 1893 hatten die preußischen Anstaltsleiter auf einer «Konferenz der Vorsteher an Rettungshäusern, Zwangserziehungs- und Besserungsanstalten» sogenannte Leitsätze verabschiedet, in denen sie das Scheitern der an den Bedürfnissen des Strafrechts orientierten Zwangserziehung beklagten, die Prävention «der Verwilderung, Verrohung und Begehung strafbarer Handlungen der Jugend» durch Erziehung statt Strafe forderten, sowie die staatliche Überwachung der Erziehung «verwahrloster und verbrecherischer Kinder». Sie verlangten die Aufhebung der unteren Altersgrenze von 12 Jahren und die Anhebung der oberen Grenze auf das 21. Lebensjahr. Vor allem aber forderten sie eine vom Strafrecht unabhängige Rechtsgrundlage für die Unterbringung «verwahrloster» oder von «Verwahrlosung bedrohter» Kinder und Jugendlicher, die sie nicht mehr als «Zwangserziehung» sondern als «Fürsorgeerziehung» bezeichnen wollten. Der Zwang, die gerichtliche Anordnung, sollte zwar bleiben, aber der Geruch der Strafe sollte der Zwangserziehung durch ihre Bezeichnung als «Fürsorgeerziehung» genommen werden. Dieser Forderung wurde durch neue Gesetze entsprochen. Am 1.1.1900 trat das «Bürgerliche Gesetzbuch» in Kraft. Mit den §§ 1666 und 1838 wurde eine privatrechtliche Grundlage für die «Unterbringung» von Minderjährigen geschaffen. Diese Regelungen verstärkten die Forderung der Anstaltsleitungen nach einem eigenständigen Fürsorgeerziehungsgesetz, die mit dem Preußischen «Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger» vom 2. Juli 1900, dem die meisten Bundesstaaten mit ähnlichen Gesetzen folgten, erfüllt wurde.

Die Erfahrung des Scheiterns der Zwangserziehung in den 1880er Jahren hatte zur Entstehung eines pädagogischen Diskurses über das «Wesen» der «Verwahrlosung» geführt. Die von den Leitungen der Erziehungsanstalten eingebrachten *pädagogischen* Sichtweisen verbanden sich mit gleichzeitigen eugenisch-rassehygienischen und medizinisch-psychiatrischen Diskursen über Verwahrlosung, die zeitgleich in der Kriminologie und Strafrechtspflege, in den medizinisch-psychiatrischen Anstalten für sogenannte Geisteskranke und Irre, in der Bevölkerungswissenschaft und -politik sowie in der Wohlfahrtspflege entstanden und im biologistischen eugenischen Paradigma ihren gemeinsamen Dreh- und Angelpunkt fanden. Es handelte sich dabei nicht

um einen Streit darüber, welche Profession/Disziplin die Definitionsmacht über den Verwahrlosungsbegriff haben sollte, sondern um ein Aufeinanderzulaufen von Auffassungen über das «Anormale» bzw. «Abnorme» im Handeln von Menschen.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte sich in der bürgerlichen Gesellschaft eine paradigmatische Veränderung in der Annahme von drohenden Gefahren und ihrer Abwehr herausgebildet: Von der Selbst-Behauptung des Menschen gegenüber den Gefahren einer ihn bedrohenden Natur hin zu den sozialen Beziehungen der Menschen untereinander. In den Mittelpunkt der präventiven und kontrollierenden Aufmerksamkeit geriet zunehmend das «gefährliche Individuum» mit seinen «gegen die Ordnung» gerichteten Handlungen, für das in Konkurrenz und Zusammenarbeit Armenpflege, Jugendfürsorge, Kriminaljustiz und Psychiatrie die Zuständigkeit erlangten. Vom «gefährlichen Individuum» war es dann zum «Gefährlichen *im* Individuum» nur noch ein kleiner Schritt, der um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert *flächendeckend* vollzogen war. Psychiatrie und Sozialmedizin spielten mit ihrer aggressiven eugenisch-sozialdarwinistischen Orientierung in diesem Prozess eine Hauptrolle. Sie behaupteten, die Entstehung des «Anormalen» bzw. «Abnormen» *in* den als «anormal» bzw. «abnorm» bezeichneten Menschen naturwissenschaftlich aufklären zu können und über effektive Methoden für den Schutz solcher Menschen vor sich selbst und der Gesellschaft vor ihnen zu verfügen. Die Pädagogik verhielt sich dem gegenüber eher rezeptiv.

Die Hoffnung der Anstaltserzieher, mit der Trennung der Kinder von ihren «sittlich verdorbenen» Eltern, bzw. mit ihrer Herausahme aus dem «verwahrlosten Milieu», deren «Verwahrlosung» beheben, bzw. der «drohenden Verwahrlosung» vorbeugen zu können, hatte sich bei einer Mehrheit der «Zöglinge» nicht erfüllt. Auf die Idee, dass ihre auf Zwang gegründete Erziehungspraxis die «Misserfolge» verursachte, kamen sie nicht, oder wehrten sie ab. Wenn bei so vielen ihrer «Zöglinge» ihre, wie sie glaubten, von christlichen und humanistischen Werten geprägte erzieherische Praxis nichts fruchtete, mussten die Gründe für das Scheitern bei den Kindern/Jugendlichen liegen. Erklären konnten sie sich deren «unfassbar verdorbenes Wesen» mit ihren theologisch-philosophischen und pädagogischen Menschenbildern aber nicht. Wissenschaftliche Aufklärung darüber versprach ihnen die Psychiatrie und die nahmen die meisten Anstaltsleiter dankbar und mit wachsender Begeisterung an. Sie waren überzeugt, dass die Probleme und Anforderungen der «Verwahrlostenpädagogik» zutreffend und wegweisend von solchen

Psychiatern beschrieben wurden, die sich zu Spezialisten für das Seelen- und Geistesleben «schwererziehbarer» Kinder/Jugendlichen erklärten. Dabei identifizierten Jugendfürsorge und Psychiatrie gleichermaßen «Verwahrlosung» mit «Proletariat», dessen Kindern/Jugendlichen gegenüber sie ihre gemeinsame Aufgabe als Sozialdisziplinierung verstanden. Im Widerspruch dazu begründeten sie ihre Erziehungsziele ungebrochen mit ihren eigenen bürgerlichen Wertorientierungen. «Integration» in die Gesellschaft bedeutete für die Anstaltspädagogen Integration in die bürgerliche Gesellschaft, während ihre pädagogische Praxis mit den als «verwahrlost» definierten Kindern und Jugendlichen aus dem Proletariat das genaue Gegenteil betrieb und bewirkte. Insofern sich diese normativen Erwartungen und die ihnen entsprechenden Erziehungstheorien auf «problematische» bürgerliche Jugendliche richteten, gab es eine weitgehende Übereinstimmung von Theorie und Praxis in den diversen Formen der Internatserziehung. Bei aller Härte im Einzelfall, führte diese Erziehung in der Regel zur «Re-Integration» der «schwarzen Schafe» in die bürgerliche Mittel- und Oberschicht, zu der die maßgeblichen Anstaltspädagogen und die Vorsitzenden ihrer Trägerverbände selbst gehörten (Kappeler 2012).

Die Annäherung zwischen Jugendfürsorge/Jugendstrafrechtspflege und Psychiatrie spiegelte sich in vielen Beiträgen diverser Fachzeitschriften, die um die Jahrhundertwende gegründet wurden. Seit 1895 erschien die «Zeitschrift für Kinderforschung mit besonderer Berücksichtigung der pädagogischen Pathologie» mit Abhandlungen wie: «Psychopathische Minderwertigkeiten als Ursache von Gesetzesverletzungen Jugendlicher», «Medizin und Pädagogik», «Schutz für Geistesschwache», «Vererbung und erbliche Belastung in ihrer Bedeutung für Jugend- und Volkserziehung», «Über einige abnorme Erscheinungen im kindlichen Seelenleben», «Zur anstaltlichen Behandlung unserer sittlich gefährdeten Jugend». 1906 erschien der erste Band der «Zeitschrift für die Erforschung und Behandlung des jugendlichen Schwachsinn auf wissenschaftlicher Grundlage». Die Herausgeber waren führende deutsche Psychiater wie Binswanger, Cramer, Heubner, Hoche – der als einer der ersten für die «Vernichtung unwerten Lebens» eintrat und den Begriff der «Ballastexistenzen» prägte. Das Fachblatt «Der Schularzt» begrüßte die neue Zeitschrift euphorisch. Die Schulärzte waren zwar in der Regel keine Psychiater, eigneten sich aber eifrig psychiatrische Kenntnisse an und empfahlen sich der Jugendfürsorge als Ärzte mit einem am «jugendlichen Material geschulten unbestechlichen Blick für alle Formen des

Schwachsinn». In ihrem Fachblatt wurde behauptet, ohne ärztliche Beteiligung, werde «der pathologische Charakter vieler jugendlicher Vergehen und Verbrechen verborgen bleiben. Unter der Maske jugendlichen Leichtsinns, starker Sittenverderbnis oder häuslicher Verwahrlosung verdecken sich gar häufig Schwachsinn und sonstige psychische Abnormitäten. [...] So bleibt z. B. bei dem häufigsten Vergehen, [...] dem *Diebstahl*, die inferiore geistige Beschaffenheit schwachsinniger jugendlicher Diebe oft unerkant [...] Für die Fürsorgebehandlung eines solchen jugendlichen Kriminellen ist aber gerade die Erkennung der psychopathologischen Basis seines Verhaltens von ausschlaggebender Bedeutung [...]. Auch die Verkennung des pathologischen Charakters der gewohnheitsmäßigen Schulschwänzerei und Vagabondage führt zu einer verkehrten Beurteilung und Behandlung der betreffenden jugendlichen Individuen. Oder man denke an die ebenfalls einen hohen Prozentsatz der Zwangszöglinge darstellenden Mädchen, die frühzeitig der *Unzucht* und *Prostitution* anheimfallen.» In den Dienstordnungen für die Schulärzte müsse festgelegt werden, «daß jeder Fall, der von der Schule der Fürsorgeerziehung überantwortet wird, dem Schularzt zur Untersuchung zugeführt werden muß. [...] Wenn dann noch die Schulärzte die Verpflichtung übernehmen bei der *Ermittlung* von Fällen jugendlicher Verwahrlosung und Verfehlungen mitzuwirken, so wird ihnen eine sozialhygienisch bedeutsame Rolle bei der Fürsorgeerziehung zufallen» (Der Schularzt, 1906, 669 ff.). Ein Psychiater der «Mannheimer Vereinigung für Kinderforschung» schrieb über die «Schulschwänzer»: «Für die *Gesellschaft* bedeuten diese Kinder eine Gefahr: sie sind die *Rekruten des Landstreichertums und die Anwärter des Verbrechenertums*. Die Neigung zum Schuleschwänzen stellt oft die erste Äußerung eines antisozialen Charakters und das Frühstadium einer kriminellen Lebensführung dar. [...] Die Untersuchung hartnäckiger Schulschwänzer ergibt einen hohen Prozentsatz hereditär (erblich, M.K.) belasteter Individuen. Die Degeneration manifestiert sich häufig von vornherein durch einen egoistisch-antisozial gerichteten Trieb, so daß man wohl von dem «geborenen Verbrecher» sprechen darf. [...] Für die *Behandlung* ist eine Durchforschung der äußeren Lebensumstände und des psychischen Zustandes in jedem Einzelfalle unerlässlich. Zunächst kann versucht werden, auf das Haus einzuwirken, wo freilich Indolenz, auch Inkonsequenz in der Erziehung, Verwahrlosung und Verlierlichkeit oft genug jedes Besserungswerk vereiteln.» Gelingen das «Besserungswerk» nicht, müsse das Kind/der Jugendliche mit Hilfe des

§ 1666 BGB und der «Zwangserziehung» geschlossen untergebracht werden» (Der Schularzt, 1907, 317 ff.).

In einem Vortrag auf dem «3. Internationalen Kongreß für Irrenpflege» 1903 in Wien betonte der Psychiater Vogt die Bedeutung der Psychiatrie als Leitwissenschaft für alle Probleme der Menschheit. Die Psychiatrie bekomme «ihren höheren Wert durch ihre Beziehungen zu allgemeinen Fragen, durch die Pflege der Grenzgebiete», vor allem aber durch ihre Bedeutung für die Aufklärung sozialer Probleme. Als soziales Problem bezeichnete Vogt den «Schutz der menschlichen Gesellschaft vor den Schwachen». Ihre «Reizbarkeit, ihre Intoleranz gegen Alkohol, ihr ausgeprägtes Triebleben, ihre Unerziehbarkeit» könne sie in «soziale Konflikte» treiben. Es gehe aber nicht nur um den Schutz des einzelnen Bürgers vor den Schwachen, sondern auch um den «Schutz der Rasse». Die Anstalten «in denen diese endogen minderwertigen Menschen, die sich dauernd zu einem freien Leben nicht eignen, untergebracht sind (erfüllen) auch den wichtigen rassenhygienischen Zweck, dass durch die Unterbringung dortselbst diese zur Vererbung minderwertiger Eigenschaften disponierten und die Rasse dadurch enorm gefährdenden, durch das Walten der Natur aber keineswegs zur Unfruchtbarkeit bestimmten Menschen von der Fortpflanzung ausgeschlossen werden.» Die engsten Verbindungen habe die Psychiatrie mit der Fürsorgeerziehung und der Jugendstrafrechtspflege, die durch das neue FE-Gesetz ausgeweitet und vertieft worden seien: «Die jugendlichen psychopathischen Zustände, die uns im sozialen Konflikt entgegengetreten, dürfen schon wegen ihrer allgemeinen Bedeutung an die Spitze der Angelegenheit gestellt werden. [...] Es handelt sich hier ja oft um das schwere, aber dankbare Problem, aus allen diesen Menschen noch ein brauchbares Material zu formen.» Nicht nur für die «extrasozialen», den «geistig defekten Individuen», die «nie ein Verhältnis zur Sozietät gewinnen können» und dauerhaft untergebracht werden müssen, sei der Psychiater zuständig. Er müsse auch obligatorisch bei der Einleitung von Fürsorgeerziehungsverfahren und bei der Durchführung der FE beteiligt werden. Dabei gehe es um die Grundsatzentscheidung «ob geistig abnorm und ungeeignet zur FE» oder «geistig abnorm und trotzdem geeignet zur FE. [...] Betrachtet man heute das Insassenmaterial einer Schwachsinnigenanstalt, so ist das, was hier unter der Firma Schwachsinn zusammenläuft, in Wahrheit eine äußerst bunte Zusammenstellung der verschiedenartigsten jugendlichen geistig abnormen Zustände» (Vogt 1909, 451 ff.). Diese Beispiele zeigen, dass es um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einer weitgehenden Psychiatisierung der

Jugendfürsorge gekommen war. Die Psychiater wurden zu allen von Trägern und Verbänden der Jugendfürsorge veranstalteten Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen eingeladen.

Den größten Einfluss hatten sie beim «Allgemeinen Fürsorge-Erziehungs-Tag» (heute «AFET e. V. – Bundesarbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfen»). Der 1906 gegründete AFET, hatte sich aus den Zusammenkünften der kirchlichen und staatlichen Anstaltsleiter heraus zur bedeutendsten Fachorganisation der gesamten Heim- und Fürsorgeerziehung entwickelt. 1906 veranstaltete er den ersten seiner großen «Fürsorgeerziehungstage» in Breslau, «einberufen von der freien Konferenz der Berufsarbeiter (Direktoren, Vorsteher, Hausväter, Lehrer, Fürsorger, Inspektoren, Oberinnen etc.) an öffentlichen und privaten Fürsorge-Erziehungsanstalten, Vereinen, Kolonien etc.» Das Eröffnungsreferat hielt ein Psychiater, Direktor einer Heil- und Pflegeanstalt, über «Psychiatrische Gesichtspunkte in der Beurteilung und Behandlung der Fürsorgezöglinge», aus dem ich seine *Leitsätze* in Auszügen zitiere:

«Unter den Fürsorgezöglingen finden sich eine erhebliche Zahl von psychisch minderwertigen, krankhaft veranlagten, in der Entwicklung zurück gebliebenen und abnorm gerichteten Individuen. Die Mitwirkung von psychiatrisch geschulten Ärzten an den Aufgaben der Fürsorgeerziehung ist deshalb unentbehrlich.

Die Provinzialfragebogen bei der Einweisung von Fürsorgezöglingen in die Anstalten sollen (nach dem Muster derjenigen, welche als Grundlage für die Aufnahme von Geisteskranken, Idioten etc. in die Heil- und Pflegeanstalten in Gebrauch sind) alle für die ärztliche Beurteilung erforderlichen Angaben enthalten.

Bei der Aufnahme in Anstalten sollen alle Zöglinge alsbald einer sorgfältigen, auch den psychiatrischen Gesichtspunkten Rechnung tragenden ärztlichen Untersuchung unterzogen werden; der Befund ist ausführlich schriftlich niederzulegen und von dem Anstaltsleiter zur Kenntnis zu nehmen.

Dem Staate erwächst die Aufgabe Vorkehrung zu treffen, dass die mit der Fürsorgeerziehung berufsmäßig befassten Pädagogen etc., namentlich aber die Leiter der größeren Anstalten sich mit den Ergebnissen der einschlägigen Sonderforschungen und Erfahrungen auf pädagogischem, kriminalistischem, psychologischem

und psychiatrischem Gebiete vertraut machen.» (100 Jahre AFET 1906–2005)

Der Referent wurde 1908 zusammen mit zwei weiteren Psychiatern in den Vorstand des AFET berufen. Auf dem Fürsorge-Erziehungstag 1910 in Rostock hielt der Direktor der «Potsdamer Provinzialanstalten für Epileptische, bildungsfähige Idioten bzw. Schwachsinnige und Minderwertige» einen Hauptvortrag. Thema: «Über die vom psychiatrischen Standpunkt aus zu erfolgende Behandlung der schwer erziehbaren Fürsorgezöglinge.» Er bezeichnete diese Jugendlichen als die «der erzieherischen Arbeit am meisten widerstrebenden Elemente». Die «irrenärztlichen Untersuchungen» an Fürsorgezöglingen hätten ergeben, dass mindestens die Hälfte «nicht vollwertige», «mannigfach defekte» und «abnorme Individuen» seien. Diese Untersuchungen wurden in Preußen im Auftrag der Provinzregierungen durchgeführt. Sie werteten die «Personalbögen» aus, die für die «Zöglinge» bei der Aufnahme angelegt werden mussten. In den Rubriken konnten «Landstreichen», «Betteln», «Trunksucht», «Unzucht», «geistig gesund», «beschränkt», «schwachsinnig», «idiotisch», «epileptisch» angekreuzt werden. Auch bei «Körperlicher Gesundheit» lag der Schwerpunkt auf «erblichen Missbildungen» wie «Hasenscharte», «Verwachs, Buckel, Klumpfuß» und alle möglichen «Sinnesfehler» sowie organische Krankheiten wie Tuberkulose, die ebenfalls als genetisch verursacht galten. Auch die Fragen nach Familienangehörigen waren eugenisch konnotiert. Außerdem musste bei der Aufnahme der Kopf «phrenologisch» vermessen werden: «Kopflänge, Kopfbreite, Kopfumfang.» Die von Psychiatern im Auftrag der Fürsorgebehörden in den Jahren 1906–1912 durchgeführten Untersuchungen, wiesen konstant einen Anteil von ca. $\frac{2}{3}$ als «psychopathisch» eingestufte Fürsorgezöglinge aus. Auf diese Daten und auf seine zehnjährige Erfahrung «an einem größeren Material dieser mangelhaft Veranlagten und psychisch vielfach geschädigten Fürsorgezöglinge», stützte sich der Referent in seinem AFET-Vortrag. Er unterschied mehrere *Typen* «psychopathischer Zöglinge» und illustrierte seine Klassifizierungen mit dazu passenden *Fällen*. Er behauptete, die «wirkliche Besserung eines defekten und abnormen Individuums» sei von dessen «Krankheitseinsicht» abhängig, die den «schwereren Fällen psychopathischer Minderwertigkeit» aber kaum möglich sei. Zuletzt empfahl der Psychiater seinen pädagogischen Zuhörer*innen die strikte Aussonderung der «schwereren Fälle von Minderwertigkeit» aus den «gewöhnlichen Erziehungsanstalten». Im Schlusswort betonte er die gute Zusammenarbeit zwischen Psychiatrie und

Anstaltserziehung: «Wo immer bisher Arzt und Erzieher sich zu gemeinsamen Besprechungen zusammengefunden haben, immer ist laut oder leise ärztlicherseits mit Freuden hervorgehoben worden, welch lebendiges Interesse psychiatrischen Gesichtspunkten gegenüber und welch ernstes Verlangen, Wissen und Können zu vervollständigen, auf der anderen Seite anzutreffen waren» (Rein 1910, 82 ff.). Vom Plenum dieser AFET-Tagung wurde folgende Resolution verabschiedet:

«Die mit krankhaften Mängeln und Abweichungen auf geistigem Gebiete behafteten Fürsorgezöglinge sind möglichst frühzeitig durch eine sachverständige Untersuchung zu ermitteln und in zweifelhaften Fällen einer gründlichen psychiatrischen Beobachtung in geeigneten Beobachtungsstationen zu unterwerfen. Am besten ist die Untersuchung bereits vor der Überweisung in die Fürsorgeerziehung vorzunehmen. Aber auch später erscheint die Herbeiführung einer solchen Untersuchung notwendig. [...] Die leichteren Schwachsinnformen [...] können in den Erziehungsanstalten belassen bleiben [...]. Diejenigen psychopathischen und dabei auch mehr oder weniger schwachsinnigen Zöglinge, welche nur unter großen Schwierigkeiten zu beeinflussen sind, die durch ihre Eigenart auf die leichteren Fälle von Minderwertigkeit und auf die gesünderen Elemente immer wieder ungünstig einwirken, sind in besonderen Erziehungsanstalten, sog. Zwischen- oder Verwahrungsanstalten unterzubringen.» (Rein 1910, 82 ff.)

Den pädagogischen Hauptvortrag hielt ein Pastor und Anstaltsvorsteher. Er stellte drei Kategorien von «schwererziehbaren FE-Zöglingen auf: die «sexuell Verwahrlosten», die «kriminell Verwahrlosten» und die «geistig Minderwertigen». Seine abschließende Forderung fand große Zustimmung: «Zöglinge, die auch nach Beendigung der Fürsorgeerziehung nicht gebessert sind, sind zu entmündigen und je nach Grad ihrer Gemeingefährlichkeit oder Minderwertigkeit in geschlossenen oder halboffenen Verwahrnstanalten festzuhalten und bei gemeinnützigen Unternehmen zu beschäftigen» (ebd.).

Einer der damals führenden Psychiater, Prof. Cramer von der Universität Göttingen, ergänzte die Forderungen des Pastors indem er die Entmündigung «und weitere Internierung» der unverbesserlichen «schwer psychopathischen» volljährigen Fürsorgezöglinge vorschlug. Im Bericht über diesen Fürsorge-Erziehungstag heißt es, dass die pädagogischen, theologischen und

juristischen Referenten und Diskussionsredner «mit lebhaftem Beifall [...] fast sämtlich zum Ausdruck [brachten], dass die Zusammenarbeit von Psychiatrie und Pädagogik für die FE unbedingt notwendig» (ebd.) sei.

Im AFET waren die eher konservativen *Berufsarbeiter* aus dem Bereich der Jugendfürsorge versammelt. Ein Blick in den 1. Jahrgang der 1910 gegründeten «Zeitschrift für Jugendwohlfahrt, Jugendbildung und Jugendkunde – Der Säemann» – zeigt aber, dass das eugenisch-psychiatrische Paradigma weit über den Bereich der Fürsorgeerziehung hinaus das sozialpädagogische Denken dominierte. Die Zeitschrift wurde von der «Zentrale für Jugendfürsorge» und dem «Bund für Schulreform» herausgegeben, die Sammelorte der reformpädagogisch inspirierten ersten Generation von SozialpädagogInnen waren, die überwiegend aus der Jugendbewegung kamen. Viele Beiträge im «Säemann» zeigen, dass es in den Jahren vor dem 1. Weltkrieg zu einer vom ganzen Spektrum der Jugendhilfe (konservativ bis fortschrittlich) mitbetriebenen Legierung des in der Jugendfürsorge gebräuchlichen Begriffs «Verwahrlosung» mit dem in der Psychiatrie gebräuchlichen Begriff «Psychopathologie» gekommen war. Der Psychiater Gruhle machte im «Säemann» für die sich um 1910 häufenden Heimskandale die «aktiven» Jugendlichen in den Anstalten verantwortlich. Diese «Typen» seien kaum noch erziehbar und der Grund dafür, dass man am Erfolg der Erziehungsanstalten «fast verzweifeln» müsse. Er forderte die «langdauernde Unterbringung dieser Elemente in besonderen Anstalten». Gruhle schlug drei «Anstaltstypen» für die Durchführung der Fürsorgeerziehung vor, die die Möglichkeit der Abschiebung «ungeeigneter Elemente» haben müssten. Die Entscheidung bei der Auswahl der Kinder/Jugendlichen für die unterschiedlichen Anstalten müsse dem «Irrenarzt» obliegen (zitiert nach: Kappeler 2000, 719 ff.). Im selben Heft schlug ein anderer Psychiater und Anstaltsleiter eine Kategorisierung der «Zöglinge» in «Erziehbare, sozial Verwendbare, Unerziehbare und sozial Unverwendbare» vor (ebd.).

Der Fürsorge-Erziehungstag des AFET 1910 und der erste Jahrgang des «Säemann», markieren die endgültige freiwillige Anerkennung der Definitionsmacht der Psychiatrie über die Jugendfürsorge, die nicht widerwillig-resigniert hingenommen wurde, sondern in Hochstimmung und mit Begeisterung im Sinne einer Verschwisterung begrüßt wurde. Allerdings hatte die Psychiatrie mit ihrem angeblich naturwissenschaftlich und empirisch begründeten Klassifizierungssystem den Pädagogen auch eine umfassende

Absolution erteilt: das schlechte *Material* war schuld am pädagogischen Scheitern.

Durch die mit eugenisch-psychiatrischen Argumentationen/Sichtweisen bewirkte Veränderung des Verwahrlosungsbegriffs, der Verlagerung des Gefährlichen und der von ihm ausgehenden Gefahren ins Innere ihrer *Zöglinge*, wurden die auf Ausbeutung und Unterdrückung gegründeten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse von den konservativen und liberalen Sozialpädagog*innen in der Jugendfürsorge nicht mehr wahrgenommen, obwohl sie mit den Auswirkungen dieser *Verhältnisse* auf das Aufwachsen der ihnen *anvertrauten* proletarischen Kinder und Jugendlichen täglich konfrontiert wurden.

Die wirtschaftliche *Katastrophe* Deutschlands nach dem verlorenen Krieg, führte nicht zu einer Revision dieses Denkens. Obwohl Jugendliche in Fürsorgeerziehungsheimen auf ihre Rechte in einer demokratischen Gesellschaft pochten, die Heimskandale und Heimrevolten der 20er Jahre zu öffentlicher Empörung und zu Debatten im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus führten, blieben die immer noch selben Anstaltsleiter und Vertreter der Fürsorgeerziehung bei ihren hergebrachten Auffassungen über «verwahrloste Kinder/Jugendliche» und wie man sie «erziehen» müsse. Als die Nationalsozialisten 1933 dem «demokratischen und kommunistischen Spuk» ein Ende bereiteten, atmeten die meisten Träger und Leiter der Anstalten auf und begrüßten freudig und voller hochgestimmter Erwartungen an die Rückkehr von Autorität und Ordnung die «neue Zeit» und den «neuen Staat».

In den Jahren der Weimarer Republik war inzwischen eine zweite Generation von Psychiatern herangewachsen, die die psychiatrischen Klassifizierungen weiter zuspitzten. Mit bevölkerungspolitischen Ambitionen betrieben sie die Diskriminierung und Ausgrenzung aller «Minderwertigen», die nach ihren Kriterien der Gesellschaft keinen Nutzen brachten, sondern dem «Gemeinwesen» lediglich «Kosten» verursachten. Die als «Schädlinge» und «Parasiten» am «deutschen Volkskörper» Bezeichneten sollten mit zunehmend radikaler werdenden Beurteilungen und Methoden von der «Volksgemeinschaft» ausgeschlossen werden. Diese klassifizierende Sprache und die ihr zugehörige Praxis wurden nicht erst von den Nationalsozialisten entwickelt. Die sozialrassistische Begrifflichkeit war lange angelegt und bereits vor 1914 unter wesentlicher Beteiligung von Psychiatrie, Justiz, Anstaltserziehung und Wohlfahrtspflege ausformuliert worden. Die sogenannten Schutz- und Trägermächte der Sozialen Arbeit, die christlichen Kirchen und Verbände, die

liberal-humanistischen Zusammenschlüsse, die sozialistischen Parteien und Verbände setzten der eugenisch-bevölkerungspolitischen Radikalisierung nicht nur nichts entgegen, sondern beteiligten sich in der Gestalt bedeutender RepräsentantInnen daran. So wurden sie zu Wegbereiter*innen der vom NS-Regime nach seinem Machtantritt betriebenen sozialrassistischen Bevölkerungspolitik.

Die Nationalsozialisten versicherten sich mit ihren ersten beiden großen Gesetzen im Frühjahr/Sommer 1933, dem «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» und dem «Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses», der Zustimmung zu dieser Politik, die sie vor allem aus dem Gesundheitswesen und der Wohlfahrtspflege bekamen.

Ein exemplarisches Beispiel für die Kontinuität der Verstrickung von Jugendfürsorge und Psychiatrie ist der Psychiater Werner Villinger. Er war maßgeblich an der erbbiologischen und psychiatrischen Konnotation des Verwahrlosungsbegriffs beteiligt. Villinger hatte vor dem Krieg Medizin studiert, wurde nach dem Krieg Psychiater, war von 1926 bis 1933 leitender Mitarbeiter des Landesjugendamtes in Hamburg und von 1934 bis 1939 Chefarzt in den Bodelschwingschen Anstalten in Bethel, in denen er über zweitausend «Insassen» zur Zwangssterilisation meldete und Hunderte dieser «Eingriffe» selbst durchführte. Von 1940 bis zum Ende des NS-Regimes war er Ordinarius für Psychiatrie in Breslau. Sein Name stand auf der Gutachterliste der an der systematischen Ermordung sogenannt unheilbar Kranker während der «T4-Aktion» beteiligten Ärzte.

Trotz seiner tiefen Verstrickungen und seiner Täterschaft während des NS-Regimes, konnte Villinger seine Karriere nach 1945 bruchlos fortsetzen: Als «Sachverständiger für Fragen der Erziehungsfürsorge» bei der 1949 gegründeten «Arbeitsgemeinschaft für Jugendfürsorge und Jugendpflege» (AGJJ, heute AGJ), beim AFET und beim «Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge» hatte er auf die Jugendhilfe, besonders auf die Heimerziehung, erheblichen Einfluss. Seine Definition von «Verwahrlosung» als eine «durch psychische Anomalien bewirkte abnorme charakterliche Ungebundenheit und Bindungsunfähigkeit, die auf eine geringe (oder geringer gewordene) Tiefe und Nachhaltigkeit der Gemütsbewegungen und Willensstrebungen zurückgeht und zu einer Lockerung (oder Unterentwicklung) der inneren Beziehungen zu sittlichen Werten führt», war weitgehend unbestritten. Sie wurde ins «Fachwörterverzeichnis für Jugendwohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrtsrecht» aufgenommen (Stichwort «Verwahrlosung»), das

der AFET 1955 herausgab.² Dieses «Wörterbuch» gehörte während meiner Ausbildung zum Wohlfahrtspfleger (1959–1963) zur Pflichtlektüre. In ihm wurden auch die während des NS-Regimes von der Polizei- und SS-Führung in Zusammenarbeit mit der Jugendwohlfahrtspflege eingerichteten, und von Kriminalbiologen für «Forschungen» an «lebendem Material» genutzten, Jugend-Konzentrationslager als «Fürsorgeerziehungsanstalten» bezeichnet. In diesen Lagern wurden, oft auf Veranlassung und immer mit Zustimmung des jeweils zuständigen Jugendamtes, Jugendliche gebracht, die, so hieß es, «mit den Mitteln der Jugendhilfe nicht mehr in die Volksgemeinschaft eingeordnet werden können». Diese Klassifizierung war eine NS-spezifische Zuspitzung des Verwahrlosungsbegriffs, die auf solche «arischen» Jugendlichen angewendet wurde, die dem im Hitlerjungen bzw. im Bund Deutscher Mädel inkarnierten nationalsozialistischen Leitbild vom «deutschen Jugendlichen» nicht entsprachen (Guse 1993).

Für die Kontinuität des eugenischen Denkens in der Kinder- und Jugendhilfe nach 1945 stand vor allem Villingers Schüler und Kollege Hermann Stutte. Er studierte in den 20er Jahren Medizin. Er wurde NSDAP-Mitglied, trat in den NS-Ärztebund ein und war 1940 Gründungsmitglied der «Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie». 1941 befürwortete er die psychiatrische Untersuchung aller FE-Zöglinge nach erbbiologischen Gesichtspunkten. 1946 wurde er Oberarzt an der von Villinger geleiteten Universitätsnervenklinik in Marburg und dort 1950 Professor und Abteilungsleiter in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik. 1948 forderte er mit Villinger von der Kinder- und Jugendpsychiatrie die Klassifizierung «des von ihr betreuten Menschenmaterials» nach erbbiologischen Kriterien, um deren eventuell «sozialbiologische Unterwertigkeit» festzustellen. Die beiden führenden Kinder- und Jugendpsychiater schrieben: «Die Sichtung, Siebung und Lenkung dieses Strandgutes von jugendlichen Verwahrlosten» sei Aufgabe der Kinder- und Jugendpsychiatrie und forderten dafür die Asylisierung der «Verwahrlosten» in Arbeitslagern (Schäfer in einem Artikel der «Fachschaft der Universität Marburg», 1991). 1954 bekam Stutte den ersten Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland an der Universität Marburg. Er wurde Vorsitzender der «Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie» und Präsident der «Union Europäischer Pädopsychiater». 1954 wurde er auch in den Beirat des AFET berufen. Ab 1964 gehörte er zum Vorstand und seit 1966 wurde er Vorsitzender des AFET-

2 Zu Villinger ausführlich: Schäfer 1991.

Forschungsausschusses. Im Standardwerk «Handbuch der Heimerziehung» (Stutte 1952, 567) trat er dafür ein, «die besonders infektiöse Kerngruppe chronischer Asozialität möglichst frühzeitig [...] einer geeigneten Sonderbehandlung zuzuführen». 1958 veröffentlichte der AFET Stuttes Arbeit «Grenzen der Sozialpädagogik – Ergebnisse einer Untersuchung praktisch unerziehbarer Fürsorgezöglinge», die zu den meist rezipierten Veröffentlichungen der Fürsorgeerziehungsliteratur bis in die 70er Jahre gehörte. Zu seinem 60. Geburtstag im August 1969 wurde Stutte in Fachzeitschriften regelrecht gefeiert. In der damals für die Heimerziehung wichtigsten Monatsschrift «Unsere Jugend», deren Mitherausgeber er war, heißt es:

«Das Werk von Professor Stutte zeigt eindringlicher als Worte es vermöchten ein ungewöhnlich intensives Ringen um wissenschaftliche und fachärztliche Klärung der Hintergründe bei psychisch, somatisch und sozial bedingten Abweichungen im Kindes- und Jugendalter – mit dem Ziel, krankheitsadäquate Hilfestellung zu bieten.» (Unsere Jugend 1969, 374)

Die Geburtstags Ehrungen Stuttes erfolgten auf dem Höhepunkt der 1968 begonnenen «Heimkampagnen», denen es erstmals in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte gelang, die systematische Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung öffentlich zu skandalisieren. Ein Hauptanliegen der Akteur*innen war die Kritik des Vokabulars der Jugendhilfe. In diversen Büchern und Zeitschriften wurden die von Fachkräften der Jugendhilfe, der Jugendstrafrechtspflege und der Kinder- und Jugendpsychiatrie verwendeten Leitbegriffe wie «Verwahrlosung», «Schädliche Neigungen», «Schwachsinn» im Hinblick auf ihre stigmatisierenden Wirkungen untersucht. Die Untersuchungsfrage lautete: «*Wer* (d. h. von welchem Klassenstandpunkt) in Bezug auf *wen* (den proletarischen oder bürgerlichen Jugendlichen) *wann* (unter welchen historischen Bedingungen der Kapitalverwertung und des Klassenkampfes) *welche* Verhaltensmerkmale mit *welcher Begründung* als «verwahrlost» definiert» (Autorenkollektiv 1971, 73 ff.). Die Auseinandersetzung mit dem Verwahrlosungsbegriff und ähnlichen Klassifizierungen proletarischer Kinder/Jugendlicher hatte die Abschaffung des mit dieser Begrifflichkeit operierenden Disziplinar- und Kontrollsystems in der Jugendhilfe, speziell in der

Heim- und Fürsorgeerziehung zum Ziel.³ Mit der Streichung des Verwahrlosungsbegriffs, der Abschaffung der Fürsorgeerziehung und der geschlossenen Unterbringung im KJHG/SGB VIII von 1990 wurden diese Ziele in der durch die Heimkampagnen initiierten Jugendhilfe reform der 70er/80er Jahre teilweise auch erreicht. Allerdings sind diese Fortschritte heute, 25 Jahre später, bereits wieder in Frage gestellt und bedroht. Diskriminierende Bezeichnungen von Kindern/Jugendlichen und ihren Familien wie *verwahrlost*, *gestört*, *asozial* werden scheinbar naiv und geschichtsvergessen von Fachkräften der Jugendhilfe, Jugendstrafrechtspflege, Kinder- und Jugendpsychiatrie wieder verwendet. Vom Gesetz nicht gedeckte *freiheitsentziehende Maßnahmen* und *geschlossene Unterbringung* werden, wenn auch noch in vergleichsweise geringem Ausmaß, gegen als *schwererziehbar* definierte Minderjährige wieder angewendet. Ein Beispiel dafür ist die im Oktober 2014 von der «Kinder- und jugendpsychiatrischen Fachgesellschaft» veröffentlichte «Stellungnahme zu freiheitsentziehenden Maßnahmen in Jugendhilfeeinrichtungen», in der die Jugendhilfe aufgefordert wird, in ihren Einrichtungen «Geschlossene Unterbringung» für Kinder und Jugendliche durchzuführen, deren «Störungen des Sozialverhaltens meist keine längerfristige stationäre kinder- und jugendpsychiatrische Behandlung» erforderlich mache, bei denen aber «nach dem aktuellen wissenschaftlichen Stand eine pädagogische Maßnahme – mit längerer Dauer – indiziert» sei. Das wird folgendermaßen begründet:

«Patienten, die über einen Klinikaufenthalt hinaus oder anstelle eines Klinikaufenthaltes eine längere freiheitsentziehende Maßnahme im Bereich der Jugendhilfe benötigen, zeichnen sich oft durch ein sehr destrukturiertes soziales Umfeld, eine hohe emotionale Labilität, eine Geschichte des Scheiterns in verschiedenen Jugendhilfeeinrichtungen, durch andauernden Substanzkonsum sowie weitere deutlich selbstgefährdende und altersunangemessene Verhaltensweisen, wie z. B. Beschaffungskriminalität oder Prostitution, aus. Diese Kinder und Jugendlichen sind durch offene Angebote der Jugendhilfe oft nicht (mehr) erreichbar und benötigen einen länger andauernden Schutz- und Reflexionsraum, damit sie nicht in das gelernte Verhalten von Dissozialität, Beziehungsab-

3 Zur Kritik des Verwahrlosungsbegriffs im Kontext der Heimkampagnen folgende Bücher: Autorenkollektiv, Meinhof 1971, Aich 1973, Brosch 1975, außerdem diverse Beiträge in den Zeitschriften «Erziehung und Klassenkampf», «Info Sozialarbeit» und «HEZ – die Heim und ErzieherInnen Zeitschrift». Aktuell zum Verwahrlosungsbegriff: Kappeler 2017.

bruch, und/oder Substanzabusus zurückfallen. Untersuchungen der letzten Jahre in Jugendhilfeeinrichtungen haben einen hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen aufgezeigt, die an psychischen Störungen leiden. Kinder in Jugendhilfeeinrichtungen können als «ultra high risk» Gruppe gelten (Ford et al. 2007, 2010): verglichen mit anderen Hochrisikogruppen zeigen sie eine extrem hohe Prävalenz psychiatrischer Diagnosen. Bis zu 96 % aller Heimkinder erfüllen Diagnosekriterien für mindestens eine psychische Störung. [...] Es ist davon auszugehen, dass diejenigen Kinder und Jugendlichen, bei denen freiheitsentziehende pädagogische Maßnahmen notwendig sind, insbesondere zu der Gruppe gehören, die sowohl eine (oder mehrere) psychiatrische Diagnosen aufweisen und dauerhaft pädagogische Defizite erfahren haben.» (DGKJP 2014)

Die Erkenntnis, dass geschlossene Strukturen gewaltförmiges Handeln des Personals und der Kinder/Jugendlichen produzieren und «Geschlossenheit in der Geschlossenheit» (Isolierzellen, heute Timeout-Räume genannt) produzieren, mit ihren erziehungswissenschaftlich nachgewiesenen negativen Folgen für die Eingeschlossenen, fehlt den VerfasserInnen. Sie wissen auch nichts von der Entstehung sogenannter Jugendhilfekarrieren, an denen das System Jugendhilfe selbst entscheidend beteiligt ist. Die Wirkungen von Stigmatisierungen durch eine klassifizierende Diagnostik scheint ihnen ebenso fremd zu sein wie die Bedeutung von sozioökonomischen Lebenslagen für das Aufwachsen der Kinder/Jugendlichen, für die sie «geschlossene Unterbringung» verlangen. Ihr einseitiger psychiatrischer «Störungsbegriff» bleibt dem traditionellen «Verwahrlosungsbegriff» von Psychiatrie und Jugendhilfe ähnlich. In der Stellungnahme wird in Fettdruck betont, dem «*Facharzt Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie* kommt also als *Sachverständigem* in vielen Fällen eine *bedeutende Rolle im Verfahren* zur Entscheidung über eine pädagogische Maßnahme mit freiheitsentziehenden Maßnahmen zu» (DGKJP 2014). Die «Internationale Gesellschaft für Heimerziehung» (IGFH) hat diese Stellungnahme in einer Erklärung vom März 2015 als einen Versuch «feindlicher Übernahme» kritisiert: «Wenn psychiatrische Fachverbände den Anspruch erheben, grundsätzliche Aussagen zu Klientel, Aufgaben, Methoden und Verfahren der Sozialpädagogik formulieren zu können, um dortige «Maßnahmen für schwierige Jugendliche» inhaltlich in bestimmter Weise zu fordern [...] überschreiten sie ihre Grenzen. Dies ist

genauso der Fall, wenn Kinder- und Jugendpsychiater*innen, weil Heimkinder vorgeblich häufiger psychische Auffälligkeiten zeitigen als andere Kinder «eine regelmäßige Diagnostik und Behandlung von allen Kindern und Jugendlichen in Heimen fordern» (Märkische Oderzeitung vom 8.7.2014). Dies gilt [...] insbesondere auch bezüglich der Frage «geschlossener Unterbringung» (IGFH 2015).

Immer noch oder schon wieder, versucht die Kinder- und Jugendpsychiatrie die Definitionsmacht und Deutungshoheit über die Kinder- und Jugendhilfe zu gewinnen und immer noch oder schon wieder sehen viele Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen entweder darin kein Problem, weil sie sich selbst als minderqualifiziert und weniger kompetent einschätzen oder weil sie Angst haben, sich in der konkreten Situation zu positionieren. Die kritische Befassung mit der Geschichte des Verhältnisses von Psychiatrie und Jugendhilfe, von Psychiatrie und Sozialer Arbeit überhaupt, kann SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen helfen, in Begegnungen und Kooperationen einen selbstbewussten Standpunkt einzunehmen.

Literatur

- 100 Jahre AFET – 100 Jahre Erziehungshilfe. Band 1. 1906–2005. Hannover: AFET-Selbstverlag.
- Aich, Prodosch. 1973. *«Da weitere Verwahrlosung droht ...» – Fürsorgeerziehung und Verwaltung*. Reinbek: Rowohlt.
- Autorenkollektiv. 1971. *Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Brosch, Peter. 1975. *Fürsorgeerziehung – Heimterror, Gegenwehr, Alternativen*, Frankfurt/Main: Fischer.
- Der Schularzt*. 1906.
- Der Schularzt*. 1907.
- DGKJP (Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie). 2014. *Gemeinsame Stellungnahme der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachgesellschaft und der Fachverbände DGKJP, BAG KJPP, BKJPP: Freiheitsentziehende Maßnahmen in Jugendhilfeeinrichtungen*. <http://www.dgkjp.de/stellungnahmen-positions-papiere/stellungnahmen-2014/305-stn-freiheitsentziehende-massnahmen> (21.08.2018).
- Guse, Martin. 1993. *«Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben ...». Eine Ausstellung zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark 1940–1945*. Liebenau/Moringen: Meinke.
- IGFH (Internationale Gesellschaft für Heimerziehung). 2015. *Kooperation ja, aber nicht so! Erklärung der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen*. Frankfurt/Main, <https://www.igfh.de/cms/stellungnahme/kooperation-ja-aber-nicht-so-23032015> (22.02.2018).

- Kappeler, Manfred. 2000. *Der schreckliche Traum vom vollkommenen Menschen. Rassenhygiene und Eugenik in der Sozialen Arbeit*. Marburg: Schüren.
- Kappeler, Manfred. 2012. *Wir wurden in ein Landerziehungsheim geschickt ... Klaus Mann und seine Geschwister in Internatsschulen*. Berlin: Nicolai.
- Kappeler, Manfred. 2017. Sprachkritik in der Sozialen Arbeit. *Widersprüche* 143(37): 41–72.
- Kölch, Michael, Veit Roessner, Hubertus Adam. 2014. *Gemeinsame Stellungnahme der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachgesellschaft und der Fachverbände DGKJP, BAG KJPP, BKJPP: Freiheitsentziehende Maßnahmen in Jugendhilfeeinrichtungen*. <http://www.dgkjp.de/stellungnahmen-positions-papiere/stellungnahmen-2014/305-stn-freiheitsentziehende-massnahmen> (21.08.2018) Meinhof, Ulrike Marie. 1971. *Bambule. Fürsorge – Sorge für wen?* Berlin: Wagenbach.
- Rein, Oscar. 1910. Bericht über den allgemeinen Fürsorge-Erziehungstag zu Rostock. *Zeitschrift für die Erforschung und Behandlung jugendlichen Schwachsinnns* 4.
- Schäfer, Wolfram. 1991. *«Bis endlich der langersehnte Umschwung kam ...»*. Anmerkungen zur Rolle des Marburger Psychiaters Werner Villinger in der NS- und Nachkriegszeit. S. 178–283 in *«Bis endlich der langersehnte Umschwung kam...»*. *Von der Verantwortung der Medizin unter dem Nationalsozialismus*, hrsg. von Fachschaft Medizin der Philipps-Universität. Marburg: Schüren.
- Stutte, Hermann. 1952. Die soziale Individualprognose bei verwaorlosten und kriminellen Jugendlichen. S. 567–575 in *Handbuch der Heimerziehung. Bd. 1*, hrsg. von Friedrich Trost und Hans Scherpner. Frankfurt a.M.: Diesterweg.
- Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik*. 1969. Bd. 21, Heft 9.
- Vogt, Heinrich Wilhelm. 1909. Über die Fürsorge und Unterbringung Schwachsinniger, Epileptischer und geistig Minderwertiger. *Zeitschrift für die Erforschung und Behandlung des Jugendlichen-Schwachsinnns* 2.

Die Wohnungsfrage revisited: einige Gedanken zu den sozialräumlichen Dimensionierungen des Wohnens

Christian Reutlinger

«Die Häuser sind bewohnt vom Keller bis hart unters Dach, schmutzig von außen und innen, und sehen aus, daß kein Mensch drin wohnen möchte. Das ist aber noch alles nichts gegen die Wohnungen in den engen Höfen und Gäßchen zwischen den Straßen, in die man durch bedeckte Gänge zwischen den Häusern hineingeht und in denen der Schmutz und die Baufälligkei alle Vorstellung übertrifft – fast keine ganze Fensterscheibe ist zu sehen, die Mauern bröcklig, die Türpfosten und Fensterrahmen zerbrochen und lose, die Türen von alten Brettern zusammengenagelt oder gar nicht vorhanden. [...] Hier wohnen die Ärmsten der Armen, die am schlechtesten bezahlten Arbeiter mit Dieben, Gaunern und Opfern der Prostitution bunt durcheinander – die meisten sind Irländer oder Abkömmlinge von Irländern, und diejenigen, die selbst noch nicht in dem Strudel moralischer Verkommenheit, der sie umgibt, untergegangen sind, sinken doch täglich tiefer, verlieren täglich mehr und mehr die Kraft, den demoralisierenden Einflüssen der Not, des Schmutzes und der schlechten Umgebung zu widerstehen.»
(Engels [1845] 1962, 260)

«Steigende Mieten und hohe Wohnkosten sind für viele Einwohner in deutschen Großstädten ein gravierendes Problem» (Holm et al. 2018, 10). Immer mehr Mieterinnen und Mieter können ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen. Schliesslich müssen sie die Wohnung verlassen und sind gezwungen eine neue Bleibe, vielfach in einem anderen Stadtteil, zu suchen. Einige von ihnen werden – wenngleich nicht immer sichtbar – obdachlos (vgl. Burri und Salach 2018). Angesichts der dahinterliegenden strukturellen Zusammenhänge ist die Rede von der «neuen Wohnungsfrage» (Prokla 2018, Nummer

191), andere Autoren sprechen gar davon, dass die «Wohnungsfrage zurück» auf der «Tagesordnung der politischen Debatten» (Holm 2014a, 25) wäre.

Mit der Rede von der «Wohnungsfrage» und ihrer Wiederkehr werden die gesellschaftlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts aufgerufen. Diese waren – zumindest nach marxistischen Vorstellungen – eng verknüpft mit der «Sozialen Frage» (Engels [1872] 1971), 243). «[D]urch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht» (ebd.) – dies bedeutet in der marxistischen Vorstellung eben nicht «jedem Arbeiter ein ihm zu eigen gehörendes Häuschen zu verschaffen», sondern beispielsweise «durch Expropriation eines Teils der den besitzenden Klassen gehörenden Luxuswohnungen und durch Bequartierung des übrigen Teils» der Wohnungsnot Abhilfe zu schaffen (ebd.). Hintergrund war Engels Beobachtung, dass sich die Soziale Frage quasi räumlich abbildete (siehe auch weiter unten). Greif- und sichtbar wurde dies im 19. Jahrhundert anhand maroder Häuser in benachteiligten Stadtteilen, in denen die Arbeiterinnen und Arbeiter unter schlechten Bedingungen wohnten. Diese beschrieb Friedrich Engels als «Brutstätten der Seuchen, die infamsten Höhlen und Löcher», in die sie «Nacht für Nacht eingesperrt werden» (Engels [1872] 1964, 263).

Ausgehend von Friedrich Engels Beschreibungen sollen im vorliegenden Beitrag zentrale sozialräumliche Dimensionierungen des Wohnens genauer auf den Grund gegangen werden – und dabei sollen die Mechanismen der Wohnungsfrage wieder aufgegriffen (neudeutsch revisited) werden. Hinter diesen Mechanismen steckt folgende Grundsatzfrage: *Prägen die Umstände den Menschen oder schafft der Mensch seine Umstände selber?*

Karl Marx, der geistige Mitstreiter Friedrich Engels, hatte in seinem dialektischen Denken eine klare Antwort auf diese Grundfrage, wie das folgende Zitat belegt:

«Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.» (Marx [1852] 1976, 115)

Auf dieses dialektische Zusammenspiel von Struktur und Handlung verweist die aktuelle interdisziplinäre Raumforschung, indem beispielsweise die handlungszentrierte Sozialgeographie davon ausgeht, dass lediglich menschliche Akteure handeln («Geographie-Machen», Werlen 2010) und

durch ihr Handeln Bedingungen des weiteren Handelns (also Strukturen) schaffen – für sich und für die anderen. Dies tun sie jedoch nicht frei, sondern sie handeln unter dem Eindruck von Strukturen, die vorher schon bestanden. Handeln ist demnach «strukturiert», würde der britische Soziologe Anthony Giddens sagen. Oder nach den Überlegungen Benno Werlens: ««Geographie» machen [...] alle handelnden Subjekte auch auf alltäglicher Ebene.» Sozialgeographie soll demnach jene Geographien erforschen, «die täglich von den handelnden Subjekten von unterschiedlichen Machtpositionen aus gemacht und reproduziert werden» (Werlen 1999, 18).

«Umstände» lassen sich nicht einfach mit Strukturen übersetzen, sondern die Verwendung des Begriffes ist bei Marx und Engels relativ diffus und vielschichtig. Mithilfe von drei im vorliegenden Text herauszuarbeitenden sozialräumlichen Dimensionierungen soll dieser Begriff ein wenig genauer operationalisiert werden. Ausgangspunkt der ersten Dimensionierung sind die Räumlichkeiten, in denen Menschen wohnen. Als Materialisierung umfassen sie insbesondere den physisch-materiellen Aspekt einer Wohnung oder einer Behausung, indem damit die (Gebäude)einheiten, die als Wohnung genutzt werden, beschrieben werden. Nun sind Räume als «Gewebe sozialer Praktiken» (Kessl und Reutlinger 2010, 22) im Gegensatz zu Orten, also konkrete Stellen an der Erdoberfläche, nach einem raumrelationalem Verständnis nicht reduzierbar auf das Physisch-Materielle. Vielmehr werden Räume – auch Wohnräume – durch die sozialen Praktiken immer wieder neu geschaffen. Wohnräume werden dadurch mit der Zeit flüchtig, verändern sich oder verschwinden ganz, da Menschen wieder verschwinden, von den Orten weggehen, sterben, neue Menschen dazu kommen, diese sich neu (ver)mischen. Über ihre jeweils in einem historischen Moment bedingten spezifischen Praktiken verleihen die Menschen der Welt der Dinge (neue) Bedeutungen, beziehen Objekte und Gegenstände anders in ihren Alltag mit ein. Ihren Handlungen verleihen sie eine materialisierte Form, indem sie Häuser bauen, diese einrichten, aufräumen, umräumen, ausräumen oder umbauen, um sie später abzureissen und an den selben Orten ein neues Zuhause schaffen. Deshalb bildet in der ersten Dimensionierung zwar die Behausung – die so genannten vier Wände, in denen eine Person wohnt – zwar den Ausgangspunkt, gleichzeitig ist jedoch zu untersuchen, wie die Handlungsfähigkeit der jeweils betrachteten Menschen, das Verständnis von Struktur und Handlung, beschrieben wird. Davon abgeleitet kann verstanden werden, wie Menschen wohnen, also was heute als Wohnpraktiken

oder Wohn-Geographien bezeichnet wird. In der zweiten sozialräumlichen Dimensionierung wird das Augenmerk auf die vorherrschenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelegt, in denen Menschen leben bzw. wohnen. In den Blick geraten strukturelle Aspekte wie Macht- und Herrschaftszusammenhänge, Ressourcenverteilungen, Ausbeutungsverhältnisse, Abhängigkeiten und Ausgrenzungsstrategien, welche strukturierend sind für die sozialen Beziehungen – und durch die Wohnpraktiken reproduziert werden. In dieser Dimensionierung geht der Blick erstmal weg vom Physisch-Konkreten hin zum sozialen Raum, wie ihn beispielsweise Pierre Bourdieu beschrieben hat, als Gesamtgesellschaft, die sozial *und* räumlich strukturiert wird (Kessl und Reutlinger 2010, 14 f.). Diese ontologische Ebene wird in der dritten sozialräumlichen Dimensionierung wieder stärker betrachtet, indem mit dem Fokus auf die Siedlungsmuster, welches sich durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben, auf die konkreten Materialisierungsweisen eingegangen wird – im Unterschied zur ersten Dimensionierung, indem das einzelne Haus, der einzelne Wohnraum Ausgangspunkt der Betrachtung war, wird sich der Materialisierungsweise auf einer anderen Skala genähert: der Stadtteilebene und der Ebene unterschiedlicher Siedlungen in der Stadt. Bevor diese Dimensionierungen genauer herausgearbeitet werden, soll in einer Vorbemerkung der Forschungszugang von Engels erklärt und damit die Basis für die vorliegende Argumentation dargelegt werden.

Vorbemerkung – Sozialreportage als Forschungszugang zur historischen Wohnungsfrage¹

Entsprechend dieser Grundüberlegung von Struktur und Handlung lässt sich auch der von Engels im 19. Jahrhundert gewählte Forschungszugang begründen, welcher heute als Grundsteinlegung der sogenannten Sozialreportage gilt. Demnach können Menschen «zwar ihr Leben individuell und

1 Grundlage der hier festgehaltenen Gedanken zu den sozialräumlichen Dimensionierungen des Wohnens ist ein persönlich geprägter Zugang: Anlässlich eines Forschungsaufenthalts vom Mai bis Juli 2016 in der nordenglischen Stadt Manchester und Umgebung nahm ich – in einem ersten Schritt ohne viel zu überlegen – das Frühwerk Friedrich Engels «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» aus dem Jahre 1845 mit. Bald stellte dieses Buch für mich eine Art Reiseführer zur Industrie-Geschichte der Stadt, aber auch zu Fragen nach dem «wer wo und wie wohnen kann» dar. Ohne die alltäglichen Verpflichtungen besuchte ich mehr oder weniger ziellos unterschiedliche Ecken Manchesters, entdeckte die Altstadt und ihre Geschichte aus unterschiedlichsten Akteurperspektiven, streifte durch geschichtsträchtige Stadtteile wie Hulme, Deansgate-Castlefield oder Chorlton-on-Medlock. Der Weg führte mich an viele Orte, die Engels in seinem Buch beschrieb – ich

kollektiv selbstbestimmt gestalten [...], aber immer nur unter Beachtung der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen» (Braun et al. 2009, 214). Friedrich Engels, damals 24-jährig, verbrachte 21 Monate unter der arbeitenden Klasse in Manchester. Seine Erlebnisse hat er in seinem im Jahre 1845 erschienenen Frühwerk «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» festgehalten.

Über 80 Jahre später ging ein zweiter Autor sehr ähnlich wie Engels vor, als er die nordenglische Stadt Manchester und ihr Umland besuchte. Es handelt sich um den heute noch durch seine vielgelesenen Werke «Farm der Tiere», «1984» oder «Mein Katalonien» bekannten Autor George Orwell. Der Titel seiner Sozialreportage lautet «Der Weg nach Wigan Pier». Orwell wurde 1936 vom «Left Book Club», einer britischen Buchgemeinschaft, die für Weltfrieden und gegen Faschismus kämpfte, beauftragt, «an Ort und Stelle zu beobachten», wie Arbeiterinnen und Arbeiter «im Alltag arbeiten und wohnen und überleben» (Orwell und Papst [1936] 1982, siehe Einband). Insbesondere George Orwell ging mit einer bestimmten Haltung ins Feld, welche aus der heutigen Perspektive als vorurteilslos beschrieben wird. Manfred Papst schreibt hierzu im Nachwort:

«Er kommt nicht mit einem fertigen Konzept, für das er allenfalls noch illustrierendes Material sucht, in den Norden, sondern setzt sich erst einmal rückhaltlos den verschiedensten Erlebniswelten aus.» (Papst 1982, 231)

«Was Orwell schließlich von vielen anderen Versuchen in dieser Richtung unterscheidet, ist das völlige Fehlen jeder Rechthaberei. Er weiß, daß er nicht aufgehört hat, ein Bürger zu sein, weil er eine Industriereportage geschrieben hat; [...]. Und gerade weil er sich nicht als allbesserwissender Lehrer verhält, weil er mit-lernt, weil er, mit einem Wort, Aufklärer ist, macht er es dem Leser leicht, einmal grundsätzlich über Dinge nachzudenken, die er bis anhin für ausgemacht hielt. Und diese Haltung macht ein Gespräch mit

machte mir einen Sport daraus, am Tag vorher das entsprechende Kapitel vor- oder am Abend nachzulesen und auf der Karte nachzuvollziehen, wo sich der damals 24-jährige Engels in den 21 Monaten, die er unter der arbeitenden Klasse verbrachte, bewegte. In den seltensten Fällen war jedoch überhaupt noch etwas zu sehen, das an den Alltag des Industriezeitalters erinnerte. Identifizierbar war manchmal der Ort, die Stelle, an der die Menschen früher lebten – von ihrem Leben (und Leiden) war jedoch kein Zeichen mehr vorhanden. Gleichzeitig leben Menschen heute an diesen Orten ganz anders, schaffen ganz andere Arbeits- und Wohnräume. Nur noch wenige Personen scheinen zu wissen, was früher einmal stattfand, wo sie heute leben – für ihren Alltag ist dies bedeutungslos.

dem Leser überhaupt erst möglich.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 232 f.)

George Orwell erstellte bei seinen Forschungen viele Notizen, in denen er seine Erlebnisse festhielt. Gleichzeitig war ihm bewusst, dass diese Aufzeichnungen die Wohnrealitäten nur bedingt abbilden konnten. Deshalb bezeichnete er sie als Erinnerungsstützen für sich selber.

«Wenn ich sie lese, bringen sie mir das zurück, was ich gesehen habe, auf sich gestellt jedoch können sie keine rechte Vorstellung von den Lebensbedingungen in diesen schrecklichen Slums im Norden vermitteln. Wörter sind so schwache Wesen. Was heißt schon ein Ausdruck wie ›Dach undicht‹ oder ›vier Betten für acht Leute‹? Über solche Eintragungen gleitet das Auge weg, ohne etwas festzuhalten. Aber was für eine Menge an Elend kann so ein Ausdruck in sich schließen!» (Ebd., 56)

Papst hierzu:

«Er weiß, daß seine Sehkraft und seine Perspektive beschränkt sind. Was immer er entdeckt, wird eine teilweise Erkenntnis aus einem ganz bestimmten Blickwinkel.» (Ebd., 231)

Während Engels oder Orwell als Forschende eine vorurteilslose, unbedingte Haltung einnahmen, hatten beide in ihrer politischen Aktivität eine klare, also bedingte Position, was beispielsweise in auf die Analyse folgenden Buchteilen von Engels Werk deutlich wird. Diese Teile ist eine deutliche Anklageschrift gegen die vorherrschenden Verhältnisse, gegen die Bourgeoisie, welche für die Verelendung der Arbeiter und Arbeiterinnen verantwortlich sind. Gefordert werden strukturelle Veränderungen, Gerechtigkeit und Freiheit für alle. Ebenfalls in Manchester, in der Chetham's Library, wo sich Friedrich Engels und Karl Marx 1845 regelmässig trafen, entstand das «Kommunistische Manifest». In diesem heisst es beispielsweise:

«An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.» (Marx und Engels [1848] 1964, 482)

Erste sozialräumliche Dimensionierung: Wohnräume, in denen Menschen leben

Ein weiteres Zitat knüpft an den von Engels im 19. Jahrhundert beschriebenen Zustände im sogenannte «Klein-Irland»-Wohngebiet am Fluss Medlock, der durch Manchester fließt, an:

«In einem ziemlich tiefen Loche, das in einem Halbkreis vom Medlock und an allen vier Seiten von hohen Fabriken, hohen bebauten Ufern oder Aufschüttungen umgeben ist, liegen in zwei Gruppen etwa 200 Cottages, meist mit gemeinschaftlichen Rückwänden für je zwei Wohnungen, worin zusammen an 4.000 Menschen, fast lauter Irländer, wohnen. Die Cottages sind alt, schmutzig und von der kleinsten Sorte, die Straßen uneben, holperig und zum Teil ungepflastert und ohne Abflüsse; eine Unmasse Unrat, Abfall und ekelhafter Kot liegt zwischen stehenden Lachen überall herum, die Atmosphäre ist durch die Ausdünstungen derselben verpestet und durch den Rauch von einem Dutzend Fabrikschornsteinen verfinstert und schwer gemacht – eine Menge zerlumpter Kinder und Weiber treibt sich hier umher, ebenso schmutzig wie die Schweine, die sich auf den Aschenhaufen und in den Pfützen wohl sein lassen – kurz, das ganze Nest gewährt einen so unangenehmen, so zurückstoßenden Anblick wie kaum die schlechtesten Höfe am Irk. Das Geschlecht, das in diesen verfallenden Cottages, hinter den zerbrochenen und mit Ölleinwand verklebten Fenstern, den rissigen Türen und abfaulenden Pfosten oder gar in den finstern nassen Kellern, zwischen diesem grenzenlosen Schmutz und Gestank in dieser wie absichtlich eingesperrten Atmosphäre lebt – das Geschlecht muß wirklich auf der niedrigsten Stufe der Menschheit stehen – das ist der Eindruck und die Schlußfolgerung, die einem bloß die Außenseite dieses Bezirks aufdrängt. Aber was soll man sagen, wenn man hört, daß in jedem dieser Häuschen, das allerhöchstens zwei Zimmer und den Dachraum, vielleicht noch einen Keller hat, durchschnittlich zwanzig Menschen wohnen, daß in dem ganzen Bezirk nur auf etwa 120 Menschen ein – natürlich meist ganz unzugänglicher – Abtritt kommt und daß trotz alles Predigens der Ärzte, trotz der Aufregung, in die zur Cholerazeit die Gesundheitspolizei über den Zustand von Klein-Irland geriet,

dennoch alles heute im Jahr der Gnade 1844 fast in demselben Zustande ist wie 1831?» (Engels [1845] 1962, 292)

In Friedrich Engels Sozialreportage findet man eine Vielzahl ähnlich gearteter Beschreibungen. Diese lassen sich einer übergeordneten Form in folgender Leitfrage bündeln: *Wie wohnen Menschen?* Oder genauer: Unter welchen physisch-materielleren Gegebenheiten, d. h. insbesondere in welchen Wohnräumen, leben die Menschen? Solche Wohn-Gegebenheiten werden auch von George Orwell beschrieben, beispielsweise in seinen Überlegungen zum Thema Überfüllung der Wohnungen:

«Ziemlich oft leben acht oder sogar zehn Leute in einem Dreizimmerhaus. Eines dieser Zimmer ist ein Wohnzimmer, und wahrscheinlich ist es ein Dutzend Fuß im Quadrat groß und enthält neben dem Küchenherd und dem Ausguß einen Tisch, ein paar Stühle und ein Buffet, es hat keinen Platz mehr für ein Bett. Das heißt also, daß acht oder zehn Leute in zwei kleinen Zimmern schlafen, wahrscheinlich in höchstens vier Betten [...] dazu kommt das Elend mit den undichten Dächern und den feuchten Wänden, das im Winter manche Zimmer fast unbewohnbar macht. Dazu kommen die Wanzen. Wenn Wanzen einmal in einem Haus sind, bleiben sie darin bis zum Jüngsten Tag; es gibt keine sichere Methode, sie zu vertilgen: Dazu kommen die Fenster, die sich nicht öffnen lassen. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, was das bedeutete, etwa im Sommer, in einem engen, ungelüfteten Wohnzimmer, in dem das Feuer, auf dem die ganze Kocherei erledigt wird, mehr oder weniger den ganzen Tag über brennen muß.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 57)

Engels wie auch Orwell ging es in ihren Sozialreportagen also darum, die ganz konkreten Gegebenheiten, in denen Arbeiterinnen und Arbeiter leben, d. h. die Bandbreite der proletarischen Existenz zu beschreiben und nicht nur ihre Ausbeutung in den Fabriken anzuklagen: Illustriert werden Themen wie Gesundheit, Alkoholismus, Kriminalität, Kinder- und Frauenarbeit, aber insbesondere auch das Thema Wohnen. Engels spricht im Vorwort die Arbeiterinnen und Arbeiter direkt an, indem es ihm darum geht, ein

«treues Bild eurer Lebensbedingungen, eurer Leiden und Kämpfe, eurer Hoffnungen und Perspektiven zu zeichnen. Ich habe lange

genug unter euch gelebt, um einiges von euren Lebensumständen zu wissen; [...] ich wollte euch in euren Behausungen sehen, euch in eurem täglichen Leben beobachten, mit euch plaudern über eure Lebensbedingungen und Schmerzen, Zeuge sein eurer Kämpfe gegen die soziale und politische Macht eurer Unterdrücker.» (Engels [1845] 1962, 229)

Führt man die Ausführungen Engels auf einer abstrakteren Ebene weiter, so könnte man eine *erste sozialräumliche Dimensionierung des Wohnens* folgendermassen beschreiben: Die ganz konkreten Bedingungen des Wohnens, unter denen unterschiedliche soziale Gruppen leben, sollten entschlüsselt bzw. erklärt werden. Diese Bedingungen waren – zumindest zu Zeiten von Engels und Orwell – dermassen dominierend, dass den Menschen kaum eine Fähigkeit zum alternativen Handeln zugesprochen wurde. Man könnte auch sagen, dass die Praxis des Wohnens als Wohn-Geographie-Machen, um beim sozialgeographischen Vokabular zu bleiben, kaum eine gestalterische Kraft innehatte. Die «unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände» (Marx [1852] 1976, 115) determinierten die Wohn-Praxen der arbeitenden Bevölkerung in hohem Masse. Arbeiterinnen und Arbeiter wurden damals – Ungeziefern gleich – als dahinvegetierende, abhängige Wesen beschrieben. Engels hierzu:

«Fassen wir das Resultat unsrer Wanderung durch [...] [Arbeiterbezirke von Manchester] zusammen, so müssen wir sagen, daß dreihundertfünfzigtausend Arbeiter von Manchester und seinen Vorstädten fast alle in schlechten, feuchten und schmutzigen Cottages wohnen, [...] daß in den Arbeiterwohnungen von Manchester keine Reinlichkeit, keine Bequemlichkeit, also auch keine Häuslichkeit möglich ist; daß in diesen Wohnungen nur eine entmenschte, degradierte, intellektuell und moralisch zur Bestialität herabgewürdigte, körperlich kränkliche Rasse sich behaglich und heimisch fühlen kann.» Engels [1845] 1962, 294)

Und ähnlich klingt es bei Orwell, welcher die betroffenen Menschen angesichts der ausbeutenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse (siehe auch zweite Dimensionierung) als wehrlose «Küchenschaben»² beschrieb:

2 «Denn sie existieren zu Dutzenden und Abertausenden; sie sind eines der charakteristischen Nebenprodukte der modernen Welt. Wenn man die Zivilisation, die sie hervor-

«Der Ort begann mich zu bedrücken. Es war nicht nur der Schmutz, der Gestank, das minderwertige Essen, sondern das Gefühl sinnloser Verwahrlosung ohne Ausweg, das Gefühl, in eine unterirdische Welt geraten zu sein, in der die Menschen herumdröbeln wie Küchenschaben in einem ewigen Durcheinander schäbiger Arbeit und alltäglicher Sorgen. Man bekommt den Eindruck, sie seien gar keine wirklichen Menschen, sondern eine Art Gespenster, die ewig das gleiche nichtige Geschwätz herunterspulen.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 18)

Heute sprechen wir den Menschen mehr Handlungsfähigkeit zu – zumindest in den westlichen Industrieländern scheinen vielfältige Emanzipations- und Ermächtigungsprozesse stattgefunden zu haben, was sich auch auf uns Wohnraumforschende auswirkt, indem der Fokus auf die Subjekte gerichtet wird.

«Die Subjekte leiten den Strom des sozialen Handelns. Selbst wenn die nicht selbst gewählten Umstände und Zwänge des Handelns zahlreiche Handlungsweisen ausschließen oder deren Erfolg verhindern, sollen wir die Subjekte als die einzigen handlungsfähigen Instanzen der sozialen Welt betrachten.» (Werlen 1997, 154)

Für eine zukünftige Wohnforschung aus sozialräumlicher Perspektive geht es aber nicht nur darum, die Frage zu beantworten, wie unterschiedliche Menschen und Personengruppen heute wohnen³, sondern vielmehr muss

gebracht hat, gutheißt, darf man sie nicht übersehen. Denn sie sind zumindest ein Teil dessen, was die Industrialisierung für uns getan hat. Kolumbus segelte über den Atlantik, die ersten Dampfmaschinen setzten sich ruckelnd in Bewegung, ... und das alles führte eben zu labyrinthischen Slums und dunklen, nach hinten gelegenen Küchen mit ungesunden, schnell alternden Menschen, die herumdröbeln wie Küchenschaben. Es ist eine Art Pflicht, solche Orte hin und wieder zu sehen und zu riechen, besonders zu riechen, damit man nicht vergiftet, daß es sie gibt; obwohl es vielleicht besser ist, nicht zu lange dort zu verweilen.» (Orwell 1982, 19)

3 Interessant ist, dass aktuelle Beschreibungen des Wohnens aus Ländern, die nicht zu den Industrieländern gezählt werden, in denen heute unsere Güter unter billigsten Produktionskosten hergestellt werden, sehr ähnlich klingen, wie damals bei uns. Beispielhaft kann hier folgender Ausschnitt angeführt werden: «Das südasiatische Land ist Äthiopien fast zwanzig Jahre voraus. Die Wirtschaft ist unglaublich schnell gewachsen, seit 1990 hat sich die Armut halbiert. Doch Bangladesch ist auf fatale Weise von der Textilindustrie abhängig. Deren Jobs sind für Millionen Frauen existenziell. Frauen wie Sheuley Akter. Sie ernährt mit ihrem Lohn die ganze Familie. Der Raum, in dem die 35-Jährige mit ihrem Mann und drei Kindern im Industriegürtel Dhakas lebt, ist etwa so gross wie

geklärt werden, wie das Zusammenspiel von Handlungsfähigkeit und der Determiniertheit durch die konkreten Wohnbedingungen, in denen diese Menschen leben, funktioniert.

Zweite sozialräumliche Dimensionierung: Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, in denen Menschen leben

«Wenn ein einzelner einem andern körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zuzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen, unnatürlichen Tode verfallen, einem Tode, der ebenso gewaltsam ist wie der Tod durchs Schwert oder die Kugel; wenn sie Tausenden die nötigen Lebensbedingungen entzieht, sie in Verhältnisse stellt, in welchen sie nicht leben können; wenn sie sie durch den starken Arm des Gesetzes zwingt, in diesen Verhältnissen zu bleiben, bis der Tod eintritt, der die Folge dieser Verhältnisse sein muß; wenn sie [...] nur zu gut weiß, daß diese Tausenden solchen Bedingungen zum Opfer fallen müssen, und doch diese Bedingungen bestehen läßt – so ist das ebenso gut Mord wie die Tat des einzelnen, nur versteckter, heimtückischer Mord, [...] ich werde ferner beweisen müssen, daß die Gesellschaft weiß, wie schädlich eine solche Lage der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter ist, und daß sie doch nichts tut, um diese Lage zu verbessern. [...] Daß eine Klasse, welche in den oben geschilderten Verhältnissen lebt und so schlecht mit den allernotwendigsten Lebensbedürfnissen versehen ist, nicht gesund sein und kein hohes Alter erreichen kann, versteht sich von vornherein von selbst. [...] Schon die Zentralisation der Bevölkerung in großen Städten äußert ungünstigen Einfluß; die

ein durchschnittliches Schweizer Kinderzimmer. Er bietet Platz für ein Bett, ein Gestell und einen alten Fernseher. Das Bad und den Gaskocher teilt sich die Familie mit vielen anderen Hausbewohnern. Es ist dies die Wohnung einer Arbeiterin, die vielleicht bald zu teuer ist für die Textilbranche. Und doch bedeutet diese Bleibe für Akter einen Aufstieg. In Bangladesh leben hunderttausende in Slums oder auf der Strasse.» (Burri und Pfister 2017, o.S.). Seit 20 Jahren zieht die Modeindustrie um die Welt und sucht immer noch günstigere Produktionsstandorte. Nach Asien ist ihr nächster Halt Afrika. Es dürfte die letzte Station eines unerbittlichen Wettlaufs sein (vgl. Burri und Pfister 2017).

Atmosphäre [...] kann nie so rein, so sauerstoffhaltig sein wie die eines Landdistrikts; [...]» (Engels [1845] 1962, 324)

Wenn Friedrich Engels von *Umständen* spricht, hatte er nicht nur die ganz konkreten Wohn-Bedingungen im Kopf, sondern ihm ging es wie seinem Gesinnungsgenossen Karl Marx darum, die *sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse*, bzw. *die Lage* der arbeitenden Klassen in England zu verstehen und die sich dadurch für sie ergebenden Verengungen von Handlungsspielräumen darzustellen. Will man diese zweite Dimensionierung mit einer Leitfrage auf den Punkt bringen, so liesse sich diese folgendermassen formulieren: *Welche sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse führen dazu, dass der Mensch so wohnt, wie er wohnt?*

Angesprochen sind die Macht- und Herrschaftszusammenhänge, in die die Menschen eingebunden sind und die ihr Handeln bestimmen. Auch in George Orwells Buch scheinen diese an unterschiedlichen Stellen auf: So kämpft der bürgerlich geborene Orwell ständig mit Vorurteilen, die er mit sich rumträgt. Beispielweise hat er seit frühesten Kindheit gelernt, dass «[d]ie unteren Klassen stinken» (Orwell und Papst [1936] 1982, 125). Bevor er seine Forschung durchgeführt hat, waren Arbeiter für ihn fast «etwas Unmenschliches» ebd., 124). «Sie hatten grobe Gesichter, eine fürchterliche Redeweise und ungeschliffene Manieren, sie haßten jedermann, der nicht so war wie sie selber, und bei der ersten Gelegenheit würden sie einen auf die brutalste Art angreifen» (ebd.). Erst seine Tätigkeit in Burma als Polizeioffizier eröffnete ihm den Zugang zu ausgrenzenden Struktur- und Klassenfragen und damit zur Arbeiterklasse, die er nach seiner Rückkehr mit anderen Augen betrachtete.

«Es war das erste Mal, daß mir die Arbeiter wirklich bewußt wurden, und das geschah zunächst nur, weil sie in eine Analogie paßten. Sie waren die symbolischen Opfer der Ungerechtigkeit, sie spielten die gleiche Rolle in England wie die Burmesen in Burma.» (Ebd., 146)

«Deshalb wandte sich mein Interesse sofort den extremen Fällen zu, den Ausgestoßenen der Gesellschaft. Landstreichern, Bettlern, Kriminellen, Prostituierten. Sie waren die Untersten der Unteren, und sie waren die Leute, mit denen ich in Kontakt kommen wollte.» (Ebd., 147)

Über diesen Weg zu den Ausgegrenzten fand Orwell schliesslich zu sich selber, aber auch zu den relevanten Strukturfragen der englischen Klassengesellschaft. Er begriff,

«daß die Bessergestellten nur deshalb bessergestellt bleiben, weil sich die Bergleute die Gedärme aus dem Leib schwitzen. [...] wir alle verdanken unsern verhältnismäßig anständigen Lebensstand armen Teufeln unter Tage, die, schwarz bis an die Augen und die Kehlen voll Kohlestaub, mit stahlharten Armen und Bauchmuskeln ihre Schaufeln vorwärtsstoßen.» (Ebd., 35)

Orwell gelangte zur Erkenntnis, dass es die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die verantwortlich sind, dass die Arbeiter so handeln, wie sie handeln – und nicht etwa irgendetwas Genetisches (würde man heute sagen).

«Zahlreiche Umstände drängen den Arbeiter dauernd in eine passive Rolle. Er handelt nicht, er wird behandelt. Er fühlt sich als Sklave einer mysteriösen Autorität und ist fest davon überzeugt, daß «sie» ihm nie erlauben werden, dies oder das oder jenes zu tun. [...] Ein Mensch bürgerlicher Herkunft geht durchs Leben mit einer gewissen Erwartung, das, was er will, innerhalb vernünftiger Grenzen auch zu bekommen. Daher rührt die Tatsache, daß die «gebildeten» Leute, wenn's drauf ankommt, vermehrt in den Vordergrund treten; sie sind kein bißchen begabter als andere, und ihre «Bildung» selber ist meist ziemlich unnütz; aber sie sind an ein gewisses Maß an Achtung gewöhnt und haben die Dreistigkeit, die ein Befehlshaber braucht.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 48)

Aus einer sozialräumlichen Perspektive lässt sich Wohnen in einer zweiten Dimensionierung analog zu einem Verständnis von «Raum als gesellschaftlichem Zusammenhang» (Dirks und Kessl 2012, 517) als «ein gesellschaftlich konstituiertes und historisch wandelbares Phänomen» beschreiben (Meuth 2017, 106). Mit einer entsprechenden Perspektive geraten

«[...] die Struktur, der Aufbau, (ungleich) verteilte Machtverhältnisse und Wissensbestände, Normen, Routinen, Interaktionen, Materialität sowie Ortsgestaltung im Rahmen der Wohneinrichtungen ins Zentrum der Betrachtung.» (Ebd., 106f.)

«Eine theoretische Perspektive der Räumlichkeit sensibilisiert ferner dafür, dezidiert die unterschiedlich verteilten Ressourcen der Akteur_innen, ihre sozialen Positionen, zu analysieren. Seien das ungleich verteilte Wissensbestände, Entscheidungsmacht oder auch ökonomische Ressourcen.» (Ebd., 106 f.)

Neben einem aufmerksamen Blick für die Situation der Wohnenden selbst und das sie umgebende gesellschaftlich gewordene Wohngefüge, geht es in einer wohnspezifischen Sozialraumforschung darum, welche Chancen und welche Benachteiligungen sowie neuerlichen strukturellen Ausschlüsse sich in deren wechselseitigem Zusammenwirken ergeben (können). Ein wichtiger Schritt dafür ist ein Verständnis für die jeweils historischen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Art und Weise, wie sich Wohnen darin einfügt.

Dritte sozialräumliche Dimensionierung: Siedlungsmuster, welches sich durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben

Diese dritte Dimensionierung weist einige Ähnlichkeiten zur ersten auf. Der Unterschied liegt darin, dass man diesmal nicht das Verhältnis von Wohnräumen und Wohn-Praktiken anschaut, sondern die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse den Ausgangspunkt bilden, welche in der zweiten Dimensionierung beschrieben wurden. Bei der ersten Ebene nähert man sich über die Wohnsituationen, also darüber, was phänomenologisch sichtbar und wahrnehmbar ist. Und in dieser dritten Dimensionierung geht es um die Materialisierungsweise der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, welche, je nach Blickwinkel, zu bestimmten räumlichen Praktiken führen. Neben diesen unterschiedlichen Zugängen zu der Frage der Wohnraum(re)produktion ist in dieser dritten Dimensionierung im Gegensatz zur ersten der Fokus ein anderer, indem nun nicht der Blick in Häuser und Wohnungen im Vordergrund steht, sondern vielmehr die Bildung von Gebieten und deren Lage innerhalb des Siedlungsgebietes.

Jede große Stadt hat ein oder mehrere «schlechte Viertel», in denen sich die arbeitende Klasse zusammendrängt. Oft freilich wohnt die Armut in versteckten Gäßchen dicht neben den Palästen der Reichen; aber im allgemeinen hat man ihr ein apartes Gebiet angewiesen, wo sie, aus den Augen der glücklicheren Klassen verbannt, sich mit sich selbst durchschlagen mag, so gut es geht. Diese

schlechten Viertel sind in England in allen Städten ziemlich egal eingerichtet – die schlechtesten Häuser in der schlechtesten Gegend der Stadt; meist zweistöckige oder einstöckige Ziegelgebäude in langen Reihen, möglicherweise mit bewohnten Kellerräumen und fast überall unregelmäßig angelegt. [...] Dazu wird die Ventilation durch die schlechte, verworrene Bauart des ganzen Stadtviertels erschwert, und da hier viele Menschen auf einem kleinen Raume leben, so kann man sich leicht vorstellen, welche Luft in diesen Arbeiterbezirken herrscht.» (Engels [1845] 1962, 259)

Die Siedlungsmuster in einer Stadt betrachtend kann eine dritte Leitfrage folgendermassen auf den Punkt gebracht werden: *Wie materialisieren sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den (Siedlungs-)Mustern?*

Stellt man sich diese Leitfrage zunächst aus historischer Perspektive, so nahm die Industrialisierung eine wichtige Rolle ein, da durch sie neue Siedlungsgebiete in Städten nötig wurden.

«Wenn man durch die rauchverdüsterten Slums von Manchester geht, denkt man, daß nichts weiter nötig sei, als diese Scheußlichkeiten abzureißen und an ihre Stelle ordentliche Häuser zu bauen. Aber das Problem besteht darin, daß man mit dem Zerstören eines Slums auch andere Dinge zerstört. Häuser werden dringend benötigt und nicht schnell genug gebaut; aber soweit Sanierungen vorgenommen werden, geschehen sie – vielleicht ist das unvermeidlich – auf entsetzlich unmenschliche Art. [...] [I]rgend etwas Grausames und Seelenloses ist doch an der ganzen Sache.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 69)

Orwell beschreibt das Phänomen sogenannter Neuüberbauungen respektive Slumsanierungen und betrachtet diese Gestaltung über die physisch-materielle Ebene durchaus kritisch:

«Sicherlich [...] findet es heute niemand mehr erträglich, zu elft in einem Zimmer zu schlafen, und sogar Leute mit ansehnlichen Einkommen sind vage beunruhigt vom Gedanken an <die Slums>. Deshalb das Geschwätz von <Neuüberbauungen> und <Slumsanierung>, das man seit dem Krieg in gewissen Abständen immer wieder hört. Bischöfe, Politiker, Philanthropen und wer sonst noch alles lieben es, fromm über <Slumsanierung> zu faseln, weil

sie damit von den ernsteren Übeln ablenken und so tun können, als schaffe man mit den Slums die Armut ab.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 64)

Laut Orwell nimmt das Wohnungsproblem dadurch nicht ab, sondern vielmehr führt das Leben in Sozialsiedlungen zu einer Zunahme diverser neuer Probleme, namentlich höhere Mieten, viel teurere Lebenshaltungskosten, eine Zunahme der Fahrkosten zum Arbeitsplatz und zur Stadt etc.

In einer Sozialsiedlung herrscht «eine ungemütliche, fast gefängnisartige Atmosphäre und die Bewohner spüren das genau» (ebd., 69). Zudem werden gewachsene soziale Strukturen zerstört. Orwell beschreibt hier ganz konkret, wie die Bewohnenden kein Geflügel und keine Tauben mehr halten dürfen und dadurch in ihrer Ernährung eingeschränkt werden (vgl. ebd., 70 f.). Durch die Verpflanzung der Bewohner wird kleinen Ladenbesitzern mit einem Schlag die Kundschaft weggenommen. Sie müssen schliessen und verlieren ihre Lebensgrundlage. Und schliesslich verschwinden die Kneipen – da keine Orte für sozialen Kontakt vorgesehen sind in den neugebauten Siedlungen – und damit auch zentrale Treffpunkte.

«Slumsanierung bedeutet Verstreuung der Bevölkerung. Wenn man in grossem Ausmass Neuüberbauungen ausführt, schaufelt man im Effekt das Zentrum einer Stadt heraus und verteilt es über die Vorstädte. In gewissem Sinne ist das alles sehr gut: man bringt die Leute aus stinkenden Gassen an Orte, wo sie Platz zum Atmen haben; aber aus Sicht der Leute selbst hat man sie abgeholt und fünf Meilen von ihrer Arbeit wieder abgeladen.» (Orwell und Papst [1936] 1982, 68)

Betrachtet man Prozesse der Materialisierung von sozialen Verhältnissen in Siedlungsmuster aus einer aktuellen Perspektive, gilt es zu beachten, dass Phänomene wie die zunehmende räumliche Segregation «kein unausweichliches Faktum dar[stellen], mit dem nun die Vertreter der Stadtentwicklung, des Quartiersmanagements oder der Sozialen Arbeit umgehen müssen, weil es nun mal so ist, wie es ist» (Kessl und Reutlinger 2010, 12) – die damit verbundene Problematik lässt sich folgendermassen beschreiben: der «höhere Anteil von armen und/oder erwerbslosen Gesellschaftsmitgliedern in einzelnen Stadtteilen (soziale Brennpunkte) stellt das Ergebnis bestimmter Gestaltungsprozesse dar» (ebd.). Diese werden hervorgerufen durch (fehlgeleitete) Wohnbaupolitik, eine auf bestimmte Normalitätsvor-

stellungen bauende Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik oder durch eine fehlende Einwanderungs- und damit verbundene Sozialpolitik. Deshalb soll Sozialraumforschung zum Verständnis beitragen, wie «bestimmte soziale Prozesse sich in konkreten historischen Konstellationen materialisieren und diese Materialisierungen wiederum den (Mit-)Ausgangspunkt aktueller gesellschaftlicher Prozesse bilden» (ebd.).

Soziale Polarisierung ergibt sich nicht durch die ausgrenzenden materialisierten Siedlungsmuster. Vielmehr liegt das Problem darin, dass manche Bevölkerungsgruppen nicht die gleichen Nutzungs- und Aneignungsmöglichkeiten von Orten haben wie andere. Aufgrund ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage besitzen sie beschränkte Verfügungsmöglichkeiten über soziale, ökonomische und kulturelle Ressourcen. Sie führt wiederum dazu, dass sie eingeschränkte Möglichkeiten der (Definitions-)Macht über die Gestaltung von Räumen haben (ebd., 108).

Eine wohnspezifische Sozialraumforschung fokussiert in einer dritten Dimensionierung also nicht Sozialräume im Sinne abgehängter und mit Problemen vollgestopfter Gefässe. Vielmehr sollen die Entstehungs-, Verfestigungs- und auch möglichen Auflösungsprozesse erforscht werden, indem nicht der Raum, sondern die mittels sozialer Praktiken (re-)produzierten Zusammenhänge im Sinne von veränderbaren Geweben betrachtet werden. Es sind immer Menschen, die Wohn-Geographien machen und nicht Orte, Räume oder Systeme – diese wirken, wenn überhaupt, höchstens als strukturierende Bedingungen.

Ausblick: Ist die Wohnungsfrage zurück?

Aufbauend auf den historischen Eindrücken soll abschliessend die aktuell diskutierte These nochmal aufgegriffen werden, die Wohnungsfrage wäre zurück auf der «Tagesordnung der politischen Debatten» (Holm 2014, 25). Führt man sich das Eingangszitat nochmals vor Augen würde man sicher sagen, bei uns muss doch heute niemand mehr in solchen Zuständen hausen:

«Hier wohnen die Ärmsten der Armen, die am schlechtesten bezahlten Arbeiter mit Dieben, Gaunern und Opfern der Prostitution bunt durcheinander – die meisten sind Irländer oder Abkömmlinge von Irländern, und diejenigen, die selbst noch nicht in dem Strudel moralischer Verkommenheit, der sie umgibt, untergegangen sind, sinken doch täglich tiefer, verlieren täglich mehr und mehr die Kraft,

den demoralisierenden Einflüssen der Not, des Schmutzes und der schlechten Umgebung zu widerstehen.» (Engels [1845] 1962, 260)

Gleichzeitig zeigen Diskussionen um Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, dass heute eben auch nicht jede Person selber entscheiden kann, wie und wo sie oder er wohnen möchte. Zuerst gilt es deshalb zu klären, welche Personengruppen heute, temporär, phasenweise oder dauerhaft keinen Zugang zu Wohnraum haben. Sind es die klassischen benachteiligten Gruppen, wie alte Menschen, MigrantInnen, working poor, oder hat heute das Wohnungsproblem nicht bereits die Mitte der Gesellschaft erreicht?

Engels und später Orwell besuchten – wie in der ersten Dimensionierung aufgezeigt – die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Sozialsiedlungen. Über ihren Zugang der Sozialreportage erschlossen sie ihre alltägliche Deutung von Welt. Dabei stellte sich heraus, dass die Besuchten ihre Wohnräume nicht sehr mögen.

«Sie sind froh, daß sie aus dem Gestank des Slums herauskommen, sie wissen, daß es für die Kinder besser ist, wenn sie Platz zum Spielen haben; aber sie fühlen sich nicht richtig zu Hause.» (Ebd., 69)

Engels und Orwell öffneten damit eine wichtige Perspektive für professionelle Akteure und Akteurinnen wie Sozialer Arbeit, die mit den Menschen arbeiten respektive über die Arbeit am Menschen auf sozialräumliche Zusammenhänge einwirken wollen.

Soziale Arbeit hätte einen Beitrag zu leisten, herauszufinden, wie die neu ausgeprägte Wohnungsfrage heute von unterschiedlichen Personen und Personengruppen gelebt und bewältigt wird. Ein möglicher sozialarbeiterischer Ansatzpunkt wäre in solchen Deutungsgeschichten und auf einer emotionalen Ebene, also bei der Arbeit mit den oder am Menschen, zu suchen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen müsste Soziale Arbeit sich Gedanken machen, worüber gesellschaftliche Einbindung heute erfolgen kann/muss, was adäquate Wohnmodelle für spätmoderne gesellschaftliche Verhältnisse sind und welche «Ermöglichungsräume» Soziale Arbeit bewirken kann, um die Handlungsfähigkeiten zu vergrößern. Es bleiben somit die grossen Fragen danach, «was es in einer Welt, die immer mobiler, zufälliger wird, in der die Zukunft unter Zeichen der Unsicherheit steht, überhaupt heissen kann <integriert> zu sein» (Castel 2011, 181) und mit welchen Ansätzen/Gestaltungszugängen und nach welchen Orientierungsmustern Soziale Arbeit dazu beitragen kann.

«Soziale Arbeit müsste bei der Wohnfrage und damit zusammenhängend bei der Klärung der eigenen Position und Rolle an den veränderten Erwerbsarbeitsvorstellungen ansetzen. Eine Sichtbarmachung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Sphären, deren Grenzziehungen, aber auch die dahinterliegenden Macht- und Ausgrenzungsmechanismen würde helfen, die Raumordnungen verstehen zu können.» (Reutlinger 2017, 73)

Soziale Arbeit müsste sich jedoch auch grundlegend überlegen, wie das Thema Wohnen in einen politischen Diskurs gebracht werden kann, wenn man sich auf bisherige phänomenologische Zugänge, wie beispielsweise die Sichtbarkeit, nicht mehr in der gleichen Art und Weise vertrauen kann. Die Rekonstruktion der drei Dimensionierungen zeigt, dass die Wohnungsfrage in der industriekapitalistischen Stadt auf die Herausbildung abgehängter städtischer Gebiete gezielt hat (siehe dritte Dimensionierung). Was ist jedoch, wenn Wohnen und die damit zusammenhängenden strukturellen Probleme heute versteckter sind? Welche Benachteiligungen und strukturellen Ausschlüsse sind heute relevant und wie zeigen sie sich konkret in den sozialräumlichen Zusammenhängen?

Schon bei Orwell werden weitere Gestaltungsperspektiven sichtbar, die nicht bei der gebauten Umwelt ansetzt, sondern bei den betroffenen Menschen respektive bei deren Denken und deren Werten – nach seinen Überlegungen haben die Menschen eine bestimmte Vorstellung davon, was Normalität bedeutet.

*«Die einfachste Lösung sind Wohnungen. Wenn Leute in großen Städten wohnen wollen, müssen sie lernen, einer über dem anderen zu leben. Aber die Arbeiter im Norden mögen Wohnungen nicht, sogar dort, wo es Wohnungen gibt, werden sie verächtlich *«Mietskasernen»* genannt. Fast jeder sagt einem, er wolle *«ein Haus für sich»*, und offenbar ist ein Haus, das mitten in einem ununterbrochenen Häuserblock von hundert Yards Länge steht, mehr *«für sich»* als eine Wohnung in freier Umgebung.»* (Orwell und Papst [1936] 1982, 68)

Und indem man an den Deutungen und Vorstellungen ansetzt, scheint es möglich zu sein, andere Wohn-Praktiken und damit alternative Wohnsituationen zu schaffen. Orwell öffnet damit eine wichtige Perspektive für professionelle Akteure und Akteurinnen, die mit den Menschen arbeiten bzw. über

die Arbeit am Menschen auf sozialräumliche Zusammenhänge einwirken wollen. Aus einer sozialräumlichen Wohnperspektive gilt es deshalb, sich zu zentralen Konzepten wie Bildung, Erziehung oder Aneignung zu positionieren und die entsprechenden Zugänge und (Handlungs-)Methoden abzuleiten.

Schliesslich sprachen Karl Marx und Friedrich Engels nicht mehr und nicht weniger als die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse respektive deren Neugestaltung an, welche Menschen und ihr Handeln beeinflussen (siehe zweite sozialräumliche Dimensionierung): Gesetze, Normen, Werte, Denkweisen. Möglich wird dies in einer radikalen Art und Weise, indem über eine revolutionäre Praxis sowohl die Umstände als auch das Selbst verändert werden. Im Kommunistischen Manifest wird dies folgendermassen auf den Punkt gebracht:

«[M]it den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, [...] ändern auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte, auch ihr Bewusstsein.» (Marx und Engels [1848] 1964, 480)

Will Soziale Arbeit an diesen strukturellen Zusammenhängen ansetzen, müsste es gelingen, das Wohnthema aus seiner Randexistenz herausrauszuholen. Professionelle «müssen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, in die sie eingebunden sind, realisieren und sich bewusst dazu positionieren» (Kessl und Reutlinger 2010, 32). Denn das Ziel, den Adressatinnen und Adressaten ein möglichst breites Spektrum an Handlungsoptionen bereitzustellen, erfordert die Ausweitung und nicht die Schliessung von Handlungsmöglichkeiten. «Dazu ist nicht nur systematisches Wissen [durch gezielte Forschung] vonnöten, sondern auch die Einnahme einer politischen Positionierung unvermeidlich» (ebd.).

Abschliessend ist der These der Wiederkehr der Wohnungsfrage zuzustimmen: wir haben es jedoch gegenwärtig nicht mit einer neuen Wohnungsfrage zu tun, sondern mit einer alten Bekannten, welche gerade in einem neuen Kleid auf die Bühne tritt. Es geht darum, dass wir das Stück verstehen und welche Rolle diese alte Bekannte spielt. Dann können wir als Soziale Arbeit auch aktiv mitspielen und gegebenenfalls unsere Rolle ebenfalls neu anpassen.

Literatur

- Burri, Anja und Franziska Pfister. 07.10.2017. Billiger geht es in der Modeindustrie nicht mehr. In *NZZ am Sonntag*.
- Burri, Anja und Holger Salach. 17.02.2018. Diese Schweizer Obdachlosen nimmt man kaum wahr. In *NZZ am Sonntag*.
- Dirks, Sebastian und Fabian Kessl. 2012. Räumlichkeit in Erziehungs- und Bildungsverhältnissen. S. 507–526 in *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*, hrsg. von Ullrich Bauer, Uwe H. Bittlingmayer und Albert Scherr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Imprint: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engels, Friedrich. [1845] 1962. Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. S. 225–506 in *Marx -Engels-Werke*, Bd. 2, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz Verlag.
- Engels, Friedrich. [1872] 1964. Zur Wohnungsfrage. S. 209–287 in *Marx -Engels-Werke*, Bd. 18, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz Verlag.
- Holm, Andrej, Henrik Lebuhn, Stephan Junker und Kevin Neitzel. 2018. Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Grossstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgrösse. *Working Paper Forschungsförderung*. Hans Böckler Stiftung, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf (30.04.2018).
- Holm, Andrej. 2014a. *Die Wiederkehr der Wohnungsfrage*. APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 64(20–21): S. 25–30.
- Holm, Andrej. 2014b. *Mietenwahnsinn*. Warum Wohnen immer teurer wird und wer davon profitiert. München: Knauer.
- Kessl, Fabian und Christian Reutlinger (Hrsg.). 2010. *Sozialraum. Eine Einführung*, 2., durchgesehene Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marx, Karl. [1852] 1976. Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. S. 115–123 in *Marx -Engels-Werke*, Bd. 8, hrsg. von Institut für Marxismus-Leninismus. Berlin: Dietz Verlag.
- Meuth, Miriam. 2017. Theoretische Perspektiven auf Wohnen: Ein mehrdimensionales Wohnverständnis in erziehungswissenschaftlicher Absicht. S. 97–122 in *Wohn-Räume und pädagogische Orte. Erziehungswissenschaftliche Zugänge zum Wohnen*, hrsg. von Miriam Meuth. Wiesbaden: Springer VS.
- Orwell, George und Manfred Papst. [1936] 1982. *Der Weg nach Wigan Pier*. Deutschsprachige Erstausgabe. Zürich: Diogenes.
- PROKLA 191, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Themenheft: Zur (neuen) Wohnungsfrage, Heft 2, Juni 2018.
- Reutlinger, Christian. 2017. Soziale Arbeit und Wohnen: Gefangen in einer funktional-industriekapitalistischen Raumordnung und darüber hinaus blind für Praktiken pädagogischer Ortsgestaltung? Eine sozialgeographische Spurensuche. S. 59–95 in *Wohn-Räume und pädagogische Orte. Erziehungswissenschaftliche Zugänge zum Wohnen*, hrsg. von Miriam Meuth. Wiesbaden: Springer VS.
- Werlen, Benno. 1997. *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Schriftenreihe für Forschung und Praxis*. Stuttgart: Steiner.
- Werlen, Benno. 1999. *Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen*, 2., völlig überarb. Aufl. Stuttgart: Steiner.

Werlen, Benno. 2010. Geographie. S. 71–80 in *Raumwissenschaftliche Basics. Eine Einführung für die Soziale Arbeit*, hrsg. von Christian Reutlinger, Caroline Fritsche und Eva Lingg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Zur Sozialen Frage als Ausgangspunkt für die Ausbildung in der Sozialen Arbeit. Ein Beitrag zur Diskussion

Ruedi Epple

«Die soziale Frage, das Alpdrücken unserer Staatsmänner, die schwere Not unserer Zeit!», rief Emil Frey am 16. März 1908 seinen Zuhörern an einer freisinnig-demokratischen Versammlung in St. Gallen zu (Frey 1908, 1–15; Epple 2001, 28 f.). Der ehemalige Baselbieter Regierungsrat und alt Bundesrat war damals schon seit zehn Jahren Direktor bei der Internationalen Telegraphen-Union. Mit den politischen Tagesgeschäften musste er sich nicht mehr befassen, doch als 70-jähriger Elder Statesman stand es ihm an, grundsätzliche Gedanken «Über die soziale Frage» zu entwickeln. Frey mutete seinen bürgerlichen Parteifreunden denn auch einiges zu. Alle Gesellschaftsklassen, auch die Arbeiter, hätten die gleiche Berechtigung zur «Teilnahme an der Kultur», führte Frey aus.

«Als Republikaner können wir die Forderung der Arbeiter, in höherem Masse als bisher an den Segnungen der Kultur teilzunehmen, nicht verwerfen, sondern wir müssen diese Forderung unterstützen. Daraus folgt, dass es unsere Pflicht ist, auch die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage mit allen Mitteln anzustreben. [...] Wir wollen auch in wirtschaftlichen Dingen den Grundsatz der Freiheit hochhalten; wir wollen die Freiheit, aber nicht die Freiheit der Starken zur Unterdrückung des Schwachen, sondern die Freiheit unter dem Schutze der Gerechtigkeit.» (Frey 1908, 11 f.)

Das Staatsverständnis der Liberalen, wonach sich der Staat aus allen wirtschaftlichen Belangen heraushalten müsse, nehme – so Frey – an, das Wohl der Allgemeinheit resultiere aus dem freien Konkurrenzkampf der ihren Eigennutz verfolgenden Individuen. Doch habe sich diese Erwartung nicht erfüllt. Sie sei von der falschen Voraussetzung ausgegangen, dass die einzelnen Menschen sich auch gleich stark gegenüberständen: «Allein der

wirtschaftliche Kampf wogt nicht zwischen wirtschaftlich Ebenbürtigen», erklärte Frey, «sondern zwischen wirtschaftlich Starken und Schwachen. Dadurch, dass das Manchestertum nicht nur die hemmenden Schranken, sondern auch die den wirtschaftlich Schwachen schützenden Schranken niederriss, überlieferte es diese schutz- und wehrlos dem Kampfe mit den wirtschaftlich Starken.» Die Folge davon, so Frey weiter, seien die «massenhaften Niederlagen der Schwachen» gewesen. Die «Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen» sei nicht kleiner, sondern grösser geworden, und die Zahl der Besitzlosen habe in «wahrhaft erschreckendem Masse» zu- statt abgenommen (Frey 1908, 5 f.; Epple 2001, 28–29). Emil Frey forderte seine Parteifreunde auf, sich nicht länger darauf zu beschränken, staatliche Eingriffe ins wirtschaftliche Geschehen abzuwehren. Um der schlimmsten Feinde der heutigen Gesellschaftsordnung, der Arbeitslosigkeit und der *Trusts*, Herr zu werden, müssten sie ihren alten Standpunkt überwinden: «Das *laissez faire* und *laissez passer* muss aufgegeben werden und an dessen Stelle das Bewusstsein der Verantwortlichkeit und der Pflicht treten. Der Staat muss einschreiten», schloss Frey seinen eindringlichen Appell (Frey 1908, 14).

Die Rede, die Emil Frey vor rund 110 Jahren in St. Gallen hielt, ist hochaktuell. Erstens ist die Rolle struktureller Ursachen bei der Entstehung von Armut und Nicht-«Teilnahme an der Kultur» (Exklusion) noch heute umstritten (Kronauer 2010, 24–58). Nicht individuelles Versagen, sondern Mängel im System des freien Konkurrenzkampfs der ihren Eigennutz verfolgenden Individuen sah Frey am Werk. Aus seiner Sicht beruhte dieses System auf Voraussetzungen, die nie gegeben waren. Zweitens streitet man auch heute darüber, welche Aufgaben der Staat in Wirtschaft und Gesellschaft hat (de Pury et al. 1995): Soll er sich darauf beschränken, nur die allgemeinen Rahmenbedingungen des Marktes zu regulieren? Oder hat er – wie Frey es vertrat – auch die Verantwortung und die Pflicht zugunsten der schutz- und wehrlos dem Kampfe mit den wirtschaftlich Starken ausgesetzten Menschen ins wirtschaftliche Geschehen einzugreifen? Im Unterschied zu damals ist die *Soziale Frage* für Freys politische Richtung heute vorwiegend dann von Interesse, wenn es ums Sparen geht. Als Begriff, mit dem man «die schwere Not» und ein damit verbundenes «Alpdrücken» umschreiben würde, steht er nicht mehr in Gebrauch. Frey gehörte damals zu den weitsichtigen und fortschrittlichen Politikern. Er wäre auch heute ein Aussenseiter seiner heute auf neoliberale Positionen ausgerichteten Partei (Cassidy und Loser 2015).

Trotz unbestrittener aktueller Bezüge stellt sich die Frage, ob ein Begriff, der vor über hundert Jahren aus dem politischen Handgemenge hervorgegangen war, noch heute geeignet ist, der Sozialen Arbeit und der Ausbildung zur Sozialen Arbeit als Grundlage und zur Orientierung zu dienen. Ich werde im Folgenden die These vertreten, dass dem so ist. In einem ersten Schritt werde ich dazu Kerndimensionen des Begriffs *Soziale Frage* herausarbeiten. Um unter die Oberfläche und hinter die Kulissen zu sehen, werde ich dabei mit den Metaphern «Grundriss», «Aufriss» und «Seitenriss» Begriffe aus der Planungstechnik entlehnen, welche das gleiche Objekt aus unterschiedlicher Perspektive in den Blick nehmen. Weil es aus jeder Blickrichtung um das gleiche Objekt geht – in meinem Fall nicht um Gebäude oder Maschinen, sondern um Gesellschaft – werden damit Interdependenzen und Kausalitäten zwischen dem, was jede Perspektive zur Analyse beiträgt, unterstrichen. Mein zweiter Schritt wird der Frage nachgehen, ob sich die Kerndimensionen der Sozialen Frage auch in heutigen Gesellschaften beobachten lassen. Ich werde dabei zum Schluss kommen, dass der Begriff der *Sozialen Frage* aktuell geblieben, den heutigen Gegebenheiten aber anzupassen ist. Der Sozialen Frage ist nicht nur politische Aktualität eigen, wie ich im Abschnitt über Emil Frey zu zeigen versuchte. Entsprechend angepasst bleibt der Begriff auch analytisch sinnvoll.

Drei Dimensionen

Eine erste Dimension des Begriffs *Soziale Frage* zeigt sich aus der *Grundriss*-Perspektive, einem *Blick von oben*. Von Phänomenen, für die man den Begriff der *Sozialen Frage* verwendete, waren immer viele Menschen betroffen. Frey sprach von den *Arbeitern* oder den *Besitzlosen*, von Bevölkerungsgruppen also, die damals eine Mehrheit stellten. Auch alternative Begriffe hatten viele Menschen im Blick: So waren die «Characterschwächen» oder die «schlechte Bildung», die aus der Sicht der Pauperismus-Theoretiker zur Verarmung weiter Bevölkerungskreise führten, «Massen»-Phänomene (z. B. Spyri [1848] 2010). Die Erziehungs- und Disziplinierungsmassnahmen, die man zur Abhilfe forderte, sollten viele Menschen einbeziehen. Auch in der Rede vom «gesunden Volkskörper», welche die Eugeniker führten, schwingt diese Dimension mit: So ist das «defizitäre Erbgut», das Armut und Verwahrlosung zur Folge hat, eine in den «unteren Volksschichten» «epidemisch» verbreitete Erscheinung. Auch die Massnahmen zur «Auslese» gesunden Erbguts wollten Breitenwirkung entfalten (z. B. Pflüger 1918).

Eine zweite Dimension des Begriffs *Soziale Frage* zeigt sich aus einer *Aufriss*-Perspektive, dem Blick von vorne. Aus dieser – soziologischen oder relationalen – Sicht offenbart sich, dass die *Soziale Frage* ein Oben und ein Unten kennt. Sie hat mit gesellschaftlichen Ober- und Kellergeschossen und mit den Beziehungen zwischen ihnen zu tun. Was sich an der Oberfläche als Phänomen zeigt, von dem viele Menschen betroffen sind, steht in tiefer gehenden, strukturellen Zusammenhängen. Es spielen die Beziehungen zwischen den Menschen, die vom Phänomen betroffen sind, und denjenigen, die nicht davon betroffen sind, eine Rolle. Zur Diskussion stehen dabei Verhältnisse der Ungleichverteilung, der Abhängigkeit, der Macht und Herrschaft.

Dass diese zweite Dimension sichtbar wird, ist nicht bloss eine Frage der Anschauung und Blickrichtung, sondern sie hat mit Kämpfen zu tun, in deren Verlauf sich politische Kräfteverhältnisse verschieben. Wir könnten in diesem Zusammenhang von einer dritten, der *Zeitenriss*-Perspektive sprechen: Den bürgerlichen politischen Kräften, die von *Pauperismus*, *gesundem Volkskörper* oder *sozialer Frage* sprachen, stand am gegenüberliegenden Pol des politischen Spektrums die politische Linke gegenüber. In den Gewerkschaften, den sozialistischen und kommunistischen Parteien sowie den anarchistischen Gruppierungen waren andere Begriffe in Gebrauch. Dort sprach man beispielsweise von «Ausbeutung» und «Kapitalismus» als strukturellen, im Gesellschaftssystem liegenden Ursachen. Dort forderte man «Reform» oder sogar «Umsturz» und «Revolution» (Degen und Richers 2015). Es waren denn auch die erstarkten Kräfte der politischen Linken, welche bürgerlichen Politikern vor Augen führten, dass – wie Emil Frey es sagte – «die Freiheit der Starken zur Unterdrückung des Schwachen» durch eine «Freiheit unter dem Schutze der Gerechtigkeit» ein Ende finden müsse. Es war nicht die Einsicht, sondern es waren die politischen Kräfteverhältnisse, welche die *Soziale Frage* zum «Alpdrücken» werden liessen. Für die meisten von Freys Parteifreunden bedurfte es zusätzlich des Ersten Weltkriegs, der weiteren Zuspitzung der sozialen Spannungen, der Russischen Revolution und des Landesstreiks im November 1918, bevor sie Freys Weitsicht zu teilen begannen und ebenfalls zu Kompromissen Hand boten. Das Proporzwahlrecht und die grundsätzliche Zustimmung zu einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung dokumentierten, dass der Gesinnungswandel, den Frey schon zehn Jahre früher eingefordert hatte, nun auch in bürgerlichen Kreisen mehrheitsfähig geworden war (Epple und Schär 2015, 26–31).

Der Begriff der *Sozialen Frage* schlug eine Brücke zwischen den sozialen Bewegungen, den gesellschaftlichen Klassen und den politischen Parteien und trug dazu bei, dass sich die gemässigten Kräfte der beiden grossen Lager nach und nach auf Kompromisse einigen konnten. Was mit dem Proporzwahlrecht und der grundsätzlichen Zustimmung zur AHV begann, fand im Ausbau des schweizerischen Sozialstaats und in dessen Rahmen in der Professionalisierung der Sozialen Arbeit seine Fortsetzung (Studer 2012). Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, die Bedrohung durch faschistische und nationalsozialistische Kräfte, die geistige Landesverteidigung, der Zweite Weltkrieg sowie die Einigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden auf Sozialpartnerschaft und Gesamtarbeitsverträge trugen ihren Teil dazu bei, dass der Klassenkompromiss die Nachkriegszeit prägte (Epple und Schär 2015, 103–111). Auf dieser Grundlage machten die Schweiz und andere Industrienationen die sogenannten *trente glorieuses* durch, eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und des steigenden Wohlstands (Tanner 2015, 333; Tanner und Studer 2012). Indem er in den Worten Emil Freys «die schwere Not» der damaligen Zeit unter dem «Schutze der Gerechtigkeit» linderte, besänftigte der politische Kompromiss und die für breite Kreise spürbare Linderung sozialer Not den Kampf zwischen dem gesellschaftlichen Oben und Unten, zwischen von der *Sozialen Frage* Betroffenen und Nicht-Betroffenen (Tanner 2015, 329–338). Doch die strukturellen Ursachen, die zu Freys Zeiten soziale Not und Spannungen produziert hatten, blieben erhalten: Die Ungleichverteilung von Produktionsmitteln, die wirtschaftliche Abhängigkeit weiter Bevölkerungskreise und die Verhältnisse von Macht und Herrschaft hob der Klassenkompromiss nicht auf.

Die *Zeitenriss*-Perspektive offenbart also die dritte Dimension des Begriffs der *Sozialen Frage*. Dieser ist eng verknüpft mit Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen sozialen Bewegungen und mit Verschiebungen in den politischen Kräfteverhältnissen. Der Begriff lässt sich nicht brauchen, ohne dass man sich zu diesen Bewegungen äussert und zu ihnen Stellung bezieht. Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass der begriffliche Kern der *Sozialen Frage* dreierlei umfasst: Er bezeichnet zunächst ein Phänomen, von dem viele Menschen betroffen sind. Er handelt zudem von strukturellen Verhältnissen, die individuellem Handeln nicht zur Disposition stehen, sondern zwischen gesellschaftlichen Grossgruppen ausgehandelt werden und umkämpft sind. Schliesslich verlangt der Begriff eine Bezugnahme auf

soziale Bewegungen, die ihn im politischen Handgemenge verwenden und um ihn streiten.

Und heute?

Umfasst der begriffliche Kern der *Sozialen Frage* die erwähnten Dimensionen, so hat sich auch die Prüfung, ob er noch heute brauchbar ist, auf diese zu konzentrieren: Gibt es auch heute noch existenzielle Probleme, von denen viele Menschen betroffen sind? Zeigen sich auch in diesen Phänomenen strukturelle Ursachen? Welche sozialen Bewegungen sind an den aktuellen Kämpfen beteiligt und machen die *Soziale Frage* zum Thema?

Probleme, von denen viele Menschen betroffen sind, zeigen sich auch heute noch. Die *alte soziale Frage* von Armut und Ausschluss, wie sie von Emil Frey angesprochen wurde, betrifft im globalen Norden nach wie vor eine starke und in letzter Zeit wieder wachsende Minderheit (Schuwey und Knöpfel 2014). Zwar hat sie – in unserer Weltgegend – nicht mehr die existenzielle Dringlichkeit, welche ihr vor über hundert Jahren zukam und auch die sozialen Bewegungen, die sich ihrer annehmen, haben an Rückhalt und Aufmerksamkeit verloren. Unbestreitbar aber ist, dass sich auch die *alte soziale Frage* weiterhin stellt. Besonders deutlich tritt sie hervor, wenn wir auch den globalen Süden, Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien, in den Blick nehmen. Dort, in grösserer Entfernung zu uns, stellt sie sich in ihrer alten Schärfe und existenziellen Dringlichkeit. Sie führt zu Hunger und Elend, ruft soziale Spannungen hervor, provoziert Kriege und treibt Menschen zur Migration. Flüchtlinge und Sans-Papiers, die den globalen Norden erreichen, kündigen davon. Sie tragen die *alte soziale Frage* zu uns zurück (Epple und Schär 2015, 274–318).

Den Gesellschaften im globalen Norden stellen sich damit neue Herausforderungen. Das zeigt sich einerseits im Verhältnis zu Armut und Ausschluss in ihren eigenen Reihen. Dieses beeinflusst, welchen Umgang sie mit der Migration findet, durch die sie mit der weltweiten sozialen Frage konfrontiert wird. Herrschen Angst vor sozialem Abstieg und Konkurrenz vor, wird sie nicht nur gegen innen, sondern auch gegen aussen auf Schliessung setzen. Andererseits wird der Klassenkompromiss, mit dem die *Soziale Frage* im globalen Norden gelindert und entschärft wurde, zum Problem in Bezug auf die Ursachen von Not, Spannungen, Kriegen und Migration im globalen Süden (Lessenich 2016).

Was sich auf der Grundlage der Klassenkompromisse in der sogenannten fordistischen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg herausbildete, muss heute als «imperiale Lebensweise» hinterfragt werden (Brand und Wissen 2017). Diese Lebensweise ist im globalen Norden weit verbreitet und dehnt sich mehr und mehr auch auf Schwellenländer aus. Imperial ist diese Lebensweise, weil «das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird» (ebd., 43). Mit anderen Worten: Der globale Norden ist auf «den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und die Senken» des globalen Südens angewiesen.¹ Alle, die am Klassenkompromiss in den Zentren beteiligt sind – ob gesellschaftlich oben oder gesellschaftlich unten – profitieren in unterschiedlichem Ausmass von einer Lebensweise, die global auf Kosten der Menschen in der Peripherie geht.

Diese Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse reproduzieren sich auf der gleichen strukturellen Basis von Ungleichheit, Macht und Herrschaft, die zu Freys Zeiten die *Soziale Frage* in unseren Weltgegenden hervorrief. Wie damals bei uns, so setzen sich diese Verhältnisse auch heute oft mit direkter Gewalt durch. Wo immer im globalen Süden Kriege wüten, geht es auch um Rohstoffe und Öl, die der Norden braucht. Wo immer Orkane toben oder Dürre herrscht, spielt auch der weltweite Klimawandel eine Rolle, zu dem der Norden massiv beiträgt. Wo immer Kleinbauern verdrängt werden, weichen sie auch dem Agrobusiness, das unsere Nahrungs- und Rohstoffketten versorgt. Wo immer Despoten ihr Unwesen treiben, können sie auf Waffen und Bankdienstleistungen aus dem globalen Norden zählen. Wo immer Menschen in die Flucht getrieben werden, weil sie an Leib und Leben gefährdet oder ihre Lebensverhältnisse unerträglich und perspektivlos geworden sind, sind wir beteiligt. Nord und Süd sind durch eine Globalisierung, welche in erster Linie den Interessen des globalen Nordens und der mit ihm verbündeten Eliten des Südens dient, eng miteinander verhängt (vgl. zum Beispiel Rohstoff: Braunschweig 2012 und zum Beispiel ökologischer Fussabdruck: Von Stokar 2006).

Und mit den vielen Menschen, die von Phänomenen betroffen sind und mit den strukturellen Ursachen, die diese Phänomene hervorrufen, stellen sich auch soziale Bewegungen ein, die sich damit auseinandersetzen und die *sozialen Fragen* in ihrer heutigen Vielfalt thematisieren: Die Selbst-

1 Ebd. «Senken» sind Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen als sie selbst an ihre Umwelt abgeben: Im Falle von CO² sind das die Regenwälder und Ozeane.

hilfeorganisationen der von Armut und Ausschluss betroffenen Menschen in der Schweiz, wie z. B. «surprise» und «IG Sozialhilfe» (IG Sozialhilfe 2014; Joliat und Willi 2015); die KRISO (KRISO 2012), welche als Zusammenschluss von Sozialarbeitenden auch die strukturellen Ursachen sozialer Probleme anspricht und politisch angeht; die vielen Organisationen im Bereich der Migration, die nicht nur unmittelbare Unterstützung für Sans-Papiers, Flüchtlinge und Asylsuchende leisten, sondern auch über die Zusammenhänge zwischen globalem Norden und globalem Süden informieren (Pärli 2015; Epple und Schär 2015, 291–318); die Öko-Gruppen, die sich des übergrossen ökologischen Fussabdrucks der Mehrheitsgesellschaft im globalen Norden annehmen und damit – bewusst oder unbewusst – einen Beitrag zur Entschärfung der sozialen Frage im Süden leisten. Es sind diese Bewegungen, zu denen Stellung beziehen muss, wer sich heute der sozialen Frage annimmt.

Die soziale Frage stellt sich also in allen drei Dimensionen auch heute noch. Sie tritt aber nicht mehr ausschliesslich in ihrer alten Form, sondern in neuer, vielfältiger Art und Weise in Erscheinung. Der fordistische Klassenkompromiss liess die strukturellen Ursachen, die zu Freys Zeiten soziale Not und Spannungen produzierten, unberührt. Deshalb tritt die *alte soziale Frage* im globalen Norden wieder vermehrt hervor und die Fragen, auf die Frey 1908 eine Antwort gab, stehen auch heute wieder zur Debatte. Darüber hinaus aber führen die gleichen Ursachen auch dazu, dass sich die *Soziale Frage* heute als multiple Krise einer neoliberalen Gesellschaft und einer damit verbundenen «imperialen Lebensweise» in alter Schärfe und Dringlichkeit auf globaler Ebene zeigt. Die Soziale Arbeit kann sich und ihre Ausbildung auch heute an der «Sozialen Frage» orientieren. In allen drei Dimensionen des Begriffs gibt es heute ausreichend Ansatzpunkte. Doch müsste dabei den neuen Formen, in denen sich die alte Frage heute stellt, Rechnung getragen werden. Dazu abschliessend drei Überlegungen.

Zu Freys Zeiten waren die Reden vom «Pauperismus» oder vom «gesunden Volkskörper» alternative Antworten auf die *Soziale Frage*. Solche gibt es auch heute. Grossen Anklang finden Vorstellungen, die Ursachen sozialer Probleme an den Individuen festmachen und die autoritäre, marktradikale, rassistische oder nationalistische Auswege propagieren. Wer solches vertritt, sieht einmal mehr an strukturellen Ursachen vorbei und verteidigt die Privilegien einer imperialen Lebensweise als Vorrecht des globalen Nordens. Auf Menschen, die von der *Sozialen Frage* betroffen sind, reagieren solche Bewegungen mit Schliessung gegen innen und aussen (Nollert 2009, 4–6).

Wer Privilegien nicht beanspruchen kann, ist aus dieser Warte selbst schuld und gehört nicht dazu. Eine Soziale Arbeit, die sich an der *Sozialen Frage* orientieren will, muss einer solchen Sicht, muss solchen Bestrebungen und Bewegungen entgegentreten.

Integration und Teilhabe sind zentrale Anliegen der Sozialen Arbeit. Noch in den 1970er Jahren stellten sich Sozialarbeiterinnen und -arbeiter die Frage, ob es sinnvoll sein kann, Menschen, die von der *Sozialen Frage* betroffen sind, in eine Gesellschaft zu integrieren, deren Strukturen die soziale Not selbst hervorruft. Einen möglichen Ausweg sah man in einem Beitrag der Sozialen Arbeit zur «Personalisierung» der betroffenen Menschen (Hunziker [1969] 2015). Ergebnis dieser individuellen Entwicklung konnte nicht nur die Integration, sondern auch die Widerständigkeit oder der Eigensinn dieser Menschen sein. Solche Fragen stellen sich auch heute. Dabei geht es aber nicht allein um die Integration in eine die soziale Not verursachende Gesellschaft. Es geht auch um die Frage, wie weit die Ermöglichung einer Teilhabe an einer «imperialen Lebensweise» gehen muss und soll. Zu hinterfragen wären in diesem Zusammenhang Konzepte wie zum Beispiel das der relativen Armut oder der relativen Deprivation, welche soziale Probleme am durchschnittlichen Niveau einer Mehrheitsgesellschaft messen. Zu diskutieren wären stattdessen Überlegungen zur Suffizienz, was «genug für alle, nicht zu viel und nicht zu wenig» bedeutet. Das Konzept der Suffizienz fordert nicht einfach Mässigung, sondern stellt die Frage nach einem *guten Leben* für alle, ohne dabei soziale Ungleichheit aus dem Auge zu verlieren. Konkret geht es beispielsweise um ein garantiertes Mindesteinkommen oder um Einkommensgrenzen nach oben (Enquete-Kommission 2013, 714–715, 784).

Die Soziale Arbeit ist als Profession ein Kind des Ausbaus des Sozialstaates. Von Ausnahmen abgesehen, gesellte sie sich zu den gemässigten Kräften, die den fordistischen Klassenkompromiss vertraten und vorantrieben. Nicht nur ihre Klientel, auch sie selbst profitierte vom Wachstums- und Wohlstandsschub der Nachkriegsjahrzehnte. Je stärker sie in die «imperialen Lebensweise» eingebunden wurde, desto unkritischer und unpolitischer wurde sie. Sowohl als Profession als auch als Disziplin reihte sie sich dem Mainstream ein und leistete ihren Beitrag dazu, dass die strukturellen Ursachen sozialer Not aus dem Blick gerieten. Der neoliberalen Wende in der Sozialpolitik, die betriebswirtschaftliche Vorgehensweisen und eine individualisierende Sicht auf die Ursachen sozialer Probleme mit sich brachte, setzte sie kaum Widerstand entgegen (Epple und Kersten 2016). Eine Soziale Arbeit, die

sich an der *Sozialen Frage* orientieren will, müsste gesellschaftskritisch und politisch engagiert sein. Dazu gehörte auch die Einsicht, dass Soziale Arbeit heute in globale Zusammenhänge eingebunden ist, sich und ihre Funktion hinterfragen müsste und global solidarisch zu sein hätte.

Literatur

- Brand, Ulrich und Markus Wissen. 2017. *Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- Braunschweig, Thomas. 2012. *Rohstoff: Das gefährlichste Geschäft der Schweiz*. Zürich: Salis Verlag.
- Cassidy, Alan und Philipp Loser. 2015. *Der Fall FDP: Eine Partei verliert ihr Land*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Degen, Bernard und Julia Richers (Hrsg.). 2015. *Zimmerwald und Kiental: Weltgeschichte auf dem Dorfe*. Zürich: Chronos.
- De Pury, David, Heinz Hauser und Beat Schmid. 1995. *Mut zum Aufbruch: Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz*. Zürich: Orell Füssli.
- Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität». 2013. *Schlussbericht der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft»*. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Epple, Ruedi. 2001. Vom «Nachtwächterstaat» zum modernen Sozial- und Interventionsstaat. S. 28–29 in *Wohlstand und Krisen. 19. und 20. Jahrhundert*, Bd. 6 von *Nah dran, weit weg: Geschichte des Kantons Basel-Landschaft*, red. von Ruedi Epple. Liestal: Verlag des Kantons Basel-Landschaft.
- Epple, Ruedi und Eva Schär. 2015. *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit: Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900–2000*. Zürich: Seismo.
- Epple, Ruedi und Anne Kersten. 2016. In der Sackgasse: Soziale Arbeit zwischen Professionalität und Professionalismus. *Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit* 19: 107–131.
- Frey, Emil. 1908. Über die soziale Frage. *Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik* 16: 1–15.
- Hunziker, Anton. [1969] 2015. Die Sozialarbeit in der dynamischen Gesellschaft. Planungskommentar der Schule für Sozialarbeit Solothurn. S. 238–252 in Ruedi Epple und Eva Schär, *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit: Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900–2000*. Zürich: Seismo.
- IG Sozialhilfe. 2014. *20 Jahre IG Sozialhilfe: Leben bedeutet mehr als Überleben auch für Armutsbetroffene*. Zürich: Selbstverlag.
- Joliat, Olivier und Markus Willi. 2015. *Standort Strasse: Menschen in Not nehmen das Heft in die Hand: Porträts aus achtzehn Jahren «Surprise Strassenmagazin»*. Basel: Christoph Merian Verlag.
- KRISO. 2012. *empowerment für sozial arbeitende*. Zürich: Selbstverlag.

- Kronauer, Martin. 2010. Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. S. 24–58 in *Inklusion und Weiterbildung: Reflexionen zur gesellschaftlichen Teilhabe in der Gegenwart*, hrsg. von Martin Kronauer. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- Lessenich, Stephan. 2016. *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Nollert, Michael. 2009. Mediale Inszenierung von «Missbrauch» als politischer Brandbeschleuniger. *Newsletter Lehrstuhl Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit* 4: 4–6.
- Pärli, Jonathan. 2015. *Die Welt ist unser Boot: 30 Jahre Freiplatzaktion Zürich. Zur Geschichte der Asylbewegung und der schweizerischen Migrationspolitik 1985–2015*. Zürich: Freiplatzaktion Zürich.
- Pflüger, Paul. 1918. Die Zusammenhänge des Armenwesens und der Armenpflege mit Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik. S. 127–134 in *I. Instruktionskurs für Armenpfleger*, hrsg. von Schweizerische Armenpflegerkonferenz. Zürich: Gebr. Leemann u. Co.
- Schuwey, Claudia und Carlo Knöpfel. 2014. *Neues Handbuch Armut in der Schweiz*. Luzern: Caritas-Verlag.
- Spyri, Johann Ludwig. [1848] 2010. Der Pauperismus der Zeit mit vorzüglicher Berücksichtigung der östlichen Gegenden des Kantons Zürich. S. 207–217 in Ruedi Epple und Eva Schär, *Stifter, Städte, Staaten: Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200–1900*. Zürich: Seismo.
- Studer, Brigitte. 2012. Ökonomie der sozialen Sicherheit. S. 923–974 in *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Margrit Müller, Béatrice Veyrassat und Patrick Halbeisen. Basel: Schwabe.
- Tanner, Jakob. 2015. *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. München: C.H. Beck.
- Tanner, Jakob und Brigitte Studer. 2012. Kosum und Distribution. S. 637–702 in *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Margrit Müller, Béatrice Veyrassat und Patrick Halbeisen. Basel: Schwabe.
- Von Stokar, Thomas. 2006. *Der ökologische Fussabdruck der Schweiz: Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Quellentexte

Meyer-Merian, Theodor und Balmer-Rinck, Johann Jakob. 1859. *Sicherer Wegweiser zu einer guten und gesunden Wohnung*. Basel: Bahnmaier's Buchdruckerei. Seiten 18–21.

Arnold, Wilhelm. 1891. *Basel's Wohnungselend! Darlegung der Ursachen und Wirkungen und Vorschläge zur Abhülfe*. Propaganda-Schrift. Im Auftrage des Wohnungsmiether-Vereins Basel. Basel: Druck der Vereinsbuchdruckerei. Seiten 12–15.

Schuler, Fridolin. 1884. *Zur Alkoholfrage. Die Ernährungsweise der arbeitenden Klassen in der Schweiz und ihr Einfluss auf die Ausbreitung des Alkoholismus*. Im Auftrage des Departements des Innern der Schweiz. Eidgenossenschaft. Bern: Stämpfli'sche Buchdruckerei. Seiten 12–13/28–29.

Concett, Verena. 1929. *Erstrebtes und Erlebtes. Ein Stück Zeitgeschichte*. Leipzig/Zürich: Grethlein & Co. Seiten 18–21.



Sicherer Wegweiser
 zu einer
 guten und gesunden Wohnung.

Zwei Preisschriften

von

Theod. Meyer-Merian und J. J. Balmer-Kinck.

Basel,

Bahnmaier's Buchdruckerei (C. Schulze).

1859.

Recht, denn sie ist für unsern Leib gerade ein so nothwendiges und unentbehrliches Nahrungsmittel als Speise und Trank.

Athmen ist nicht nur, daß man Luft einzieht und sie nachher wieder ausbläst: die ausgeathmete Luft ist eine ganz andre als die eingezogene, und was inzwischen mit ihr in der Brust vorgegangen, das ist eben das Wichtige und der Zweck des Athmens. Das Blut hat da in der Lunge schnell das, was ihm zur Erhaltung des Lebens nothwendig ist, ¹⁾ aus der beim Einathmen zugeströmten frischen Luft an sich gezogen und dagegen sein Unnützes und Verbrauchtes abgegeben, das dann beim Ausathmen mit dem Uebrigen als umgewandelte und nunmehr unbrauchbare Luft wieder aus der Brust ausgestoßen wird und sich mit der Luftmasse außer dem Menschen, sei's in einem Zimmer oder im Freien, vermischt. Dieß wiederholt sich bei jedem Athemzuge. Daß die abgeschlossene Zimmerluft dadurch allmählig verschlechtert wird, ist leicht zu erkennen. Daraus läßt sich denn auch entnehmen, wie die Luft keineswegs so gleichgültig ist, sondern sie einerseits um so nachtheiliger sein wird, je mehr jene Bestandtheile, welche als unbrauchbar vom Blute durch das Ausathmen ²⁾ und durch die Hautausdünstung ³⁾ an sie abgegeben werden, in ihr sich anhäufen. Andererseits aber muß sie um so vortheilhafter sein, je ungeschmälerter sie den Bestandtheil enthält, welcher zur Neubelebung des Blutes taugt.

Es ist nun vom lieben Gott einmal so weise eingerichtet, daß es nicht erst besonderer Vorkehrungen bedarf, diese uns zuträgliche Luft mit Mühe und Kosten herzustellen. Im Gegentheil ist diese gerade die beste, die unter dem freien Himmel liegt und in welche das Gras des Feldes und die Bäume des Waldes ungehindert hineinwachsen. Es ist somit genug gethan, wenn man solcher frei und überall vorkommenden Luft möglichst leichten Zutritt verschafft. Nun ist's weiter eine ein-

¹⁾ Sauerstoff.

²⁾ Kohlensäure.

³⁾ Wasser. Ein Mensch athmet durchschnittlich in 1 Stunde 300 Litres Luft aus, worunter 12 Litres Kohlensäure enthalten sind.

fache Rechnung: wo in einer Stube viele Leute sind, da wird das uns Zuträgliche aus der Luft durch's Einathmen gewiß schneller weggenommen und umgekehrt, durch's Ausathmen mehr Verbrauchtes drin angesammelt werden, als wo nur eine Person sich aufhält. Die Luft des Zimmers wird also immer schlechter werden und um so schlechter, je kleiner seine Luftmenge, d. h. sein Raum ist.

Es braucht gar keiner feinen Nase, um die schlechte Luft zu erkennen. Wer z. B. Morgens aus dem Freien in ein Schlafzimmer tritt, namentlich in eins, darin mehrere Leute die Nacht zugebracht, den wird es auf der Brust schnüren. Wo längere Zeit in einem geschlossenen Raume viele Menschen beisammen gehalten werden, steigert sich die Athembeschwerde bis zu Taumel, Uebelkeit und Ohnmacht. Darum ist ja auch auf überfüllten Schiffen die Sterblichkeit so groß. In Calcutta wurden in der sog. schwarzen Höhle 146 Menschen zusammen gesperrt; innert 10 Stunden gingen davon 123 zu Grunde und zwar bloß, indem die Luft durch's Athmen der Eingeschlossenen und keineswegs etwa durch andere schädliche Dünste und Gase verdorben wurde. Kommt nun hiezu noch Delqualm, Ofenrauch, die Ausdünstung von feuchten Wänden, trocknender Wäsche, von Abgang und Speisen, von Abtritten und Baugruben, Kellern und Cysternen, so ist klar, daß die Luft noch viel untauglicher zum Athmen werden muß. Diese Extraverschlechterung gehört indeß größtentheils ins Capitel der Reinlichkeit, von welcher sich's wohl lohnt, noch besonders ein Wörtlein zu reden. Hier nur soviel: Man kann lange frische Luft in eine Stube, eine Kammer, einen Vorraum hereinlassen, es wird nicht viel damit gewonnen sein, wenn angehäufter Unrath, verwesender Abgang, ein stinkender Wasserstein u. dgl. durch ihre Ausdünstung die Luft fortwährend verderben. Nicht fleißig und schnell genug können darum alle Stoffe, welche die Atmosphäre verunreinigen, aus bewohnten Räumen entfernt werden.

Etwas Andres ist es mit der ganz unvermeidlichen Ver-

schlechterung der Zimmerluft durch's bloße Ausathmen und Ausdünsten der Bewohner, wobei es sich um den gehörigen Zutritt guter und frischer Luft handelt, als Ersatz und Verbesserungsmittel der verbrauchten.

Dies Herbeiziehen frischer Luft beschäftigt auch, um seiner Wichtigkeit willen, besonders in neuerer Zeit wieder, die Sachverständigen in hohem Grade. Zunächst in Beziehung auf Krankenhäuser, Gefängnisse, Kasernen, kurz Räume, in denen viele Menschen angesammelt sind und folglich durch das vermehrte Athmen und Ausdünsten die Luft in größerm Maße verdorben wird. Die Wichtigkeit indeß ist für die Wohnung der einzelnen Familie ganz dieselbe, namentlich wo diese zahlreich und der bewohnte Raum ein beschränkter ist.

Zum Glück für keine geringe Zahl Menschen erneut und verbessert sich die Luft in den Wohnungen schon größtentheils von selber, indem letztere nichts weniger als für die äußere Luft unzugänglich sind. Diese dringt nicht nur durch Thür- und Fensterspalten herein, sondern sogar buchstäblich durch den Mörtel und die Backsteine der Mauerwände, ¹⁾ weshalb es denn z. B. bei empfindlichen Kranken, keineswegs nur Einbildung ist, wenn solche über Luftzug aus dem Mauerwerke klagen. Geht draußen der Wind, so wird dieser natürliche und unterbrochne, wenn auch verlangsamte, Luftwechsel in den Wohnungen noch vermehrt, wie es ja bekannt genug ist, daß man im Winter bei Wind weit mehr heizen muß, als wenn es ohne Wind bloß kalt ist. Ein anderes wirksames Beförderungsmittel für die Verbesserung der inwendigen schlechten Luft durch die zuströmende äußere gute ist auch die verschiedene Wärme im Zimmer und im Freien. Es verlüftet eine Stube des Winters gerade so erfolgreich, wenn man das Fenster nur eine halbe Stunde öffnet, als wenn es des Sommers einen halben Tag lang aufgesperrt wird. Freilich aus dem gleichen Grunde ist dann bei Armen, welche das Holz sparen müssen, und beson-

¹⁾ Pottenkofer.

ders wo Viele beisammen wohnen, die Zimmerluft im Winter um so nachtheiliger: Wenn es drinnen wie drauſſen fast gleich kalt ist, so wird sich die schlechte Luft in der Stube mehr ansammeln, ohne genügend durch zuströmende gute verbessert zu werden. Deshalb ist überhaupt auch kalte Stubenluft für die Gesundheit weit schädlicher als kalte Luft im Freien.

Wie bedeutend indeß der natürliche Luftwechsel (Luftverbesserung) im Innern der Wohnungen ist, er hat seine Grenze von wo ab er nicht mehr ausreicht. Diese wird sein, wo der durch Ausathmung und Ausdünstung der Menschen ¹⁾ sich verschlechternden Luft von der natürlich zuströmenden guten nicht mehr die Waage gehalten wird; ²⁾ also wohl überall, wo Wohnungen stark bevölkert sind. Für diese Fälle ist man bemüht, künstlich durch allerhand Vorkehrungen genügend gute Luft herbeizuschaffen. Man hat dieß durch die verschiedensten Einrichtungen mittels Pumpen, besonderer Kanäle und Leitungen, mit hohen Kaminen in Verbindung, zu erzielen gesucht. Diese sog. Ventilationsapparate werden namentlich in Kasernen, Spitätern, Gefängnissen, Arbeitsfälen u. s. w. angewendet; für einzelne und bescheidenere Wohnungen sind sie indeß zu kostspielig und zu wenig einfach. In diesen letztern, um die es sich hier doch besonders handelt, wird man sich mit zugänglichen und wohlfeilern, wenn auch weniger gründlichen Hülfsmitteln noch eine Weile behelfen müssen. Man wird sich darauf beschränken im Winter, selbst ein bißchen auf Kosten der Scheiterbeige, die Fenster gehörig zu öffnen und durch diese noch mehr bessere Luft hereinzulassen, als von selber schon durch Spalten und Mauerwerk hereinkommt. Solches tägliche Lüften ist in den Wohnzimmern immer erforderlich; vor allem aber in Schlafkammern, die ohnedieß schon meist etwas stiefmütterlich behandelt aussehen, hinsichtlich der Räumlichkeit und der Reinlichkeit. Leintücher, und das Bettwerk überhaupt, welches von der

¹⁾ Kohlenſäure und Waſſer.

²⁾ Wenn auf 1000 Theile Luft 1 Theil Kohlenſäure kommt.

78

Wohnungswesen

333/18-9

Basel's Wohnungselend!

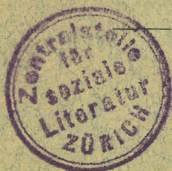
Darlegung der Ursachen und Wirkungen und
Vorschläge zur Abhülfe.

Propaganda-Schrift.

Im Auftrage des Wohnungsmiether-Vereins Basel verfaßt

von

Wilhelm Arnold.



Basel, 1891.

Druck der Vereinsbuchdruckerei.

Preis: 30 Cts.

Die Wohnungs-Enquete belehrt uns, daß, trotz der regen Bauhätigkeit der letzten Jahrzehnte, seit mehr als hundert Jahren die Zahl der Wohnhäuser weit hinter der Zunahme der Bevölkerung zurückblieb. Die ortsanässige Bevölkerung Basel's betrug im Jahre 1779 15,040 Personen mit 3569 Haushaltungen, welche 2120 Häuser bewohnten. Im Jahre 1888 betrug die ortsanässige Bevölkerung 69,809 Personen mit 15,127 Haushaltungen, welche in 5124 Häusern ihren Wohnsitz hatten.

Die Zunahme der Wohnbevölkerung betrug in den Jahren 1779—1888, in Prozenten ausgedrückt, 364,1; die Zunahme der bewohnten Häuser hingegen nur 141,7.

Obiges Mißverhältniß hatte zur Folge, daß in einem großen Theile der Wohnhäuser eine große Ueberfüllung eintreten mußte. Während im Jahre 1779 die durchschnittliche Bewohnerzahl eines Hauses 7,1 betrug, stieg dieselbe im Jahr 1888 auf 13,6, also bereits auf das Doppelte.

In andern Schweizerstädten steht freilich die Sache noch schlimmer. So kommen nach der Volkszählung von 1880 auf ein bewohntes Haus in Genf 19,2, in Bern 16,4, in Zürich 14,6, in Luzern 14,1, in Neuenburg 14,0, in St. Gallen 13,9, in Lausanne 13,7 Bewohner.

Das soll uns in Basel jedoch nicht abhalten, ernstlich an den Erlaß einer zeitgemäßen Wohnungsgesetzgebung zu denken. Wir sind in manchen Stücken hintennach, gehen wir einmal in einem Stück als leuchtendes Beispiel voran.

Die Dichtigkeit des Zusammenwohnens macht sich in unserer Stadt namentlich in den Arbeiterquartieren bemerkbar. Während in Großbasel innerhalb 18 Jahren (1870—1888) die Zahl der Häuser mit 7 und mehr Haushaltungen, bezw. Wohnungen, sich verdoppelte, hat sich selbe im gleichen Zeitraum in Kleinbasel vervierfacht.

In Großbasel entfallen auf ein bewohntes Haus im Durchschnitt 2,6 Haushaltungen und 11,8 Bewohner; in Kleinbasel 4,1 Haushaltungen und 17,8 Bewohner. Am schlimmsten steht es in dieser Hinsicht im innern Bläsiquartier, wo durchschnittlich 20,4 Bewohner auf ein Haus kommen, während im St. Albanquartier, wo das günstigste Verhältniß besteht, nur 10,4 Bewohner auf ein bewohntes Haus kommen.

Die besser Situirten wissen eben gar wohl den Werth

des guten Wohnens zu schätzen. Das Villen-Quartier zu St. Alban legt Beweis hievon ab. Für die „obere Zehntausend“ ist die Wohnungsfrage gelöst, für die Masse des Volkes aber nicht.

Wir erfahren durch die Enquete des Fernern, daß nur unter den ein- und zweizimmerigen Wohnungen — also den meist gesuchten — 828 schlechte, feuchte und vernachlässigte Wohnungen sich befinden, in welchen 3,105 Menschen wohnen, also auch schauerhaft überfüllt sind.

Die Hygieniker (Gesundheitslehrer) fordern für eine Person als Mindestschlafraum 10 Kubikmeter Raum. Als Mindestwohnraum dagegen wird 20 Kubikmeter verlangt. Unter diese Minimal-Ansätze dürfe absolut nicht gegangen werden.

Wie sieht's nun aber in Basel aus mit dem Mindestschlafraum und dem Mindestwohnraum?

Es lebten in Wohnungen:	Personen	%
welche nicht einmal den Mindestschlafraum boten	4,283	7,3
welche den Mindestschlafraum, nicht aber den Mindestwohnraum boten	20,622	35,2
welche mäßigen Wohnraum gestatteten	22,258	38,0
welche reichlichen Wohnraum boten	11,436	19,5

Ueber $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung wohnt schlechter, als es in den für die bescheidenen Bedürfnisse der Arbeiter speziell errichteten Häusern für angemessen gilt.

Fast $\frac{1}{3}$ der Schlafzimmer gewährt das sanitärlich notwendige Minimum an Luftraum nicht; etwas über $\frac{1}{3}$ hat mäßigen, und nur circa die Hälfte mehr oder minder reichlichen Luftraum.

Mehr als 1,400 Schlafzimmer haben indirekte Beleuchtung. Eine große Menge anderer geht in den ältern Stadttheilen auf einen kleinen Hof oder auf einen schmalen Zwischenraum zwischen zwei Häusermauern.

Unter den Arbeiterwohnungen blieben 53,1% — also über die Hälfte! — der Miethwohnungen hinter dem Mindestwohnraum zurück.

Eine ungefähre Schätzung — sagt Prof. Bücher — ergibt, daß über 15,000 Menschen — mehr als der vierte Theil der Bevölkerung der untersuchten Wohnungen — der

für einen gesundheitsfördernden Verlauf des Athmungsprozesses erforderlichen Luftmenge entbehren!!

Das sind ja grauenhafte Zahlen.

Mangelhafte und sanitätswidrige Zustände wurden in mehr als einem Drittel der untersuchten Liegen-schaften konstatirt.

Fast $\frac{1}{7}$ der untersuchten Wohnungen hat eine unzureichende Zimmerzahl; fast die Hälfte gewährt nur knapp zureichenden Raum, und nur wenig über $\frac{1}{3}$ gestattet bequemes Wohnen.

In räumlicher Hinsicht wohnt nicht die Hälfte der Basler Bevölkerung kulturgemäß.

4,203 Zimmer, d. h. mehr als $\frac{2}{5}$ der Gesamtzahl, haben ungenügende Beleuchtung und nicht weniger als 793 Zimmer liegen direkt auf dem Erdbreich, sind also nicht unterkellert. Unter diesen befinden sich 260, deren Boden unter dem anliegenden Terrain liegt. Es kann sich Jedermann leicht vorstellen, wie „gesund“ diese Zimmer sein müssen.

Indirekte Beleuchtung hatten in den untersuchten Wohnungen im Ganzen 1570 Zimmer und fast 3000 Küchen, d. h. 3,7% aller Zimmer und 25% der Küchen. Viele der letztern müssen beständig beleuchtet werden.

Betreffend die Schlafräume von Arbeitern und Dienstboten sagt die Enquete: „Arbeiter, welche in Schlafstellen gehen, sind durchwegs besser untergebracht als diejenigen, welche beim Meister wohnen und als die Dienstboten, für die manchmal die schlechtesten Räume eben gut genug zu sein scheinen.“

Letzteres mag mit dem Niedergang des Kleinhandwerkes im Zusammenhange stehen.

Ueber die Schicksale von kinderreichen armen Familien lesen wir folgendes trübe Bild sozialen Elendes:

„Das traurigste Bild bieten in armen kinderreichen Familien die Schlafstellen der Kinder. Meist übernachtet Alles in einer Stube, wo große und kleine Betten dicht aneinander gedrängt stehen. Vielleicht findet noch ein Tisch und ein paar Stühle Platz; aber man begreift doch nicht recht, wo die vielen Menschen sitzen, wenn es zum Essen geht. Für außer-gewöhnliche Fälle — etwa eine neue Niederkunft der Frau

— ist wohl eine Nachbarin gutherzig genug, einige der Kleinen aufzunehmen In einer Straße Kleinbasels, in welcher man großes Glend nicht vermuthen würde, trafen wir ein überfülltes Familienzimmer zu ebener Erde nach dem Hofe, in welchem ein Ehepaar und vier Kinder schliefen. Das Zimmer ist in dem Wohnungsbogen als „verwahrlost und theilweise feucht“ bezeichnet. Die beiden Fenster gehen auf einen unordentlichen kleinen Hof und erhellen den Raum nur ungenügend. Das Zimmer hat $18,5 \text{ m}^2$ Bodenfläche und $2,32 \text{ m}$ Höhe. Dies ergibt auf den Kopf 7 m^3 Schlafraum. Aber die Familie hat 7 Kinder. Ueber den Verbleib der drei andern wird uns anfänglich unrichtige Auskunft gegeben. Wir finden aber bei eigenem Nachsuchen ihre Schlafstellen in einem von der Sanitätspolizei längst kassirten Raum — einer dumpfen feuchten Stube des Hinterhauses, an deren einziges Fenster die hohe Scheidemauer eines Nachbargebäudes so nahe herangerückt ist, daß man sie mit der Hand erreichen zu können meint. Das ganze Haus wird von dem Eigenthümer in einem Zustand unfäglicher Verwahrlosung belassen; aber von oben bis unten ist es mit kinderreichen Haushaltungen angefüllt; fast in jedem Stock ist das von der Laube aus ungenügend beleuchtete und nicht gehörig lüftbare Hinterzimmer voller Betten; keine der dort wohnenden Familien hat ihre 20 m^3 Wohnraum, und nur wenige 10 m^3 Schlafraum.

„Zwei Häuser weiter wohnte ein Zimmergeselle nebst Frau und fünf Kindern in einer Manjarde von $19,3 \text{ m}^3$ Rauminhalt; das ergibt auf den Kopf $2,8 \text{ m}^3$ Schlaf- und Wohnraum. Die Hauseigenthümerin gibt bei einem späteren Besuche an, daß sie den Mann „um Gottes Willen“ mit den Seinen aufgenommen habe, weil er obdachlos gewesen. Das ganze Haus ist, wie das nächstfolgende, gut unterhalten. Dennoch fanden in letzterem die Erhebungsbeamten einen fensterlosen Bretterverschlag unter dem Dach mit den Schlafstellen zweier Kinder. Der Raum ist $1,80 \text{ m}$ lang und ebenso breit, aber nur $1,20 \text{ m}$ hoch. Das ergibt $3,89 \text{ m}^3$ oder auf den Kopf $1,95 \text{ m}^3$. Der Zugang geht über eine gefährlich schmale Leiter; die Thüre ist so niedrig, daß man hindurch kriechen muß. Natürlich wurde die fernere Benutzung des Raumes zum Schlafen unterjagt. Bei einer späteren Revision erzählte

6 1 0 / 1 5



Zur Alkoholfrage.

Die Ernährungsweise

der

arbeitenden Klassen in der Schweiz

und

ihr Einfluss auf die Ausbreitung des Alkoholismus.

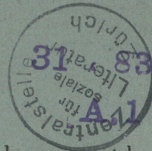
Im Auftrage

des Departements des Innern der schweiz. Eidgenossenschaft

verfasst von

Dr. Schuler,

eidg. Fabrikinspektor.



ZENTRALSTELLE
für soziale Literatur der Schweiz
ZÜRICH

Bern.

Stämpfli'sche Buchdruckerei.

1884.



Schlaffheit der Bevölkerung im Ganzen, Untüchtigkeit der Hausfrauen und große Neigung geklagt wird, sich auf fremde Hülfe zu verlassen, soll der Branntwein eine immer größere Bedeutung beanspruchen.

Schlimmer lautet's beim Nachbar im Osten, Luzern. So lebt im Suhrthal z. B. der arme Handwerker kümmerlich, meist von Vegetabilien, wie Kartoffeln, Gemüsen und sonst wenig nährenden, um so mehr füllender Kost. Die Cigarrenarbeiter nähren sich vornehmlich von Kaffee mit Brod, den sie sogar zu zwei täglichen Zwischenmahlzeiten genießen, und von Suppen mit Gemüsen. Die öftern Mahlzeiten müssen Ersatz für deren geringen Werth bieten. Aehnlich im sog. Hinterland, wo Kartoffeln, Kaffee, Suppe, Schnaps und Brod fast die einzige Nahrung der Armen ausmachen. Selbst ordentlich gestellte Familien zersplittern ihre Nahrung meist auf viele, aber geringe Mahlzeiten. Kaffee erscheint Vor- und Nachmittag als Zwischenmahlzeit und eine dritte gegen Abend besteht aus Schnaps mit oder ohne schwarzen Kaffee. Dafür begnügt man sich Mittags mit Mehlspeisen, mit Milchbrei, Obst mit Speck, hie und da Käsesuppe, und ißt nur selten Fleisch. Am liebsten wendet man sich noch den Würsten zu, die vielfach aus sehr wohlfeilem Pferdefleisch bestehen. Auch hier wird durch ziemlich starken Milchverbrauch einiger Ersatz für die sonstigen Mängel der Nahrung geboten. Die Milch kostet nur 15 bis 16 Cts., ist trotz Käseereien leicht zu bekommen; aber trotzdem bietet der Bauer den Seinigen oft nur Buttermilch oder Molke, wo früher der Milchtopf erschien. Ihn lockt eben der baare Erlös in der Käserei. Gering ist der Käsekonsum, während in wohlhabendern Orten viel Butter und andere Fette, namentlich Rindsfett, konsumirt werden, in ärmern aber die Ernährung auch in dieser Richtung große Mängel aufweist. Das Bauernbrod von ehemals verschwindet immer mehr, aber in Bezug auf die Mehlspeisen sind die hergebrachten Suppen und Breie geblieben, Reis und Mais kommen in Aufnahme und das alte Habermus wird wieder etwas mehr zu Ehren gezogen. Aber mehr noch nimmt das Essen der Kartoffeln zu, natürlich mit vielem und schlechtem Kaffee befeuchtet. Statt der spärlich beige-setzten Milch muß Schnaps öfter dieses Getränk „verbessern“. Er ersetzt auch immer mehr den früher allgemein üblichen Most. Er ist das Hauptgetränk nicht nur in den Winkelwirthschaften, sondern vermöge seiner Eigenschaft als Kaffeezusatz bald tägliches Genußmittel von Weib und Kind. Er erscheint um so mehr als Bedürfniß, als die Landleute oft vor dem Frühstück an die Arbeit gehen. Daß die Qualität abscheulich ist, versteht sich von selbst. — Ob die allgemein zugegebenen Fortschritte, welche das weibliche

Geschlecht im Kochen gemacht, eine Besserung bringen, steht dahin. Jedenfalls müßte ein besserer Verdienst damit Hand in Hand gehen. Er beträgt für Fabrikarbeiter von Fr. 2. 50 bis abwärts zu 40 Cts., für Feldarbeiter 50—200 Cts., Weiber 40—150 Cts., nebst Kost 1 Fr., resp. 75 Cts. im Durchschnitt. Damit stimmen auch die von Arbeitern gezahlten Pensionen von 4—6 Fr. per Woche.

Nicht sehr viel besser ist die Ernährung im Aargau, vornehmlich in den industriereichen Bezirken. Schon in der Umgegend von Aarau wird über die eiweißarme Nahrung geklagt. Sie besteht aus sehr vielen Kartoffeln, Brod, wenig Mehlspeisen, etwas Bohnen, selten Fleisch, viel Kaffee mit wenig Milch. Aehnlich in Aarburg, wo Mais eine bedeutende Rolle zu spielen scheint. Roher Speck oder Käse mit Schnaps ist dort ein Sonntagsgericht der ärmsten Bevölkerung. Aus den Revieren der Cigarren- und Tabakfabrikation lauten die Berichte nicht günstiger. Dort ist Most mit einem Schnäpslein drauf eine allgemeine übliche Zugabe. Der Fleischkonsum wird in Menzikon z. B. auf 30 kg. per Jahr und Kopf der ganzen Bevölkerung geschätzt, in Aarburg auf 25. Die Milchpreise sind meist hoch, 20 Cts., in Aarburg 16—18, trotzdem viel kleine Viehbesitzer vorhanden; sie ist aber leicht zu bekommen, da die Käsereien zur Abgabe von Milch verpflichtet sind. Käse bildet mehr ein Extragericht und wird gutentheils im Wirthshaus konsumirt. Fett wird sehr mäßig und in verschiedenartiger, meist geringer Qualität (Kübelbutter, Schweinefett) fast ausschließlich zum Kochen verwendet. Das Brod, halbweiß, wird immer seltener selbst gebacken. Von Mehlspeisen sind Suppe und Brei, hie und da auch Teigwaren am häufigsten, Reis nicht selten, Hafer und Gerste spärlich benutzt, doch in letzter Zeit etwas mehr. Die Bereitung ist schlecht, so daß diese Speisen den Leuten, die den ganzen Tag, weit über die gesetzlichen 11 Stunden, wie vielfach behauptet wird, in der Fabrik sitzen, zu unverdaulich, „zu schwer“ sind. Dafür greifen sie zum Hauptgericht, den Kartoffeln und trinken dazu, oft den ganzen Tag, Kaffee, der nicht selten keinen Bohnenabsud, sondern nur ein Gebräu aus Cichorien und Essenz mit weniger oder mehr Milch darstellt. Wein ist zu theuer, Most nur in einzelnen Gegenden beliebt, Bier ist das gewöhnliche Wirthshausgetränke oder auch Schnaps, der meist einen Bestandtheil der Zwischenmahlzeiten ausmacht und vorzugsweise im Privathaus getrunken und mehr aus Läden und Apotheken, als vom Wirth bezogen wird. Suppenanstalten oder Volksküchen sind trotz der schlechten Ernährungsverhältnisse nirgends gut angeschrieben, außer etwa in der Hauptstadt. Konsumvereine wollen auch nicht gedeihen. Für vereinzelte Personen bestehen Pensionen, die 5—7 Fr. wöchentlich verlangen

Noch andere Faktoren wirkten mit, dem Schnaps in die tägliche Ernährung Eingang zu verschaffen. Schon längst hatte der Holzer, der Jäger früh Morgens sein Gläschen genommen, wenn er vor Tagesanbruch an sein anstrengendes Geschäft ging, er hatte sich mit einem Schluck Schnaps für das Fehlen eines warmen Mittagessens entschädigt. Selbst in der Heuernte hatte Morgens früh vor dem Frühstück ein Schnaps den Tagelöhner munter für sein langes Tagewerk gemacht. Das waren Ausnahmen. Aber als die Sticker, die Uhrmacher ebenfalls lange vor dem Frühstück, ihre Arbeit begannen, als einzelne Fabriken auch in andern Industriezweigen den Arbeiter schon vor dem Frühstück zur Arbeit riefen, als die Frauen in den Fabriken zu arbeiten begannen und hie und da, besonders bei weiter Entfernung von der Fabrik, keine Zeit mehr fanden, ein Frühstück zu bereiten, da drang auch in weitere Kreise die Unsitte, Morgens nüchtern vor dem Frühstück oder statt des Kaffees oder der Suppe einen Schnaps zu nehmen. Und das erste Gläschen blieb im Laufe des Tages selten allein, wie der fuselduftende Athem vieler Fabrikarbeiter schon in den frühen Vormittagsstunden lehrt.

Wenn aber auch der Schnaps in Tausenden von Familien wirklich ein Theil der alltäglichen Ernährung geworden ist, scheint doch nur in einer kleinern Zahl von Kantonen von einer wirklichen Schnapspest ohne Uebertreibung gesprochen werden zu können. Sind auch wenige Kantone oder Gegenden in der glücklichen Lage, wie Schaffhausen (etwa mit Ausnahme der industriereichen Stadt), ein Theil von Zürich, besonders das eigentliche Bauernland, die rein Landbau treibenden Bezirke von St. Gallen, das Wallis etc. das Schnapstrinken als eine Ausnahme hinzustellen, so wird doch aus vielen Gegenden bezeugt, daß die Schnapserei ein muthmaßlich vorübergehendes, durch die hohen Wein- und Most- und niedrigen Branntweinpreise hervorgerufenes Uebel sei.

Nicht wenig tragen zur Förderung des Schnapskonsums die Schwierigkeiten bei, die sich der Bereitung einer gehörigen Kost entgegenstellen. Diese haben sich vornehmlich da gemehrt, wo die Hausfrau Jahr aus und ein der Fabrikarbeit obliegt und nicht genügende Zeit zum Kochen findet, wo durch Konzentration einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung in verhältnißmäßig sehr wenigen Wohnräumen die Küchen überfüllt, mehrere Haushaltungen auf einen Herd angewiesen sind oder statt eines rechten Küchenherdes nur einen allzu kleinen Petroleumkochherd besitzen, der ein regelrechtes Kochen gar nicht ermöglicht. Darüber wird aus verschiedenen hochindustriellen Gegenden Klage geführt mit dem Beifügen, daß dann oft Schnaps und Wurst und

ähnliche Dinge an die Stelle des gewöhnlichen Mittagstisches treten. Ebenso wird allgemein Klage geführt, wie Mädchen, die stets in der Fabrik gearbeitet, nie dazu kommen, die Kochkunst zu erlernen und durch ihr Ungeschick den Mann in's Wirthshaus treiben, das ihn allmählig zum Schnaps heranzieht. Allerdings wird in dieser Richtung manches zur Abhülfe gethan und es ist erfreulich, von mancher Seite zu vernehmen, daß umgekehrt eine bessere Einsicht und Kenntniß der Speisenbereitung sich Bahn breche.

In volkreichern Orten, Städten und Dörfern, hat man sich vielfach bemüht, durch Volksküchen und Suppenanstalten den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entgegenzukommen, und man hat sich der Hoffnung hingeeben, nicht nur eine genügende Ernährung zu fördern, sondern auch die Folge schlechter Ernährung, das Schnapstrinken, zu mindern. Der Erfolg blieb meist weit hinter den Wünschen zurück. Am gleichmäßigsten vermögen sich noch die Volksküchen zu halten; doch sind ihre Preise zu hoch für die ärmsten Klassen der Arbeiterbevölkerung und die Anstalten werden mehr von Bessersituirten, sowie von Bureauangestellten und dgl. benutzt. Die Suppenanstalten erwiesen sich in der großen Mehrzahl der Fälle als nicht auf die Dauer lebensfähig. Sie waren es vielleicht in Zeiten der Noth und Theuerung. Aber nachher tauchten allerlei Schwierigkeiten auf. Vielfach wurden sie als Bettelsuppen, als eine Art versteckter Almosen betrachtet, dessen Annahme der Familienvater mit seiner Ehre unverträglich ansah. Die Frauenwelt war ihnen abhold, weil die Ernährung mit Suppe gar zu sehr ihrem Geschmack und der alt hergebrachten Uebung zuwiderlief. Die Suppenform scheint überhaupt nicht geeignet, wenn sie ohne Abwechslung sich wiederholt, die Eßlust anzuregen. Zu alledem kam, daß sich der Anstaltsgast gesättigt glaubte, wenn er seine große Schüssel Suppe verzehrt hatte. Er war es in der Regel nicht, wie mehrfach die chemische Gehaltsbestimmung dieser Suppen nachwies; sein Magen war nur gefüllt; er empfand, daß trotzdem dem Bedürfniß nicht genügt sei.

Wie sehr das Bedürfniß gefühlt wird, sich seine Lebensbedürfnisse doch wenigstens zu billigerem Preis zu beschaffen, beweist die Existenz der zahllosen Konsumvereine in der Schweiz. Dieselben bestehen vor Allem aus in den hochindustriellen Kantonen; mehr noch der deutschen, als der romanischen Schweiz. Sie leisten je nach ihrer Führung sehr Verschiedenes. Da und dort sind sie eine ganz ordinäre Aktienunternehmung, die auf Profitmachen ausgeht. Solche scheuen sich nicht, selbst Schnaps in großen Massen zu verkaufen und die eigenen Mitglieder zum Schnapsen zu verleiten. Andere gedeihen nicht recht, und vermögen nicht einmal

Berena Conzett

Erstrebtes und Erlebtes

Ein Stück Zeitgeschichte

Brethlein & Co. * Leipzig / Zürich

nichts. Bete, bete jeden Abend und bitte den lieben Gott, daß er uns alle gesund bleiben läßt; das hilft mehr als alle Amulette zusammen!“ Gebetet habe ich auch jede Nacht und wie! Vor dem Einschlafen sagte ich nicht bloß alle meine Gebetlein her, nein, noch eine Menge Gedichte und Verse dazu, die ich in der Schule gelernt hatte, immer schneller und lauter, im festen Glauben, der liebe Gott höre mich dann besser als jene Kinder, die nicht so schnell und laut beten konnten. Und — verschont von der Krankheit blieben wir alle.

Wir wohnten in einer der engen, steilen Gassen, die das Niederdorf mit dem Timmatquai verbinden. Ueberall am Timmatquai und am Sonnenquai waren die hinteren Häuserreihen zweier Gassen durch einen schmalen Graben, „Ehgraben“ genannt, getrennt. In diesen Graben entleerte sich damals aller Unrat der angrenzenden Häuser und bewegte sich langsam der Timmat zu. Nach einem solchen Ehgraben hinaus lagen der Abort, die Küche und ein Schlafzimmer der Wohnungen. Wir Kinder beider Häuserreihen sahen oft stundenlang den mächtigen Affen zu, die im Graben ihr Unwesen trieben. Hin und wieder versuchten wir, mit Besenstielen Brücken zu bauen oder zogen an einer Schnur Gegenstände von einem Fenster zum gegenüberliegenden.

Unsere Gasse hieß „Schmalzgrube“ und ihre

Häuser waren schmal und hoch. Nie erhellte ein Sonnenstrahl unsere Wohnung oder auch nur einen kleinen Teil davon. Jeden Morgen ging meine Mutter mit einer Schaufel voll glühender Kohlen, darauf Wacholderbeeren lagen, mehrere Male durch sämtliche Räume, um die stinkige, muffige Luft zu vertreiben. Aehnlich oder noch schlimmer wohnten die meisten Leute in den schmalen Gassen des damaligen Zürichs. Kein Wunder, daß sich die Cholera unter solch ungesunden Zuständen überall einnistete konnte.

An jedes Haus, in dem Cholerafranke lagen, wurde ein gelber Zettel geklebt mit der Aufschrift: „Hier herrscht die Cholera!“ Auch unser Haus bekam eine solche Warnungstafel, denn in den Wohnungen über und unter uns lagen Cholerafranke. Trotz allem Zureden meiner Eltern und größern Schwestern konnte ich das Grauen vor der „Frau“ Cholera nicht überwinden. Wenn ich unsere dunkeln Treppen hinauf- oder hinunterstieg, spürte ich ihre Nähe, sogar ihren Atem und fühlte ihre Knochenhand, die nach mir griff. Wie oft bin ich vor Schrecken die steile Treppe hinuntergestürzt. Wenn dann die Mutter mir das Blut abwusch oder die Beulen mit einem Wasserglas plattdrückte und dringend mahnnte, vorsichtiger zu sein und mich am Geländer festzuhalten, klagte ich unter Schluchzen: „Ich bin doch nicht schuld; sobald ich auf der

Treppe bin, ist die Frau Cholera hinter mir her, packt mich und wirft mich die Treppe hinunter.“ Die Mutter wurde ernstlich böse: „Wie oft muß ich dir noch erklären, daß es keine Frau Cholera gibt! Warum glaubst du solchen Unsinn?“ Von nun an sprach ich nicht mehr darüber, mochte ich noch so oft fallen; aber die Frau Cholera war immer um mich, sie war fäglich mein erster und letzter Gedanke. Manchmal hörte ich meine Mutter in fraurigem Tone sagen: „Das arme Dreneli, es wird sich noch dumm fallen. Es ist aber auch ein Elend mit diesen ausgefretenen, steilen Treppen.“ Eine Beule an der Stirne ist mir zur Erinnerung an jene Schreckenszeit bis heute geblieben.

Erst als die Seuche verschwand und mir alle versicherten, daß die Cholera geflohen und auf Nimmerwiedersehen fort sei, wurde ich ruhiger und lebte wieder auf; eine gewisse Bangigkeit und ein Furchtgefühl blieben aber für lange Zeit zurück. Noch Jahrzehnte später konnte ich kein dunkles Treppenhaus, kein dunkles Zimmer betreten ohne inneres Grauen, so tief hatten sich mir jene Ereignisse meiner frühesten Kindheit eingeprägt.

Aus Dank, daß unsere Familie von der Cholera verschont geblieben, gingen meine großen Schwester jeden Sonntag in die Kirche und nahmen mich mit. Ich verstand nichts von der Predigt und das Stillstehen wurde mir unendlich schwer; es kribbelte

mir in allen Gliedern. Meine Unruhe störte die Andacht meiner Schwestern und bald bekam ich von der einen, bald von der andern Seite einen heimlichen Stoß. Auf dem Heimweg schimpften sie mit mir, und zu Hause mußte ich erst recht hören, welch ein schreckliches Kind ich sei. „Nie mehr werden wir dich in die Kirche mitnehmen“, sprachen sie in nachhaltendem Aerger. Da hätte ich am liebsten aufgejauchzt, wagte es aber nicht, doch wie eine reuige Sünderin sah ich sicher nicht aus.

Im folgenden Frühjahr hatte mein Vater, der Aufseher in einer Papierfabrik war, öfters Nachtdienst und ich durfte ihm das Nachtessen bringen. Stolz und behutsam frug ich den großen Deckelkorb, der Kartoffelsalat und eine heiße Wurst enthielt, in die Fabrik. Wie sehnsüchtig sah ich jedem Bissen nach, den der Vater in den Mund steckte, denn Kartoffelsalat und heiße Wurst schien mir der höchste aller Genüsse. Mein Vater sah die begehrliehen Blicke wohl, tat aber, als bemerke er sie nicht; er ging vom Standpunkte aus, Gelüste der Kinder müßten unterdrückt werden, damit sie das Entbehren im spätern Leben nicht so hart ankomme. Den Rest seines Nachtessens — er aß nie alles auf — packte er wieder in den Korb und ermahnte mich, sofort nach Hause zu gehen. Der gute Vater rechnete aber nicht mit der Stärke des kindlichen Begehrens: ein bloßer Blick auf den Deckel des

Politische Zugänge

Klassengesellschaft und soziale Reformen¹

C. Wolfgang Müller

*Über das Essen wird nicht in der
Küche entschieden* (Bertolt Brecht)

Die Erfahrung, dass ungebremschte Marktwirtschaft die Gesellschaft zunehmend in Besitzende und Besitzlose spaltet und den Besitzlosen verwehrt, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht, hat im 19. Jahrhundert in Deutschland zur Aktivierung vieler Menschen im Bildungs- und Funktionsbürgertum geführt, sich für soziale Reformen einzusetzen, um die *soziale Frage* zu beantworten und den *sozialen Frieden* in der Gesellschaft wiederherzustellen.

Ein Rückblick

Die Jahrzehnte nach der Reichsgründung (1871) hatten in Preussen und später im ganzen Reich zu einer raschen Entwicklung von Verkehr, Industrie und Handel geführt und gleichzeitig den zunehmenden Verfall feudaler und kleinbürgerlicher Landwirtschaft und städtischen Handwerks beschleunigt. Die Dampfkraft und später die Einführung der Elektrizität als Energiequelle, die Verfeinerung von Werkzeugmaschinen und anderen Produktionsmitteln und die Verdichtung des Verkehrsnetzes hatten die Industrie weitgehend unabhängig von *natürlichen* Standorten gemacht, die über Wasserkraft verfügten oder an Wasserwegen lagen. Viele Produktionsstätten waren standortflexibel geworden und zwangen entwurzelte Bauern, Landarbeiter und Handwerker, der Konzentration des Kapitals zu folgen und ihre Arbeitskraft in den neuen industriellen Zentren zu Tagespreisen anzubieten. Stockungen im Investitionsfluss und Absatzkrisen hatten gravierende Auswirkungen auf die proletarisierten Familien, denen schon Marx und Engels eine «erzwungene Familienlosigkeit» testiert hatten. Deutschland registrierte eine massenweise Wanderungsbewegung von Ost nach West und vom flachen Land in

1 Überarbeitete Fassung des Beitrages, der 2013 in der Publikation *Was ist soziale Arbeit? Traditionen – Widersprüche – Wirkungen*, herausgegeben von Sabine Hering, Opladen [u.a.]: Verlag Barbara Budrich, Seite 19–30, erschienen ist. Wir danken dem Verlag Barbara Budrich für das Einverständnis, diesen Beitrag in diesem Sammelband aufzunehmen.

die Städte. Um 1900 lebte die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausserhalb ihrer Geburts- und Heimatgemeinde.

Wuppertal zum Beispiel war 1800 eine Kleinstadt mit 12'000 Einwohnern. Drei Generationen später hatte sich die Zahl der Bewohner verzehnfacht. Aber auch die Zahlen der Arbeitslosen lagen damals auf einer bedrohlichen Höhe. Weil es im 19. Jahrhundert noch keine Arbeitslosenversicherung gab (sie wurde erst 1927 eingeführt), sind wir auf die Schätzungen von Historikerinnen und Historikern angewiesen. Sie rechnen für das Jahr 1850 mit 16 Prozent. Die Zahlen sind dann in den Gründungsjahren, die mit den französischen Reparationszahlungen nach dem Krieg von 1870/71 zusammenhängen, auf 10 Prozent gesunken. Dabei muss man wissen, dass die Löhne für ungelernte Industriearbeit damals an der unteren Grenze des Existenzminimums einer proletarischen Familie lagen und das Heer der Arbeitslosen um die Kategorie der *Armen trotz Arbeit* ergänzten. Hinzu kamen die ungezählten Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und die Saisonarbeiter im Hoch- und Tiefbau, die den Winter über keine Beschäftigung fanden.²

Englische Vorläufer der Armenhilfe

England hatte schon früh, etwa zu Zeiten von William Shakespeare, Armengesetze erlassen. Sie legten die Verantwortung für das Überleben der besitzlosen Armen in die Hände ihrer Wohngemeinden. Um sich gegen *arbeits-scheue Bettler* zu sichern, richteten sie *Arbeitshäuser* ein. In sie wurden hilfesuchende Männer eingewiesen, um ihren *Arbeitswillen* durch unproduktive, entwürdigende Zwangsarbeit (Wergzupfen, Steine klopfen, Wasserräder drehen) auf die Probe zu stellen. Der deutsche Jurist Aschrott beschrieb die englische Situation um 1870 in seinem Buch über das englische Armenwesen so:

- « › Die Erlangung der Unterstützung muss gewiss sein [...] jedermann muss von der äusseren Not geschützt (sein).
- › Die öffentliche Unterstützung muss beschränkt bleiben auf das Minimum dessen, was zum Lebensunterhalt unbedingt erforderlich ist.
- › Mit der Unterstützung müssen für den Empfänger Nachteile verbunden sein, welche denjenigen veranlassen, soweit es in seinen Kräften steht, für seine Zukunft selbst Vorsorge zu treffen.» (Aschrott 1886, 189)

2 Diese und andere Detailinformationen über die Entwicklung der Sozialen Arbeit im 19. Jahrhundert verdanke ich dem ersten Band des 3-bändigen Œuvres von Sachsse und Tennstedt (1980). Ich halte dieses Werk für die umfassendste, faktenreichste und gründlichste wissenschaftliche Rekonstruktion der Geschichte unserer Zukunft.

In Deutschland hatten die Kommunen die Idee der Arbeitshäuser als abschreckende Massnahme nur teilweise übernommen. 1905 gab es in Preussen lediglich 20 Landesarmenanstalten mit 2840 Insassen und 24 *Korrektionsanstalten* mit 8048 Insassen. Angesichts der damaligen Massenarmut spielten sie keine Rolle. Sie waren wohl auch *unproduktiv* geworden, ungelernte Industriearbeit sah inzwischen anders aus.

Um die Lebensverhältnisse der städtischen Armen zu verbessern, hatte die Stadt Elberfeld 1852 das «Elberfelder System der Armenhilfe» eingeführt. Es teilte die Stadt in überschaubare Unterbezirke auf, in denen jeweils ein *ehrenamtlicher Helfer* für vier hilfesuchende Familien zuständig war. Dieses Ehrenamt war übrigens eine bürgerliche Pflicht wie das Schöffenamtsamt, die nicht verweigert werden durfte. Der Hausbesucher verschaffte sich ein Bild von der Familie, trug es auf einer Versammlung aller Hausbesucher vor und holte deren Zustimmung (oder Ablehnung) zu seinem Unterstützungsvorschlag ein. Die Hilfe bestand in der Regel aus Naturalien für einen bestimmten begrenzten Zeitraum. Nur in Sonderfällen wurde Geld gegeben. Später, als die Zahl der Hilfesuchenden sich vervielfachte, gingen Städte wie Strassburg zu einer Zentralisierung der Überprüfung von Hilfsbedürftigkeit über und legten die Entscheidung in die Hände von städtischen Beamten – als Vorläufer der Sozialarbeiter im Sozialamt und in den Arbeitsagenturen.

Neben der kommunalen Minimalhilfe gab es sowohl in England als auch in Deutschland die Wohlfahrtspflege von Kirchengemeinden und mildtätigen Vereinen. Sie streuten ihre Hilfe nach anderen, eigenen Grundsätzen und Gesichtspunkten aus und verliessen sich auf eine sogenannte *Komm-Struktur*: Wer Hilfe wollte, der musste kommen und bitten. Von vielen Betroffenen wurde eine solche Regelung als demütigende Zumutung empfunden. Viele Männer verboten ihren Frauen, etwa die für sie zuständige Kirchengemeinde um Hilfe anzugehen.

Gegen diese im Grunde willkürliche Hilfe von Kirchen und anderen privaten Wohlfahrtsvereinen regte sich sowohl in England als auch in Deutschland der Widerstand von Sozialreformern. Henrietta und Samuel Barnett, die Gründer des ersten englischen Universitäts-Settlements (nach 1873), fanden die neuen Formen der *Bettelei* für die Hilfesuchenden ebenso entehrend wie für die Helfer. Sie öffneten ihr Haus für eine Wohngemeinschaft aus Universitäts-Absolventen, die ihre Freizeit unentgeltlich zur Verfügung stellten, um die Infrastruktur der Kirchengemeinde zu verbessern, in der die Barnetts im Osten Londons, in der Nähe der Docks, tätig waren. Sie luden ihre Nachbarn

zum Abendessen oder zu einer Gartenparty ein. Sie gründeten eine Gemäldegalerie und bestückten eine Leihbibliothek mit den Beständen aus ihrer eigenen Bücherei und mit Leihgaben. Sie richteten einen Kinderspielplatz ein und organisierten eine Art von Kinderlandverschickung. Sie gründeten einen Reisedienst und besuchten im Sommer mit Hunderten von Slumbewohnern das Festland, vor allem Italien, die Schweiz und Griechenland (Barnett 1909, 14; Barnett und Barnett 1915, 96–106).

Die soziale Frage und das schlechte Gewissen der Begüterten

Auch in Deutschland, vor allem in Preussen, gab es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zunehmend heftig geführte Diskussion über die *soziale Frage*, also über die Frage, wie die zunehmende Spaltung der Bevölkerung in *Reiche* und *Arme* (welche die einen als systemimmanente Klassengegensätze verdammt, die anderen als unvermeidliche Nebenwirkungen des industriellen Fortschritts billigend in Kauf nahmen) abzuschaffen oder doch zu dämpfen sei, um durch mehr soziale Gerechtigkeit den sozialen Frieden zu erhalten oder wieder herzustellen.

Zunächst einmal ging es darum, ein allgemeines Problembewusstsein zu schaffen und dem jahrhundertealten Vorurteil entgegen zu wirken, alle die arm seien, wären selbst an ihrer Lage schuld. Dabei konnte die damals in der Entwicklung befindliche Bevölkerungswissenschaft, die Vorgängerin der empirischen Sozialforschung, hilfreich sein. Auch hier waren die britischen Inseln Vorläufer. Horst Kern hat in seinem Lehrbuch über Empirische Sozialforschung auf die Geschichte der englischen *Social Surveys* zwischen 1830 und 1850 hingewiesen, welche unter anderem Karl Marx und Friedrich Engels, den Gründungsvätern der politischen Ökonomie und des historischen Materialismus, als empirische Grundlage für ihre ausgreifende Analyse des frühen Industriekapitalismus und seiner historischen Grundlagen gedient haben mögen. Horst Kern schreibt:

«Mit einer erheblichen Zeitverzögerung gegenüber England begann in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland die ›industrielle Revolution‹ unter kapitalistischen Vorzeichen. Die strategischen Industrien – der Bergbau, die eisenschaffende Industrie, der Maschinenbau – entwickelten sich sprunghaft. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in weniger als einer Generation, vollzog sich dann die Umbildung zur kapitalistischen Industriegesellschaft. Mit dem Industriekapitalismus wurde aber

auch die ‹soziale Frage› zu dem politischen Problem der deutschen Gesellschaft. Wachsende Bevölkerungsgruppen gerieten in den Strudel des Lohnarbeiterdaseins – einer Lage, die durch grosse Existenzunsicherheit und Abhängigkeit gekennzeichnet war und die in jenen Industrien, die mehr und mehr auf die Methoden der industriellen Massenfertigung umschalteten, besonders bedrohliche Züge annahm. Andererseits begann die ausgebeutete Klasse der Lohnarbeiter sich aus ihrer Not heraus selbst zu organisieren und für bessere Lebensbedingungen zu kämpfen: Klassenkampf mit der Möglichkeit einer revolutionären Umwälzung. Die Reaktion des Bürgertums auf diese neue Lage war unterschiedlich, doch mehrten sich bald innerhalb des bürgerlichen Lagers Stimmen, die den ‹nationalen Unfrieden› durch soziale Reformen abfangen wollten.» (Kern 1982, 83–84)

Im selben Jahr wie Horst Kern habe ich in meiner Methodengeschichte der Sozialen Arbeit den Werdegang einer wichtigen Frau bei der Durchsetzung deutscher Sozialreformen beschrieben:

«Alice Salomon war einundzwanzig Jahre alt und nach eigener Bekundung ein ‹nutzloses Wesen›, als sie im Briefkasten ihrer Mutter die Einladung zur Gründungsversammlung der ‹Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit› vorfand, die im Januar 1893 in dem Bürgersaal des Berliner Rathauses einberufen worden war. In dem Gründungsaufwurf, den Berliner Honoratioren [...] und ihre Ehefrauen unterschrieben hatten, wird mahndend davon gesprochen, dass der wirtschaftliche und kulturelle Notstand in weiten Kreisen der Bevölkerung eine zunehmende Verbitterung hervorruft. An dieser Verbitterung trügen die Frauen und Mädchen gerade der ‹besitzenden Stände› vielfach eine schwere Mitschuld, weil sie den Anschauungen und Empfindungen der ‹unbemittelten Klassen› weder intellektuelles Verständnis noch persönliche Anteilnahme entgegenbrächten. Das solle nun anders werden. Die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen betonen beredt, dass es sich hier nicht etwa um einen Akt weiblicher Emanzipation handele, sondern ‹lediglich darum, junge Mädchen und Frauen zu ernster Pflichterfüllung im Dienste der Gesamtheit heranzuziehen›. Interessierte Frauen und Mädchen sollten die Möglichkeit

erhalten, ehrenamtlich in Krippen, Kindergärten, Horten und Waisenhäusern, in Volksküchen und Krankenanstalten und in der persönlichen Fürsorge von hilfsbedürftigen Familien mitzuarbeiten. Die praktische Arbeit solle durch eine theoretische Ausbildung angeleitet werden.» (Müller 1982, 135–136)

Ich habe das Beispiel der professionellen Entwicklung von Alice Salomon gewählt, um am Beispiel dieser Tochter aus gutem, besitzbürgerlichem Berliner Haus einen Anstoss und eine Reaktionsweise zu illustrieren, die mir kennzeichnend für Teile einer jungen Generation von Mädchen und Frauen zu sein scheinen: Diese haben damals sehnsüchtig darauf gewartet, sich in irgend einer Form sozialer Hilfstätigkeit und Bildungsarbeit engagieren zu können, weil sie das schlechte Gewissen plagte, zu den *Begüterten* und *Gebildeten* zu gehören, während andere Not litten.

An einem anderen Beispiel habe ich dies ebenfalls zu illustrieren versucht: Zu Silvester des Jahres 1900 erschien das Buch «Das Jahrhundert des Kindes» von Ellen Key in schwedischer Sprache, ein paar Jahre später in gekürzter Form auf Deutsch. Es löste damals heftige Reaktionen aus.

«Rainer Maria Rilke war begeistert: freie Kinder zu schaffen wird die vornehmste Aufgabe dieses Jahrhunderts sein», merkte er an. Grämlich hingegen reagierte der Berliner Philosoph und Pädagoge Friedrich Paulsen. Er fand, es enthalte ein «Gemisch aus wohlmeinender Trivialität, schwungvoller Beredsamkeit, masslosen Anklagen, kritikloser Kritik, unverdauten Lesefrüchten aus allen Modernen, dissoluter Dünkelei und Meinerei, mit Zwischenreden des gesunden Menschenverstandes». Die 22 000 verkauften deutschen Exemplare seien durch die Hände aller Backfische Berlins gegangen. Insbesondere auch wegen der Forderung Ellen Keys, alle jungen Mädchen müssten eine von der Gesellschaft organisierte Dienstzeit in der Kinderpflege und der Kindererziehung durchmachen, um ihren Aufgaben als Hausfrau und Mutter gewachsen zu sein.» (Müller 2008, 11–12)

Dora Peyser, eine Schülerin und spätere Mitarbeiterin von Alice Salomon, hat in ihren Erinnerungen festgehalten, dass auch Salomon bei ihrer ersten Begegnung mit den Müttern und Kindern einer ihr fremden sozialen Klasse so reagiert habe wie viele andere, gutherzige und wohlmeinende junge Frauen (und Männer). Auch: sie wollte so sein wie die *Armen*, sich so kleiden

wie sie, so leben wie sie. Es hätte nicht viel gefehlt und sie hätte zuhause die Bilder von den Wänden genommen und die Teppiche aufgerollt (vgl. Müller 1982, 139).

Alice Salomon ist bei dieser ersten, verständlichen Reaktion nicht stehen geblieben. Sie hat ihre Tätigkeit bei den Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit, die gewissermassen der *jugendbewegte Arm* der bürgerlichen Frauenbewegung vor dem Ersten Weltkrieg waren, zum Anlass genommen, als eine der ersten Berliner Frauen Nationalökonomie bei Gustav Schmoller und Alfred Weber zu studieren und mit einer Dissertation über die strukturbedingte ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen in der Industriearbeit zu promovieren. Dieses sogenannte «Grenznutzenprinzip» war übrigens eine Sonderform dessen, was Karl Marx im «Kapital» unter den Stichworten «Mehrwert», «industrielle Reservearmee» und «tendenzieller Fall der Profitrate» beschrieben hat. Adriane Feustel, die langjährige Leiterin des Alice-Salomon-Archivs an der Alice Salomon Hochschule in Berlin, hat in ihrer jüngst erschienenen Biographie «Das Konzept des Sozialen im Werk Alice Salomons» die weitere professionelle und wissenschaftliche Entwicklung dieser grossen Frau der Sozialen Arbeit in Deutschland rekonstruiert (Feustel 2011).

Made in Germany als Güte-Siegel einer qualifizierten Arbeiterschaft

Andere Reaktionen auf die *soziale Frage* kamen in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts von der Reichsregierung unter ihrem Kanzler Otto von Bismarck.

«Mit den Pflichtversicherungen gegen Krankheit (1883), industrielle Unfälle (1884) sowie Invalidität und Alter (1889) reagierte das Deutsche Reich unter Bismarck als erstes Land auf die veränderten sozialökonomischen und politischen Folgen von Bevölkerungswachstum, Verstädterung und Industrialisierung. Sein besonderes institutionelles Gepräge erhielt der deutsche Sozialstaat dadurch, dass er nicht auf unmittelbaren Druck der Arbeiterbewegung, sondern vielmehr als Teil einer autoritären Politik der «deutschen Modernisierung» der traditionell-konservativen Eliten des Kaiserreichs zustande kam.» (Olk 2005, 874)

Diese ersten Bismarck'schen Sozialgesetze waren allerdings nicht, wie Thomas Olk vermutet, das «Zuckerbrot» Bismarcks, das die Wunden ver-

schmerzen lassen sollte, welche die «Peitsche» des «Sozialistengesetzes» von 1878 hinterlassen hatte. Sondern sie waren vorausschauende Massnahmen, um die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Lokomotiven- und Dampfmaschinenbaus auf dem hart umkämpften internationalen Markt gegen das damals noch übermächtige Grossbritannien herzustellen.

Der Marktvorteil des *Rheinischen Industriekapitalismus* bestand nämlich in seiner beständigen und gut ausgebildeten Facharbeiterschaft, die über Generationen hinweg durch eine Reihe von aussertariflichen Vergünstigungen an ihre Stammfirmen gebunden worden war: durch Arbeiterwohnhäuser und Siedlungen, in denen Gemüsegärten und Kaninchenställe in Zeiten eingeschränkten Wirtschaftswachstums das Überleben sicherten, durch betrieblichen Unfallschutz und durch Betriebsrenten. Diese *Lohnnebenkosten* schmälerten die Profitrate der Unternehmer und führten zu Wettbewerbsnachteilen auf dem heimischen Markt. Sie mussten deshalb durch *Sozialgesetze* verallgemeinert werden, um auch weniger weitsichtige Unternehmen zu zwingen, sich an den Kosten sozialer Vorsorge zu beteiligen. Die englische Konkurrenz hingegen war durch ein rigides *Hire-and-Fire-Prinzip* gross geworden, verlor aber bei Absatzschwierigkeiten und schrumpfendem Exportwachstum ihre Stammebelegschaft und musste immer wieder mit neu zu qualifizierenden Arbeitern beginnen. Auf diese Weise wurde der Stempel *Made in Germany* den deutschen Lokomotiven und Werkzeugmaschinen aufgezwungen. Dieses eigentlich als Diffamierung gemeinte Label ist zu einem Güte-Siegel auf dem Weltmarkt geworden und ist es bis heute geblieben. Noch immer ist die Verweildauer deutscher Industriearbeiterinnen und Industriearbeiter bei ihren Stammfirmen mehr als doppelt so lang wie in anderen vergleichbaren Ländern. Dabei mag auch das duale Prinzip der Berufsausbildung in Ausbildungsfirmen und Berufsschulen eine grosse Rolle gespielt haben, weil es konkrete betriebliche Anforderungen der Ausbildungsfirma mit der Herstellung eines allgemeineren Arbeitsvermögens zu verbinden sucht.

Die sogenannten *unrentierlichen Kosten des aufgeblähten Sozialstaates*, gegen die aufgeregte Neoliberale und andere Freimarkt-Anhänger nicht müde wurden Sturm zu laufen, waren also kein Klotz am Bein der Unternehmer, sondern – im Gegenteil – ein Instrument, um mittelfristig den «Mehrwert» menschlicher Arbeitskraft zu sichern und den «tendenziellen Fall der Profitrate» zu dämpfen.

Nicht schleichende Reform, sondern offener Kampf

Während die erstarkende Gewerkschaftsbewegung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen, auf Steigerung des Arbeitslohns und auf Verkürzung der Arbeitszeit drängte (Kampf um den Achtstundentag) und dabei vor der schier unlösbaren Aufgabe stand, die Interessen der Arbeiter und Angestellten in den unterschiedlichen Betrieben, Branchen und Ländern zu vereinheitlichen (einheitlicher Flächentarifvertrag), war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als die bis in den Ersten Weltkrieg hinein einheitlich operierende politische Kraft der Arbeiterbewegung an sozialen Reformen nur im Einzelfall interessiert. Die Denker und Sprecher der SPD waren mehrheitlich an dem von Karl Kautsky formulierten Teil des «Erfurter Programms» von 1891 orientiert, das an Vorstellungen von Karl Marx und Friedrich Engels über die unüberbrückbaren inneren Widersprüche des kapitalistischen Gesellschaftssystems und seinen baldigen Zusammenbruch anknüpfte und die Möglichkeit, ja Notwendigkeit einer anderen, sozialistisch geprägten Gesellschaftsformation ins Auge fasste. Von daher schien es keinerlei Anreiz zu geben, den baldigen Zusammenbruch des Systems durch sozialpolitische und wohlfahrtspflegerische Massnahmen und Einrichtungen hinauszuzögern.

Als Marie Juchacz, die Frauensekretärin des Parteivorstandes der SPD, in der Berliner Lindenstrasse im Dezember 1919 die Gründung einer besonderen sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege vorschlug, erreichte sie daher nur eine gedämpfte Zustimmung des Parteiausschusses: Man wollte keine eigene und selbständige Wohlfahrtsorganisation, sondern einen mit sozialpolitischen Massnahmen befassten Ausschuss der Partei; man wollte keine eigenständigen Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, sondern lediglich zukunftsweisende Modellprojekte, in welchen ein neuer, solidarischer Umgang mit Hilfesuchenden und Hilfsbedürftigen beispielhaft vorgelebt werden sollte. Vor allem aber wollte man nur sehr begrenzt eine Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Wohlfahrtspflege, die fest in den Händen der beiden grossen christlichen Kirchen lag. Langfristig gesehen ist die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt jedoch verhältnismässig eng verbunden mit der bürgerlichen Wohlfahrtspflege verlaufen, weil sich auch die strategische Orientierung der Mutterpartei verändert hat: Sie führt – in Schlagworten skizziert – von Marx und Engels zu Eduard Bernstein und seinem *Revisionismus*. Deshalb konnte sich die Arbeiterwohlfahrt nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, der die Arbeiterwohlfahrt verboten und deren Mitglie-

der verfolgt hatte, als eigenständige Wohlfahrtsorganisation neu erfinden und hat sich in einigen sozialpolitischen Streitfragen links an der SPD vorbei positioniert. Aber noch immer ist sie auf der Suche nach dem Festhalten an der ursprünglichen Werte-Trias von Freiheit, Gleichheit und Solidarität und einer zeitgemässen Interpretation dieser Werte unter veränderten Umständen.

Man hat gesagt und geschrieben, das 21. Jahrhundert sei ein Jahrhundert der Postmoderne oder die Zeit eines *zweiten, reflektierenden Durchgangs durch die Moderne*. Auf alle Fälle zeichnet sich auch durch die Transnationalisierung, die manche *Globalisierung* nennen, ein neues Verständnis der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Lebensweisen und Lebensbedingungen ab, für die Betriebswirtschaftler den Ausdruck *Diversity Management* erfunden haben. Dieser Gedanke führt mich zurück zu unterschiedlichen Motiven, Betrachtungsweisen und Menschenbildern, welche in den Anfängen der Reformbewegung, auf die ich versucht habe zurückzublicken, eine Rolle gespielt haben mögen und die ich auch immer noch für prägend und folgenreich halte.

Zwei unterschiedliche Konzepte von Hilfe

1908 hat Alice Salomon die erste interkonfessionelle Soziale Frauenschule in der Schöneberger Barbarossastrasse zu Berlin eröffnet. Wenig später veröffentlichte die Jugendschriftstellerin Else Ury (1877–1943) ihre Nesthäkchen-Romane, die damals zur Standard-Lektüre gebildeter *Backfische* gehörten. Im neunten Band ihrer Reihe von «Erzählungen für junge Mädchen» entschliesst sich die Enkelin der inzwischen weisshaarig gewordenen Nesthäkchen-Grossmutter, an einer Sozialen Frauenschule Soziale Arbeit zu lernen.³

Beim Schuleintritt bereitet sie die Schulleiterin Fräulein Doktor Engelhart mit folgenden Worten auf den neuen Beruf vor:

«Der soziale Beruf sollte nur von denen ergriffen werden, die der Ruf einer inneren Stimme dazu treibt, die sich im wahren Sinne des Wortes dazu berufen fühlen. Soziale Hilfsbereitschaft verlangt volle Hingabe, dienende Liebe. Sie verlangt Menschen, die ihr eigenes Ich hintenansetzen, die in der Allgemeinheit aufgehen

3 Die Sozialhistorikerin Adriane Feustel vermutet, dass Else Ury Alice Salomon und ihre Frauenschule gekannt habe und dass die Romanfigur des Fräulein Doktor Engelhart ihr nachempfunden sei. Der Ton der Rede stimme auch in wesentlichen Einzelformulierungen, vor allem aber im idealistischen Grundton (vgl. Feustel 2011, 308).

können. Nur wer mit diesen Voraussetzungen in den sozialen Beruf einsteigt, wird eine beglückende, erfüllende Aufgabe finden.»
(Ury [1925] 1950, 5)

Etwa zur gleichen Zeit charakterisierte eine sozialistisch gesonnene Mitarbeiterin der Arbeiterwohlfahrt das Verhältnis von Sozialarbeiterinnen und ihrer *Klientel* in einer ganz anderen Tonlage:

«Gefährlicher noch als die sozusagen polizeilich-militärische Form des Autoritätsdünkels ist die schulmeisterlich-gönnnerische, ist die Haltung des gütigen Wohltäters, der vom Unterstützten Dankbarkeit heischt, eine Haltung, durch die der Wohlfahrtspfleger sich über seine bedürftigen Klassengenossen erhebt. Der sozialistische Wohlfahrtspfleger sollte daher stets mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, dass er nur öffentliche Gelder vermittelt und dass auch seine persönliche Arbeit keine dem Einzelnen geleistete Wohltat ist, sondern pflichtmässiger Dienst an der Gemeinschaft und ebenso wenig Anspruch auf Dank als auf Bevormundung des Unterstützungsbedürftigen verleiht.» (Henriques 1927, 456–457)

Im Vergleich der bürgerlichen und der sozialistischen Wohlfahrtspflege spielt der Faktor eine grosse Rolle, dass die *alte* Arbeiterwohlfahrt ihre Klientel als «Klassengenossen» betrachtete, also als *Mitkämpfer*, von denen erwartet wurde, dass sie sich wieder aktiv am Klassenkampf beteiligen würden, sobald sich ihre Lebenslage verbessert haben würde. Wie dies heute beim Übergang von der *Genossin* zur *Mitbürgerin* und vom *Genossen* zum *Mitbürger* aussehen würde und welche Gegenleistungen erwartet werden können, ist eine immer noch offene Frage.

Vier Antworten auf die Soziale Frage

Der historische Rückblick auf die letzten vier Generationen in Deutschland zeigt mir, dass es bei uns mindestens vier unterschiedliche Antworten auf die sogenannte *soziale Frage* gegeben hat, die nacheinander oder gleichzeitig, getrennt oder im Verbund gegeben worden sind: 1. Minimale Hilfe und Abschreckung, 2. Schlechtes bürgerliches Gewissen und Zuwendung, 3. Verbesserung der sozialen Infrastruktur und 4. Vergesellschaftung von Reproduktionsrisiken durch Reformgesetze. Eine fünfte, auf Zukunftshoffnungen setzende prospektive Antwort ist uns inzwischen abhandengekommen: Abschaffung der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

Es scheint so, als müssten wir nun darauf hinarbeiten, dass sich der Satz von Bertolt Brecht nicht länger bewahrheitet, wonach über das Essen nicht in der Küche entschieden werde. Vielleicht müssen wir uns und unsere Kinder sachkundig und stark machen, damit sie in der Küche über ihr Essen selbst entscheiden können.

Schluss 1: Wie aber können sie sich darauf vorbereiten?

Mein Blick ist von meinen Erfahrungen mit der Sozialen Arbeit in Deutschland bestimmt und vielleicht auch getrübt. Manchmal warne ich mich selber vor vorschnellen Verallgemeinerungen. In Deutschland haben wir in der Tat in den letzten 140 Jahren eine Fülle von Gesetzen, Einrichtungen und Massnahmen geschaffen, um die Reproduktionsrisiken bei der Abnutzung der menschlichen Arbeitskraft zu dämpfen und die Sozialisationsleistungen bei der Qualifikation der nachwachsenden Generationen zu sichern. Und wir haben den *Sozialstaat* dazu verpflichtet, diese Leistungen zu gewährleisten und gegebenenfalls aus Steuergeldern zu finanzieren. Das hat die Gewinne geschmälert und die Arbeitslöhne halbiert, aber wir haben es gemacht. Wir haben das alte Gebot der Nächstenliebe in die *Hilfe zur Selbsthilfe* umgewidmet und das *sozialpädagogische Lehren und Lernen* in einer *nonformalen* und *informellen Bildung* neben dem alten geisteswissenschaftlich geprägten *Bildungsbegriff* salonfähig gemacht.

Aber dann kam die Erfindung der Digitalisierung unserer Kommunikation und revolutionierte auch Teile unserer industriellen Produktion. Nun sollten wir uns den Herausforderungen der *Industrie 4.0* stellen, so wie wir auch 120 Jahre zurück die Herausforderungen hatten bewältigen müssen, welche die Einführung des Fließbandes bei der Autoproduktion im Dezember 1913 durch Henry Ford mit sich gebracht hatte. Aber bei Herausforderungen frage ich mich immer: Wer hat eigentlich wen herausgefordert? Und wozu? Und in wessen Interesse? Meist sind nämlich solche öffentlich geäußerten *Herausforderungen* nichts weiter als Appelle, *sich abzufinden*. Es gibt eine hilfreiche Bemerkung in der englischen Sprache, dass es eigentlich nichts umsonst gibt (*There is nothing like a free meal*). Und der Preis für diese postindustrielle Neuerung zeichnet sich ab. Ihn müssen Menschen auf gering qualifizierten Arbeitsplätzen zahlen – nicht nur in der Industrie, sondern vor allem auch in industrienahen und personenbezogenen Dienstleistungsberufen.

Und das trifft nicht nur die unteren Schichten der arbeitenden Bevölkerung, sondern auch die besser qualifizierten bürgerlichen Mittelschichten der *Bildungs-* und *Funktions-*Bürger. Die ubiquitäre Angst vor eigenem Abstieg und die Furcht, den Kindern nicht mehr die gleichen Aufstiegschancen bieten zu können, die man für sich selber einst erkämpft und erträgt hat, prägen zunehmend die öffentliche und veröffentlichte Kommunikation in unserem Land.

Um mit dieser *Herausforderung* nicht nur umgehen, sondern auch, um sie drehen zu können, müssen wir in der Sozialen Arbeit neue Einsichten, neue Entwicklungspfade und neue Handlungsmuster erfinden, praktizieren und verstetigen, um uns eine einigermaßen gesicherte berufliche und gesellschaftliche Zukunft zu schaffen.

Schluss 2: Hat der Sozialstaat mitteleuropäischer Prägung ausgedient?

Die *neuen Herausforderungen*, die wir so nimmermüde zitieren, führen uns nicht nur in die Zukunft, sondern häufig auch zurück in eine längst überwunden geglaubte, frühkapitalistische Vergangenheit. In ihr erscheint Globalisierung als Fortsetzung des europäischen Kolonialismus mit anderen Mitteln und anderen Strategien. Und Digitalisierung als eine neue und intelligente Form, den tendenziellen Fall der Profitrate, den Marx befürchtete (oder erhoffte), dadurch zu dämpfen, dass menschliche Arbeit – vor allem repetitive – wegfällt und qualifizierte Programmierer sich in der Cloud als Freischaffende verkaufen, in den Strassencafés vom Prenzlauer Berg bei Latte Macchiato sitzen und nicht daran denken, dass keiner ihnen beim Kranksein hilft und im Alter beiseite steht.

Der Sozialstaat mitteleuropäischer Prägung scheint ein Durchgangsstadium zu sein, das im Zuge der Europäisierung Europas überflüssig zu werden droht.

Literatur

- Aschrott, Paul Felix. 1886. *Das englische Armenwesen in seiner historischen Entwicklung und in seiner heutigen Gestalt*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Barnett, Henrietta. 1909. S. 239–249 in *The Beginnings of Toynbee Hall. Towards social Reform*, hrsg. von Samuel Augustus Barnett und Henrietta Octavia Barnett. New York: The Macmillan Comp.
- Barnett, Henrietta und Samuel Barnett. 1915. Settlements of University Men in Great Towns. S. 96–106 in *Practicable Socialism*, hrsg. von Samuel Augustus Barnett und Henrietta Octavia Barnett. London u. a.: Longmans Green & Co.

- Feustel, Adriane. 2011. *Das Konzept des Sozialen im Werk Alice Salomons*. Berlin: Metropol.
- Henriques, Clara. 1927. Psychologische Schwierigkeiten und Möglichkeiten sozialistischer Wohlfahrtsarbeit. S. 454–461 in *Arbeiterwohlfahrt* 2(15).
- Kern, Horst. 1982. *Empirische Sozialforschung. Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien*. München: Beck.
- Müller, Carl Wolfgang. 1982. *Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit*. Weinheim: Beltz.
- Müller, Carl Wolfgang. 2008. *Helfen und Erziehen. Soziale Arbeit im 20. Jahrhundert*. 2., erw. Aufl. Weinheim: Juventa.
- Olk, Thomas. 2005. Sozialstaat. S. 872–880 in *Wörterbuch soziale Arbeit. Aufgaben Praxisfelder Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*, hrsg. von Dieter Kreft und Ingrid Mielenz. 5. Aufl. Weinheim: Juventa.
- Sachsse, Christoph und Florian Tennstedt. 1980. *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Band 1: Vom Spätmittelalter bis zum Ersten Weltkrieg*. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Ury, Else. [1925] 1950. *Nesthäkchen im weißen Haar. Erzählung für junge Mädchen*. Düsseldorf: Hoch (Neuauf.: Ury, Else. *Nesthäkchen, eine Reihe Erzählungen, Band 9. Neu bearbeitet von Maria Schlatter. Textbilder von Rudolf Hengstenberg*).

Die Soziale Frage als Klassenfrage. Eine historische Präzisierung für die Soziale Arbeit

Sibille Hartmann

Einleitung

Eine historische Spurensuche zur Sozialen Frage, die aus der Sozialen Arbeit heraus erfolgt, lässt eine enge geschichtliche Verwobenheit von Sozialer Frage und Sozialer Arbeit erkennen. Der vorliegende Aufsatz ist aus der Perspektive einer sich als politisch verstehenden Sozialen Arbeit verfasst. Der Beitrag positioniert sich jenseits eines Selbstverständnisses Sozialer Arbeit, die sich überbetont als neutrale und intermediäre Instanz begreift. Gerade weil sich dieses Selbstverständnis gegenwärtig als eine Hauptströmung durch die Soziale Arbeit zieht, bietet es sich an, einen kritischen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu werfen und daraus Begründungen für eine alternative Soziale Arbeit abzuleiten. Hier wird davon ausgegangen, dass es entscheidend darauf ankommt, wie die Soziale Arbeit Gesellschaft analysiert und versteht, wenn sie bewusst davon abgeleitet handeln möchte. Eine Soziale Arbeit, die wie hier vorgeschlagen wird, den Standpunkt der beherrschten Klasse einnimmt, anerkennt und unterstützt den menschlichen Emanzipationsprozess. Weil die Soziale Arbeit qua gesellschaftlicher Funktion den Klassenkonflikt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschleiert, stellt sich dieser Standpunkt zwar grundsätzlich widersprüchlich dar. Doch agiert die Soziale Arbeit immer innerhalb gewisser Handlungsspielräume, deren Grenzen sie mitunter selbst beeinflusst. Es wäre kaum plausibel zu behaupten, Soziale Arbeit wäre eine Tätigkeit mit eindeutigen Handlungsweisen und Rahmenbedingungen (Dewe 2009; Seithe 2010, 245–266). Wer sich mit der Sozialen Frage historisch aber auch zeitdiagnostisch befasst, kommt nicht umhin, sich mit den schärfsten Widersprüchen des Kapitalismus auseinanderzusetzen. Im Anschluss daran stellt sich die Frage, was es angesichts bestehender Herrschaftsverhältnisse und Handlungsspielräume für die Soziale Arbeit in der Gesellschaft zu tun gilt. *Im vorliegenden Aufsatz*

wird der Frage nachgegangen, welche Perspektive sich für die Soziale Arbeit eröffnet, wenn sie die Soziale Frage als Klassenfrage behandelt.

Passend zu diesem Erkenntnisinteresse basiert der Beitrag auf marxistischen und hegemonietheoretischen Überlegungen. Karl Marx analysierte bereits 1844 in seinen Ökonomisch-philosophischen Manuskripten die Wechselwirkung von Arbeit und Privateigentum (Marx 1975, 572). Lohnarbeit sei durch den Menschen entäusserte Arbeit und gehöre in kapitalistischen Produktionsverhältnissen nicht den Arbeitenden, sondern den Besitzenden der Produktionsmittel. Der durch die Arbeitenden produzierte Reichtum (oder Mehrwert) falle nicht den Arbeitenden zu, sondern dem Privateigentum, den Fabrikherren, den Unternehmern. Auf jeder Stufenleiter seiner Entwicklung stehen sich gemäss Marx im Kapitalismus Kapitalisten (Besitzende/Herrschende) und Proletariat (Besitzlose/Beherrschte) als zwei antagonistische Klassen gegenüber. Das kapitalistische Verhältnis des Arbeiters zur Produktion enthalte die gesamte menschliche Knechtschaft. Alle weiteren Knechtschaftsverhältnisse seien Modifikationen und Konsequenzen dieses eigentlichen Verhältnisses. Daher führe die Arbeiteremanzipation zur allgemein menschlichen Emanzipation (Marx 1975, 573–574).

Durch Marx geprägte Ansätze besagen ausserdem, dass sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Trends bis zu einem bestimmten Punkt entwickeln müssen, bevor sie sich als überwindbare Illusion erkennen lassen. Der amerikanische Historiker, Soziologe und Politikwissenschaftler Barrington Moore beschäftigt sich in seinem Buch «Ungerechtigkeit» (Moore 1987) mit den «sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand». Er geht davon aus, dass die Gesellschaft Armut erst auf einem gewissen zivilisatorischen Stand als Problem erfasse und sie nicht mehr als natürlich und unumgänglich in die herrschende Ordnung integriere. Mit der industriellen Revolution habe eine Transformation stattgefunden, welche Armut und Elend in aller Klarheit sichtbar machte (ebd., 618–619). Unterdrückten Gruppen komme die kulturelle Aufgabe zu, die Rechtfertigung herrschender Gruppen und herrschender Ungerechtigkeit zu «untergraben oder hinwegzufegen» (ebd., 125). Losgelöst von gewohnten Routinen liege es gerade in revolutionären Zeiten am kollektiven Verhalten der Masse, Veränderungen in der gesellschaftlichen Ordnung durchzusetzen (ebd., 633–634). Bei Antonio Gramsci findet sich eine ähnliche Auffassung:

«[...] Jeder geschichtliche Akt kann nur vom ‹Kollektivmenschen› vollzogen werden, setzt also die Erreichung einer ‹kulturell-

gesellschaftlichen» Einheit voraus, durch die eine Vielzahl auseinanderstrebender Willen mit heterogenen Zielen für ein und dasselbe Ziel zusammengeschweisst werden, auf der Basis einer (gleichen) und gemeinsamen Weltauffassung (einer allgemeinen oder besonderen, transitorisch – auf emotionalem Wege – wirkenden oder permanenten, deren intellektuelle Basis so verwurzelt, assimiliert, gelebt ist, dass sie zur Leidenschaft werden kann).»
(Gramsci [1932–1935] 2012, 1335)

Vor diesem hegemonietheoretischen Hintergrund wird nachfolgend auf ausgewählte historische Zeitdokumente geschaut. Die handlungskonzeptionelle und ideologische Spaltung der Sozialdemokratie, die vor dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang nahm, sowie die partielle gesellschaftliche Integration der sozialistischen Arbeiterbewegung schwächten deren oppositionelle Kraft als Massenbewegung gegen die bürgerliche Hegemonie. Aufgegeben wurde das gemeinsame Ziel bzw. die Orientierung an der Aufhebung der kapitalistischen Klassenverhältnisse. Klassenversöhnung und Sozialpartnerschaft hiess die neue Strategie, welche die bürgerliche Herrschaft der Nachkriegszeit festigte, auch wenn, wie der Schweizer Historiker Jakob Tanner beschreibt, dieser Weg in den «Arbeitsfrieden» diskontinuierlich und durchaus konfliktthaft begangen wurde (Tanner 2015, 180).

Im vorliegenden Beitrag wird zunächst eine historische Kontextualisierung der Arbeiterbewegung als knappe thematische Einführung vorgenommen (Abschnitt 1). Anschliessend wird mittels Quellentexten aus sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Kreisen (ca. 1890–1910) die Soziale Frage als Arbeiterfrage rekonstruiert (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 erfolgt am Beispiel der Frauenfrage (ca. 1885–1928) eine exemplarische analytische Darstellung der Sozialen Frage als Klassenfrage in zwei Schritten: Erstens über die Betrachtung der selbstorganisierten Hilfe (von unten) am Beispiel des «Schweizerischen Arbeiterinnenverbands» (SAV) sowie zweitens in der Gegenüberstellung zweier Fachaufsätze von Vertreterinnen einer der ersten Ausbildungsstätten Sozialer Arbeit in der Schweiz, der «Sozialen Frauenschule Zürich». Während der erste Aufsatz von Mentona Moser aus dem Jahr 1905 exemplarisch auf ein Verständnis der Sozialen Frage als Klassenfrage zurückzuführen ist, zeigt sich der zweite Aufsatz von Marta von Meyenburg aus dem Jahr 1928 gesellschaftstheoretisch und politisch scheinbar unpositioniert. Auf dieser Gegenüberstellung aufbauend wird in Abschnitt 4 sowie im Ausblick abschliessend vorgeschlagen, dass die Soziale Arbeit die Soziale Frage

als Klassenfrage interpretieren kann, wenn sie nach einem Ausgangspunkt für eine kritische, emanzipatorische und solidarische Ausrichtung der Sozialen Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen sucht. Unterstützt wird dieses Vorhaben von der These, dass das Handeln sozialarbeiterischer Akteure von deren politischer Gesinnung und ihrer Vorstellung von Gesellschaft abhängig sein kann – insbesondere, wenn sie ihre Handlungsweisen bewusst damit begründen.

1 Hinweise zur geschichtlichen Kontextualisierung der Arbeiterbewegung in der Schweiz

In der Schweiz wurde die industrielle Revolution mit der Mechanisierung der Baumwollspinnerei ab 1800 bzw. der Baumwollweberei ab 1830/40 eingeläutet. Im Übergang zur industriellen Produktionsweise im 19. Jahrhundert, die gegen Ende des Jahrhunderts fast alle Industriezweige dominierte, verfügten immer weniger Menschen über eigene Produktionsmittel (Werkstätten, Werkzeuge etc.). Die Mehrheit besass einzig ihre Arbeitskraft und sah sich gezwungen, diese den Kapitalisten, also den Besitzenden der Produktionsmittel, gegen Lohn zu verkaufen (Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich 1989, 29; Boillat et al. 2006, 54). Zwischen den Unternehmern herrschte harter Konkurrenzkampf. Der Schweizer Historiker und Politologe Erich Gruner schildert in seinem Werk «Die Schweizer Arbeiter im 19. Jahrhundert» wie die Fabrikherren im Prozess der Industrialisierung drastische Methoden anwendeten, um die Arbeiter_innen von ihrer agrarisch-gewerblichen, auf die maschinelle Lebensweise umzugewöhnen. Mittels strenger Fabrikordnung wollten die Fabrikherren ihre Arbeiter_innen für die regelmässige Fabrikarbeit funktionstüchtig machen. Sie hielten die Arbeiter_innen zu Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit, Sittlichkeit, Ordnung und Gehorsam an. Für die Fabrikarbeit meldeten sich gering qualifizierte Menschen, aber auch ehemalige Handwerker und Heimarbeiter_innen, für welche die neue Arbeit oft mit sozialem Abstieg und mehr Fremdbestimmung verbunden war (Gruner 1968, 98; Boillat et al. 2006, 22–23). Neben Männern wurden auch Frauen und Kinder als Arbeitskräfte einbezogen. Sie wurden insbesondere in der Textilindustrie, dem wichtigsten Industriezweig im 19. Jahrhundert, wegen feinmotorischer Fähigkeiten geschätzt. Die vorherrschenden schlechten Arbeitsbedingungen und Arbeitslokale, fehlende Absicherung bei Krankheit, Unfall oder Auftragsmangel sowie armutsbedingte ungesunde Ernährung und Wohnverhältnisse führten massenhaft Arbeiterfamilien

in einen Zustand der Verelendung und Erschöpfung, was als Pauperismus bezeichnet wurde (Gruner 1968, S. 110–113; Boillat et al. 2006, 27). Gemäss Gruner wuchs der Hass der Arbeiter gegenüber den unterdrückenden Fabrikherren stetig an. Die Arbeiterschaft habe zunehmend den Glauben an die Herrschaft der vorgesetzten Rechtsordnung verloren und entwickelte sich zu einer solidarischen Schicksalsgemeinschaft: Sie waren «[...] gleichsam vom Gedanken getrieben, der ihnen ungerechterweise entzogenen Früchte ihrer Arbeitsleistung durch eine kollektive Gegenaktion habhaft zu werden. Also eine Art instinktive Anwendung der ihnen unbekannt, aber gleichsam «ins Herz geschriebenen» sozialistischen Theorie» (Gruner 1968, 100). Der Widerstand gegen die prekären und elenden Zustände erwachte und brachte die Arbeiterbewegung hervor. Laut dem Historiker Bernhard Degen wird unter Arbeiterbewegung die kollektive Tätigkeit der Arbeiterschaft und ihrer intellektuellen und politischen Verbündeten verstanden, die sich in der Schweiz ab ca. 1840 entwickelte. Sie sei die ausschlaggebende Kraft gewesen, welche die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen, die in bürgerlichen Kreisen unter dem Begriff «Soziale Frage» zusammengefasst wurden, auf die gesellschaftspolitische Agenda setzte. Ihre Bestrebungen galten und gelten noch heute der Organisierung und Kollektivierung der Arbeiter_innen bzw. ihrer ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Emanzipation in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die Akteure der Arbeiterbewegung behandeln mitunter die konkreten Probleme des alltäglichen Lebens. Daneben verfügte die Bewegung bereits früh über Ideen und Utopien der künftigen Gesellschaft (Degen 2014; Grimm 1931). Die sozialistische Arbeiterbewegung ist die Geschichte des solidarischen Zusammenschlusses von Menschen jenseits staatlicher Organisationsformen. Aufgrund des alltäglichen Kampfs ums Überleben standen reformistische Bestrebungen gegenüber revolutionären nicht selten im Vordergrund. Die proletarische Revolution stand gleichzeitig als Fernziel am Horizont. So schreibt der Sozialdemokrat Robert Grimm 1920 in seinem Buch «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen»:

«[...] nicht um die Erreichung einer neuen Klassenherrschaft führen die Arbeiter ihren gigantischen Kampf. Indem sie in den Mittelpunkt ihres weltrevolutionären Ringens die Umformung der Eigentumsverhältnisse stellen, indem sie den Zweck der Produktion verändern, der jetzt in der Bereicherung weniger auf Kosten der grossen Volksmassen besteht, in der sozialistischen organisierten Gesellschaft aber bestehen wird in der Sicherstellung des Daseins

eines jeden einzelnen durch die gemeinsame Arbeit und die Produktion für die Allgemeinheit, schaffen sie die Klassen ab und geben der politischen Demokratie und Freiheit den sozialen Inhalt wirtschaftlicher Gleichheit.» (Grimm [1920] 1977, 392)

Der sozialistisch gesinnte Teil der Arbeiterbewegung führte über den Kampf ums Dasein und gesellschaftliche Anerkennung hinaus einen perspektivischen Kampf für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. In der Schweiz wie auch international war sich die Bewegung weitgehend darin einig, dass die sozialistische Gesellschaft die Lösung der Sozialen Frage darstellen würde. Damit unterschied sie sich von konservativen, wirtschaftsliberalen und nationalistischen Standpunkten. Der grundlegende Unterschied zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft wurde darin bestimmt, dass sich die Produktionsmittel (alle Mittel, die zur Gütererzeugung notwendig sind) im Kapitalismus in Privatbesitz und im Sozialismus in Besitz der Gesellschaft bzw. des Volkes selbst befinden. Folglich würde im Sozialismus der durch die Arbeit erzeugte Mehrwert und Reichtum allen Menschen in dieser Gesellschaft zufallen und nicht durch wenige privat angeeignet werden (Steck 1890).

Im Laufe der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts spitzten sich interne Unstimmigkeiten betreffend Weg und letztlich auch Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung zu. Besonders die Auseinandersetzungen im Ersten Weltkrieg entfachten unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten und Konflikte. Heinz Egger, der die Geschichte der «Entstehung der Kommunistischen Partei Schweiz» niederschrieb, erklärt, dass der durch die internationale Sozialdemokratie angekündigte «Kampf gegen den Krieg» ausblieb, weil sich die reformistisch und opportunistisch gesinnten Führer der Sozialdemokraten dem sogenannten «Burgfrieden» mit allen Parteien und Klassen anschlossen. Im Krieg hätten sich die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auf einen nationalistischen und militaristischen Standpunkt zurückgezogen. Die Sozialdemokraten hätten sich auf nationalem Boden mit ihrem ehemaligen Feind, der Bourgeoisie, zusammengeschlossen, um bisherige Freunde, das internationale Proletariat, in den Schützengräben zu bekämpfen (Egger 1952, 46–50). Mit Nachdruck lehnte sich in der Schweiz während des Krieges jedoch die sozialistische Jugend (Freie Jugend) gegen «Burgfriedenspolitik» sowie Nationalismus und Militarismus auf. Dies legt Andreas Petersen in seinem Buch «Radikale Jugend. Die sozialistische

Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930» dar. Bei Kriegsausbruch sprach sich die Freie Jugend dafür aus, den Freiheitskampf durch Bildung in Angriff zu nehmen. Nicht zuletzt motiviert durch die Oktoberrevolution in Russland (1917) habe die sozialistische Jugendbewegung Aufschwung erfahren. Sie verurteilte den Ersten Weltkrieg als Folge des kapitalistischen Imperialismus (Petersen 2001, 391). Weder die sozialistische noch die spätere kommunistische Opposition in der Schweiz vermochte es schliesslich, eine revolutionäre Massenbewegung zu reorganisieren. Die Bewegung war bereits vor dem Ersten Weltkrieg heterogen und gespalten und die politische Gegnerschaft von aussen zu mächtig. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz integrierte sich in die Struktur der parlamentarischen Politik und folgte dem reformistischen Kurs, der die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen innerhalb der Grenzen kapitalistischer Verhältnisse anstrebte. Ein massgeblicher Teil der Bewegung sah sich gezwungen, einen Kompromiss mit dem Kapitalismus einzugehen und Armut und Prekarität mit anderen Formen der Unterstützung zu bekämpfen.

Ruedi Epple und Eva Schär, die sich mit der «Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200–1900» auseinandersetzen, betonen, dass die Soziale Frage im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert auf eine wirtschaftliche, politische wie auch wissenschaftliche Problemstellung verwies. Je heftiger soziale Unruhe von Seiten der erstarkten Arbeiterbewegung aufkam, je mehr sich die Streiks häuften und je standhafter die Parteien und Gewerkschaften ihre Forderungen durchzusetzen drohten, desto grösser sei die Sorge um die vorherrschende Ordnung auf Seiten des Bürgerblocks geworden (Epple und Schär 2010, 242). Ausserdem wurde selbst in wirtschaftsliberalen Kreisen erkannt, dass die gesunde Reproduktion der Menschen für den wirtschaftlichen Wachstumsprozess unabdingbar war. Erst durch die sozialistische Arbeiterbewegung, durch ihre Parteien, Genossenschaften, Vereine und Gewerkschaften aber seien Armut und Elend der Arbeiterschaft wirksam problematisiert worden:

«Sie prangerten die gesellschaftlichen Ursachen der Armut an und waren nicht länger bereit, ihr Schicksal als gottgewollt oder selbstverschuldet zu akzeptieren, sondern forderten das ›Recht auf Subsistenz‹ ein.» (Ebd., 249)

So sei es schliesslich ab Anfang des 20. Jahrhunderts unter der Kontrolle des Staates zur Institutionalisierung der Hilfen gekommen. Der «kurative

Almosengedanke» wurde durch das «prophylaktische Versicherungsprinzip» abgelöst. Es entwickelten sich neue Unterstützungseinrichtungen, bestehende wurden zentralisiert und professionalisierten sich auf wissenschaftlicher Basis (ebd., 249–250).

2 Die Soziale Frage als Arbeiterfrage (1890–1910)

In historischen Dokumenten aus der Zeit zwischen 1890–1910 findet sich keine eindeutige Definition der Sozialen Frage. Selbst bei der Sichtung von Schriften aus jener Zeit, die sich explizit aus der Perspektive der damals selbstbewussten sozialistischen Arbeiterbewegung bzw. der Sozialdemokratie mit der Sozialen Frage befassen, kommen unterschiedliche Auffassungen zum Vorschein. Dies dürfte nicht erstaunen, da die sozialistische Arbeiterbewegung ja kein homogenes Kollektiv darstellte. Um einen Eindruck von der diskursiven Auseinandersetzung der Sozialdemokratie oder eben der sozialistischen Arbeiterbewegung mit der Sozialen Frage zu erhalten, werden nachfolgend exemplarisch einige Quellentexte beigezogen. Die Zusammenstellung beschränkt sich auf Texte der politischen Linken, in denen einerseits Definitionen der Sozialen Frage wie auch gesellschaftliche Widersprüche als deren Ursache und Erklärung sowie andererseits mögliche Lösungen der Sozialen Frage diskutiert werden.

Der Sozialdemokrat Robert Seidel (1850–1933), Pädagoge, Publizist und Schweizer Parlamentarier, stellt fest:

«In keiner früheren Gesellschaft waren die Unterschiede zwischen wenigen Reichen und vielen Armen so gross wie in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft, und die soziale Frage ist ja eben die Frage, wie diese Unterschiede auszugleichen und auszugleichen seien.» (Robert Seidel 1909: 18–19)

Dieser Feststellung, mit Betonung der notwendigen Ausgleichung und Austilgung der Unterschiede zwischen der reichen Minderheit und der armen Mehrheit, hätten die Akteure der sozialistischen Arbeiterbewegung wohl im Allgemeinen zugestimmt. Albert Steck (1843–1899), einer der zu Gründungszeiten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) zentralen Akteure, unterscheidet zwischen einer (1.) politischen und (2.) wirtschaftlichen Formulierung der Sozialen Frage. Die Zitate stammen aus dem von Steck herausgegebenen «Schweizerischen Arbeiterlesebuch» aus dem Jahr 1890, das «eine Sammlung von Aufsätzen über die soziale Frage und deren Lösung

durch die Sozialdemokratie» enthält. (1.) «Ist es heute noch nothwendig, dass ein Theil der Menschen dem andern, wenigstens in einem gewissen Masse, unterworfen bleibe, oder sind Freiheit und Gleichheit aller Menschen, soweit Freiheit und Gleichheit überhaupt unter Menschen herrschen können, heute möglich?» Mit dieser Frage erfasst Steck die politische Dimension der Sozialen Frage. Er verweist zeitdiagnostisch auf die durch die industrielle Revolution entfesselte Produktivität, die mit der technischen Entwicklung in noch nie dagewesenem Masse anstieg und damit eine freie und gleiche Gesellschaft in greifbare Nähe zu rücken schien. Zur wirtschaftlichen Dimension fragt Steck anschliessend (2.): «Soll die Beschaffung der Güter zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse im Allgemeinen, wie bisher, dem freien Belieben und der willkürlichen Thätigkeit der Einzelnen und dem Privatinteresse überlassen bleiben, oder soll eine andere Grundlage der wirthschaftlichen Arbeit gesucht und eingeführt werden, eventuell welche?» (Steck 1890, 12–13). Damit ist die kapitalistische Produktionsweise hinterfragt, in der die Erzeugung der Güter für die Bedürfnisbefriedigung aller durch eine besitzende Minderheit beherrscht wird. Ausserdem verweist Steck auf die Möglichkeit einer alternativen Wirtschaftsform.

Auch metaphorische Erklärungen der Sozialen Frage wurden vorgenommen. Aus heutiger Sicht ungewohnt ist beispielsweise die Betrachtung der Sozialen Frage als eine Art gesellschaftliche Krankheit. So spricht der Zürcher Pfarrer und Sozialist Paul Pflüger in einer Rede zum 1. Mai 1896 vom «Socialen Krebsübel» (Pflüger 1896). In seiner Schrift «Das Wesen der sozialen Frage» (1897) hält er fest:

«So wird wohl fast jedermann in unserem Vaterlande aufirgend eine Art von der socialen Not betroffen; selbst diejenigen, die über alle Not und Sorgen durch Vermögen und hohes Einkommen erhaben zu sein scheinen, bekommen den Pesthauch der socialen Krankheit in dieser oder jener Weise – beispielsweise als Handelskrise, Arbeitseinstellung oder Konkurrenz – zu spüren.» (Pflüger 1897, 4)

Pflüger suggeriert damit, dass die Soziale Frage alle Menschen gleichermaßen bzw. die Gesellschaft als abstraktes Ganzes betrifft. Ein Pesthauch weht mit dem Wind umher und kann scheinbar jeden treffen. So verstanden lässt die «Soziale Frage» nicht per se erkennen, wer konkret unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen leidet bzw. welche Formen von Leiden sie bezeichnet. Die Soziale Frage weist auch nicht zwingend auf

Ungleichverhältnisse und Ungerechtigkeiten hin. Die Formel verweist in erster Linie darauf, dass letztlich alle Menschen unter dem Joch kapitalistischer Mechanismen stehen.

Neben der Unterteilung der Sozialen Frage in eine politische und wirtschaftliche Dimension, wurde sie in unterschiedliche Teilfragen differenziert. Dazu bietet wiederum Robert Seidel einen exemplarischen Überblick:

«Die soziale Frage ist nicht nur eine einzige Frage, sondern ein ganzer Kreis von Fragen. Im Mittelpunkt dieses Kreises steht die Arbeiterfrage. Die Arbeiterfrage jedoch zerfällt wieder in eine industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeiterfrage.»

(Seidel 1909, 20)

Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage schlug in der Schweiz jedoch keine grossen Wellen, weil die Kleinbauernschaft verbreitet war. In anderen Ländern, wo der Grossgrundbesitz vorherrschte, wie beispielsweise in England und Deutschland, war die Landarbeiterfrage gleichermassen bedeutend gewesen wie die gewerbliche und industrielle Arbeiterfrage (ebd., 21). Die Arbeiterfrage ins Zentrum der Sozialen Frage zu rücken ist eine Setzung, die dem Interesse der Arbeiterbewegung entspricht. Die sozialistische/sozialdemokratische Begründung, die Soziale Frage des 19. und anfänglichen 20. Jahrhunderts in erster Linie als Arbeiterfrage zu behandeln, bringt Steck als prominenter Sprecher der Schweizer Sozialdemokratie wie folgt auf den Punkt:

«Die Arbeit ist nicht frei. Es kann nicht jeder arbeiten, der arbeiten will. Was zur Arbeit nötig ist, das besitzen einzelne Bürger, und diese – seien es Aktiengesellschaften oder Einzelunternehmer – bestimmen, ob mit ihrem Besitztum gearbeitet werden darf, oder nicht; sie bestimmen, wer damit arbeiten darf, was und wie und wann damit zu arbeiten ist, kurz, sie beherrschen die Arbeit ihres Volkes.» (Steck 1894, 44)

Seidel betont dazu passend, dass alle Fragen, die unter der Sozialen Frage subsumiert sind, letztlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen der Menschen begründet liegen. Die Liste der Fragestellungen, die Seidel der Sozialen Frage zuschreibt, erstreckt sich von den zahlreichen Facetten der Arbeiterfrage, über die Wohnungsfrage bis hin zur Kolonialfrage, die sich aufgrund der Überproduktion ergab (Seidel 1909, 21).

Neben eher analytischen Schriften zur Sozialen Frage aus sozialdemokratischen Kreisen finden sich auch Texte, die gezielter einem agitatorisch-aufklärerischen Zweck dienen sollten. So zum Beispiel ein Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei mit dem Titel «Wo fehlt's». Die Quelle ist zwar undatiert, doch dürfte sie, wie die Sammlung an Aufsätzen zur «Lösung der Sozialen Frage» von Albert Steck, aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert stammen.¹ Das Flugblatt adressiert gezielt die Arbeitenden als Betroffene der Sozialen Frage. Es vermittelt, anhand welcher konkreten und alltagsbezogenen Widersprüche die Soziale Frage zum Ausdruck kommen mag (vgl. Quellentexte 3, Flugblätter der SPS, Nr. IV): Im Dienste anderer verdienen Arbeitende gerade so viel, wie es zum Überleben notwendig ist. Obwohl Raum und Baumaterial im Überfluss vorhanden sind, wohnen sie beengt. Die Läden stecken voll mit Konsumgütern, die die Arbeitenden zwar bräuchten, jedoch nicht vermögen (und die Ladenbesitzer demnach nicht absetzen können). Arbeitende hungern, wenn auch Lebensmittel genug zum Kauf dargeboten werden. Vielleicht fehlt es ihnen an Kleidung und Schuhen, obwohl sie selbst in der Textilindustrie tätig sind. Auch um die Freizeit steht es widersprüchlich. Haben einige aufgrund übermässiger Arbeit keine Zeit zur Erholung, Freude und Bildung, sind andere zwar freigestellt; von Genuss und Muse ist jedoch keine Rede. Sie wandern umher auf der Suche nach Arbeit, weil ihr Leben davon abhängt. Teilhabe an der Kultur jenseits des Kampfes um das Dasein ist den Arbeitenden im 19. Jahrhundert zumeist verwehrt. «Woher kommt das?», fragt das Flugblatt.

3 Zum Unterschied von Sozialer Frage und Klassenfrage – am Beispiel der Frauenfrage (ca. 1885–1928)

Um darzulegen, inwiefern eine Bearbeitung der Sozialen Frage als Klassenfrage eventuell zu anderen Erkenntnissen verhilft als eine Bearbeitung ohne Berücksichtigung der im Kapitalismus konstitutiv angelegten Ungleichheit ist es 1. interessant, selbstorganisierte Formen der gegenseitigen Hilfe (von unten) mit institutionalisierten Formen (von oben) zu vergleichen. 2. können seit ihrer Entstehung fundamental unterschiedliche Selbstverständnisse der Sozialen Arbeit ausgemacht werden: (a) Eine Soziale Arbeit,

¹ Zumindest findet sich ein Hinweis auf dem Flugblatt, wonach Programme und Statuten der SPS jederzeit beim Sekretär des Parteicomites Redaktor A. Steck bezogen werden können, was eine ungefähre Datierung möglich macht. Die SPS wurde 1888 gegründet und Albert Steck amtierte als Vize-Präsident und Sekretär ab 1889, als Präsident 1890–1891. Verstorben ist Albert Steck 1899.

welche ihre Konstitution und Tätigkeit vor dem Hintergrund der Sozialen Frage als Klassenfrage reflektiert und (b) eine Soziale Arbeit, die eine historische und/oder gesellschaftstheoretische Reflexion marginal betreibt oder gar auslässt und damit die Ungerechtigkeit der Gesellschaft tendenziell ausblendet. Die genannten Teilschritte können nachfolgend nur exemplarisch vorgenommen werden.

Selbstorganisation «von unten»?

Wie sowohl Historikerinnen wie Elisabeth Joris und Heidi Witzig (1986) als auch Yvonne Pesenti (1988) darlegen, begannen sich in der Schweiz die Arbeiterinnen der Unterschichten ab ca. 1885 in Arbeiterinnenvereinen zu organisieren. 1890 schlossen sich diese Arbeiterinnenvereine zu einem Dachverband «Schweizerischer Arbeiterinnenverband» (SAV) zusammen. Als treibende Akteurin der Anfänge wirkte Gertrud Guillaume-Schack, eine Aktivistin der II. Internationale. Erste Präsidentin des SAV war Verena Conzett-Knecht, die bereits ab ihrem 12. Lebensjahr in einer Fabrik arbeitete. Das sozialistische, insbesondere durch die Frauenrechtlerin und Politikerin Clara Zetkin vermittelte Frauenbild zeichnete die arbeitende und ökonomisch unabhängige Frau als eine dem Mann politisch und gesellschaftlich gleichgestellte Genossin. Kinderbetreuung und Hausarbeit sollten aus sozialistischer Sicht bezahlten (weiblichen) Arbeitskräften übergeben und die Reproduktionsarbeit kommunalisiert werden. In den von der männlichen Arbeitswelt geprägten Gewerkschaften hätten Frauen, Frauenberufe und Frauenanliegen nur in geringem Masse Anklang gefunden. Deshalb setzten sich die Arbeiterinnenvereine für gewerkschaftliche und später auch politische Interessen ein und verbanden diese mit der Vermittlung von alltäglichen, nützlichen Tätigkeiten. Im Gegensatz zu den Bestrebungen bürgerlicher Frauenorganisationen, handelte es sich um Aktionen emanzipatorisch motivierter Selbsthilfe, die nicht auf moralischen und paternalistischen Leitlinien aufbauten. So sollten selbst Koch- und Flickkurse beispielsweise nicht mehr als die Haushaltsführung erleichtern. Um die Attraktivität der Vereinigung auch für Jugendliche zu steigern, seien auch Familienabende und Gesangssektionen organisiert worden. Zur theoretischen und politischen Diskussion der sozialistisch gesinnten Arbeiterinnenvereine hätten auch solidarische Frauen aus bürgerlichen und arbeiterfremden Schichten beigetragen (vgl. Joris und Witzig 1986, 452–454; Pesenti 1988, 160). Der Schweizerische Arbeiterinnenverband und seine Akteure waren theoretisch und politisch fortschrittlich gesinnt, das lässt sich

seinem Agitations- und Propagandaorgan «Die Vorkämpferin» entnehmen (online <https://www.e-periodica.ch/digbib/volumes?UID=vor-001>).

In erster Tätigkeit wurde ein Fonds geschaffen, um Agitation und Streiks zu unterstützen und Mitgliedern finanzielle Nothilfe zu leisten (vgl. Joris und Witzig 1986, 454; Pesenti 1988, 160). Auf der Agenda des SAV standen des Weiteren folgende gewerkschaftliche Anliegen:

«Verbilligung der Lebensmittel durch Abschaffung der Lebensmittelzölle, Minimallöhne, freier Samstagnachmittag für die Frauen zur besseren Bewältigung der Haushaltspflichten, unentgeltliche Geburtshilfe, Wöchnerinnenschutz und Verhütung.» (Joris und Witzig 1986, 454)

Zudem wurden die Anstellung von weiblichen Fabrikinspektorinnen und die Förderung der Kranken-, Alters- und Invalidenunterstützung verlangt (Pesenti 1988, 161). An einer Delegiertenversammlung der Arbeiterinnenvereine im Jahr 1893 in Zürich wurden ergänzend politische Forderungen und Ziele aufgestellt:

«Rücksichtnahme der Gesetzgebung auf die Stellung der neuzeitlichen Frau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens; vielseitigere Erziehung des weiblichen Geschlechts in der Schule; Forderung des Frauenstimmrechts; Abhaltung von öffentlichen Vorträgen, Verbreitung von Flugschriften zur Förderung der Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den arbeitenden Frauen.» (Die Vorkämpferin 1910, 4)

Die Arbeiterinnen organisierten den SAV nicht als Konkurrenz gegenüber männlich dominierten Vereinigungen. Sie sahen den Zweck des SAV in deren Ergänzung und konzentrierten sich auf die Situation und Anliegen der Arbeiterinnen im Produktionsprozess. Über die Organisationsform der Arbeiterinnenvereine traten die Unterschichtsfrauen in der Schweiz erstmals selbstständig auf und richteten ihre Forderungen an die Politik und Gesellschaft. Trotz vergleichsweise geringer Mitgliederzahlen und finanzieller Schwierigkeiten übten sie grossen Einfluss auf die proletarische Frauenbewegung aus (Pesenti 1988, 166).

Die selbstorganisierte Hilfe der Arbeiterbewegung existierte in Formen von Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Vereinen. Der SAV ist ein Beispiel aus zahlreichen Organisationen, die, wie oben skizziert,

eine emanzipatorische Tätigkeit und Wirkung intendierten und die sich von Grund auf ohne sozialstaatliche Einbettung und Unterstützung entfaltet hatten und halten mussten.

Soziale Arbeit «von oben»?

Soziale Arbeit als Beruf sowie deren sozialstaatliche Institutionalisierung entstand in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg. Zeitgleich befand sich die sozialistische Arbeiterbewegung auf ihrem organisatorischen Höhepunkt. In Zürich wurden mit Beginn des 20. Jahrhunderts erste «Frauenfürsorgekurse» angeboten. Daraus entwickelten sich «Kurse zur Einführung in weibliche Hilfstätigkeit für soziale Aufgaben» und später, im Jahre 1920, die «Soziale Frauenschule Zürich». Drei bedeutende Wegbereiterinnen der Berufsausbildung in Sozialer Arbeit stammen aus (gross-)bürgerlichen Familien: Mentona Moser (1874–1971) und Maria Fierz (1878–1956) sowie Marta von Meyenburg als Nachfolgerin Mosers (1882–1972). Moser und Fierz eigneten sich Wissen und praktische Erfahrung während mehrjähriger Arbeit in einem Londoner Settlement an. Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz waren sie darum bestrebt, sich auch hierzulande für soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung sowie für die Frauenbewegung einzusetzen (Matter 2011, 54). Die Historikerin Sonja Matter stellt dar, dass die Soziale Frage Ende des 19. Jahrhunderts in bürgerlichen Kreisen mitunter als «Frauenfrage» interpretiert wurde. Zur Lösung der Sozialen Frage in der Interpretation der Frauenfrage sollten den Arbeiterfamilien über den Zugriff auf Frauen bürgerliche Familiennormen, Sittlichkeit und Hygienevorschriften vermittelt werden. Zugleich wurde die Frauenfrage auf Frauen bürgerlicher Herkunft bezogen, die keine Aussicht auf eine standesgemässe Erwerbstätigkeit hatten. Ende des 19. Jahrhunderts seien nicht mehr alle bürgerlichen Familien in der Lage gewesen, ihre unverheirateten weiblichen Angehörigen auf Lebzeiten zu versorgen. Bürgerliche Frauen hatten vorzugsweise Berufe auszuüben, die stereotypisch weiblichen Fähigkeiten zugeschrieben wurden: Lehrberuf, Krankenpflege und eben Soziale Arbeit. Über die Soziale Arbeit konnten bürgerliche Frauen sowohl bei der Armutsbekämpfung mitwirken und sich zugleich durch das neu geschaffene Erwerbsfeld ihre Existenz sichern (Matter 2011, 52–53). Damals wie heute variieren Selbstverständnis wie auch Selbstdarstellung innerhalb der Sozialen Arbeit.

Bei der Gegenüberstellung und Betrachtung zweier Fachtexte der Sozialen Arbeit, der erste verfasst von Mentona Moser (1905), der zweite von

Marta von Meyenburg (1928), lässt sich ein zentraler Unterschied herauslesen: Mentona Moser stellt die Soziale Arbeit und deren Handlungsweisen konsequent in einen gesellschaftlichen Kontext. Ging der bei Moser noch vorhandene gesellschaftskritische Blick im Laufe der Geschichte der «Sozialen Frauenschule Zürich» verloren? Im Berufsführer, welcher von Marta von Meyenburg 1928 verfasst wurde, wird die Soziale Arbeit jedenfalls als Beruf vorgestellt, der sich scheinbar wenig mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen hat.

Mentona Moser schreibt im Fachaufsatz «Beiträge zur Wohltätigkeit und sozialen Hilfeleistung in ihrer praktischen Anwendung» bereits in der Einleitung:

«Die Armut ist eine Volksfrage, ein soziales Problem der Nationen, der ganzen Menschheit! Ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse der Allgemeinheit und des Einzelnen, ist jede Wohltätigkeit direkt und indirekt schädlich.» (Moser 1905, 4)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte Moser die Analyse der gesellschaftlichen und nicht lediglich die individuellen Verhältnisse als Ausgangspunkt der Sozialen Arbeit. Moser ging vom Standpunkt aus, dass «Armut nicht eine Notwendigkeit ist, sondern sich im Gegenteil aus der Welt ausrotten lässt und dass jeder einzelne die Fähigkeiten besitzt, diese Riesenarbeit nach Massgabe seiner Kräfte zu fördern, und auf die eine oder andere Weise ihre Lösung näher zu bringen» (Moser 1905, 19–20). Soziale Hilfeleistungen sollten den Armen das Leben «verschönern» und «bereichern» und «[...] gleichzeitig die Annäherung der Klassen, die einen so unschätzbaren Wert für die soziale Frage hat» vermitteln. Hier wird ein Duktus der Klassenversöhnung erkennbar. Moser sprach den «besitzenden Klassen» eine grosse Verantwortung gegenüber ihren Angestellten, aber auch spezifisch geistig und körperlich Hilfsbedürftigen sowie der allgemeinen Menschheit zu (ebd., 20–21). «Nicht die Armen sollten wir anklagen, sondern uns selbst, unsere persönlichen Unzulänglichkeiten, unsere Vorfahren, die Verhältnisse der Vergangenheit und der Gegenwart» (ebd., 30). Moser nahm also den Status quo mit einem historischen Bewusstsein analytisch in den Blick, leitete davon ausgehend die Bestimmung Sozialer Arbeit ab und entwickelte daraus ein spezifisches Verständnis im Umgang mit armutsbetroffenen Menschen:

«Lesen wir nach in der Literatur über die Entwicklungen der Arbeiterfragen, der Fabrikgesetze, der Kinderschutzgesetze u.s.w. und

wir werden ein Bild bekommen von den Zuständen, die herrschen, und wir werden begreifen, warum wir unsere Rechte auf Vertrauen und Offenheit von Seiten der Armen verscherzt haben!» (Ebd., 37)

Mit dem Appell «wir müssen im Kleinen wirken, aber im Grossen denken» (ebd., 20), bringt Moser ihre Haltung im Sinne eines Arbeitsprinzips zum Ausdruck. Ein Abschnitt ihrer Abhandlung widmet Moser der Frage «Wie bekämpft man die Armut?» Bei deren Beantwortung wird wiederum ersichtlich, dass sie von einer Wechselwirkung von individuellen und gesellschaftlichen Faktoren – vom Kleinen und Grossen – ausgeht. Sie schreibt:

«Bis hierher haben wir uns hauptsächlich mit den Menschen befasst, es gibt aber auch ein Wirkungsfeld den Verhältnissen gegenüber, denn zur Bekämpfung der Armut gehört es auch, die Existenzbedingungen mit den Existenzmöglichkeiten in Einklang zu bringen, das heisst Bestehendes zu verbessern, Mangelndes zu ergänzen und Übelstände abzuschaffen u.s.w., um alle Verhältnisse unseren Idealen näher zu bringen. In Bezug auf unsere Persönlichkeit, unseren praktischen Sinn und unsere technischen Kenntnisse stellt diese Art Tätigkeit vielleicht die grössten Anforderungen an uns, auch ist es wenig auserwählten Menschen, besonders wenig Frauen, gelungen, epochemachende soziale Reformen durchzuführen! Selbstverständlich stehen Menschen und soziale Verhältnisse in engem Zusammenhang; die Menschen bedingen die Verhältnisse und diese üben wiederum ihren Einfluss auf jene aus; der Hilfeleistende muss also dessen stets eingedenk sein, um die kleinen und die grossen Wirkungen einem einheitlichen Ziele zuführen zu können.» (Ebd., 23–24)

Moser vertrat die Ansicht, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse von Menschen hervorgebracht und damit auch veränderbar sind. Der Sozialen Arbeit spricht sie hinsichtlich möglicher Wirkungsfelder in der Gesellschaft eine aktive Rolle und wichtige Aufgaben zu.

Zu ihrer Arbeit im Settlement hält Moser in ihrer Autobiographie «Ich habe gelebt» eine für die Soziale Arbeit damals wie heute fachlich kaum selbstverständliche Erkenntnis fest:

«Meine Tätigkeit hatte mich in schreckliche Verhältnisse geführt, aber nie wurde im Settlement die Möglichkeit diskutiert, diese von

Grund auf zu bekämpfen. Auf Fragen erhielt ich nur die Antwort: Reiche und Arme wird es immer geben, ein Ausspruch, den ich auch heute von seiten Bürgerlicher oft zu hören bekomme. Gab es tatsächlich keine Möglichkeit, die menschlichen Moraste aus der Welt zu schaffen! Ich wollte und konnte das nicht glauben, der Gedanke war mir unerträglich. Nie endende Flickarbeit, darin bestand unsere ganze Tätigkeit.» (Moser 1986, 84)

Das Beispiel Mentona Moser ist interessant, weil sie sich zuerst in der beruflichen Sozialen Arbeit und in der Politik der SPS betätigte. Sie arbeitete unter anderem bei der Pro Juventute, setzte sich für Spielplätze in Arbeitersiedlungen sowie die Gründung eines Blindenvereins und einer Fürsorgestelle für Tuberkulose ein. Später wandte sie sich der kommunistischen Bewegung und deren Organisationsformen zu (Parteiarbeit KPS und KPD, Vertrieb Arbeiter-Kult, Internationale Arbeiterhilfe und Rote Hilfe) (ebd.). Ihre Sympathie mit den Sozialisten und deren Erkenntnisse macht sie bereits in ihrem Fachaufsatz (1905) transparent:

«Die Sozialisten waren die ersten, die uns die Augen öffneten und von den Rechten der Armen und den Pflichten der Reichen sprachen, bis dies endlich das Losungswort aller modernen humanitären Bestrebungen wurde, anerkannt auch von denen, die dem Sozialismus prinzipiell feindlich gesinnt sind. Und wäre diese, unter den oberen Ständen so weit verbreitete Abneigung gegen den Sozialismus nicht vielleicht zum Teil gerade dem Bewusstsein unserer Schuld zuzuschreiben, der Beschämung, dass er unsere Fehler aufdecken musste, dass ihm Verdienste gebühren, die wir unmöglich übersehen können und dürfen! Der Sozialismus verfluchte die Klassenunterschiede und predigte Menschenliebe und kämpfte für Menschenrechte ohne Unterschied.» (Moser 1905, 38)

Zumindest in Wort und Schrift lässt sich nachvollziehen, dass die Erkenntnisse Mosers, die sie aus der politischen Analyse der Gesellschaft gewann, sich unmittelbar auf ihr Verständnis der Sozialen Arbeit niederschlugen. Die eigene Entwicklung Mosers kündigte sich in ihren Schriften aus dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zur Sozialen Hilfstätigkeit nur ansatzweise an. Ihre Abhandlungen enthalten auch die aus damaliger Zeit üblichen sozialdisziplinarischen Hinweise über den Umgang mit armutsbetroffenen Menschen und beschreiben bürgerlich-philanthropische Motivation und

reformistische Politik. Erst retrospektiv, in ihrer Autobiographie, beurteilt sie Soziale Arbeit scharf als «nie endende Flickarbeit» (Moser 1986, 84).

Im «Schweizer Berufsführer» von 1928 beschreibt Marta von Meyenburg als Leiterin der Sozialen Frauenschule Zürich «Die sozialen Frauenberufe». Von Meyenburg lässt die Kontextualisierung von Armut und deren Ursachen in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen aus. Der Berufsführer beschränkt sich auf die Darlegung verschiedener Tätigkeitsfelder sozialer Frauenberufe in den Bereichen der «geschlossenen und offenen Fürsorge». Ausserdem werden die wesentlichen Inhalte der Ausbildung sowie die beruflichen Anforderungen an Sozialarbeiterinnen ausgeführt. Spuren kritischer gesellschaftstheoretischer Analysen oder politisch emanzipatorischer Ansprüche an die Soziale Arbeit sind in der dreissigseitigen Broschüre kaum zu finden (von Meyenburg 1928). Der Abschnitt über die beruflichen Anforderungen hält zwar fest: «Der Sinn für gleiches Recht aller Menschen auf ein Mindestmass von ideellen und materiellen Lebensgütern muss der Grundstein sein, auf dem wir soziale Arbeit aufbauen» (von Meyenburg, 1928, 18). Nicht von einer Um- oder Gleichverteilung ideeller und materieller Lebensgüter wird ausgegangen; zumindest aber ein Mindestmass davon stehen den Menschen rechtlich zu.

Ein weiterer kritischer Hinweis kann aus der Beschreibung der Arbeit in Kinderkrippen gelesen werden. Diese Arbeit beinhalte, «[...] die schönste Seite der Mutterarbeit zu übernehmen, während die Mutter in der Fabrik, oder beim Waschen und Putzen für Fremde gezwungen ist, die materielle Existenzmöglichkeit für sich und ihr Kind zu schaffen» (ebd., 10). An einer anderen Stelle, die sich mit den Anforderungen des Berufes befasst, verweist von Meyenburg auf «die heutigen Verhältnisse», jedoch ohne diese näher zu bestimmen:

«Es braucht starke Nerven und einen tiefen Willen und Glauben, um die Nachtseiten des Lebens immer aufs neue kennen zu lernen, aufs neue immer wieder zu sehen, wie schweres unter den heutigen Verhältnissen ist, den in Not Geratenen Hilfe zu bringen und sie wieder zur Selbsthilfe, zu diesem einzigen wirklichen Hilfsweg zu führen.» (Ebd., 27)

Des Weiteren sollte gemäss von Meyenburg die Schule für Soziale Arbeit den Sozialarbeiterinnen: «[...] die Zusammenhänge klarlegen zwischen den verschiedenen Fürsorgebedürftigen einerseits und den Ansprüchen der Allge-

meinheit andererseits» (ebd., 22). Damit wird Soziale Arbeit als intermediäre Instanz zwischen Individuum und Gesellschaft erklärt. Bezeichnend für die damals aufkommende Politik der Klassenversöhnung und des Arbeitsfriedens, von der die Broschüre implizit durchtränkt ist, erklärt der Berufsführer im Abschnitt zur Fabrikfürsorge, dass der Sozialen Arbeit die zugleich schöne und schwere Aufgabe zufalle:

«[...] zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein Band zu knüpfen, durch Verständnis, Beratung, Hilfe, zu suchen, die heute oft so tiefe Kluft zwischen beiden Parteien zu überbrücken.» (Ebd., 16)

Zu bedenken ist, dass keine Aussage darüber gemacht werden kann, inwiefern Marta von Meyenburg im Format des Berufsführers vielleicht politische und gesellschaftskritische Inhalte bewusst zurückhalten wollte oder gar musste. Gleichwohl geben sich Moser wie auch von Meyenburg in ihren Texten als Repräsentantinnen derselben Ausbildungsinstitution zu erkennen, hinterlassen aber einen deutlich unterschiedlichen fachlichen Eindruck. Widerspiegelt diese Differenz mitunter den politischen Wandel vom Klassenkampf zur Sozialpartnerschaft?

4 Soziale Arbeit – eine «nie endende Flickarbeit»?

Wie Formen der Selbstorganisation der Arbeiterbewegung kann auch die Soziale Arbeit, deren sozialstaatliche Institutionalisierung in der Schweiz nach der Wende zum 20. Jahrhundert einsetzte, als gegenseitige Hilfe unter Menschen betrachtet werden. Beide Formen stellen Lösungsversuche zur Sozialen Frage bzw. Klassenfrage dar. Dennoch dürfte angesichts der umrissenen Beispiele von sozialistisch gesinnter Selbstorganisation (SAV) und bürgerlich geprägter Sozialer Arbeit erkennbar werden, dass (gegenseitige) Hilfe immer von Vorstellungen von Gesellschaft und Emanzipation abhängig ist. Akteure handeln nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Orientierung verschieden. Diese zeigt sich beispielsweise darin, ob die Soziale Frage als Klassenfrage gestellt wird oder ob sie als Frage gestellt wird, von der scheinbar alle Menschen irgendwie – in ihrem jeweiligen Verhältnis zur Gesellschaft – betroffen sind. In letzterer Hinsicht legt die Soziale Frage eine intermediäre, politisch neutrale Soziale Arbeit nahe. Die Klassenfrage jedoch erfordert vielmehr eine kritische, emanzipatorische, politisch solidarische Soziale Arbeit.

Moser kritisierte die Soziale Arbeit vor über 100 Jahren als «nie endende Flickarbeit». Im institutionellen Gefüge kapitalistischer Verhältnisse ist dies

in gewisser Weise das Los der Sozialen Arbeit. Dennoch könnten Sozialarbeitende einen bestimmten Klassenstandpunkt einnehmen und sich wo immer möglich, an Prinzipien der menschlichen Emanzipation und Gerechtigkeit orientieren. Heutige vorherrschende neoliberale und rechtskonservative Ideologien tragen nicht zum Ausgleich zwischen den Klassen bei, sie stärken die Besitzenden und Herrschenden. Soziale Arbeit befasst sich seit Anbeginn mit der Bearbeitung sozialer Fragestellungen und versucht die Kluft zwischen den Klassen zu verringern bzw. dazu beizutragen, dass Widerstand und Opposition gegen die bestehende Ordnung nicht bedrohlich erstarken. Dies kann mitunter erreicht werden, indem Armut und Ausgrenzung von Menschen nicht als gesellschaftliche Probleme anerkannt, sondern verschleiert und als individuelles Unvermögen bearbeitet werden. Über das neoliberale bzw. neosoziale Aktivierungsparadigma des heutigen, aktivierenden Sozialstaats gelingt die Individualisierung gesellschaftlicher Missstände seit der letzten Jahrhundertwende über die Formel «Fördern und Fordern» im Modus einer repressiv auferlegten Eigenverantwortung (vgl. hierzu Lessenich 2009; Schallberger und Wyr 2010). Im Zuge neoliberaler Entwicklungen fand auch eine Umdeutung des sozialarbeiterischen Prinzips «Hilfe zur Selbsthilfe» statt. Das emanzipatorische Potenzial dieses klassischen Arbeitsprinzips geriet in den Hintergrund. Heute wird den Menschen Selbsthilfe als sozialstaatliche Forderung auferlegt, nicht selten zugunsten sparpolitischer Zwecke. Die Individuen sollen sich möglichst selbst regieren oder, nur wenn dies nicht gelingt, vorübergehend Unterstützung durch die Soziale Arbeit erfahren (Kessl 2005). Die Widersprüchlichkeit der Selbstorganisation/-hilfe tritt zutage: Sie kann, je nach politischer Zielsetzung, Anstoss für emanzipatorische Prozesse sein. Wenn jedoch Menschen sozialstaatliche Leistungen trotz Bedarf verwehrt bleiben, wenn Infrastruktur und Ressourcen fehlen, wird der Zwang zur Selbsthilfe eine zusätzliche Belastung. Seit jeher ist dies in Situationen der Armut zu sehen, aktuell auch im Umgang mit geflüchteten Menschen und Migrant_innen. Selbsthilfe und gegenseitige Hilfe unterliegen politischer Steuerung und diesbezüglich dominierender Ideologien, wodurch ihr emanzipatorisches Potenzial entfaltet oder aber eben gebremst werden kann.

Ausblick für die Soziale Arbeit

Die Begrifflichkeit *Soziale Frage* verschleiert Herrschaftsverhältnisse und gesellschaftliche Widersprüche, wenn sie nicht als *Klassenfrage* gestellt wird. Wird die Soziale Frage historisch begründet als *Klassenfrage* behandelt,

legt sie zwar die Widersprüchlichkeit Sozialer Arbeit in kapitalistischen Verhältnissen offen, ermöglicht aber auch die Entwicklung einer solidarischen Perspektive. Eine solidarische Soziale Arbeit besinnt sich kontinuierlich auf das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Sie nimmt somit Macht- und Herrschaftsverhältnisse als Ausgangslage in den Blick, sowohl bei der wissenschaftlichen Analyse als auch im sozialarbeiterischen Handeln.

In gewisser Weise trägt die Soziale Arbeit den Konflikt der Spaltung der alten Sozialdemokratie, die ihr revolutionäres und sozialistisches Ziel aufgab, als Widerspruch konstitutiv in sich. Die Soziale Arbeit verkörpert den Kompromiss zwischen Herrschenden und Beherrschten in der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft. Hätte sich der Sozialismus als Antwort auf die Soziale Frage durchgesetzt, wäre die Entstehung der Sozialen Arbeit anders verlaufen oder vielleicht sogar ausgeblieben? Dieser Gedanke ist unter anderem deshalb spannend, weil auch nach Mentona Moser eine Haltung unter Sozialarbeitenden zeitweise mehr und minder verbreitet blieb, die ein Ziel Sozialer Arbeit darin bestimmt sah, sich selbst überflüssig zu machen (Birgmeier und Mührel 2016; Kunstreich 2014, 15). Festzuhalten bleibt: Obwohl konservative sowie wirtschaftsliberale Kräfte die sozialdemokratische Integration und Hinwendung zum Reformismus historisch zentral prägten, kann die Entstehung des Sozialstaats wie auch der Sozialen Arbeit als Errungenschaft der Arbeiterbewegung markiert werden. Sie entspringt der Anerkennung der Sozialen Frage als Arbeiter- und Klassenfrage.

Auch wenn die Soziale Arbeit «nie endende Flickarbeit» bleiben mag, muss dies nicht Resignation auslösen. Über vielgestaltige Formen der Organisation und Kollektivierung von Interessen, über Solidarität und Bündnisse mit Adressat_innen, politischen Widerstandsgruppen und sozialen Bewegungen lassen sich alternative und aussichtsreiche Pfade beschreiten. Dazu gehört auch die Selbstorganisation in den eigenen fachlichen Reihen (hierzu u. a. Hartmann 2017). Hierbei gilt daran zu erinnern, dass emanzipatorische Ansätze Sozialer Arbeit historisch wie gegenwärtig nachzuweisen sind (hierzu Epple und Schär 2015). Diese können erstarken, wenn sie sich als *Alternative* innerhalb der Sozialen Arbeit bündeln, beispielsweise über traditionelle Formen wie AKS und KRISO (kritischesozialarbeit.de und kriso.ch) oder gewerkschaftliche Basisgruppen. Ansonsten verbleibt die Opposition isoliert in kleinen Gruppen, innerhalb der engen Grenzen, wie sie die institutionalisierte Soziale Arbeit setzt (frei nach Herbert Marcuse). Die Analyse und Koppelung von Gesellschaft und sozialarbeiterischem Handeln

bleibt unabdingbarer Bestandteil der Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage als Klassenfrage, bezogen auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Die Entscheidung, die Soziale Frage als Analyse- sowie historischer Quellenbegriff für die Soziale Arbeit en vogue zu machen, führt nicht zwingend zur Überwindung ihrer scheinbar unpolitischen, neutralen und gesellschaftlich intermediären Selbstgestaltung. Auch die Setzung der Klassenfrage als Ausgangspunkt der Sozialen Arbeit bringt nicht unmittelbar eine kritische Praxis hervor. Politischer Wille und Einmischung, die Bereitschaft zur umfassenden Analysetätigkeit und Auseinandersetzung, eine entsprechende Ausrichtung der Ausbildung sowie der Kampf um sozialstaatliche Ressourcen müssten in sämtlichen Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit angetreten werden.

Literatur und Quellen

- Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hrsg.). 1989. *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart* (4. überarb. Aufl.). Zürich: Limmat Verlag Genossenschaft.
- Birgmeier, Bernd und Eric Mührel (Hrsg.). 2016. *Die «68er» und die Soziale Arbeit. Eine (wieder-)Begegnung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Boillat, Valérie, Bernhard Degen, Elisabeth Joris, Stefan Keller, Albert Tanner und Rolf Zimmermann. 2006. *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Degen, Bernhard. 2014. Arbeiterbewegung, <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D16479.php> (24.08.2017).
- Der Schweizerische Arbeiterinnenverband. 1910. Geschichtlicher Rückblick. S. 4 in *Die Vorkämpferin*. 5(6).
- Dewe, Bernd. 2009. Reflexive Sozialarbeit im Spannungsfeld von evidenzbasierter Praxis und demokratischer Rationalität – Plädoyer für die handlungslogische Entfaltung reflexiver Professionalität. S. 89–109 in *Professionalität in der Sozialen Arbeit. Standpunkte, Kontroversen, Perspektiven* (2. Aufl.), hrsg. von Roland Becker-Lenz, Stefan Busse, Gudrun Ehlert und Silke Müller. Wiesbaden: VS Verlag.
- Egger, Heinz. 1952. *Die Entstehung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes der Schweiz*. Zürich: Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich.
- Epple, Ruedi und Eva Schär. 2010. *Stifter Städte Staaten. Zur Geschichte der Armut, Selbsthilfe und Unterstützung in der Schweiz 1200–1900*. Zürich: Seismo Verlag.
- Epple, Ruedi und Eva Schär. 2015. *Spuren einer anderen Sozialen Arbeit. Kritische und politische Sozialarbeit in der Schweiz 1900–2000*. Zürich: Seismo Verlag.
- Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. (undatiert). *IV. Wo fehlt's?* Bern: Buchdruckerei Stampfli, Lack, Scheim & Cie.
- Gramsci, Antonio. [1932–1935] 2012. *Gefängnishefte. Philosophie der Praxis. 10. und 11. Heft*. Hamburg: Argument Verlag.

- Grimm, Robert. [1920] 1977. *Die Schweizer Geschichte in Klassenkämpfen* (2. Aufl.). Zürich: Limmat Verlag Genossenschaft.
- Grimm, Robert. 1931. *Geschichte der sozialistischen Ideen in der Schweiz*. Zürich: Verlag Dr. Oprecht & Helbling A.-G.
- Gruner, Erich. 1968. *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat*. Bern: Francke Verlag.
- Hartmann, Sibille. 2017. Solidarität als politische Option für die Soziale Arbeit. *Widerspruch* 36(69): 105–114.
- Joris, Elisabeth und Heidi Witzig (Hrsg.). 1986. *Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz*. Zürich: Limmat Verlag Genossenschaft.
- Kessl, Fabian. 2005. *Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernamentalität Sozialer Arbeit*. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Kunstreich, Timm. 2014. «Ohne Mandat – aber politisch produktiv.» Perspektiven einer kritischen Sozialen Arbeit. S. 51–64 in *Das Politische im Sozialen. Historische Linien und aktuelle Herausforderungen Sozialer Arbeit*, hrsg. von Birgit Bütow, Karl-August Chassé und Werner Lindner. Leverkusen: Verlag Barbara Buderich.
- Lessenich, Stephan. 2009. *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Matter, Sonja. 2011. *Der Armut auf den Leib rücken. Die Professionalisierung der Sozialen Arbeit in der Schweiz (1900–1960)*. Zürich: Chronos Verlag.
- Marx, Karl. [1844] 1975. Zur Kritik der Nationalökonomie – Ökonomisch-Philosophische Manuskripte. S. 506–665 in *Karl Marx frühe Schriften. Erster Band*, hrsg. von Hans-Joachim Lieber und Peter Furth. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Moore, Barrington. 1987. *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.
- Moser, Mentona. 1905. *Beiträge zur Wohltätigkeit und sozialen Hilfeleistung in ihrer praktischen Anwendung*. Zürich: Verlag von Schulthess & Co.
- Moser, Mentona. 1986. *Ich habe gelebt*. Zürich: Limmat Verlag Genossenschaft.
- Pesenti, Yvonne. 1988. *Beruf: Arbeiterin. Soziale Lage und gewerkschaftliche Organisation der erwerbstätigen Frauen aus der Unterschicht in der Schweiz, 1890–1914*. Zürich: Chronos Verlag.
- Petersen, Andreas. 2001. *Radikale Jugend. Die sozialistische Jugendbewegung der Schweiz 1900–1930*. Zürich: Chronos Verlag.
- Pflüger, Paul. 1896. *Das sociale Krebsübel. Rede zur Maifeier 1869 in Chur*. Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins.
- Pflüger, Paul. 1897. *Das Wesen der sozialen Frage*. Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins.
- Seidel, Robert. 1909. *Soziale Frage. Schule und Lehrerschaft. Ihr Zusammenhang und ihr Verhältnis*. Zürich: Verlag Orell Füssli.
- Seithe, Mechthild. 2010. *Schwarzbuch Soziale Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schallberger, Peter und Bettina Wyer. 2010. *Praxis der Aktivierung. Eine Untersuchung von Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

- Steck, Albert. 1890. *Schweizerisches Arbeiterlesebuch. Eine Sammlung von Aufsätzen über die soziale Frage und deren Lösung durch die Sozialdemokratie*. Bern: Selbstverlag des Verfassers.
- Steck, Albert. 1894. *Beiträge zur Erkenntnis der sozialen Frage und ihrer möglichen Lösung*. Zürich: Verlag der Buchhandlung des Schweizerischen Grütlivereins.
- Tanner, Jakob. 2015. *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*. München: Verlag C.H. Beck.
- von Meyenburg, Marta. 1928. *Die sozialen Frauenberufe* (Schweizer Berufsführer, hrsg. vom Jugendamt des Kantons Zürich). Zürich: Rascher & Cie. A.-G., Verlag.

Quellentexte

Flugblätter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, IV (undatiert). *Wo fehlt's?* Bern: Buchdruckerei Stampfli, Lack, Scheim & Cie.

Seiten 1–4.

Katalogisiert

335

223 2 II / 4

Schweizerisches
Sozialarchiv



335.22

4

IV.

Wo fehlt's?

Arbeiter jeder Art, der Du im Dienste Anderer stehst oder als Kleinmeister, Kleinhändler, Kleinbauer Dich plagst, ohne mehr als das Nothdürftigste zum Lebensunterhalt zu gewinnen, was hast Du zu klagen? Was fehlt Dir?

Hast Du eine zu kleine Wohnung, oder ist sie nicht freundlich, nicht gesund genug?

Sieh' doch: es ist noch Raum überall, Dir ein Häuschen zu bauen. Es gibt Steine, Holz, Eisen, alles, was zu einem Hausbau gehört, und auch geschickte Arbeiter, die gerne bauen helfen, übergenuß im Lande. Wo fehlt's denn, daß Du keine bessere Wohnung hast?

Fehlt es Dir an Hausgeräthe, an Betten, Tischen, Schränken, Stühlen, Küchengeräthen, Weißzeug?

Sieh' doch, alle Magazine, die solche Dinge feil halten, stecken voll davon und ihre Besitzer würden gar gerne damit aufräumen.

Fehlt es Dir an guten, kräftigen Nahrungsmitteln?

Auch daran ist heute, wo man frisches Fleisch von Australien, Weizen aus Indien, Gemüse und Obst aus aller Herren Ländern in großen Massen täglich herbeiführt, kein Mangel.

Fehlt es Dir und den Deinen an Kleidern?

In allen Städten ist Ueberfluß an Tuch und fertigen Kleidungsstücken. Schneidern und Schustern fehlt es an Arbeit, weil schon zu viel Kleider und Schuhe unverkauft daliegen.

Fehlt es Dir aber vielleicht besonders nur an freier Zeit, wo Du Dich des Lebens freuen, etwas Gutes lesen, in Gesellschaft sein oder auch nur Dich recht ausruhen könntest?

Siehe: auf den Landstraßen wandern Tausende, die gerne arbeiten möchten und die Dir manche Arbeitsstunde abnehmen könnten, und Hunderttausende haben etwas Arbeit, aber zu wenig, nur hie und da, wenn das Glück ihnen gerade etwas Arbeit zuführt.

Oder fehlt es Dir, Arbeiter, an Freude und Vergnügungen, die das Leben erheitern?

Sieh' doch: wie viel Schönes bietet nicht die Natur, wie viel Interessantes gibt es nicht heute in den Städten zu sehen und zu hören? Und mit der Eisenbahn kannst Du ja schnell weit kommen, viel Neues schauen, viel Unterhaltendes auffuchen an allen möglichen Orten.

Arbeiter! wenn Dir dennoch das alles fehlt und nicht möglich ist, **woher kommt denn das?**

Was nur Dein Herz begehren mag: es ist da, im Ueberflusse da. Warum kannst Du es nicht genießen? Du, der Du doch mehr arbeitest als die Genießenden, und der Du Dich mit den Deinen oft bis zum Aeußersten anstrengen mußt, nur um des dürftigsten Lebensunterhaltes willen?

Woher die **Armut** des Volkes beim Ueberflusse an Lebensgütern aller Art, den die Menschheit heute besitzt und der mit leichter Mühe fast ins Unendliche vermehrt werden kann.

Nun ja, die Antwort ist leicht, Du gibst sie Dir wohl selber: die Lebensgüter gehören eben nur den **Einen**, den Andern nicht; darum sind die **Einen** reich, oft übermäßig reich, während die **Andern** arm sind. —

Ja, aber woher kommt **das**? Wie kommt es, daß den **Einen** alles zufällt, was erzeugt und herbeigebracht wird, während die **Andern** für ihre Arbeit nur einen „Lohn“ erhalten, eben groß genug, daß sie davon leben können, wie Du weißt, daß Deinesgleichen lebt?

Das wollen wir Dir sagen.

Siehe: alles, was die Arbeit schafft oder aus den fernsten Ländern herbeibringt, das gehört denen, welche **Herren** über die Arbeit sind, welche „arbeiten lassen“, kurz, **den Herren**. Und warum? Weil sie die **Eigenthümer** von alledem sind, was zur Arbeit nöthig ist.

Wer eine Fabrik besitzt und das nöthige Betriebskapital, der kann arbeiten lassen, arbeiten Tag für Tag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend — alles, was da von Anderen geschaffen wird, ist sein unbestrittenes **Eigenthum**. Wer ein Landgut besitzt, der kann durch die mannigfaltigste Arbeit alles Mögliche daraus hervorbringen lassen, es gehört alles ihm, wenn er wirklich **Eigenthümer** des Landgutes ist und nicht etwa seine Hypothekargläubiger faktisch zum größten Theile **Herren** desselben sind und deshalb das Erarbeitete in Form der Zinse ebenfalls zum größten Theile einziehen.

Aus nichts wird nichts. Alle Lebensgüter müssen aus etwas **Vorhandenem** und mittelst **Vorhandenem** geschaffen werden durch die **Arbeit**; wer aber dies besitzt, aus dem und mit dem man Güter schaffen kann, der ist sowohl **Herr** über die **Arbeit**, d. h. er be-

stimmt, ob und was und wie gearbeitet werden darf, als auch Herr des Erarbeiteten, der geschaffenen Güter, von Rechts wegen. — Man nennt, mit einem Fremdworte, die Güterbeschaffung **Produktion** (vom Lateinischen *producere*: erzeugen, hervorbringen) und alles das, woraus und womit die Güter beschaffen werden: **Produktionsmittel**.

Du wirst nun, werther Leser, begreifen, warum ein ganzer Reichtum, ja Ueberfluß an Lebensgütern vorhanden sein kann, während doch die meisten Menschen Mangel an solchen leiden, d. h. warum dieser Ueberfluß und aller, der noch geschaffen werden könnte, nur den Einen zufällt, den Andern aber, die doch dabei das Meiste arbeiten, nichts als ein kärglicher Arbeitslohn. Es ist eben deswegen, weil diesen Einen die Produktionsmittel, alle Produktionsmittel, die es gibt, gehören. Du wirst auch begreifen, warum es von Einzelnen, von verhältnißmäßig Wenigen abhängt, ob Du und Deine Gleichen arbeiten dürfen oder nicht, und auch was und wieviel Ihr arbeiten, d. h. Lebensgüter erzeugen und herbeischaffen dürft; mit andern Worten: warum Einzelne, Wenige, die Herren über alle Arbeit sind, die gethan wird oder gethan werden könnte. Es ist wiederum deswegen, weil diese Einzelnen Eigenthümer der Produktionsmittel (Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel) sind. Und nun wirst Du auch erst recht einsehen, wie es kommt, daß Armuth neben dem größten Ueberflusse bestehen bleibt und daß der Ueberfluß nicht den Entbehrenden zufließt, sondern den Besitzenden. Es gehört und bleibt eben alles, man mag schaffen so viel man will, immer den Besitzern der Produktionsmittel. Die Andern müssen vorlieb nehmen mit dem, was ihnen diese für ihre Arbeit geben, und das ist gerade so viel, wie Du es wohl kennst.

In dem **Privatbesitze Einzelner an den Produktionsmitteln**, auf welche alle Menschen zur Gewinnung der für ihren Lebensunterhalt nöthigen und förderlichen Güter **von der Natur nothwendig angewiesen sind**, da liegt der Fehler, warum das Volk, verhältnißmäßig wenigstens (oft auch in Wirklichkeit), darbt, während doch heute jeder Bürger und jede Familie nach den jetzt vorhandenen Mitteln zur Güterbeschaffung im vollsten Wohlstande leben könnte; da liegt der Grund aller nicht selber verschuldeten Armuth und Dürftigkeit und alles Mangels im Volke überhaupt.

Es gibt darum nur ein Mittel der Abhilfe, der wirklichen Lösung der sozialen Frage, und das ist die **Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz des gesammten Volkes**.

Erst wenn das Volk Herr über die ihm in seinem Lande gegebenen

Produktionsmittel sein wird, erst dann wird es auch Herr sein über die Arbeit, die Produktion, und das heißt: **sein eigener Herr**; erst dann ~~mit~~ mit anderen Worten, **die Arbeit frei sein**. Gerade wie die politische Freiheit eines Volkes in seiner Herrschaft, in der Volksherrschaft besteht, so besteht auch seine ökonomische Freiheit in seiner ökonomischen Selbstherrschaft, resp. Selbstständigkeit.

Aber auch dann erst werden die aus und mit den Produktionsmitteln eines Landes erzeugten Lebensgüter dem ganzen Volke gleichmäßig zukommen können, eben weil das Volk selber Besitzer der Produktionsmittel ist, ihm mithin alles gehört, was an Gütern aus und mit denselben geschaffen wird. Der Besitz der Produktionsmittel entscheidet über die Herrschaft und das Lebensglück, soweit dieses von materiellen Gütern abhängt. Wer darum die Freiheit des Volkes und die allgemeine Volkswohlfahrt herbeiführen, der Knechtschaft und dem Volkselend aber ein Ende machen will, der muß dem Volke, dem demokratischen Staate zum Besitze der Produktionsmittel verhelfen.

Das aber ist das politische Streben unserer Partei, sowie der Sozialdemokratie aller Länder.



Programme und Statuten der sozialdemokratischen Partei der Schweiz können jederzeit bezogen werden vom Sekretär des Parteicomités, Redaktor A. Steck in Bern.

Druckerei Stampfli, Lach, Schein & Cie. in Bern.

Zur Vermittlung sozialer und politischer Fragen im Kontext von Frauenemanzipationsbestrebungen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert

Susanne Maurer

Eine feministische Forschungsperspektive, die die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse in all ihren Facetten zu reflektieren sucht, können die in der Fachliteratur Sozialer Arbeit nach wie vor anzutreffenden Lesarten, die die um 1900 vorangetriebene Entwicklung einer «modernen Sozialen Arbeit» lediglich als Karriereprojekt un(ter)beschäftigter bürgerlicher Frauen*¹ betrachten, nicht zufrieden stellen.² Ohne die problematischen Aspekte, die das Projekt «Soziale Arbeit» insgesamt kennzeichnen³, übergehen oder gar verharmlosen zu wollen, erscheint es doch bedeutsam, die gesellschaftskritische und *politische* Dimension dieses Projektes herauszustellen.

Mit diesem Beitrag möchte ich deshalb bewusst einen Zusammenhang hervorheben, der – so etwa bei Hannah Arendt⁴ – immer wieder problematisiert worden ist: Ich gehe davon aus, dass soziale und politische Fragen miteinander in spezifischer Weise vermittelt sind, und dass dies gerade auch anhand der Anfänge «moderner Sozialer Arbeit»⁵ deutlich gemacht werden kann. Einer

-
- 1 Die Sternchen (*) sind hier gesetzt, um – aus einer heutigen Perspektive – zu markieren, dass das Selbstverständnis, die (Selbst-)Bezeichnung und Adressierung als «Frau» oder «Mann» im Rahmen einer bipolaren bzw. dualistischen symbolischen Geschlechterordnung erfolgt.
 - 2 So könnte etwa die klassische Studie von Sachße 1986 kurzgeschlossen und (miss)verstanden werden.
 - 3 Dazu gehören die inzwischen zur Genüge herausgearbeiteten Aspekte der Sozialdisziplinierung, Normierung und Normalisierung, jede Form von Paternalismus und Maternalismus, Prozesse der Stigmatisierung, des Othering und der Beschämung.
 - 4 Hannah Arendt betrachtet das Soziale geradezu als Gefährdung des Politischen und plädiert für eine strikte Unterscheidung (siehe dazu u. a. Jaeggi 2008, 16 ff.). Das entspricht ihrer – von dem Bezug auf Aristoteles herrührenden – Vorstellung einer Polis als eines spezifischen öffentlichen Raumes, aus dem die – anscheinend a-politische – Sorge-Arbeit systematisch ausgeschlossen erscheint. Vgl. kritisch dazu u. a. Maurer 2011a.
 - 5 Der Einsatz des Begriffs erfolgt hier aus heutiger Perspektive, wobei auch historisch in manchen Texten schon von «sozialer» bzw. «Sozialer Arbeit» die Rede war – wiederum

Sozialen Arbeit, wie sie wesentlich von frauenbewegten Akteur*innen mitentwickelt und -gestaltet sowie auch systematisiert worden ist.⁶

«Moderne Soziale Arbeit», im Zuge der Industriellen Revolution und mit der Herausbildung der Bürgerlichen Gesellschaft entstanden, repräsentiert nicht einfach den Versuch einer «lindernden» (oder «beschwichtigenden») Antwort auf die sozialen Konflikte und Kämpfe der Zeit, sondern vor allem auch den Versuch, die (individuelle wie kollektive) menschliche Erfahrung von Elend, Not und Bedürftigkeit gesamtgesellschaftlich zum Thema zu machen (siehe u. a. Schröder 1999).⁷

Das Interesse dieses Beitrags gilt den Thematisierungen *sozialer Fragen* durch die Frauenbewegungen *um 1900*: Konnte hier angesichts gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und -erfahrungen womöglich eine soziale Phantasie entfaltet werden, die in der Geschichtsschreibung Sozialer Arbeit nach wie vor nicht angemessen tradiert wird?

Historisch rekonstruiert werden kann jedenfalls (vgl. Maurer und Schröder 2011; Maurer 2016), dass in der frühen (bürgerlichen) Frauenbewegung Fragen der (eigenen) Existenzsicherung, des Zugangs zu politischer Teilhabe, zu Bildung und die Notwendigkeit von Sorge-Arbeit systematisch aufeinander bezogen worden sind. Zeitgenössische Problemstellungen wurden also in einem Zusammenhang thematisiert, der quer zu den heute vorherrschenden Bearbeitungsweisen liegt, der aber durchaus nicht untypisch für die historische Zeit ist, in der «die Soziale Frage» als solche virulent wurde (vgl. dazu im Überblick z. B. Pankoke 2001; siehe auch Feustel 2013). Indem etliche der frauenbewegten Protagonist*innen *Soziale Frage* und *Frauenfrage* miteinander verknüpften (siehe dazu u. a. auch Eggemann und Hering 1999), wurde allerdings – so das Argument dieses Beitrags – eine neue Dimension eröffnet.

ein Hinweis auf Perspektiven, die über eine begrenztere Vorstellung von «Fürsorge» oder «Wohltätigkeit» weit hinaus gingen.

6 So hat es beispielsweise einen durchaus systematischen Stellenwert, dass in den ersten Ausbildungskursen für Soziale Arbeit Historiker*, Nationalökonom*innen* und Soziolog*innen* zu den Lehrenden gehörten. Das Bewusstsein für die historisch-gesellschaftliche und ökonomische Bedingtheit (und damit in gewisser Weise auch für die *Kollektivität*) sozialer Notlagen ist gerade das *Moderne* der Sozialen Arbeit. Entsprechend werden in ihrem Kontext stets auch (sozial)politische Fragen virulent.

7 Einige der im Folgenden vorgetragenen Überlegungen wurden in Kooperation mit Wolfgang Schröder (weiter)entwickelt (vgl. Maurer und Schröder 2002; 2011); Erkenntnis erweist sich auch hier als «soziales Produkt»!

Erste Hinweise zur Vermittlung sozialer und politischer Fragen

Der Übergang von feudalistischen zu kapitalistischen Gesellschaften während des 18. und 19. Jahrhunderts war in ganz Westeuropa (und auch in anderen Teilen der Welt) mit – wenn auch unterschiedlich ausgeprägten und ungleichzeitig stattfindenden – radikalen politischen, sozialen und kulturellen Transformationen verbunden (vgl. Sachße und Tennstedt 1988). Dieser langfristige gesellschaftsgeschichtliche Prozess ist historisch und ideologisch mit der Herausbildung respektive der Vorstellung des «aufgeklärten Subjekts» bzw. des «Arbeitssubjekts» verbunden, die jeweils «selbstverständlich» «männlich» gedacht waren (vgl. u. a. Maurer 2007; 2016). Diese *Selbstverständlichkeit* war historisch keineswegs unumstritten und gab im Gegenzug den Impuls für *Frauenemanzipationsbestrebungen*.

Bereits die politischen und sozialkritischen Schriften einer Fanny Lewald (1989) oder Louise Otto-Peters vor 1848 (Zeit des Vormärz) bieten Einblicke in eine intensive Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Umbrüchen und «sozialen Fragen der Zeit» – die «Frauenfrage» ist hier ausdrücklich integriert und bildet häufig den zentralen Bezugspunkt der gesellschaftskritischen Reflexionen. Unterschiedliche Text-Genres und Medien werden dafür genutzt: Louise Otto-Peters' zunächst von der Zensur beschlagnahmter und in der Folge in einer entschärften Fassung erschienener Roman «Schloss und Fabrik» von 1846 (die unzensurierte Originalversion erschien erst 150 Jahre später) erweist sich als vielschichtige Behandlung der *Sozialen Frage* unter dem Eindruck der beginnenden Industrialisierung Deutschlands. Frühsozialistische Utopien werden hier ebenso ausführlich reflektiert wie die humanistisch-aufgeklärten Ideale von Menschenliebe und Mildtätigkeit (vgl. Otto-Peters 1996).

Fanny Lewald, eine der einflussreichsten deutschen Schriftsteller*innen des 19. Jahrhunderts und vielgelesene Autor*in des Vormärz, tritt – wie Otto-Peters – als überzeugte Demokrat*in und Anhänger*in der Revolution von 1848 für soziale und politische Gleichheit ein. Ihre Schriften kennzeichnen den Lebensalltag armer Handarbeiter*innen ebenso wie die Ignoranz privilegierter Frauen* ihrer Zeit. Bildungs- und «soziale Fragen» werden in einem engen Zusammenhang gedacht, wenn Lewald etwa Einblicke in frühe emanzipatorische Einrichtungen wie die Hamburger Frauenhochschule oder das erste Berliner Asyl für obdachlose Frauen* gibt. Gertrud Bäumer wird Lewalds Beiträge später mit folgenden Worten kommentieren:

«Das Beste, was in der ganzen ersten Generation der Frauenbewegung zur Sache gesagt ist. [...] Dabei vollkommen unpathetisch und ohne Sentimentalität und Übertreibung.» (Bäumer 1910/11, 490)

In Frankreich veröffentlicht Flora Tristan 1843 mit ihrer Schrift «Arbeiterunion» (vgl. Tristan 1988) das erste politische Manifest, in dem der Kampf der Arbeiter* und der der Frauen* eine Einheit bilden. Die darin entwickelten sozialen Visionen können als bedeutsamer Beleg für ein Zusammen- und Querdenken aller gesellschaftlichen Bereiche gelesen werden. Tristans konkrete Vorschläge einer politischen Organisation von Arbeiter*innen lassen sich nicht zuletzt auf die im französischen Frühfeminismus formulierten Ideen zurückbeziehen, die im folgenden Motto verdichtet zum Ausdruck gebracht werden: «Freiheit für die Frauen, Freiheit für das Volk, durch eine neue Organisation von Hausarbeit und Industrie» (Grubitzsch und Lagpacan 1980, 63).

Auf dem Weg zu einer modernen Sozialen Arbeit

Um 1900 entwickeln frauenbewegte soziale Arbeiter*innen und Pädagog*innen in vielen Ländern und transnational vernetzt (Schüler 2004; An et al. 2016) weitreichende Konzepte einer sozialen Praxis und Wissenschaft (Hering und Waaldijk 2002). Sie begründen nicht nur zahlreiche Organisationen, die dazu beitragen lokale soziale Kulturen und Hilfestrukturen zu schaffen (Schröder 2001), sie erforschen und analysieren die vorgefundenen und erfahrenen Probleme auch im Kontext der entstehenden Sozialwissenschaften und der Nationalökonomie (Hering 1997; Kuhlmann 2000; Bührmann 2004). Insbesondere die Bezugnahme auf das «Frauenwohl» erweist sich dabei laut Schröder (2001) offenbar als kreative, elastische Formel, die auch den gesellschaftspolitischen Zusammenhang von «Bildung» und «Care» thematisierbar macht.

Im Kontext frauenbewegter Visionen des Sozialen werden «Bildung» und «Sorge» gleichermaßen als Notwendigkeit formuliert und erweisen sich als bewusster und explizit politischer Umgang mit den zeitgenössischen sozialen Herausforderungen. Es lohnt sich von daher, die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Verknüpfungen zwischen Bildung und Care-Work zu richten (vgl. dazu ausführlicher Maurer und Schröder 2011), wie sie sich vor allem im Kontext der bürgerlichen Frauenbewegung finden – in der übergreifenden Politik, den Konzepten und Strategien der Bewegung, in den konkreten

frauen*bewegten Initiativen und Praktiken, aber auch in den Selbstzeugnissen der beteiligten Frauen* (siehe auch Bührmann 2004).⁸

In ihrer Studie zu «Frauenbewegung und Sozialreform 1890–1914» kann Iris Schröder zeigen, dass mit der Sozialen Arbeit bürgerlicher Frauen* um 1900 nicht zuletzt versucht wurde, «Bildung» und «Arbeit» als übergeordnete Wertvorstellungen im «Glauben an eine bessere Welt» zu etablieren (Schröder 2001). Dabei wurde der Arbeitsbegriff zugleich geöffnet und für alle gesellschaftlich bedeutsamen Tätigkeiten gleichermaßen verwendet – für Hauswirtschaft, Pflege, Erziehungstätigkeit im Rahmen der Familie ebenso wie für Lohn- und Berufsarbeit. Damit stellten die frauenbewegten Akteur*innen nicht nur die – historisch noch relativ jungen – Trennungen und Hierarchien in Bezug auf gesellschaftliche Sphären und Arbeitswelten kritisch infrage, sie nahmen auch eine ausdrückliche Anerkennung und Wertschätzung von Sorge-Tätigkeiten vor bzw. klagten diese ein.

Ähnliches lässt sich für den Begriff der *Bildung* beschreiben: Mit dem Konzept der «Sozialen Frauenbildung» (Salomon 1908) wird eine Doppelperspektive zum Ausdruck gebracht, die Bildung gleichzeitig auf das Individuum sowie auf Gesellschaft, Politik und Staat bezieht – damit klassischen Bildungskonzepten im Hinblick auf eine «mündige Staatsbürgerschaft» (u. a. Menhard 2016) durchaus verwandt, und doch auch – das zeigt eindrücklich die Studie von Adriane Feustel zum «Konzept des Sozialen im Werk Alice Salomons» (Feustel 2013) – darüber hinausgehend. Indem diese Bildungsidee zu Beginn des 20. Jahrhunderts *im Kontext Sozialer Arbeit* und *für Frauen** reformuliert wird, bringt sie eine zeitgenössische Hoffnung auf «Verallgemeinerbarkeit des bürgerlichen Projektes» (Schröder 2001, 334) zum Ausdruck. Auch dessen Ambivalenz – mit Bezug auf eine Vision universell gedachter politischer Teilhabe und die Vorstellung von Bürgerlichkeit als spezifischem Modell der

8 An dieser Stelle ist ein Aspekt hervorzuheben, der das Verhältnis von Bildung und Sozialer Arbeit im Kontext der Frauenbewegung um 1900 in besonderer Weise beleuchtet. Es ist «Der Kampf um «weibliche Individualität»» (Bührmann 2004), wie er etwa in Gertrud Bäumers Text «Die Frau in der Kulturbewegung der Gegenwart» (1904) zum Thema wird. Für die frauenbewegten Akteurinnen ist die Teilhabe an Bildung zentrales Motiv im doppelten Wortsinn: Sie selbst streben nach Bildung als kostbares Gut, verknüpfen damit politische, auch gesellschaftliche Teilhabe im weiteren Sinne (Maurer 2003). Bildung wird für sie zum Symbol, zum Medium eines sinnvollen Lebens in Gesellschaft und der Selbstsorge für sich als Individuum. Im Hinblick auf die Soziale Frage erscheint Bildung als «Prävention», als existentiell notwendige Bedingung für die Chance einer *besseren* Sorge (Pappenheim und Rabinowitsch 1904). In beiden Hinsichten ist Bildung «Hoffnungshorizont» – markiert ein «Jenseits der Not», ein «Jenseits der herkömmlichen Abhängigkeiten in Geschlechterbezügen».

Lebensführung – wird in den sozialen Ideen und Praktiken der bürgerlichen Frauenbewegung durchaus erkennbar (siehe dazu auch Maurer 1997; 2003; 2016).

Für den hier diskutierten Zusammenhang erscheint jedenfalls grundlegend, dass Frauen* im Kontext ihrer Emanzipationsbestrebungen entscheidende Neu-Konzeptionierungen vornehmen. Die – für die Entwicklung moderner Sozialer Arbeit vor allem maßgebliche – bürgerliche Frauenbewegung formuliert Visionen von einer veränderten gesellschaftlichen Ordnung, was die Lebensmöglichkeiten der Menschen und die gesellschaftlichen Anerkennungsverhältnisse anbelangt, entwickelt dabei konkrete *soziale Ideen* und arbeitet – auf dem Wege Sozialer Arbeit, aber auch mit ihrem Kampf um Bildung – auf deren Verwirklichung hin.

Das Politische und das Soziale im Kontext Sozialer Bewegungen

Historisch lässt sich ein Zusammenhang zwischen der Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte durch Soziale Bewegungen und der Entwicklung und Entfaltung «moderner Sozialer Arbeit» rekonstruieren (u. a. Ritter 1998; Pankoke 2001; Wagner 2009; Franke-Meyer und Kuhlmann 2018). Denn auch Soziale Arbeit entwickelt sich in Auseinandersetzung mit konflikthaften Phänomenen und Prozessen, und das verbindet sie sozusagen systematisch mit dem Phänomen Sozialer Bewegungen (vgl. Maurer 2011b).

Soziale Bewegungen fordern die herrschenden Verhältnisse ihrer Zeit kritisch heraus; sie artikulieren ein «Unvernehmen» (als eigentliche Bedeutung des «Politischen» im Sinne Rancières (2002)) und wirken dabei häufig auch als innovative Kraft. So werden sie etwa zu Trägern von Selbsthilfe(organisationen) und *erfinden* bzw. kreieren neue Sozialitäten und Vorgehensweisen. Ausgehend von individuellen wie kollektiven Ungleichheits- und Konflikterfahrungen (als *Erfahrungen in der Gesellschaft*), konnten Soziale Bewegungen historisch immer wieder *Thematisierungsmacht* entfalten und haben insofern auch zu einem Bewusstsein gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für *soziale Fragen* maßgeblich beigetragen.

Am Beispiel der Arbeiterbewegung und Frauenbewegung um 1900⁹ kann dies sehr gut veranschaulicht werden: Beide Bewegungen bezogen sich auf Verhältnisse sozialer Ungleichheit und klagten Gerechtigkeit ein, sie skan-

9 Die Komplexität und Vielschichtigkeit der beiden hier angeführten Sozialen Bewegungen kann dabei sicherlich nicht angemessen dargestellt werden. Sie sind in sich widersprüchlich und mehrdeutig wie die gesellschaftliche Situation selbst, ihr je eigenes Spektrum beinhaltet viele verschiedene, auch kontroverse Positionen und Perspektiven.

dalisierten Armut und Ausgrenzung, entwickelten jeweils eine tiefgehende Kritik des Status Quo und entfalteten Visionen einer besseren Gesellschaft. Beide setzten sich mit Fragen gesellschaftlicher Teilhabe und Regierungsweisen auseinander. Ein großer Unterschied bestand allerdings darin, *wie* das geschah: So waren Arbeiterbewegung (und sozialistische Frauenbewegung) daran interessiert die gesellschaftliche Ordnung im Hinblick auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital grundlegend zu verändern, während die bürgerliche Frauenbewegung in ihrer Mehrheit soziale Reformen im Rahmen der *Kultur-Nation* verfolgte und dabei eher die Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten (und -notwendigkeiten) der Person betonte. Auch damit konnte sich durchaus eine – mehr oder weniger weitreichende – Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen als Ordnungen der (Geschlechter-) Ungleichheit verbinden.

Wie bereits erwähnt, wurde im Kontext der bürgerlichen Frauenbewegung um 1900 eine «neue Verbindung von Wohlfahrt und Politik» in transformativer Absicht formuliert und in gewisser Weise auch realisiert (Schröder 2001, 330). Diese Verbindung zeigt sich z. B. in der Forderung nach *sozialen Rechten* für alle, insbesondere auch für Frauen*. Von der Thematisierung *sozialer Fragen* und der Realisierung Sozialer Arbeit ausgehend verbanden sich mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher (Ordnungs-)Probleme sehr weitgehende Rechts-Vorstellungen, die sich einmal in der Auseinandersetzung um das damals (1900) entstehende Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) zeigten, dann aber auch in allen weiteren Rechts-Kämpfen der Frauenbewegung (Recht auf Bildung, Wahlrecht, Recht auf Arbeit, Recht auf eigenständige Existenzsicherung, Schutzrechte usw.).

Während der spezifische Fokus der Arbeiterbewegung es ermöglichte, Machtverhältnisse wahrzunehmen, die mit einer bestimmten Ökonomie verbunden sind, und Klassengegensätze sowie die auseinandergelassenen politischen und ökonomischen Interessen der verschiedenen sozialen Gruppierungen kritisch zu reflektieren, ermöglichte es der spezifische Fokus der Frauenbewegung auch die subjektive, psychosoziale Seite von Abhängigkeitsverhältnissen zu erkennen (vgl. hierzu auch die interessante Studie von Rühle-Gerstel 1932), und damit Machtbeziehungen, die nicht nur auf die Ökonomie, sondern auch auf Moralität und Identität bezogen sind.¹⁰

10 Die Arbeiterbewegung wiederum konnte die Dimension individuell-subjektiver Erfahrung nicht wirklich in ihre Vorstellungen und Praxen integrieren. Am nächsten kamen dem wohl noch die Genossenschaftsbewegungen; deren Ideen von gegenseitiger Hilfe bzw. kollektiver Reproduktionsarbeit hatten in der alltäglichen Lebensführung der Arbeiter-

In diesem Zusammenhang ist zu vergegenwärtigen, dass die hier markierte Differenz zwischen den beiden Bewegungen nicht zuletzt durch sehr unterschiedliche soziale bzw. *gesellschaftliche Erfahrungen* bedingt ist, die mit zu unterscheidenden strukturellen Positionen im gesellschaftlichen Gefüge zu tun hat; einem Gefüge, das eben nicht nur durch Klassegegensätze, sondern auch durch eine spezifische *Ordnung der Geschlechter* strukturiert ist. Während die Idee der Klasse (und von daher auch die Klassen-Position) die Vorstellung einer *kollektiven Zugehörigkeit* ermöglicht (und in gewisser Weise auch erzwingt), erscheint die Gender-Position mehr an die individuell-subjektive Erfahrung gebunden. Denn obwohl in vielerlei Hinsicht *kollektiv*, wird die Gender-Position – zumindest in der spezifischen Version des deutschen Bürgertums um 1900 und des sich entwickelnden deutschen Sozialstaates – doch immer wieder von neuem privatisiert, individualisiert and naturalisiert, auch im Kontext der Frauenbewegung selbst (Bührmann 1998; 2004).¹¹

An dieser Stelle interessiert schließlich, inwiefern und auf welche Weise die besagten Sozialen Bewegungen, in Auseinandersetzung mit Industrialisierung und Entfaltung einer Bürgerlichen Gesellschaft, spezifische Wahrnehmungen und Perspektiven und nicht zuletzt auch eine praktische Politik bzw. politische Praxen entwickelten, die eine versuchte Antwort auf die gesellschaftlichen Umbrüche und sozialen Konflikte – auf *die sozialen Fragen* – der Zeit darstellten.

Beiden Bewegungen ist es – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – historisch durchaus gelungen *soziale Ungleichheit* auf die gesellschaftliche Tagesordnung zu setzen und damit auch die Frage nach sozialer Gerechtigkeit zu stellen. *Geschlecht* wurde dabei – ebenso wie *Klasse* – als gesellschaftliches Konfliktfeld erkennbar und thematisierbar.

schaft durchaus eine Bedeutung, politisch blieben sie dennoch randständig. Vgl. hierzu etwa Grebing 2005; Abendroth 1965; Ritter 1998; Kerbs und Reulecke 1998.

11 Bührmann spricht in diesem Zusammenhang von «begrenzter Individualisierung» (Bührmann 2004, 219f.), die auch mit dem Konzept «geistiger» oder «pädagogischer Mütterlichkeit» verbunden gewesen sei. Mit Hilfe dieses Konzeptes gelang es den frauenbewegten Akteurinnen sowohl eine dezidierte und ausgearbeitete Kritik an gesellschaftlichen Zuständen zu artikulieren als auch die gesellschaftliche Situation selbst zu transformieren. Das Denken und die Politik der «geistigen Mütterlichkeit» können – historisch wie systematisch – sicherlich auch als «Emanzipationsfalle» (Maurer 1998; 2003) gedeutet werden; dennoch lohnt es sich, neben den normativen und (selbst) begrenzenden Elementen auch die kritisch-utopischen Aspekte zu rekonstruieren, die damit zum Ausdruck und zur Geltung gebracht wurden (Maurer 1997; 2016).

Zuspitzung

Mit dieser knappen Darstellung sollte ein *anderer Blick* auf die Entwicklung Sozialer Arbeit durch frauenbewegte Akteur*innen ermöglicht werden, der *Soziale Arbeit* nicht zuletzt in den Zusammenhang einer *staatsbürgerlichen Praxis*¹² stellt (siehe dazu auch Maurer 2007). Dass dabei auch spezifische Konzeptionen des Sozialen entwickelt und artikuliert worden sind, macht Adriane Feustel am prominenten Beispiel von Alice Salomon deutlich (vgl. Feustel 2013).¹³ Selbst wenn die damit verbundene Vorstellung von *Gesellschaft* nicht als antikapitalistisch-kritisch in einem marxistischen Sinne bezeichnet werden kann, so machten doch auch die nicht-sozialistisch orientierten bürgerlichen Frauen* mit ihren Forschungen, Dokumentationen, Reflexionen und Praxisversuchen auf Strukturprobleme des Kapitalismus aufmerksam (so etwa auf die Bedeutung der Reproduktionsarbeit; auf sexuelle Abhängigkeiten am Arbeitsplatz etc.). Nicht zuletzt hoben sie die gesellschaftspolitische Bedeutung der alltäglichen Lebensführung aus der Perspektive von Frauen* hervor. Ausgehend von deren Erfahrungen und Realitäten, auch denjenigen von Armut und anderen Notlagen, waren die frauenbewegten Akteur*innen in der Lage, komplexe und weitreichende Konzepte einer sozialen Praxis zu entwickeln.

Individuelle Erfahrungen wurden dabei durchaus in ihren *kollektiven* gesellschaftlichen Bezügen wahrgenommen und reflektiert (vgl. z. B. Marie Baums frühe Studien als Fabrikinspektorin (1906) oder Alice Salomons «Soziale Diagnose» von 1926). Die wissenschaftlichen Studien dienten im Übrigen nicht zuletzt dazu, konkrete Lebensverhältnisse in der Arbeiterklasse einem bürgerlichen Publikum so vor Augen zu führen, dass der sozialpolitische und -reformerische Handlungsbedarf überdeutlich wurde.¹⁴ Es ließe sich hier auch

12 Insofern könnten bestimmte Entwürfe und Praxisperspektiven Sozialer Arbeit sowie der Anspruch auf einen Akteur*innen-Status in diesem Zusammenhang auch als “Acts of citizenship” im Sinne von Engin F. Isin gelesen werden (vgl. Isin und Nielsen 2008).

13 Salomon denkt demnach *das Soziale* nicht von den konkreten Erscheinungen getrennt, in denen es zum Ausdruck kommt und existiert; *das Soziale* müsse zum einen im Sinne einer *gerechten Gesellschaft* verwirklicht werden, diese Verantwortung könne aber nicht einfach an den Staat, oder eine staatliche Sozialpolitik, delegiert werden, sondern bliebe zugleich immer auch in der Verantwortung der einzelnen Menschen. Feustel hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass Salomon auch den Konflikt zwischen der Freiheit und Emanzipation der Einzelnen und der Gemeinschaft zum Thema macht, diesen Konflikt aber für unhintergebar hält. Damit spricht sie m.E. den politischen Kern im Denken des Sozialen von Salomon an.

14 So schildert Gnauck-Kühne, eine der ersten Nationalökonom*innen und Soziolog*innen, beispielsweise eindrücklich die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter*innen. Den

von einer spezifischen Praxis des Übersetzens (vgl. Kessl und Maurer 2005) zwischen unterschiedlichen Erfahrungswelten sprechen, deren politische Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte: *Soziale Fragen* werden auf diese Weise tatsächlich zum Politikum, werden als (gesellschafts)politische Aufgabenstellungen artikuliert und auch (sozial)politisch bearbeitet.

Ausblick

Für mich ergeben sich aus der historischen Vergewisserung in Bezug auf das Verhältnis von Sozialer Arbeit und *Sozialen Fragen* für die aktuelle Situation vor allem zwei Aufgabenstellungen:

1. Soziale Arbeit sollte sich der historisch-kritischen Expertise vergewissern, die sie in Bezug auf die (politische) Thematisierung von gesellschaftlicher Ungleichheit hat. In diesem Zusammenhang ist auch an den *Forumscharakter Sozialer Arbeit*¹⁵ zu erinnern, der (erneut) kultiviert und weiterentwickelt werden kann.

2. Bedürftigkeit und Menschenrecht, Gerechtigkeit und Fürsorglichkeit dürfen nicht länger auseinandergedacht werden, um Sorgetätigkeit auch im Kontext des Staatsbürgerlichen wahrnehmen und anerkennen zu können (vgl. Tronto 2000).¹⁶

Ich möchte diese beiden Punkte noch etwas genauer erläutern und auch meine eigene Position dazu kennzeichnen.

So steht der erste Punkt im Zusammenhang mit dem, nicht zuletzt mit Bezug auf Michel Foucault (1978) entwickelten Vorschlag, Soziale Arbeit als *Gedächtnis gesellschaftlicher Konflikte* aufzufassen (vgl. Maurer 2005; 2009). Die jeweils aktuellen Erscheinungsweisen Sozialer Arbeit in einer Gesellschaft repräsentieren historisch durchaus diverse, und auch kontroverse,

Kontext bilden hier zum einen der Bereich der Sozialforschung und des sozialen Berichtswesens, etwa die frühen Sozialstatistiken oder Enqueten, aber auch sozialreformerische Petitionen oder andere öffentliche Thematisierungsformen sozialer Problemlagen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ausgehend bspw. vom «Verein für Socialpolitik» (vgl. zu letzterem u. a. Sachße 1986; Sachße und Tennstedt 1988; Pankoke 2001).

- 15 Soziale Arbeit kann prinzipiell zur «Klärungshilfe im Prozess der Selbstbefreiung» werden, und zwar in Bezug auf die individuelle wie die gesellschaftliche Dimension (Befreiung zu sich selbst, Befreiung zur Gesellschaft), indem sie für die einzelnen und Gruppen reflexive Räume eröffnet und gleichzeitig zur Schaffung von Öffentlichkeiten beiträgt, in denen Anliegen, Interessen und Bedürfnisse artikuliert und verhandelt werden können.
- 16 Auch wenn es dazu einer tiefgreifenden Veränderung der vorherrschenden gesellschaftlichen Ordnung, insbesondere der in diese eingelassenen Geschlechterordnung bedarf. Vgl. dazu in einer aufregenden neuen Theorie-Perspektive sehr eindrücklich die Studie von Beatrice Müller (2016).

Auseinandersetzungen mit Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Ausschluss. Sie repräsentieren bestimmte Wahrnehmungen *sozialer Fragen* ebenso wie bestimmte Perspektiven und nicht zuletzt Politiken der Praxis des Umgangs mit gesellschaftlichem Wandel und sozialen Konflikten. Insofern ist Soziale Arbeit auch ein *Gedächtnisort* für soziale Konflikte in Vergangenheit und Gegenwart. Wenn wir davon ausgehen, dass der Komplex *Soziale Arbeit* insgesamt auf spezifischen gesellschaftlichen Erfahrungen (und Verantwortlichkeiten!) in Bezug auf *soziale Fragen* beruht, so kann Soziale Arbeit – als Disziplin wie Profession – ihre Produktivität gerade dadurch wahren, kultivieren und angesichts der jeweils aktuell anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen zum Einsatz bringen, wenn sie diese Erfahrungen (selbst) kritisch reflektiert und (selbst)bewusst nutzt. Mit anderen Worten: Wird die Gedächtnisfunktion Sozialer Arbeit ernstgenommen und anerkannt, so können die in Institutionen, Konzepten, Theorien und Praxen *eingelagerten* bzw. *gespeicherten* sozialen Fragen und sozialen Kämpfe sowie die darin ebenfalls gespeicherten *Antworten im Medium Sozialer Arbeit* als *gesellschaftliche Erfahrungen* einer erneuten Auswertung und kritischen Weiterbearbeitung zugänglich gemacht werden.

Eine solcher Zugang kann nicht zuletzt dazu beitragen, die in der Sozialen Arbeit virulenten – und sie mitkonstituierenden – Geschlechter-Macht-Verhältnisse aus ihrer «Verdeckung» (Bitzan 2002) herauszuholen, und das ist die Verbindung zum zweiten genannten Aspekt:

Ich betrachte die Praxis und Aufgabe des *Caring als Herausforderung für (Sozial-)Politik und (Geschlechter-)Demokratie* und folge damit einer bestimmten Spur in der Debatte um *Care*, wie sie in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum¹⁷ intensiver geführt wird (vgl. dazu wegweisend Brückner et al. 2003). Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse in Care-Situationen werden dabei mit demokratietheoretischen Beiträgen verknüpft (vgl. Tronto 2000), so dass die überkommene Trennung von Öffentlichkeit/Privatheit oder Produktion/Reproduktion bzw. die Trennung in *das Politische* und *das Soziale* durchkreuzt wird.

Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, wie die Unmittelbarkeit der personenbezogenen Dienstleistung und der Anspruch auf Versorgung im Kontext von Solidargemeinschaften mit dem Anspruch auf

17 In den skandinavischen Ländern und im anglo-amerikanischen Raum haben sich die entsprechenden Diskurse schon seit geraumer Zeit entwickelt und entfaltet (vgl. Knijn und Kremer 1997; Müller 2016).

Teilhabe im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft vermittelt werden können (vgl. Böhnisch und Funk 2002). Um dieser Frage nachzugehen, müssen Gesellschafts-, Staats- und Demokratietheorien gleichermaßen daraufhin untersucht werden, inwieweit sie der Bedürftigkeit der Menschen systematisch Rechnung tragen (siehe dazu bereits Funk 1989; Fraser und Gordon 1994). Wird die Praxis des Caring beispielsweise als gesellschaftliche Arbeit konzeptualisiert, die auch kollektiv getragen, gestützt, verantwortet (und im Zweifelsfall auch demokratisch kontrolliert) wird? Oder verschwindet sie – im Rahmen einer spezifischen Geschlechter-Arbeits-Ordnung (vgl. u. a. Fraser 2001) – tendenziell im Bereich des *Privaten*? Gerade an dieser Stelle ist der Rückbezug auf historisch frühe(re) Versuche (etwa von Gizycki 1895 bzw. Braun 1901), diese Fragen zu bearbeiten und dabei zu neuen Perspektiven zu gelangen, hochinteressant.

Studien in feministischer Perspektive haben (Denk-)Voraussetzungen und konkrete Entwicklungen spezifischer *Care-Kulturen* in unterschiedlichen Wohlfahrtsregimen herausgearbeitet. Stets bleibt dabei die Frage virulent, ob und wie diese Arbeit mit gesellschaftlicher Anerkennung versehen wird und inwiefern sie zu demokratischer Teilhabe im gesamtgesellschaftlichen Raum beitragen kann.

Die Entwürfe und Politiken einer *Sozialen Arbeit* von frauenbewegten Akteur*innen um 1900 stellen meines Erachtens Versuche der Bearbeitung dieser Frage dar. Indem ihre *soziale Praxis* von uns heute nicht nur als *Soziale Arbeit*, sondern auch als *politische Praxis* (im Sinne von *acts of citizenship*) wahrgenommen und anerkannt wird, können wir diesem Versuch erst wirklich gerecht werden.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang. 1965. *Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- An, Sofiya, Adrienne Chambon und Stefan Köngeter. 2016. Transnational histories of social work and social welfare – An introduction. *Transnational Social Review* 6(3): 236–241.
- Baum, Marie. 1906. *Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe*. Karlsruhe: Braun.
- Baum, Marie. 1910. Fabrikarbeit und Frauenleben. S. 5–38 in *Die Verhandlungen des zweiundzwanzigsten Evangelisch-sozialen Kongresses*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bäumer, Gertrud. 1904. *Die Frau in der Kulturbewegung der Gegenwart*, Wiesbaden: J.F. Bergmann.
- Bäumer, Gertrud. 1910/11. Fanny Lewald. Die Frau. *Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit* 18: 490.

- Bäumer, Gertrud. 1929. Die historischen und sozialen Voraussetzungen der Sozialpädagogik und die Entwicklung ihrer Theorie. S. 3–17 in *Handbuch der Pädagogik*, Bd. 5, hrsg. von Hermann Nohl und Ludwig Pallat. Langensalza: Julius Beltz.
- Bitzan, Maria. 2002. Sozialpolitische Ver- und Entdeckungen. Geschlechterkonflikte und Soziale Arbeit. *Widersprüche* 22(84): 27–43.
- Böhnisch, Lothar und Heide Funk. 2002. *Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen*. Weinheim/München: Juventa-Verlag.
- Braun, Lily. 1901. Der Kampf um Arbeit in der bürgerlichen Frauenwelt. *Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik* 16: 132–150.
- Brückner, Margrit. 2003. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgetätigkeiten. *Neue Praxis* 33(2): 162–163.
- Bührmann, Andrea. 1998. Die Normalisierung der Geschlechter in Geschlechterdispositiven. S. 71–94 in *Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz*, hrsg. von Hannelore Bublitz (Hrsg.). Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Bührmann, Andrea. 2004. *Der Kampf um weibliche Individualität. Zur Transformation moderner Subjektivierungsweisen in Deutschland um 1900*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dollinger, Bernd. 2006. *Die Pädagogik der sozialen Frage. (Sozial-)Pädagogische Theorie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Dollinger, Bernd, Carsten Müller und Wolfgang Schröer (Hrsg.). 2007. *Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers. Entwürfe zur Konstitution der modernen Gesellschaft*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Eckart, Christel. 2004. Fürsorgliche Konflikte. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 29(2): 9–24.
- Eggemann, Meike und Sabine Hering (Hrsg.). 1999. *Wegbereiterinnen der modernen Sozialarbeit. Texte und Biographien zur Entwicklung der Wohlfahrtspflege*. Weinheim/München: Juventa.
- Erlor, Gisela und Monika Jaeckel (Hrsg.). 1989. *Weibliche Ökonomie*. München: Juventa-Verlag.
- Feustel, Adriane. 2013. *Das Konzept des Sozialen im Werk Alice Salomons*. Berlin: Metropolis Verlag.
- Foucault, Michel. 1978. Historisches Wissen der Kämpfe und Macht. S. 55–74 in *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Franke-Meyer, Diana und Carola Kuhlmann (Hrsg.). 2018. *Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit. Von der Kindergartenbewegung zur Homosexuellenbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Fraser, Nancy. 2001. *Die halbierte Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy und Linda Gordon. 1994. «Dependency» demystified: Inscriptions of Power in a Keyword of the Welfare State. *Social Politics* 1(1): 4–31.
- Funk, Heide. 1989. Vater Staat und Mutter Pflicht. S. 133–150 in *Weibliche Ökonomie*, hrsg. von Gisela Erlor und Monika Jaeckel. München: Juventa-Verlag.
- Gizycki von, Lily. 1895. Zur Beurteilung der Frauenbewegung in England und Deutschland. *Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik* 8: 575–598.

- Gnauck-Kühne, Elisabeth. 1905. *Einführung in die Arbeiterinnenfrage*. Mönchengladbach: Verlag der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland.
- Grebing, Helga (Hrsg.). 2005. *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Grubitzsch, Helga und Loretta Lagpacan. 1980. *„Freiheit für die Frauen – Freiheit für das Volk!“ Sozialistische Frauen in Frankreich 1830–1848*. Frankfurt a.M.: Syndikat.
- Hering, Sabine. 1997. Die Anfänge der Frauenforschung in der Sozialpädagogik. S. 31–43 in *Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung*, hrsg. von Barbara Friebertshäuser, Gisela Jakob und Renate Klees-Möller. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag.
- Hering, Sabine und Bertheke Waaldijk (Hrsg.). 2002. *Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa (1900–1960)*. Opladen: Leske & Budrich.
- Insin, Engin F. und Greg M. Nielsen (Hrsg.). 2008. *Acts of citizenship*. Chicago: University of Chicago Press.
- Jaeggi, Rahel. 2008. *Wie weiter mit Hannah Arendt?* Hamburg: Hamburger Edition.
- Kerbs, Dieter und Jürgen Reulecke (Hrsg.). 1998. *Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880–1933*. Wuppertal: Hammer.
- Kessl, Fabian und Susanne Maurer. 2005. Soziale Arbeit. S. 111–128 in *Handbuch Sozialraum*, hrsg. von Fabian Kessl, Christian Reutlinger, Oliver Frey und Susanne Maurer. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Knijff, Trudie und Monique Kremer. 1997. Gender and the Caring Dimension of Welfare States: Toward Inclusive Citizenship. *Social Politics* 4(3): 328–361.
- Kuhlmann, Carola. 2000. *Alice Salomon – Ihr Beitrag zur Entwicklung der Sozialen Arbeit in Theorie und Praxis*. Weinheim: Beltz.
- Lewald, Fanny. 1989. *Politische Schriften für und wider die Frauen*, hrsg. von Ulrike Helmer. Frankfurt a.M.: Ulrike Helmer Verlag.
- Maurer, Susanne. 1997. Zweifacher Blick: Die historische ReKonstruktion moderner Sozialarbeit und die Perspektive der feministischen Enkelinnen. S. 44–56 in *Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung*, hrsg. von Barbara Friebertshäuser, Gisela Jakob und Renate Klees-Möller. Weinheim: Deutscher Studien-Verlag.
- Maurer, Susanne. 1998. Teilhabe und (Selbst-)Begrenzung. Bürgerliche Frauen und Soziale Arbeit in Deutschland (1870 bis 1920): Vergesellschaftungsstrategien im lokalen Kräftefeld. S. 19–45 in *Auf der Suche nach einem Verhältnis von Öffentlichem und Privatem im Wohlfahrtswesen. Beiträge zum 1. Fachtreffen: Historische Sozialpädagogik/Sozialarbeit*, hrsg. von Wolfgang Schröer. Dresden: TU Dresden.
- Maurer, Susanne. 2003. Geistige Mütterlichkeit als Emanzipationsfalle? Bürgerliche Frauen im 19. Jahrhundert kämpfen um Individualität und gesellschaftliche Teilhabe. S. 247–265 in *Leben ist Streben. Das erste Auguste-Schmidt-Buch*, hrsg. von Johanna Ludwig, Ilse Nagelschmidt und Susanne Schötz. Leipzig: Leipziger Universitäts-Verlag.
- Maurer, Susanne. 2004. Zum Verhältnis von Frauenbewegungen und Sozialer Arbeit um 1900 – Versuch einer historisch-systematischen (Re-)Kontextualisierung nebst Überlegungen zu einer reflexiven Historiographie in der Sozialpädagogik. Habilitationsschrift, Universität Hildesheim, Deutschland.

- Maurer, Susanne. 2005. Geschichte Sozialer Arbeit als Gedächtnis gesellschaftlicher Konflikte. Überlegungen zu einer reflexiven Historiographie in der Sozialpädagogik. S. 11–33 in *Sozialpädagogik im Wandel. Historische Skizzen*, hrsg. von Franz-Michael Konrad. Münster: Waxmann.
- Maurer, Susanne. 2007. «Dem Reich der Freiheit werb' ich ...» – Prekärer Bürgerinnen-Status und soziale Politiken im Kontext der Frauenbewegung. S. 93–117 in *Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers. Entwürfe zur Konstitution der modernen Gesellschaft*, hrsg. von Bernd Dollinger, Carsten Müller und Wolfgang Schröer. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Maurer, Susanne. 2009. Soziale Arbeit als «offenes Archiv» gesellschaftlicher Konflikte. S. 147–164 in *Theorien der Sozialpädagogik – ein Theorie-Dilemma?*, hrsg. von Eric Mührel und Bernd Birgmeier. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Maurer, Susanne. 2011a. Sozial- und gerechtigkeits-theoretische Positionierungen – ein problematisierender Einstieg. S. 67–70 in *Bildung des Effective Citizen. Sozialpädagogik auf dem Weg zu einem neuen Sozialentwurf*, hrsg. von Kommission Sozialpädagogik. Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Maurer, Susanne. 2011b. Kritikvermögen, soziale Phantasie und experimentelle Praxis – oder: Was Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen gemeinsam haben (können). *neue praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik* (Sonderheft 10): 79–82.
- Maurer, Susanne. 2016. By and Beyond «Organised Motherhood»: Feminist Politics and the Emerging German Welfare State. *ZAPRUDERworld* 3, <http://zapruderworld.org/journal/archive/volume-3/by-and-beyond-organised-motherhood-feminist-politics-and-the-emerging-german-welfare-state/> (17. 06. 2018).
- Maurer, Susanne und Wolfgang Schröer. 2002. «Ich kreise um ...» – Die Bildungstheorie der Mitte am Beispiel Gertrud Bäumer. S. 288–306 in *Welten der Bildung in der Pädagogik der frühen Kindheit und der Sozialpädagogik*, hrsg. von Ludwig Liegle und Rainer Treptow. Freiburg i. Breisgau: Lambertus.
- Maurer, Susanne und Wolfgang Schröer. 2011. Geschichte sozialpädagogischer Ideen. S. 541–551 in *Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.
- Menhard, Ioanna. 2016. «Mündigkeit» – ein zeitgemäßer Begriff? Implikationen und Konsequenzen für den pädagogischen Mündigkeitsbegriff vor dem Hintergrund seines Entstehungskontextes. *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 72: 73–84.
- Müller, Beatrice. 2016. *Wert-Abjektion. Zur Abwertung von Care-Arbeit im patriarchalen Kapitalismus – am Beispiel der ambulanten Pflege*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Otto-Peters, Luise. 1996. *Schloss und Fabrik. Erste vollständige Ausgabe des 1846 zensierten Romans*. Leipzig: LKG.
- Pankoke, Eckart. 2001. Soziale Frage – soziale Bewegung – soziale Politik. In *Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik*, 4., völlig neu bearbeitete Auflage, hrsg. von Hans-Uwe Otto und Hans Thiersch. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.
- Pappenheim, Bertha und Sara Rabinowitsch. 1904. *Zur Lage der jüdischen Bevölkerung in Galizien. Reiseeindrücke und Vorschläge zur Besserung der Verhältnisse*. Frankfurt.

- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ritter, G. A. 1998. *Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts*. Opladen: Leske & Budrich.
- Rühle-Gerstel, Alice. 1932. *Das Frauenproblem der Gegenwart. Eine psychologische Bilanz*. Leipzig: Hirzel.
- Sachße, Christoph. 1986. *Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sachße, Christoph und Florian Tennstedt. 1988. *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Salomon, Alice. [1928] 1998. Grundlegung für das Gesamtgebiet der Wohlfahrtspflege, S. 131–145 in *KlassikerInnen in der Sozialen Arbeit: sozialpädagogische Texte aus zwei Jahrhunderten – ein Lesebuch*, hrsg. von Werner Thole, Michael Galuske und Hans Gängler. Neuwied/Kriftel: Luchterhand.
- Salomon, Alice. 1926. *Soziale Diagnose*. Berlin: Heymann.
- Salomon, Alice. 1908. *Soziale Frauenbildung*. Leipzig: B.G. Teubner Verlag.
- Schröder, Ilse. 2001. *Arbeiten für eine bessere Welt. Frauenbewegung und Sozialreform 1890–1914*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schröder, Wolfgang. 1999. *Sozialpädagogik und die soziale Frage. Der Mensch im Zeitalter des Kapitalismus um 1900*. Weinheim/München: Juventa.
- Schüler, Anja. 2004. *Frauenbewegung und soziale Reform: Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog, 1889–1933*. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag.
- Tristan, Flora. 1988. *Arbeiterunion. Sozialismus und Feminismus im 19. Jahrhundert*. Frankfurt a.M.: isp-Verlag.
- Tronto, Joan. 2000. Demokratie als fürsorgliche Praxis. *Feministische Studien extra* 18: 25–42.
- Wagner, Leonie (Hrsg.). 2009. *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*. Wiesbaden: VS-Verlag.

Quellentexte

Merz, Johannes. 1909. *Erlebnisse u. Erfahrungen eines Appenzeller Webers* (Von ihm selbst erzählt), hrsg. von Jakob Lorenz. Anlässlich der Schweiz. Heimarbeiterausstellung herausgegebene Zweite Auflage. Besorgt von J. Lorenz. Zürich: Kommissionsverlag der Buchhandlung des Schweiz. Grütlivereins. Seiten 18–21.

Treichler, Johann Jakob. 1858. *Mittheilungen aus den Akten der zürcherischen Fabrikkommission*. Zürich: Orell, Füssli und Comp. Seiten 290–295.

Spinner, Dr. J. 1913. Arbeiterschutz und gewerbliche Vergiftungen in der Schweiz. Separatabdruck aus der «Zeitschrift für schweizerische Statistik», 49. Jahrgang. Bern: Buchdruckerei Stämpfli & Cie. Seiten 5–6.

Seidel, Robert. 1909. *Soziale Frage. Schule und Lehrerschaft. Ihr Zusammenhang und ihr Verhältnis* (Zweite Auflage). Zürich: Verlag Art. Institut Orell Füssli. Seiten 62–63.

Schweizerischer Arbeiterbund. 1875. *Eingabe des Schweizerischen Arbeiterbundes an die hohe schweizerische Bundesversammlung in Bern. Betreffend das zu schaffende Bundesgesetz über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter (Art. 34 der Bundesverfassung)*. Zürich: Druck der Aktienbuchdruckerei. Seiten 4–5.



331

10-7



Erlebnisse u. Erfahrungen eines Appenzeller Webers

(Von ihm selbst erzählt)



Anlässlich der Schweiz. Heimarbeitausstellung
herausgegebene

▣ Zweite Auflage ▣

Besorgt von J. Lorenz



Zürich

Kommissionsverlag der Buchhandlung des Schweiz. Grüttlvereins

1909



~~BC~~

~~241~~

verschollenen Vetter in Amerika eine Erbschaft zu, im ganzen 169 Fr. 66 Rp.

Es kostete mich aber diese kleine Erbschaft soviel Geld und Mühe, wie eine große. Wie gut tun solche Erbschaften in vielen Fällen dem kleinen armen Mann! Durch diese kleine Summe wurde es mir möglich, dem Wohnungswechsel bis heute zu entkommen. Ich konnte im Weiler F. ein Häuschen kaufen. Sobald man wußte, daß ich etwa in einem, oder zwei Jahren ein wenig Geld bekomme, hatte ich ebensoviel Kredit. Ja, als ich meine kleine Erbschaft in Händen hatte, ließ man mich damit bauen. Es gab also hiermit auch für andere Arbeiter Verdienst, und für mich mehr Lust zum Sparen, um noch weitere Verbesserungen vornehmen zu können. Wie es mir gegangen, wirds wohl auch schon anderen ergangen sein, und würde es auch noch mehr Leuten gehen, wenn sie auch nur wenig erben könnten.

Da mir einmal vorgeworfen wurde: „Wer keinen Kredit habe, sei schon nichts!“ so darf ich hierzu bemerken, daß es einen Unterschied gibt beim Kredit. Es ist nämlich nicht gleich, ob ein Kredit erbettelt, erschlichen oder erheuchelt wird, oder gar freiwillig sich einstellt. Als ich mich in den 70er Jahren zu den Internationalen begab, denen man bekanntlich das Teilen des Vermögens in die Schuhe geschoben hat, war von Seite der Kapitalisten kein Kredit für solche gefährliche Leute vorhanden.

Mir wurde jedoch einmal ein Wink gegeben, daß mir, wenn ich von den sozialistischen Ideen zurücktreten wollte, geholfen würde. Da ich wußte, daß man den Kredit in der Regel teuer bezahlen muß, wollte ich nicht noch eine so wichtige ideale Ueberzeugung zum Opfer bringen.

6. Wie ich einen Fuß verlor, zum Spulen und zu alten Tagen kam.

Eines Abends, es war Ende 1898, mußte ich mit einem Stückle nach Wald und ging einen mir gut bekannten Weg, durch einen Wald. Es war dunkel aber mild. Mir fiel es leider nicht ein, daß durch den kurz vorher erfolgten Holzschlag der Weg gefährlicher geworden sei, und ging daher ohne mich zu postieren, meines Weges wie früher. Da glitschte ich aus und fiel. Doch konnte ich mit meinem Stückle zum Fabrikanten und zurück nach Hause gehen und am folgenden Morgen meine gewöhnliche Arbeit wieder aufnehmen. Den Tag über aber schwoll der Fuß an. Ich behalf mir mit allerlei Hausmitteln, bis ich meine Arbeit aufgeben und mich beim Vorstand des Seidenweberfrankenvereins

frank melden mußte. Von einem gut bewährten Arzte in Oberegg, der auch billiger war als all die patentierten sind, bekam ich zuerst eine Salbe für 14 Tage genug. Die Salbe wirkte aber nicht gut, und der über 70 Jahre alte Doktor, von der Influenza befallen, konnte mich nicht besuchen. So verfloßen wieder einige Wochen, bis ich mich zu dem betreffenden Arzte führen ließ. Als ich dann mit meinem Fuhrmann bei einem Nachbar, einem Chirurgen, vorbeifuhr, wurde ich von demselben zur Rede gestellt und untersucht. Er war der Ansicht, daß man da so schnell als möglich Blutigel ansetzen müsse. Der angerufene Arzt war der gleichen Meinung. Da weder ich noch meine Frau etwas derartiges durchgemacht, so entschloß ich mich, den genannten Nachbarn, den Chirurgen, zu dieser Manipulation rufen zu lassen. Da mein Fuhrmann doch über Seiden heimfahren mußte, so ließ ich zwei Blutigel durch denselben aus der Apotheke holen. Am andern Tag erklärte aber der Chirurg, mit weniger denn 6 oder 8 Stück fange er nicht an. Man mußte also auch wieder Blutigel extra nachholen lassen. Nachdem ich zwar ungern nach und nach 33 Blutigel vergeblich mit meinem Blute gefüttert hatte, und der Chirurg meinte, ich sollte jetzt das Laufen probieren, konnte ich nicht mehr stehen. Selbigen Tages ließ ich mich zu Hr. Dr. S. in S. führen, um mich von demselben untersuchen und behandeln zu lassen. Es war am 22. April 1899. Dr. S. sagte mir, daß mein Fuß weggenommen werden müsse, der Knochenfraß sei eingetreten. Es wäre aber für mich am besten, wenn ich sofort ins Spital ginge. Da ich jedoch mit dem Spitalarzt ohnehin nicht auf gutem Fuße stand, so sträubte ich mich anfänglich gegen seinen Vorschlag, und erzählte ihm, daß wir einander in der Krone in Seiden und ein anderes Mal in der Ilge in Seiden betreffend der Nachsubvention der Gotthardbahn, und in der Krone, wegen Uebernahme des Getreidehandels durch den Staat heftig erzürnt haben. Dr. S. aber ersuchte mich hinsichtlich der Pflichttreue des Spitalarztes zu beruhigen, und bewog mich, der Kosten wegen seinem Räte zu folgen. So ließ ich mich denn nun in das Spital führen.

Nachdem dort noch einige Manipulationen fruchtlos erschienen, wurde mir am 15. Mai der Fuß nach vorgehender Chloroformierung, abgenommen. Ich erwachte aber bei der Wegnahme des Fußes und konnte zusehen, so oft wieder eine Nadel mit dem Faden abgegeben wurde. Zufällig erblickte ich unter dem Arm des Arztes eine Bogensäge. Da fragte ich denselben, wozu er noch eine Säge unter dem Arm habe, und ich erhielt die Antwort, daß mir noch etwas vom Schienbein weggenommen werden müsse.

Der Schmerz war nicht so groß, wie ich befürchtete. Nach einigen Tagen hieß es, die Operation sei gut gelungen.

Ich hatte aber einen Leidensgenossen neben mir, der zur gleichen Stunde wie ich mit einem Beinbruch in das Spital gebracht worden war, zur Zeit meiner Amputation aber schon wieder besser daran war als ich. Der konnte nicht anders, als in „giftiger“ Weise mich zu necken, was mir Fieber und Unruhe verursachte. Vierzehn Tage nach der Amputation fing mein Bein an zu eitern. Infolge dessen wurden mir zwei etwa 3—4 Zoll lange Tunnel, eines links und eines rechts, am Bein gemacht. Natürlich wurden diese Tunnel mit einer runden Scheere gemacht, nicht mit Dynamit gesprengt und auch nicht ausgemauert, sondern es wurden Gummischläuche, wie man z. B. zu den „Mammele“ braucht, hineingestoßen, so daß das eine Ende oben herausquakte. Durch dieses floß der Eiter heraus.

Am 1. November 1899 konnte ich dann das Spital mit Krücken verlassen. Es dauerte aber noch ein Jahr, bis ich ganz besser war. Zu der Zeit, da ich im Spital war, beschloß der Konsumverein Seiden, dessen Gründer ich war, aber aus Verdruß vor Ende des ersten Rechnungsjahres mich als Mitglied hatte streichen lassen, mir 100 Fr. zu schenken.

Ueber den Winter von 1899—1900 gab ich mich mit Spulen ab. Selbstverständlich mußte ich während dieser Zeit meine Bürgergemeinde in Anspruch nehmen, denn das Spulen ist bekanntlich eine schlecht bezahlte Arbeit. Man kann da noch mit größerem Recht als beim Weben behaupten, daß dieser Lohn zum Sterben zu viel, zum Leben aber zu wenig sei. Da ich damals trotz meines schlechten Verdienstkleins und meines Umstandes noch Termine leisten mußte, wünschte ich von der Bürgergemeinde nichts mehr, als daß sie die Spitalkosten und die Kosten eines künstlichen Beines übernehme.

Während des Frühlings 1900 wob ich ohne künstlichen Fuß. Wenn ich schlachten mußte, so mußte ich mein rechtes Bein auf eine „Stabelle“ tun. Ebenso zum Fäden binden. Wenn ich um den Webstuhl herum gehen wollte, so mußte ich mich mit beiden Händen an einem „Galgen“ oder sonst wo halten, um herum „hoppen“ zu können. Zum Weben mußte ich mein abgenommenes rechtes Bein ins Ziel henken.

Eines Tages war ich zum Schlachten bereit. Als ich das Anie auf die Stabelle legte, und die rechte Hand mit der Bürste auf das Garn setzte, da brach ein Bein der Stabelle. Ich fiel zuerst auf das Ende des abgenommenen Beines und dann gänz-

lich um. Selbstverständlich mußte auch das Garn, so weit die lange Büste ging, mit hinunter. Der Stumpen war, soweit die Schienbeine breit waren, wieder eine offene Wunde. Zuerst glaubte ich nicht selbst aufstehen zu können, da aber meine Frau wegen des engen Raumes und der Kraft halber mir nicht helfen konnte, so probierte ich es, und kam dann mit großem Schrecken und Schmerzen, kriechend in die Stube. Am folgenden Tag war es mir jedoch wieder möglich, die Fäden zu binden.

Mit meinem künstlichen Fuß war ich auch nicht gut bestellt. Ich reklamierte zwar beim Bandagisten, der garantiert hatte, aber ohne Erfolg. Es hieß einfach, das Bein sei krumm und müsse sich so gewöhnen.

Um meine zwar große und reiche Bürgergemeinde weiter nicht zu stark in Anspruch zu nehmen, mußte ich leider noch weben, bis mir der Arzt diese Arbeit untersagte.

Mein Zustand wurde als unheilbar erklärt, dafür mußte ich noch das Kamin reparieren lassen, was mich 150 Fr. kostete.

So sah ich mich genötigt, mein Häuschen versteigern zu lassen. Es verblieb mir aber für 1800 Fr. Da man sah, daß ich es für diesen Preis nicht hergeben wollte, bot mir jemand 2000 Fr. Schließlich verkaufte ich es um den Preis von 2100 Fr. mit einigen Zugaben. Ich erhielt nun etwa 300 Fr. Geld und einen Terminzettel à 600 Fr. Daraus bezahlte ich meine Schulden und 90 Fr. an meine Bürgergemeinde. Uns blieb noch der Beddel und einige Franken übrig.

Seither war meine Frau schon zum dritten Male krank.

Wir haben eine sorgenvolle Aussicht in die Zukunft. Es hat mir übrigens völlig wohlgetan, meine Schicksale erzählen zu können.



IV GG 872 P

Mittheilungen

aus den Akten

der

zürcherischen Fabrikkommission.

Zusammengestellt und bearbeitet

von

J. J. Treichler,
Präsident der Kommission.

I.

Zürich,

Druck von Drell, Füßli und Comp.

1858.

Nummer.	Datum.		Ort.	Fabrikbesitzer.	Art der Fabrik.
1	Januar	15. 1834	Zell.	Bühler in Kollbrunnen.	Spinnerei
2	April	26. 1837	Oberuster.	Trümpler und Gysi.	"
3	Juli	2. 1841	"	" " " "	"
4	August	23. 1842	Zürich.	Escher, Wyß und Comp.	"
5	"	23. 1844	Oberuster.	Trümpler und Gysi.	"
6	Dezember	6. 1844	Zürich.	Escher, Wyß und Comp.	"
7	August	22. 1845	"	" " " "	"
8	September	28. 1849	Zell.	Stapel zur Rämismühle.	"
9	Oktober	13. 1849	Oberuster.	Oberst Kunz.	"
10	März	10. 1850	Zürich Wiedikon.	Hagenbuch und Comp.	Papier- fabrik
11	Januar	24. 1851	Uster.	Bindschädler.	Spinnerei
12	Juni	5. 1851	Oberuster.	Gebrüder Huber.	"
13	August	18. 1851	Seegräben.	Oberst Kunz.	"
14	Juli	22. 1852	Zürich.	Kanton Zürich.	Pulver- mühle
15	Oktober	6. 1853	Wald.	Wild.	Spinn- u. Weberei
16	Juni	23. 1854	Zell.	Bühler in Kollbrunnen.	Spinnerei
17	Dezember	5. 1854	Zürich.	Escher, Wyß und Comp.	Mechan. Werkstätte
18	"	18. 1854	Wiedikon.	Hagenbuch und Comp.	Papier- fabrik
19	Mai	20. 1857	Zürich.	Escher, Wyß und Comp.	Schleife
20	August	25. 1857	Löf.	Rieter und Comp.	Schleife
21	Februar	1. 1858	Zürich.	Escher, Wyß und Comp.	Mechan. Werkstätte

Namen der Verunglückten.	Todesart.	Bemer- kungen.
Jb. Bernhauser von Seen. Magd. Erni von Medikon, Bezikon.	Zerspringen eines Schleifsteins. Vom Wendelbaum erdrückt.	Beilage A 63 u. 64. 153.
Salomea Bettstein von Madetsweil.	Vom Wendelbaum erschlagen.	298 a u. b.
Mart. Schwarber von Unterreckingen.	Vom Schwungrad erwürgt.	357 u. 358.
Jakob Egli von Wildberg.	Vom Wendelbaum erdrückt.	429.
Joh. Lips, Mühlmacher von Urdorf.	Vom Wasserrad erschlagen.	10 ein Urtheil.
Kasp. Nüegg v. Turbenthal.	Beim Einschmieren der Schleusen ins Wasser gefallen.	383.
Heinr. Corrodi v. Fischenthal.	Vom Wellbaum erdrückt.	666.
Elise Manz von Wyla.	Vom Wendelbaum erdrückt.	693.
Mechaniker Müdspacher von Mönchaltorf.	Vom Wellbaum erdrückt.	287.
Sophie Schädler v. Detweil.	Vom Wendelbaum erdrückt.	49.
Salomon Pfister von Uster.	Vom Triebwerk erdrückt.	328.
Heinrich Wild, Maurer von Bärentsweil.	Vom Wasserrad erdrückt.	455.
Heinrich und Konrad Dietrich von Altstetten.	Explosion der Mühle.	477.
Jb. Honegger, Zimmermann von Wald.	Vom Wendelbaum ergriffen.	392.
Barb. Bräm von Oberhöri.	Vom Wendelbaum erdrückt.	313.
Jakob Bühler von Bezikon.	Zerspringen einer Polstrscheibe.	541.
Jakob Anüsli von Enge.	Im Räderwerk verstümmelt.	568.
Hrsh. Schoch von Fischenthal.	Zerspringen eines Schleifsteins.	194.
Wilhelm Bretscher von Töb, Schleifer.	" " "	310.
Jakob Landolt v. Töpfriedern.	Vom Wasserrad erdrückt.	83.

Im Speziellen bemerke ich an der Hand der bald mehr bald weniger genauen Berichte der Statthalter und Gemeindevorstände zu den einzelnen Fällen:

1) Eine Untersuchung, ob das Zerspringen des betreffenden Schleifsteines Folge irgend welcher mangelhaften Vorrichtung war, oder ob bei gehöriger Aufsicht die Gefahr dieses Zerspringens hätte vorausgesehen werden können, fand nicht statt; der Verunglückte war 19 Jahre alt.

2) Die nicht 15jährige Magd Erni wurde von einem viereckigten Schraubenkopf an einem aufrechtstehenden Wendelbaum bei den Kleidern ergriffen, mit Blitzesschnelle um denselben geschleudert und zerquetscht, bevor die Wasserwerke abgestellt werden konnten.

3) Die 48 Jahr alte Salomea Wettstein stieß ebenfalls an einen aufrechtstehenden Wendelbaum, wurde von demselben bei den Kleidern ergriffen, herumgeschleudert und an die 4 Fuß entfernte Mauer geworfen. Das Statthalteramt bemerkt, ohne weitere Spezialitäten, einen Plan der Lokalität z. B. beizufügen, nicht die innere Einrichtung der Fabrik, sondern lediglich die Unvorsichtigkeit der Sal. Wettstein sei Schuld an dem Unglück.

4) Der Verunglückte war an einer Maschine mit Zerschneiden von Eisenblech beschäftigt und gerieth, wahrscheinlich in Folge eines Mistrittes, in die Speichen eines eisernen Schwungrades; er war circa 30 Jahre alt.

5) Der 43jährige Egli, sonst vorzüglich zu andern Arbeiten angestellt, wollte aus eigenem Antriebe einen 160 Mal per Minute rotirenden aufrechten Wendelbaum ölen; dieser ergriff aber die Schürze des Egli, mit welcher er, offenbar höchst unvorsichtig, den Wendelbaum reinigen wollte, und Egli war todt, ehe die Wasserwerke konnten abgestellt werden.

6) In der betreffenden Fabrik war am Räderwerk etwas zu repariren; der Verunglückte war noch mit der Arbeit beschäftigt, als der mit dem Anlassen der Werke beauftragte Arbeiter, ohne bestimmten Bericht zu haben, ob jene Reparatur beendet sei und entgegen wiederholt ihm gegebener Instruktion, das Räderwerk in Bewegung setzte. Lips wurde vom Rade ergriffen und ins Wasser geworfen, jener andere Arbeiter wegen fahrlässiger Tödtung bestraft.

7) Rüegg, über 30 Jahre alt, hatte den Auftrag, eine Schleuse zu öffnen, muß auf dem zur Schleuse führenden etwas abschüssigen und nassen Stege ausglitscht und so ins Wasser gefallen sein, wo man ihn erst nach mehreren Stunden fand. Die Schleusen waren ungeöffnet.

8) Der 14jährige Korrodi, wegen seiner Fähigkeit zu verschiedenen Beschäftigungen zugelassen, wollte aus Lernbegierde in einem Zimmer, in dem er sich mit einem ebenfalls jungen Kinde allein befand, den Versuch machen, ein sonst dem Oberaufseher vorbehaltenes Geschäft zu verrichten, ohne hiezu Auftrag oder Bewilligung zu haben; es glückte ihm aber nicht, er wurde vielmehr von einem Riemen, den er nicht fahren lassen wollte, um den Stellbaum geschlagen und so getödtet.

9) Die 13jährige Elisabetha Manz wurde von einem unmittelbar neben einer Stiege stehenden Wendelbaum bei den Kleidern ergriffen, zwischen das Stiegengeländer gedrückt und zerdrückt. Das Kind wollte einmal die Turbine besehen und konnte dazu gelangen, weil die betreffende Thüre nur mit einem Kiegel geschlossen war. Anbringung eines Schloßes wurde verordnet.

10) Müdispacher, Mechaniker, wollte an einem in Bewegung befindlichen Wellbaum eine Mutterschraube anziehen, scheint, trotz Warnung, nicht vorsichtig genug gewesen zu sein, wurde ergriffen und zerschmettert.

11) Die 20jährige Schädler wurde von einem Wendelbaum an den Kleidern ergriffen und an die 1 Fuß entfernte Mauer geschlagen. In diesem Falle gab der Statthalter Ordre, den betreffenden Wendelbaum mit Läden einzutäfeln.

12) Der 17 Jahr alte Pfister sollte einen Triebriemen auf die Rolle leiten, wurde von der Schnalle des Riemens ergriffen, in die Höhe gehoben und zwischen Rolle und Diele zerdrückt.

13) Wild arbeitete als Maurer in der Nähe des Radhauses, begab sich wie es scheint zum Schutz gegen Regen in dieses und zu nahe an das Rad, von dem er ergriffen wurde.

14) Die Verunglückten waren Söhne des Pulvermühlers Dietrich in Altstetten, 23 und 16 Jahre alt, neben diesem und einem bei der Explosion zufällig abwesenden Knechte die einzigen Arbeiter im Geschäfte. Die Ursache der Explosion konnte nicht ermittelt werden.

15) Jakob Honegger, 44 Jahre alt, mußte als Zimmermann Gypslatten an eine Decke anschlagen, unter welcher ein in Bewegung befindlicher Wellbaum durchlief. Hätte man dieser Arbeit wegen den Wellbaum in Ruhe setzen wollen, so hätte nicht bloß im betreffenden Zimmer, sondern in der ganzen Fabrik mehrere Tage nicht gearbeitet werden können. Honegger, nicht vorsichtig genug, wurde von einem Vorsprung des Wellbaums am Hemdärmel erfaßt und verstümmelt.

16) Die 18jährige Barbara Bräm hielt sich auch in der Freistunde in der Fabrik auf; eine senkrechte Triebstange, an der sie vorbei ging, ergriff ihre Kleider und drehte sie circa 5 Minuten, bis abgestellt wurde, herum. — Der amtliche Bericht bezeichnet die Unglücksstelle als gar nicht gefahrvoll.

17) Bühler war Polierer; eine zerspringende Polierscheibe tödtete ihn; auch hier ist gleiche Bemerkung zu machen wie zu 1.

18) Knüsli machte sich im Radkasten etwas zu schaffen, schlipfte wahrscheinlich, fiel hinunter und wurde, wahrscheinlich beim sich herausarbeiten wollen, von einem Rade oder dem Wendelbaum ergriffen.

19) Heinrich Schoch, 16 Jahre alt, kam in die Schleife, um einen Hammer polieren zu lassen; ein plötzlich zerplatzender Schleifstein tödtete ihn und verletzte mehrere andere; der Stein war so weich, daß er theilweis mit der Hand konnte zerbröckelt werden, und hätte leicht noch mehr Personen treffen können. Es wurde verordnet, daß in der Richtung, wohin solche springende Steine fliegen müssen, in Zukunft keine Arbeiter plazirt sein dürfen.

20) Auch dieses Unglück wurde herbeigeführt durch das Zerspringen eines Schleifsteines, der zum ersten Mal gebraucht wurde und an dem der Verunglückte wie andere Arbeiter keinen Mangel gefunden hatte.

21) Der Verunglückte zum Schmieren der Räderwerke angestellt, wurde zerstückelt im Wasserrade gefunden, ohne daß man weiß, wie er dahin kam; einen Auftrag zum Schmieren des Wasserrades hatte er nicht.

Schließlich die Notiz, daß bei mehreren der obigen Unglücksfälle die Fabrikbesitzer selbst sofort der Beamtung Kenntniß gaben, von einigen andern dagegen die Beamtung bloß zufällig Kenntniß erhielt, mit Bezug auf dritte endlich aus den Akten nicht ersichtlich ist, durch wen dem Beamteten Mittheilung gemacht wurde.

Genehmigen Sie, Tit! bei diesem Anlasse die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

Zürich, den 8. Oktober 1858.

Der Staatsanwaltsubstitut:

Dr. Honegger.

331
103-19

Separatdruck aus der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“, 49. Jahrgang, 1913.



331 350

Arbeiterschutz

und

gewerbliche Vergiftungen

in der Schweiz.



Von

Dr. J. Spinner.



Bern.

Buchdruckerei Stämpfli & Cie.

1913.



Kurzschluss, Explosion, Brand usw. Dadurch werden die unter normalen Umständen gefesselten Gewerbe- gifte in einer Menge und zuweilen in einer Form (Gase, Dämpfe) frei, die eine Vergiftung in kürzester Zeit zur Folge haben muss.

Als besondere Gefahr muss hier das Hantieren mit Bomben komprimierter gewerbegiftiger Gase (Chlor, Kohlensäure, Phosgen, Ammoniak, schweflige Säure usw.), sowie das Platzen von Säureballons (namentlich Salpetersäure) bezeichnet werden. (Vgl. *Eggl* I. c.)

Eine grosse, wenn auch geringere Gefahr ergibt sich aus den Funktionsstörungen von Apparaten, eigentlichen Betriebs- und Sicherheitsvorrichtungen.

Dadurch wird ebenfalls ein Quantum gewerblichen Giftes aus dem geschlossenen Kreis (Undichtwerden von Leitungen, Überkochen etc.) frei und für den Organismus aufnahmefähig, oder durch Versagen von Sicherheitsapparaten (Ventilatoren, Exhaustoren) bleiben freie Gase und Staub aufnahmefähig.

Aus diesen Komponenten setzen sich die Gefahren einer gewerblichen Vergiftung zusammen.

Nicht zu unterschätzen ist die Möglichkeit *kombinierter* Intoxikationen. Sie entstehen entweder dadurch, dass durch das eine Gift die Resistenz für das andere Gift herabgesetzt ist (Alkohol!) oder aus einem gemeinsamen Kontakt mehrerer Gewerbe- gifte.

Dadurch werden naturgemäss sonst typische, warnende Krankheitsbilder atypisch, die Gifte unterstützen sich gegenseitig in ihrer schädigenden Tätigkeit (Bürgerliches Gesetz!), es entstehen undefinierbare Krankheitsbilder, deren Anamnese noch dadurch erschwert wird, dass der Kranke effektiv nicht weiss, womit er gearbeitet hat.

Solche Vergiftungen rufen am dringendsten nach spezialistischer Schulung der Beamten und Ärzte (Berufsgewerbeärzte).

Ein komplizierter Fall von Kombination findet sich bei *Zannger* (Erfahrungen, S. 51).

„Wie der unglückliche Zufall in musterhaft eingerichteten Fabriken Situationen schaffen kann, in denen ein Arbeiter fast gleichzeitig einer grossen Reihe von Giftwirkungen ausgesetzt ist, ohne Kenntnis der Gefahren, zeigt folgender Fall:

Nach der Erkrankung äusserten Ärzte den Verdacht, dass eine Metallvergiftung vorliege, so dass die Krankenversicherung nicht zahlen wollte, sondern behauptete, dass die Krankheit auf einen Unfall zurückzuführen sei und von der Unfallversicherung getragen werden müsste; das war die Ursache der Untersuchung.

Die Arbeit bestand im Verzinnen von Kupferstücken in flüssigem Metall, das in zwei Kesseln von dem Arbeiter selbst geschmolzen wurde. Die Mischung bestand aus Zinn und Blei (60 %) und war Tag und

Nacht in zwei grossen Schmelzkesseln in flüssigem Zustand vorhanden. Aus diesen Kesseln entwickelte sich beim Eintauchen der gebeizten Kupferstücke etwas weisserlich Dampf. Die eingetauchten Stücke wurden mit Bäuschen von Fasern von Hand abgerieben.

Das Beizen erfolgt in Trögen mit verdünnter Salzsäure und Zinnchlorid. Beim Eintauchen der Metalle entweichen in den Raum reizende Dämpfe.

Als Brennholz dienten z. B. alte Mennigfässer, die im Raum selbst zerkleinert wurden, natürlich unter entsprechender Staubentwicklung, ebenso kamen Teerfässer etc. zum Verbrennen. Das flüssige Teer floss nicht selten aus dem Feuer, und diese Verbrennungsprodukte waren dem Arbeiter sehr unangenehm; das war auch das *einzig*e, was dieser Arbeiter für giftig hielt. Unter ähnlichen Bedingungen wurden alte, mit Zinnober gestrichene Modelle verbrannt, zum Teil auf halb offenem Feuer.

Eine andere Methode der Vorbehandlung der zu verzinnenden Gegenstände bestand im Auftragen einer Alkoholokolophoniummischung, die in zirka fünf bis zehn Litern in einem offenen Gefäss bereitstand. Durch das Eintauchen verdunstete ziemlich viel Alkohol. Durch die Zersetzung der Kolophoniumschicht in der Hitze entstanden natürlich unangenehm riechende, wie die Leute sagen „sich auf die Brust legende“, ungesättigte Verbindungen.

Im Nebenamt arbeitete dieser Verzinner in der sogenannten Abbrennerei oder Gelbbrennerei, in der Metallstücke in eine Salpetersäure - Schwefelsäuremischung getaucht werden, der meist noch Kochsalz und Kienruss beigegeben wird. Dabei entwickeln sich schwere, stark giftige Dämpfe: Braune Stickstoffoxydverbindungen, ferner Reduktionsprodukte, wie unterchlorige Säure. Beim Aufschäumen werden natürlich auch kleine Quantitäten des Säuregemisches mit in die Luft gerissen.

Die Arbeit blieb so lange ohne schädliche Folgen, bis die Produktion aufs Mehrfache gesteigert wurde und eine Reihe von Schädlichkeiten konkurrierten, also auch hier führte die Summation der Schädlichkeiten erst zur Krankheit.

Wenn eine solche Diagnostik eine Notwendigkeit wird und ein ganz neues Gewicht bekommt, ist sie auch entwicklungsfähig. Dass wir Ärzte alle auch heute schon nicht selten durch bei der Arbeit vorgekommene Giftwirkungen bedingte unklare Krankheitsbilder sehen, geht am besten aus den Diskussionen nach Vorträgen über gewerbliche Vergiftungen hervor; so vielgestaltige, interessante und gleichwertige Voten fallen sonst kaum wo.“

Solche Fälle bedingen leicht diagnostische Irrtümer. Ebenda findet sich ein anderer Fall (S. 48):

„Ich machte die Sektion eines Mannes, der zwei Tage vorher, nachdem er sehr viel Flüssigkeit genossen, bei einer Kraftprobe sehr stark auf den Boden geschmettert wurde. Es wurde ihm sofort übel, er wurde blass, bekam kalten Schweiß, erholte sich nach einer Stunde, so dass er in Begleitung nach Hause gehen konnte. Der Arzt diagnostizierte sofort Bleikolik, weil er keinen aufgetriebenen Leib hatte, und eine leicht graue Verfärbung am Zahnfleisch. Tod nach 36 Stunden. — Darmzerreissung.

Wenn hier die Anamnese die Differentialdiagnose hätte nahelegen können, so wird die Diagnose schwieriger, wenn es sich um plötzlich eintretende Appendicitis ohne Trauma handelt; wie auch umgekehrt eine Zahl von Fällen bekannt ist aus den letzten Jahren, wo eine Operation wegen vermuteter Appendicitis bei Bleikolik ausgeführt wurde.“

Eine nicht zu verkennende Rolle in der Prophylaxe und Diagnose spielen die feindlichen *Anmarschstrassen* in den Organismus. Nach der chemischen Natur des Giftes ist dieser Anmarsch ein verschiedener, der

giftige Stoff kommt in verschiedener Form (Aggregatzustand) in den Körper. Möglich ist die Aufnahme

1. *durch die Lungen* auf dem Wege der Atmung (Mund- und Nasenatmung);
2. *in den Magendarmkanal*, weit seltener (Versehen, Unreinlichkeit usw.);
3. *durch die Haut*: Bei der Haut sind nur drei differente Möglichkeiten gegeben:
 - a) durch die Schleimhäute (Mund, Augen, Nase);
 - b) durch Verletzungen in der Haut (offene Stellen usw.) (Milzbrand, Chrom usw.);
 - c) durch die gesunde Haut. Diese Möglichkeit gerade wurde vielfach bestritten, sie ist aber unbestreitbar, namentlich bei organischen Körpern (Benzol, Nitrobenzol, Anilin usw.).

Es ist nun durchaus möglich, dass die Gifte auf allen Wegen zugleich in den Körper einrücken (Blei), nur mit dem Unterschied verschiedener Intensität. Wir haben die Invasionsmöglichkeiten deshalb in einer Tabelle zusammengestellt, Zweifelhafte wurde eingeklammert.

Die Aufnahmewege in den Körper.

Gewerbegift ¹⁾	Aggregatzustand	Lunge, Atmung	Magen, Darm	Haut		
				Schleimhaut	Hautdefekt	Gesunde (perccntan)
Ammoniak	Gas, flüssig	X	—	Verätzung	—	—
Antimon	Dämpfe, Staub	X	—	—	—	—
Arsen (As H ₃)	Staub, Gas, Dampf	X	X	—	—	—
Blei	Dampf, Staub	X	X	X	(X)?	(X)?
Chlor und Fluor	Gas, flüssig	X	—	Verätzung	—	—
Chrom	Staub, flüssig	X	—	„	erzeugt	—
Nitrose Gase	Gas, Dampf	X	—	„	„	—
Phosphor	Dampf, Staub	X	X	„	(X)?	(X)?
Quecksilber	Dampf, Staub, flüssig	X	X	„	X	X
Salz- und Schwefelsäure	Gas, flüssig	X	—	„	—	—
Schwefelkohlenstoff	„ „	X	—	X	X	X
Schwefelwasserstoff	Gas	X	—	Verätzung	—	—
Schweflige Säure	„	X	—	„	—	—
Benzol, Benzin	Dampf, flüssig	X	—	X	X	X
Nitrobenzol und Homologe	„ „	X	—	X	X	X
Anilin	„ „	X	—	X	X	X
Kohlenoxyd	Gas	X	—	—	—	—
Kohlensäure	„	X	—	—	—	—
Diazomethan	„	X	—	Verätzung	—	—
Dimethylsulfat	Dampf, flüssig	X	—	„	—	—
Nitroglycerin	„ „	X	—	X	X	X
Milzbrand	Virulente Sporen	X	X	X	X	—

¹⁾ Anmerkung: Unter dem Gewerbegift sind die Verbindungen mit inbegriffen und in der Aggregatkolonne berücksichtigt.



301
3-5



d. 2

Soziale Frage

Schule und Lehrerschaft

Ihr Zusammenhang und
ihr Verhältnis.



Von

ROBERT SEIDEL

Privatdozent

am eidgenössischen Polytechnikum und an der Universität in Zürich.

Zweite Auflage.



ZÜRICH

Verlag: Art. Institut Orell Füssli.

1813 richtete der Erziehungsrat an die Regierung von Zürich ein Schreiben, worin es heisst:

«Ehe das Baumwollspinnen überhand nahm, *liess man den Kindern Zeit, sich an Leib und Seele zu entwickeln...* Als man aber anfang, Kinder vom 7. und 8. Jahre ans Spinnrad zu setzen, und schon das neunjährige Kind täglich einen oder zwei Schneller fertigen konnte, da waren leichtsinnige Eltern versucht, *die Kinder so früh wie möglich der Schule zu entziehen.* In ungleich stärkerem Grade walteten solch üble Zustände in den Fabriken. *Allda liess man die Kinder von Mitternacht bis Mittag, oder vom Abend bis Morgen arbeiten.* Man glaubte, wenn ein Kind in die « Spinnmaschine » (Fabrik) gehe, *so habe die Schule keinen Anspruch mehr,* oder müsse sich mit Stunden begnügen, *wo die Kinder zur Maschinenarbeit abgemattet und schläfrig waren.* In den ungefähr 60 grösseren und kleineren Spinnereien des Kantons arbeiteten nicht weniger als 1124 minderjährige Personen.»

In der von der Universität Zürich gekrönten Preisschrift: « *Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung* » von F. Deutsch heisst es, dass unter diesen 1124 minderjährigen Spinnereisklaven es Kinder unter 6 Jahren gab. 48 Kinder waren 7- bis 9jährig und 248 waren 10- bis 12 jährig.

Klingt das nicht ganz so, wie ein Bericht aus England?

Der Kanton Zürich gibt uns ein Bild davon, wie es auch in den anderen Kantonen aussah, wo die moderne Industrie ihren Einzug gehalten hatte. Im Kanton Thurgau beschwerten sich die Schulbehörden über den schlechten Schulbesuch und die vielen Absenzen, und der *Pfarrer von Gelshofen* klagt über die Fabriken in Konstanz, in welche die Kinder aus seiner Gemeinde scharenweise gehen, *wodurch sie den ganzen Winter vom Schulbesuch abgehalten werden.* Eine Sonntagsschule kann nicht gehalten werden; « *denn am Sonntag nachmittag wird der Lohn ausbezahlt* und dann laufen die Kinder wieder in die Stadt.»

Um diesen schreienden Übelständen abzuhelfen, erliess der kleine Rat von Zürich 1815 eine « *Verordnung wegen der minderjährigen Jugend in Fabriken überhaupt und in*

Spinnmaschinen besonders,» und verbot die Aufnahme der Kinder in Fabriken vor dem zurückgelegten 9. Jahre. Kinder vom 10 Jahre an «*sollen täglich nicht mehr als 12 bis 14 Stunden beschäftigt werden,*» und die Arbeiten im Sommer nicht vor 5 und im Winter nicht vor 6 Uhr des Morgens ihren Anfang nehmen.»

Dem Kanton Zürich folgte sofort der Kanton Thurgau mit einem ähnlichen Gesetze zum Schutze der Fabrikinder. Dann aber stand dieser schwache Kinderschutz ein halbes Jahrhundert, bis in die 60er Jahre hinein, fast ganz still. Der einzige Fortschritt bestand darin, dass in den meisten industriellen Kantonen den Kindern unter 12 Jahren die Arbeit in Fabriken untersagt wurde. Dieser einzige, aber grosse Fortschritt war dem gewaltigen Aufschwung der Volksschule durch die herrliche Regeneration der 30er Jahre zu danken. Die Demokratie verlangte, dass die Kinder der Schule und nicht der Fabrik gehören sollten, und sie bewies damit, dass sie die Schutzgöttin der Schule und der Kinder ist.

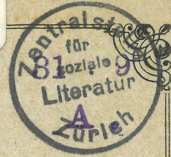
Freilich die Demokratie war noch nicht so stark, um auch die Kinder nach dem 12. Jahre vor der Ausbeutung durch die kapitalistische Wirtschaft zu schützen. Das Zürcher Gesetz von 1832 und das Glarner von 1848 erlaubten noch, die Kinder vom 13. Jahre an *14 Stunden täglich* in Fabriken abzurackern, 1859 brachte es der Kanton Zürich erst dazu, die Arbeit der Kinder auf 13 Stunden täglich zu beschränken.

Was für ein schreckliches Los vieler Tausender von Kindern enthüllen uns diese Gesetze!

Sie wollen mit einer 13 bis 14stündigen Arbeitszeit die Kinder schützen. Das beweist doch, dass in Wirklichkeit die Arbeitszeit länger war, und dass die Kinder, Mahlzeiten und Wegzeiten hinzugerechnet, *17 bis 18 Stunden fronden mussten und nur 5 bis 6 Stunden zum Schlafen übrig hatten.*

Thomas Scherr, der grosse Organisator und Reformator des zürcherischen und deutschschweizerischen Schulwesens in der herrlichen Regenerationsperiode, hat das Elend der Fabrikinder tief empfunden und wahr und ergreifend in einem Gedicht geschildert. Das Gedicht ist heute aus den Schulbüchern und Gedichtsammlungen ver-

331 8-1



Gingabe

des

Schweizerischen Arbeiterbundes

an die hohe schweizerische

Bundesversammlung

in Bern.

Betreffend das zu schaffende Bundesgesetz:

über die

Verhältnisse der Fabrikarbeiter.

(Art. 34 der Bundesverfassung)

Neuer Abdruck.

Zürich.

Druck der Aktienbuchdruckerei.

1875.



Sache, daß diejenigen Gesellschaftskreise, welche aus Geldinteresse den Begehren der Arbeiter entgegentreten, in der Presse eine große Vertretung finden und die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten bearbeiten möchten. Aber es sind ja gerade die Arbeiter, welche von diesem Gesetz am meisten berührt werden, die von demselben die Hilfe und den Schutz verlangen, welche der Staat, soll er vernünftig sein, seinen Bürgern gewähren muß und deshalb sollte auch hier die Stimme der Arbeiter gehört werden. Wir bitten Sie demgemäß Herr Präsident, geehrte Herren, nachfolgenden Wünschen eine besondere Beachtung zu schenken.

Betreffend die Kinderarbeit in Fabriken, ist der allgemeine Wunsch dahin gehend, daß kein Kind unter 15 Jahren zur Fabrikarbeit zugelassen werden darf, ferner, daß vom 16. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre die tägliche Arbeitszeit nur 6 Stunden betragen darf;

Zur Stellung dieses Begehrens sind wir gedrängt worden durch die erwiesenen Thatsachen, daß die Fabrikarbeit von schwachen, zarten Kindern, auf deren körperlichen und geistigen Organismus zerstörend einwirkt. Alle medizinischen und pädagogischen Autoritäten sind darin einig, erstere, daß der, in der Entwicklung begriffene Organismus eines jungen Kindes den Einwirkungen der meistens dumpfen und staubgeschwängerten Fabrikluft und der mehr oder minder anstrengenden mechanischen Handarbeit nicht Widerstand genug leisten kann; letztere darin, daß von einer wirklich bildenden Erziehung keine Rede sein kann bei Kindern, die ihre Jugendzeit in den Fabriken zubringen müssen. — Hat ja doch auch Herr Bundesrath Welki zugestanden, „daß unsere militärpflichtige Jugend in den Fabriken zu Grunde gehe“ und Herr Oberst Stählin hat dafür den triftigsten Beweis gegeben, indem er anführte, daß von 2600 militärpflichtigen Niedergelassenen Basels 60% militäruntaugliche Fabrikarbeiter seien. — Kann man sich eine vernichtendere Kritik der jetzigen Fabrikzustände denken, als wie sie durch das jetzt angeführte Beispiel gegeben ist und hat nicht der Staat, Angesichts dieser statistisch festgestellten Thatsache die dringende Pflicht, durch eingreifende Gesetzgebung Leben und Gesundheit seiner Bürger zu schützen? —

Von der Erkenntniß ausgehend, daß nur durch weitgehendste Bildung die Wohlfahrt des Einzelnen wie der Gesamtheit auf die Dauer begründet werden kann, macht sich in weiten Kreisen unseres Volkes der edle Drang nach möglichst vervoll-

kommenen Unterricht bemerkbar. Niemals aber wird wahrhafte allgemeine Bildung eine Thatsache werden, niemals wird ein Volk zur wahren Kultur entwicklungsfähig werden, so lange noch die Kinder eines großen Theils der Bevölkerung gezwungen durch die Macht des Kapitals, in den Fabriken ihre schönste Jugendzeit zubringen müssen. Nie ist wohl der Gesetzgebung eine schönere humanere Aufgabe zugefallen, als hier, wo sie die Kinder des armen, arbeitenden Volkes dem Familienleben, der Erziehung, der Schule, der Bildung zuweisen soll und nie wird ein Akt der Gesetzgebung von besseren Folgen begleitet sein!

Seitens der Fabrikanten, welche mit Vorliebe die Arbeitskraft von Kindern verwenden, weil dieselbe in jeder Beziehung billiger ist, wird auf das ökonomische Interesse verwiesen, das auch den Eltern solcher Kinder gebietet, behufs Vermehrung ihres Einkommens zu dem Verdienst der noch unerwachsenen Kinder zu greifen. Nun weiß man jedoch, daß infolge des wirthschaftlichen Gesetzes von Angebot und Nachfrage jetzt die Kinderarbeit dem erwachsenen Arbeiter eine große Konkurrenz bereitet, seinen Lohn soweit herabdrückt, daß derselbe nur in Verbindung mit dem der Kinder hinreicht, den nothwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, der gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur weitem Fortpflanzung erforderlich ist und daß nach Wegfall dieser Konkurrenz der Lohn der erwachsenen Arbeiter steigen muß. Die Arbeiter sind deßhalb über diesen ihnen in Aussicht gestellten Verlust beruhigt und wenn die Kapitalisten auf den Ausfall hinweisen, der ihnen durch das Verbot der Kinderarbeit erwachsen würde, so muß der Gesetzgeber diesen Einwand doch unbeachtet lassen. Es ist doch besser, einige Menschen, die schon so wie so materiell günstig gestellt sind, erleiden einige Verluste, als daß ganze Volksklassen — einige Kantone bestehen aus $\frac{1}{3}$ Bevölkerung, die im Fabrik- und Manufakturgewerbe beschäftigt sind, — Schaden an Leben und Gesundheit erleiden.

* * *

Mit der Arbeit unerwachsener Personen innig zusammenhängend ist die Frauenarbeit und lassen sich die uns ein gereichten Wünsche der Arbeiter dahin formuliren, daß

allen Frauen (sowie auch männlichen Arbeitern unter 18 Jahren) Nacht-, Ueberzeit- und Sonntagsarbeit ausnahmslos zu verbieten sei. Zum Reinigen von in Gang befindlichen Maschinen und zur Fabrikation von Stoffen

Theoretische Zugänge

Von der Sozialen Frage zu zehn Regeln gegenwärtiger sozialpädagogischer Theorie. Historisch informierte Anmerkungen

Bernd Dollinger

1 Einleitung

In sozialpädagogischen Theoriediskussionen hält sich hartnäckig die Annahme, es zeige sich ein Theorieimport aus anderen Disziplinen. Deren Theorien würden in der Sozialpädagogik zu ihrer Selbstvergewisserung genutzt. Der vorliegende Beitrag betont etwas anderes: Besonderheiten sozialpädagogischer Theoriebildung, die das jeweils kommunizierte Wissen auf besondere Weise prägen. In sozialpädagogischen Theorien wird Wissen nicht schlicht von anderen Disziplinen übernommen, sondern im Rahmen sozialpädagogischer Diskurse hervorgebracht und qualifiziert, damit so etwas wie *sozialpädagogische Theorie* sichtbar werden kann. Die entsprechenden Prozesse der Wissenskonstitution und -kommunikation weisen, so die hier vertretene Annahme, zurück auf die kulturelle und politische Diskussion der *Sozialen Frage* im 19. Jahrhundert. Insofern auch andere disziplinäre Wissensbestände durch sie geprägt wurden – vorrangig die Soziologie und andere Sozialwissenschaften –, gibt es durchaus Ähnlichkeiten mit diesen Wissensbeständen. Aber sie ändern nichts an Spezifika sozialpädagogischer Epistemologie, wie sie nachfolgend konturiert werden.

Um diese Position zur Diskussion stellen zu können, bedarf es zunächst einer zumindest kurzen Referenz auf die Soziale Frage (2). Im Anschluss kann zu einer Analyse der Regeln sozialpädagogischer Theoriebildung übergegangen werden (3). Ein Fazit schließt die Betrachtungen ab, indem sozialpädagogische Theorie als narrativ formulierter Ordnungsimperativ konzipiert wird (4).

2 Anmerkungen zur Sozialen Frage (nicht hingegen zur Industrialisierung)

Franz-Xaver Kaufmann (2003a) führt grundlegende Strukturbedingungen gegenwärtiger Wohlfahrtsstaaten auf die Art und Weise zurück, wie im

Verlauf des 19. Jahrhunderts die Soziale Frage gestellt und zu beantworten gesucht wurde. Für ihn fungiert sie als «*Schlüssel für das Verständnis nationaler Entwicklungen der Wohlfahrtsstaatlichkeit*» (ebd., 33). Die von Kaufmann (1997) ins Zentrum gerückten normativen Orientierungen und institutionellen Arrangements geben den Blick frei für national jeweils komplexe, pfadabhängige Entwicklungen. Sie beziehen sich einem weiten Sinne nach auf die Erbringung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, da auch soziale Dienste sowie, als eine wohlfahrtsstaatliche Interventionsform, «pädagogische» Maßnahmen bedacht werden (vgl. Kaufmann 2005).

Dies führt zu der Frage, ob möglicherweise nicht nur wohlfahrtsstaatliche Handlungen und Institutionen, sondern auch sozialpädagogische Theorien durch die Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage geprägt wurden. Nahliegend ist diese Annahme unter anderem angesichts der Handlungs- bzw. Praxisorientierung wesentlicher Teile der sozialpädagogischen Theorie (hierzu Birgmeier und Mührel 2013; Neumann und Sandermann 2008; Sommerfeld 2011). Wenn wohlfahrtsstaatliche Praxen im Sinne Kaufmanns historisch langfristig durch die Soziale Frage bestimmt wurden und sozialpädagogische Theorien ebenfalls an diese Praxen gebunden sind, so ist es plausibel anzunehmen, dass die Soziale Frage die sozialpädagogische Theorie ebenfalls nachhaltig beeinflusste (vgl. entsprechend Dollinger 2006; Schröder 1999).

Für eine genauere Betrachtung dieser Annahme ist zunächst die Soziale Frage zu betrachten, selbst wenn dies hier nur knapp erfolgen kann. Ein Kern-Charakteristikum verweist auf die Soziale Frage als *ein Krisenthema*: Speziell in Deutschland eilte diese «Problemformel» (Pankoke 1995, 1129) den Veränderungen sozialer bzw. struktureller Muster der Lebensführung voraus. Diese wurden problematisiert, bevor sie nachhaltig eingetreten waren (vgl. Pankoke 1970, 49). Normative bzw. ideologische Ausdeutungen bilden damit den Kern der Sozialen Frage, die jeweils so formuliert war, wie dies den Standpunkten und Interessen der Beobachter korrespondierte. Diese Kontingenz und Konflikthaftigkeit – die von einzelnen Zeitgenossen frühzeitig wahrgenommen worden war (z. B. Hoffmann 1845/1965) – kontrastierte eigentümlich mit dem Inhalt der Sozialen Frage, denn auf inhaltlicher Ebene herrschte die Tendenz vor, mit der Rede von der Sozialen Frage eine alternativlose Sicht auf die Gesellschaft als Gesamtheit durchzusetzen. Sie zielte «auf das gesellschaftliche Ganze» (Mollenhauer 1959/1987, 122): Als «Systemfrage der gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung» (Pankoke

1995, 1129) tangierte die soziale Frage nicht einzelne Teile der Gesellschaft, sondern ihre prinzipielle Verfasstheit. Und diese wurde nachhaltig kritisiert, um besondere, je nach Sichtweise unterschiedliche Lösungen gegen die diagnostizierte Krise zu begründen (im Überblick z. B. Jantke 1965; Schraepfer 1964). Ein Konsens wurde in diesem Streit zwar nicht gefunden.¹ Dennoch lag der Anspruch darin, eine spezifische Sicht als alternativlos auszuweisen, konkurrierende Deutungen zu entkräften und auf dieser Grundlage jeweils favorisierte Gegenmaßnahmen in Stellung zu bringen (erkenntnisreich in dieser Hinsicht ist unter anderem der frühe Beitrag von Diesterweg 1836/1890). Konstitutiv mit der Sozialen Frage verbunden waren demnach Auseinandersetzungen, die jeweils auf differente Forderungen verweisen, das soziale Zusammenleben zu organisieren. Wie auch immer es im Einzelnen gestaltet werden sollte: Nur ausgehend von Konzeptionen des Wünschenswerten ließ sich begründen, dass die Gegenwart inakzeptabel und interventionsbedürftig war. Es wurde ein partikulares Bild der gesellschaftlichen Ordnung entworfen, von dem erwartet wurde, dass es zur Lösung der angemahnten allgemeinen Krise dienen konnte. So wurde die Soziale Frage dem Christen zu einem Problem der Entchristlichung, dem Liberalen zu einem Problem vorenthaltener Möglichkeiten individueller Entfaltung, dem Konservativen zu einem Problem der Ent-Traditionalisierung und der Auflösung werthaltiger Gemeinschaften, dem Pädagogen zu einem Problem unzureichender Erziehungs- und Bildungschancen usw. Die Gesellschaft, ihre Krisen und für sie passende Lösungsmöglichkeiten sollten jeweils so gesehen werden, wie es dem betreffenden Standpunkt entsprach.

Dies lässt sich auf die Sozialpädagogik beziehen. Insbesondere sozial-liberale Positionen befassten sich frühzeitig mit der Sozialen Frage bzw. definierten eine solche, und sie entwarfen auch sozialpädagogische Gegenmittel (vgl. Dollinger 2007a). So thematisierte im Begriff der Sozialen Frage «die bürgerliche Öffentlichkeit erstmals die Spannung zwischen den politischen Idealen bürgerlicher Gleichheit und der faktischen sozialen Entwicklung» (Kaufmann 2003b, 21). Ein sozialpädagogisch höchst anschlussfähiges, bürgerlich-liberales *Idealbild* zur Problematisierung der Gesellschaft war «der ökonomisch, sozial und intellektuell zur Selbstbestimmung fähige Mensch» (Koch 1986, 21). Der vorrangig durch Besitz und Bildung (vgl. Gall 1996; Hett-

1 Auch blieb umstritten, ob es möglicherweise einen pädagogischen Kern der Sozialen Frage gibt, wie aus unterschiedlichen Perspektiven etwa Mollenhauer ([1959] 1987), Schmoller (1864/1865) oder Trüper (1890) argumentierten.

ling 2001) zu Selbstbestimmung befähigte Bürger war eine zentrale Referenz, von der ausgehend die Ungerechtigkeit einer Gesellschaft angeklagt wurde, die Gleichheit und Freiheit systematisch negierte.

Ein sozialpädagogisch entscheidender Punkt war bei dieser Argumentationsfolie das von Hegel ([1821] 1986, 388) so genannte «Subjektive der Armut». Zwar verwies die Soziale Frage in der zeitgenössischen Wahrnehmung auf strukturell bedingte Notlagen. Somit wurden eher allgemeine gesellschaftliche Bedingungen und gruppenbezogene Verhaltensmuster kritisiert, deutlich weniger hingegen individuelle Verhaltens- und Erlebnisweisen. Dennoch wurden in der Problematisierung der damaligen Gesellschaft überindividuelle Lebensbedingungen mit besonderen subjektiven Erfahrungsformen zusammengebracht. Diese Relationierung von Strukturbedingungen mit individuellen Erfahrungen ermöglichte besondere pädagogische und sozialpädagogische Handlungsoptionen. Ein Beispiel hierfür gibt Hegels Hinweis auf das subjektive Moment von Armut, d. h. eine den «Pöbel» konstituierende «Gesinnung» (ebd., 389). Sie entstammt strukturell möglichen Erfahrungen und zeigt sich im Einzelnen, der sich als Mensch ungerecht behandelt fühlt. Er sieht sich der ihm zustehenden Möglichkeiten und seiner Ehre beraubt und empört sich gegen die Gesellschaft. Wie Hegel erkannt hatte, ist Armut an sich hierbei nicht das Problem, sondern entscheidend ist *die besondere Deutung* sozialer Benachteiligung. Tatsächlich hatte es Hungersnöte, schlimmste Armut, Epidemien, Kriege, massenhafte Migration usw. in der Geschichte mit gravierenden Folgen vielfach bereits gegeben. Benachteiligung bzw. relative Armut wurde nun jedoch als Ungerechtigkeit erfahren, als ein Unrecht, gegen das vorzugehen war. Die Vorstellungen, wie dies zu realisieren sein sollte, unterschieden sich allerdings je nach politischem bzw. weltanschaulichem Standort. Diesbezüglich auf Einheit bzw. Solidarität zu drängen, rasche Hilfen zu fordern und mit revolutionären Bestrebungen des *Pöbels* zu drohen, waren wichtige rhetorische Mittel, um eine Soziale Frage zu formulieren. «*Hier muss geholfen werden; es darf nicht fortgehen wie bisher. Sonst werden die Steine schreien*», wie Diesterweg (1850, 126) schrieb. Es ist kein Zufall, dass in der entsprechenden Publikation nach aktuellem Kenntnisstand zum zweiten Mal in der Geschichte das Wort «Sozial-Pädagogik» verwendet wurde (vgl. Kronen 1980).

Aus diesen knappen Anmerkungen folgt, dass eine Analyse der Sozialen Frage nicht vorrangig eine Rekonstruktion struktureller Lebensbedingungen verlangt. Sie waren bedeutsam, aber es wäre nicht überzeugend, die Möglich-

keit, die Soziale Frage zu stellen, konstitutiv von einem objektiven Problemgehalt bzw. einem – wie ideologiekritisch auch immer zu dechiffrierenden – «neuen Typus gesellschaftlicher Organisation» (Mollenhauer 1959/1987, 124) abzuleiten. Wichtiger und grundlegender ist es, auf Problemzuschreibungen und deren unterschiedliche Durchsetzungsmöglichkeiten abzustellen, d. h. auf ungleich verteilte Chancen, in Öffentlichkeit und Politik mit den jeweiligen weltanschaulichen Positionen Gehör zu finden. Nicht die Industrialisierung gerät dergestalt vordringlich in den Blick, sondern kulturell-politische Artikulationen, mit denen besondere Ordnungsmodelle kommuniziert und als Lösung der Sozialen Frage vorgegeben wurden. Entsprechungen hierzu finden sich in der gegenwärtigen sozialpädagogischen Theorie und Epistemologie sozialer Wirklichkeit.

2 Regeln sozialpädagogischer Theorie

Eine analytische Weiterführung

Die bisherigen Anmerkungen können genutzt werden, um der Frage nach dem Sozialen in der sozialpädagogischen Theorie nachzuspüren. Es kann dabei nicht um eine detaillierte Rekonstruktion gehen. Stattdessen soll die skizzierte Reflexionsrichtung genutzt werden, um prinzipielle Regeln sozialpädagogischer Theorie explizit zu machen. Die hierzu im Folgenden eingenommene Haltung lässt sich in Anlehnung an die Ethnomethodologie und ihr Interesse daran beschreiben, die Konstitution von Wirklichkeit – in diesem Fall: durch die sozialpädagogische Theorie – nachzuvollziehen.² Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die Etablierung einer sozialen Wirklichkeit analysiert werden kann, weitgehend ohne dass konkrete Vorannahmen über die Gesellschaft als Erkenntnisobjekt vertreten werden (vgl. Garfinkel 1967).³ Derartige Vorannahmen wären hier etwa die Unterstellung einer spezifischen Gesellschaftsform, handlungsregulierender Normen zur Integration des Sozi-

2 Eine nähere Charakterisierung ethnomethodologischer Prinzipien soll hier unterbleiben (vgl. hierzu etwa Bergmann 2003; Francis und Hester 2004; Garfinkel 1967; Keller 2012, 241 ff.). Zur hier genutzten Einklammerung einer Bewertung oder Objektivitätsprüfung der fokussierten artikulativen Praxen im Sinne einer «ethnomethodologischen Indifferenz» vgl. Garfinkel und Sacks (1976). Zum “doing science” im Kontext von Problemdefinitionen zudem Gusfield (1981, 83 ff.) sowie zu Hinweisen auf die ethnomethodologisch begründete Erforschung wissenschaftlicher Praxen Lynch (1993) und vom Lehn (2012).

3 Dass auf Vorannahmen und Setzungen dabei nicht gänzlich verzichtet werden kann, ist offenkundig. Die zitierte ethnomethodologische Literatur erschließt die entsprechenden Annahmen. Zur Frage starker versus schwacher Setzungen zudem Dollinger et al. (2014).

alen, instrumentelle Erwartungen der Akteure oder anderes. Ohne derartige theoretische Setzungen über die bestehende gesellschaftliche Ordnung oder über das Handeln von Menschen soll eine analytische Position eingenommen werden, um erschließen zu können, wie sozialpädagogische Theorie sich möglich macht, indem sie von Gesellschaft (und den in ihr lebenden Menschen) spricht.

Damit, so die Annahme, werden sich nicht zufällig Referenzen finden lassen, wie sie in der Artikulation einer Sozialen Frage auftraten. Um eine entsprechende Analyse leisten zu können, wird nachfolgend auf eine Verge-
wisserung des gegenwärtigen Status der Sozialpädagogik Bezug genommen, auf Gespräche von Hans Thiersch und Lothar Böhnisch (2014). Dies dient der Illustration der genannten Punkte, nicht hingegen einer Darstellung oder Analyse von Ansätzen der Lebensweltorientierung oder der Lebensbewältigung. Diese wurden andernorts breit und differenziert besprochen. Die Form eines Gesprächs zur Sozialpädagogik eröffnet hingegen die Chance, relativ pointierte und interaktiv formulierte Positionen illustrativ nutzen zu können. Im Fokus steht dabei sozialpädagogische Theorie «im engeren Sinn» (Füssenhäuser und Thiersch 2011, 1634), d. h. Theorien, die den Anspruch verfolgen, Soziale Arbeit gesellschaftlich zu verorten, ihr einen (mehr oder weniger) eindeutigen *Ort* zuzuweisen.

Zehn Regeln sozialpädagogischer Theorie

Diesen Punkt einleitend, sei ein Zitat aus dem genannten Band wiedergegeben:

«Wir haben auf der einen Seite die Digitalisierung und Modularisierung des Alltags. Der Alltag wird heute umfassend kapitalisiert, droht das Eigene, dem Menschen Zugehörige zu verlieren. So destruiert sich der Alltag in seinem normativen Gehalt. In dieser Offenheit entsteht dann – zum anderen – die Gefahr, dass sich die SozialarbeiterInnen in ihren Beziehungen zum Klienten in diesem Alltag verlieren, Widersprüchlichkeiten und Konflikte nicht mehr erkennen.» (Böhnisch; in Thiersch und Böhnisch 2014, 35)

Unter Bezug auf dieses Zitat lassen sich die folgenden Regeln beschreiben, die oftmals mit der Artikulation sozialpädagogischer Theorien verwoben sind:

1. *Schlimm wie nie zuvor*: In dem Zitat wird das charakteristische Moment einer Zuspitzung kenntlich. Eine historische Entwicklung scheint zu einer akuten Krise geführt zu haben. Je nach theoretischem Standpunkt wird argumentiert, die Gesellschaft sei früher schon modernisiert gewesen, aber jetzt sei sie reflexiv modernisiert; der Kapitalismus sei früher schon schnelllebig gewesen, aber jetzt sei er ein Turbo-Kapitalismus; schon früher sei der Mensch Prozessen der Enttraditionalisierung ausgesetzt gewesen, aber jetzt sei er ontologisch bodenlos geworden usw. In dem Zitat wird diese Argumentationsstruktur an Beispiel der digitalen Kapitalisierung exerziert. Sie scheint bereits früher wirkmächtig gewesen zu sein, zeitige aber gerade «heute umfassend» relevante Konsequenzen. Das zentrale Argument ist damit historisch – allerdings ohne tatsächlich näher historisch qualifiziert zu sein. Dies resultiert aus der legitimatorischen Funktion einer Eskalation: Sie begründet besonderen Handlungs- und Wissensbedarf, der v. a. plausibel erscheint, wenn eine historisch neue, noch nicht ausreichend beschriebene gesellschaftliche Situation unterstellt wird. Die implizit angesprochene Geschichte dient im Wesentlichen dazu, den Eindruck einer Neuartigkeit zu stützen: Die Gegenwart sei in ungekannter Weise bzw. in neuem Ausmaß krisenhaft gestört. Eine genaue Aufarbeitung der Vergangenheit würde diese Annahme gegebenenfalls irritieren. Somit mag die unterschwellig angerufene Geschichte zwar ein Zerrbild sein, aber sie erfüllt eben diese Funktion: den – der damaligen Wahrnehmung der Sozialen Fragen nicht unähnlichen – Eindruck der Kulmination einer problematischen Entwicklung zu unterstreichen. Entsprechend bedeutsam sind für die sozialpädagogische Theorie Adjektive der Steigerung, die auf ein *zunehmendes, beschleunigtes, radikalisiertes, umfassendes* usw. Anwachsen von Negativem hinweisen.
2. *Alles*: Die geschilderte Haltung bezeugt eine bestimmte Art der Gegenwartsfixierung, denn sozialpädagogische Theorie beansprucht, Aussagen über die aktuelle Realität zu treffen. Wie die Soziale Frage die zeitgenössische Gegenwart in ihrer Gesamtheit zu charakterisieren beanspruchte, so soll auch die heutige Zeit in ihrer Ganzheit bestimmt werden. Es scheint dem bzw. der TheoretikerIn möglich zu sein, trotz des Insistierens auf gesellschaftliche Komplexität diese auf einen begrifflichen Punkt zu bringen. Hierzu wird eine einzelne Erscheinung diagnostiziert, die zur abstrakten (und problematisierenden) Bestim-

mung von Gesellschaft genutzt wird. Damit wird die Gesellschaft als Entität adressierbar, indem auf *Entgrenzung, radikale Pluralisierung, Durchkapitalisierung* oder anderes hingewiesen wird. Dies repräsentiert dann jeweils *die* Gesellschaft.⁴

3. *Sound nicht anders*: Indem die Gesellschaft laut sozialpädagogischem/-r BeobachterIn so ist, wie sie beschrieben wird, gibt es scheinbar keine Alternative. Die Tatsache, dass soziale Prozesse, Gesellschaft, Interaktionen usw. sozialwissenschaftlich unterschiedlich theoretisiert werden, wird durch *Kontingenzausschluss* negiert. Die Gesellschaft ist, wie sie ist, und sie entwickelt sich als Entität in einem mächtigen, eigenlogischen Prozess. Symptomatisch hierfür wird in dem obigen Zitat kein Akteur sichtbar, der die Gesellschaft vorantreibt, sondern die Entwicklung wird in einer Passivform geschildert («wird heute»). Die Konsequenzen für die Soziale Arbeit und für die Menschen der Gesellschaft scheinen dramatisch zu sein, aber es gibt keinen Verantwortlichen für diese Situation. Sie verläuft als historistischer, anonymer Vorgang, der Folgen und vor allem Probleme generiert, ohne dass die genaue Ursache deutlich würde. Würde die Wahrnehmung einer Sozialen Frage noch eng mit der Industrialisierung verbunden, so ist die Lage heute scheinbar komplexer. Es werden ökonomische bzw. kapitalistische Strukturen und Bedingungen angeklagt, aber tangiert scheinen auch alle anderen Lebensbereiche zu sein, im Falle der Digitalisierung etwa Kultur, Medien, auch die Politik usw. Sie werden durch einen in ihrem Hintergrund sich anonym vollziehenden Prozess geprägt, der zu einer nicht anders zu denkenden Gesellschaft führt.
4. *Wir in einem Boot*: Mit der Schließung von Kontingenz und der Adressierung von Gesellschaft als umfassende Entität ist eine Konsequenz verbunden, die als allgemeine Betroffenheit in Erscheinung tritt. Gemeint sind damit nicht abstrakte, *systemische* Gesellschaftsbereiche

4 Ein instruktives Beispiel liefert die neuere Systemtheorie. In ihrem Rahmen wird die gesellschaftliche Ausdifferenzierung sehr stark betont; allerdings wird sie in der Rezeption für die Theorie Sozialer Arbeit gewissermaßen re-integriert, insofern der Sozialen Arbeit bzw. dem Hilfesystem die Funktion attestiert wird, «die allgemeine stellvertretende Inklusion derjenigen Exklusionsindividualitäten [zu leisten; d. A.], die durch die anderen Funktionssysteme nicht mehr hinreichend personal inkludiert werden» (Hillebrandt 2010, 243; Hervorhebung des Autors). Ohne Bezug auf das Ganze scheint es demnach, selbst von einer gemäß der betreffenden Theorie aus notwendig partikularen Sicht (der der sozialen Hilfen), auch systemtheoretisch nicht zu gehen. Und auch nicht ohne dessen Kritik (z. B. Scherr 2015).

wie im vorausgehenden Punkt, sondern die personalen Mitglieder der Gesellschaft. Sie erscheint wie ein Container, der alle Personen umfasst. Sei es als Weltgesellschaft gemäß der Systemtheorie, als anomisch gestörte Gesellschaft im Anschluss an Durkheim und Merton, als kapitalisierte Gesellschaft in kritischen oder neo-marxistischen Theorien, als gouvernementalisierte Gesellschaft *sensu* Foucault oder anderes: Die jeweils thematisierten negativen Entwicklungen strukturieren das zeitgenössische Zusammenleben und justieren es auf eine Weise, die Probleme und Ungleichheiten zwar differentiell zuweist, aber alle Menschen berührt. Die Soziale Arbeit sorgt sich vorrangig um die (besonders) Problembetroffenen, die jedoch nur das Symptom einer Entwicklung sind, die weit mehr Personenkreise betrifft.

5. *Besseres wäre möglich*: Das eben Genannte ist mit dem wichtigen Punkt verbunden, dass die Gesellschaft zwar eine negative, gegenwärtig kulminierende Entwicklung zu vollziehen scheint, dies jedoch nicht fatalistisch gewendet wird. Vielmehr wird eine Potentialität theoretisiert, denn auch wenn die Lage aktuell schlecht sei, so könnte sie besser sein (oder werden). Am Beispiel des oben wiedergegebenen Zitates wird entsprechend auf eine Gefahr der SozialarbeiterInnen hingewiesen, sich durch die angeprangerte Entwicklung der Gesellschaft dazu verleiten zu lassen, ebenso wie die AdressatInnen einer nur «geschminkten Oberflächlichkeit» (Thiersch; in Thiersch und Böhnisch 2014, 32) zu verfallen und die den gegenwärtigen Alltag fundierenden Konflikte und Spannungen zu übersehen (Thiersch und Böhnisch 2014, 35). Wenn diese Oberflächlichkeit durchdrungen werde, so wird implizit kommuniziert, könnte wirksame Hilfe an die AdressatInnen Sozialer Arbeit vermittelt werden. Dies würde die gesellschaftliche Entwicklung und Eskalation nicht aufheben, aber es würde wichtige Unterstützung für die von den strukturellen Problemen Betroffenen geleistet. In diesem Sinne ist die Soziale Arbeit zwar möglicherweise keine sehr machtvolle gesellschaftliche Instanz, aber sie sei gesellschaftlich notwendig und sinnvoll, indem sie sich dem Menschen zuwendet, der dem digitalisierten Kapitalismus rhetorisch gegenübergestellt wird.⁵ So wird die Praxis

5 Auch hier ist ein Vergleich mit der Problematisierung der Sozialen Frage erkenntnisreich. Die Annahme, dass die gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst, aber durch Soziale Arbeit in bedeutsamer Weise gemildert werden könnten, gesteht ein, dass die Probleme weiter existieren werden. Eine derartige Annahme war historisch mit der Institutionalisierung der staatlichen Sozialpolitik in Deutschland in den 1880er Jahren verbunden, als

Sozialer Arbeit in der Theorie legitimiert, insoweit diese mindestens implizit interventionistisch orientiert ist.

6. *Man muss genau hinsehen (aber nicht nachprüfen)*: Die eben skizzierte Metaphorik von Tiefe und Oberfläche impliziert den Aufruf, sich nicht durch erste Eindrücke täuschen zu lassen. Die Theorie fordert ein, genau hinzusehen. Allerdings kontrastiert dies mit einer eigentümlichen Empirieferne sozialpädagogischer Theorie.⁶ Einerseits entwickelte sich die Soziale Arbeit in den vergangenen Jahren zu einer breit empirisch forschenden Disziplin. Es existieren zahlreiche Studien zu unterschiedlichen Aspekten Sozialer Arbeit. Allerdings entzieht sich, andererseits, die sozialpädagogische Theorie im engeren Sinne einer tatsächlichen empirischen Prüfung bzw. eine solche wird nur sehr selten anvisiert. Mitunter wird selbst bei empirischen Gegenbelegen eine theoretisch-zeitdiagnostische Position langfristig verfolgt (vgl. hierzu Dollinger 2007b). Der narrativen Struktur sozialpädagogischer Theorie scheinen empirische Befunde nur partiell nahezukommen, was angesichts der Schwierigkeit, umfassende Gesellschaftsbegriffe und normative Stellungnahmen empirisch zu prüfen, nicht überrascht. Somit wird zwar zu einem genauen Blick und einer kritischen Einschätzung des gegenwärtigen Lebens und Alltags aufgerufen. Aber der Blick und die Kritik sollen im Sinne der Theorie und ihrer narrativen Implikationen eingestellt sein (vgl. hierzu auch Neumann und Sandermann 2012).
7. *Es kommt von oben*: In dem obigen Zitat werden Kapitalisierung, Modularisierung und Digitalisierung angesprochen. Es handelt sich um unterschiedliche Phänomene, die an sich getrennt theoretisiert werden könnten und deren Zusammenwirken eine genaue Analyse möglich machen würde. Sie werden allerdings zusammengebracht in ihrer Funktion, «das Eigene, dem Menschen Zugehörige» zu beschädigen. Dieses – nicht unähnlich einer geisteswissenschaftlichen Haltung unterstellte (z. B. Nohl [1933–35] 1963) – Menschliche scheint insbesondere bezüglich einer spezifischen Normativität gefährdet zu

zeitgleich von der Sozialen Fragen vermehrt im Plural, also Sozialen Fragen, gesprochen wurde (vgl. Dollinger 2006). Nicht eine groß angelegte Lösung für das gesellschaftliche Problem sollte damit gefunden werden, sondern es sollte die dauerhafte Bearbeitung unterschiedlicher einzelner Problematiken ermöglicht werden.

6 Zum einschlägigen Beispiel Carl Mennickes in dieser Hinsicht vgl. Dollinger (2006, 164 ff.). Empirische Befunde, welche die Krisentheorie hinterfragten, wurden delegitimiert. Im Kern wiederholt dieser Punkt die geschichtslose Geschichtlichkeit, die in Punkt eins benannt wurde, im Feld empirischer Forschung.

sein, so dass eine Übergriffigkeit neuerer kultureller und ökonomischer Prozesse auf lebensweltlich-alltägliche Belange angenommen wird. An anderer Stelle wird von einem «neoliberalen Denkmuster» (Böhnisch; in Thiersch und Böhnisch 2014, 17) gesprochen, das zu einer Personalisierung von Problemdeutungen und einer Ent-Solidarisierung der Gesellschaft führe. Mit diesen Annahmen wird jeweils von umfassenden bzw. makro-strukturellen Prozessen auf eine Mikro-Ebene der Einzelnen bzw. des Alltags geschlossen. Es scheint plausibel, eine derartige Verbindung anzunehmen; in sozialpädagogischen Theorien wird sie unterschiedlich – oftmals sozialisationstheoretisch, teilweise auch stresstheoretisch, psychoanalytisch, mithilfe des Konzepts der *Subjektivierung* oder anderweitig – vorgenommen. Es handelt sich um Brückenbildungen von Makro- und Mikro-Ebene, die von Gesellschaftsdiagnosen auf die für die Soziale Arbeit zentrale Subjektebene wechseln und damit die Bearbeitung individueller Fälle theoretisch einbinden. Es scheint selbst-evident, dass, wer in einer Turbo-Gesellschaft lebt, leicht überfordert ist; oder dass derjenige, der in einer Gesellschaft ohne konsensuelle Ordnungen aufgewachsen ist, zur Restitution individueller Orientierung Gewalt anwendet; oder dass Personen, die in einer oberflächlichen Konsumkultur sozialisiert werden, zu Beliebigkeit neigen usw. Die oftmals diagnostizierte hohe Komplexität von Gesellschaft wird mit diesen Appellen an Plausibilität konterkariert. Gesellschaftliche Makro- und individuelle Mikro-Ebene werden vorrangig nach einem theoriespezifischen Common-Sense-Modell relationiert.

8. *Ich kenne die Menschen*: Der bzw. die jeweilige TheoretikerIn scheint zu wissen, wie Menschen reagieren. Am Beispiel der hier zur Illustration genutzten Positionsbestimmung Sozialer Arbeit wird zwar vor Typisierungen und der vorschnellen Nutzung von «Problem-Etiketten» (Böhnisch; in Thiersch und Böhnisch 2014, 12) gewarnt. Dennoch wird konstatiert, mediale Inszenierungen und Dramatisierungen müssten «unweigerlich zu Orientierungsproblemen führen» (ebd.), so dass eine prinzipielle Typisierung von Problemlagen bzw. Problembetroffenen als *orientierungslos* geleistet wird. Diese Betroffenheit trete nicht nur als Option auf, sondern – dramatischen Appellen im Kontext der historischen Sozialen Frage nicht unähnlich – «unweigerlich». Der bzw. die TheoretikerIn kennt die Reaktionsweisen von Menschen, insofern sie negativen äußeren Einflüssen ausgesetzt sind und sich angesichts der

strukturellen Ätiologie nicht selbst helfen können. Die implementierte Anthropologie ist negativ: Subjekte werden beschädigt und bedürfen externer Hilfe, wobei ihr Verhalten vorhergesagt bzw. begründet und bestimmt werden kann.

9. *Wir sind uneinig*: Der oben genannte Fokus auf Neoliberalismus und die These der Ent-Solidarisierung beinhalten einen Hinweis auf Solidarität als Grundlage der Möglichkeit, sozialpädagogisch zu handeln. Sozialpädagogik bedarf zu ihrer Realisierungsfähigkeit einer sozialpolitischen Ermöglichung, die ebenfalls, wie einleitend dieses Beitrags im Rekurs auf Kaufmann und die Formulierung einer Sozialen Frage beschrieben, auf moralisch-normative Grundhaltungen verweist. Würde Hilfe für Benachteiligte nicht als ranghoher, gemeinsam zu realisierender Wert angesehen, wäre institutionelles sozialpädagogisches und sozialpolitisches Handeln ausgeschlossen. In diesem Sinne appelliert sozialpädagogische Theorie an verbreitete Werthaltungen, um Zustimmung zu mobilisieren (vgl. Dollinger 2013). In ihren Anklagen einer Überforderung der Menschen durch Komplexität, Beschleunigung, Orientierungsverlust, Kapitalisierung usw. nutzt sie insbesondere Semantiken der tradierten Kulturkritik. Hierzu Bollenbeck (2007, 9): «Zentrale Pathologiebefunde der Moderne wie Entfremdung, Verdinglichung oder Rationalisierung, die gemeinhin der marxistischen und soziologischen Gesellschaftskritik zugerechnet werden, entstammen kulturkritischen Verlustgeschichten.» Früher, so scheint es, sei Alltag weniger komplex, in seinen Abläufen langsamer, stärker orientierungsgebend, nicht derart kapitalisiert gewesen usw. Unabhängig davon, ob diese Annahmen historisch tragfähig sind oder ob sie eindeutig genug sind, um sie faktisch prüfen zu können, wird an Motive der Erfahrung einer überfordernden *Moderne* appelliert, die solidarische Hilfeleistungen nötig mache. Das oben beschriebene Motiv, dass alle in einem Boot säßen, wird dergestalt zur Einforderung von Solidarität gewendet, um Soziale Arbeit möglich zu machen. Insofern deren AdressatInnen von der Gesellschaft und ihrer Entwicklung geschädigt bzw. eingeschränkt werden, sind sie für ihre problematische Lage kaum selbst verantwortlich. Dies macht Hilfe für sie in besonderer Weise plausibel (vgl. hierzu Oorschot 2000).
10. *Ich helfe*: Ein letzter Aspekt bezieht sich auf die theoretischen BeobachterInnen selbst. Sie erscheinen als von den jeweiligen Krisen unberührte AnalytikerInnen. Wer anklagt, so Garfinkel (1977, 36), muss sich «die

Autorität (...) verschaffen, im Namen letzter Werte sprechen zu können». Würde er bzw. sie als interessierte Partei auftreten, so wäre seine bzw. ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Im Falle einer Kulturkrise wäre es hinderlich, von ihr affiziert zu erscheinen, sondern es dürfte ratsam sein, als neutrale/-r DiagnostikerIn gesellschaftlicher Transformationen zu wirken, um auf objektive Weise Empfehlungen zur Bearbeitung der Krise kommunizieren zu können. Symptomatisch hierfür werden von Thiersch und Böhnisch (2014) einerseits kultur- und medienkritische Argumente vorgebracht, während andererseits Referenzen auf hochkulturell qualifizierte Werke und Personen wie auch auf anerkannte Philosophen bzw. Wissenschaftler kommuniziert werden (in Thiersch und Böhnisch 2014 z. B. «Othello» und «Drama von O'Neill», 9; «Hegel» und «Pico della Mirandola», 10; «Bourdieu», 11; «Goethes Faust», 13). Die damit signalisierte Kenntnis von Wissenschaft und Hochkultur kontrastiert die diagnostizierte Betroffenheit heutiger Menschen durch «obszöne Outings en masse» (Thiersch; in Thiersch und Böhnisch 2014, 11). Der Analytiker von Kultur und Gesellschaft ist damit unberührt von dem Analysierten. Er ist gleichsam im Sinne Alfred Webers bzw. Karl Mannheims ein unabhängiger, freischwebender Beobachter, dem es zukommt, sich kulturkritisch zu artikulieren, da er die zur Artikulation notwendige Distanz und Übersicht aufweist. So kann er begründet auf Hilfebedarf drängen und ihn einklagen.

Die zehn Punkte veranschaulichen, dass sozialpädagogische Theorie in hohem Maße narrativ geprägt ist: Sie leistet eine Erzählpraxis, die besonderen Regeln verpflichtet ist, um Plausibilität zu generieren. Diese Regeln werden jeweils theorieintern und kontextabhängig spezifiziert, prinzipiell allerdings zeigen sich nicht zufällig vielfache Ähnlichkeiten mit der Artikulation der Sozialen Frage.

4 Fazit

Michael Winkler (1993, 182) hatte in einem wichtigen Beitrag zur Frage nach sozialpädagogischen Klassikern formuliert, dass «sozialpädagogische Autoren dann zu Klassikern werden, wenn sie gesellschaftliche Krisen im Blick auf die Organisation von Erziehung zum Thema machen müssen». Sozialpädagogik ist demnach auf umfassend angelegte Krisenerfahrungen angewiesen, die als Probleme institutioneller Erziehung aufgefasst werden. Genau dies war in der Sozialen Frage gleichsam in Reinkultur gegeben. Sie

macht die Voraussetzungshaftigkeit der entsprechenden Problemzuschreibungen sichtbar: Wann eine Krise eine Krise ist, liegt nicht in der Natur der Sache. Und welche Gegenmaßnahme gegen eine als solche interpretierte Krise vorgenommen werden, ist gleichfalls eine Frage von Definitionsmacht, wobei die Soziale Arbeit nicht *per se* eine Institution zu sein scheint, die von sich aus genug Deutungshoheit entwickeln könnte, um die für sie existentiell notwendigen Problemzuschreibungen und Interventionsberechtigungen zu etablieren. Sie muss hierzu paktieren und strategische Koalitionen eingehen, um gegen öffentlich markierte Übel vorgehen zu können. Die sozialpädagogische Theorie zeigt klare Züge dieser argumentativen Notwendigkeit und Besonderheit.

In der Referenz auf die Soziale Frage werden sie deutlich. Angesichts der Strukturanalogie von historischen Problematisierungen einer Sozialen Frage und der gegenwärtigen sozialpädagogischen Theorie könnte die Ansicht vertreten werden, dass in der Sozialen Arbeit die Soziale Frage nie aufgegeben wurde. In ihren Appellen an gesellschaftliche Krisen und durch sie verursachte Probleme der AdressatInnen, ferner in ihrem Aufruf an solidarisch begründete Gegenmaßnahmen und durch die Einbettung ihrer zentralen Argumente in einen Common-Sense der Kulturkritik reproduziert sie argumentative Figuren, die aus dem 19. Jahrhundert bekannt sind. Natürlich ändern sich im Zeitverlauf auf inhaltlicher Ebene die theoretischen Motive; zudem besteht chronischer Dissens zu einer möglichen Identität der Sozialen Arbeit (z. B. Thiersch und Treptow 2011). Gleichwohl existiert eine erstaunlich stabile Form sozialpädagogischer Selbst-Positionierung, wie sie oben anhand der zehn Regeln markiert wurde. Es handelt sich um eine *longue durée* (Braudel 1977) sozialpädagogischer Deutungsstrukturen, die bislang noch nicht die ihr gebührende Aufmerksamkeit erfahren zu haben scheint. Sozialpädagogisches Wissen ist nachhaltig von spezifischen Ordnungsvorstellungen und Werthaltungen geprägt, an deren Reproduktion die Soziale Arbeit sich auch dann beteiligt, wenn sie sich scheinbar praxisfern und *rein wissenschaftlich* artikuliert. So gesehen, ist sozialpädagogische Theorie die Artikulation eines Ordnungsimperativs, der darum ringen muss, sich in politisch hegemoniale Vorstellungen über die Art und Gestaltung des gegenwärtigen Zusammenlebens einzuklinken.

Literatur

- Bergmann, Jörg R. 2003. Ethnomethodologie. S. 118–135 in *Qualitative Forschung*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke, 2. Aufl. Reinbek b. Hamburg: rowohlt.
- Birgmeier, Bernd und Eric Mührel (Hrsg.). 2013. *Handlung in Theorie und Wissenschaft Sozialer Arbeit*. Berlin: Springer.
- Bollenbeck, Georg. 2007. *Eine Geschichte der Kulturkritik*. München: C. H. Beck.
- Braudel, Fernand. 1977. Geschichte und Sozialwissenschaften. Die longue durée. S. 47–85 in *Schrift und Materie der Geschichte*, hrsg. von Claudia Honegger. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Diesterweg, Friedrich A. W. [1836] 1890. Die Lebensfrage der Zivilisation I. Über die Erziehung der unteren Klassen der menschlichen Gesellschaft. S. 171–221 in *Ausgewählte Schriften*, hrsg. von Friedrich A. W. Diesterweg. Frankfurt a.M.: M. Diesterweg.
- Diesterweg, Friedrich A. W. 1850. *Wegweiser zur Bildung für deutsche Lehrer*. 4. Aufl. Essen: Bädeker.
- Dollinger, Bernd. 2006. *Die Pädagogik der sozialen Frage. (Sozial-)Pädagogische Theorie vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik*. Wiesbaden: Springer.
- Dollinger, Bernd. 2007a. Der soziale Liberalismus und die Entstehung der Sozialpädagogik. S. 51–67 in *Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers*, hrsg. von Bernd Dollinger, Carsten Müller und Wolfgang Schröer. Wiesbaden: Springer.
- Dollinger, Bernd. 2007b. Reflexive Individualisierung als Mythologem pädagogischer Zeitdiagnostik. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 10: 75–89.
- Dollinger, Bernd (2013): Das Politische im Disziplinären: Sozialpädagogische Identität zwischen Diffusität und eigenem Blick. *Soziale Passagen* 5: 177–193.
- Dollinger, Bernd, Matthias Rudolph, Henning Schmidt-Semisch und Monika Urban. 2014. Von Setzungen, Kontingenz und Materialität – Ein Kommentar zu den Kommentaren. *Kriminologisches Journal* 46: 117–126.
- Francis, David und Stephen Hester. 2004. *An Invitation to Ethnomethodology*. London: Sage.
- Füssenhäuser, Cornelia und Hans Thiersch. 2011. Theorie und Theoriegeschichte Sozialer Arbeit. S. 1632–1645 in *Handbuch Soziale Arbeit*, hrsg. von Hans-Uwe Otto und Hans. 4. Aufl. München: Reinhardt.
- Gall, Lothar. 1996. Liberalismus und «bürgerliche Gesellschaft». Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland. S. 99–125 in *Bürgertum, liberale Bewegung und Nation*, hrsg. von Lothar Gall. München: Oldenbourg.
- Garfinkel, Harold. 1967. *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge, UK: John Wiley & Sons.
- Garfinkel, Harold. 1977. Bedingungen für den Erfolg von Degradierungszeremonien (1956). S. 31–40 in *Seminar: Abweichendes Verhalten III. Die gesellschaftliche Reaktion auf Kriminalität. Bd. 2*, hrsg. von Klaus Lüderssen und Fritz Sack. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Garfinkel, Harold und Harvey Sacks. 1976. Über formale Strukturen praktischer Handlungen. S. 130–176 in *Ethnomethodologie*, hrsg. von Elmar Weingarten, Fritz Sack und Jim Schenkein. Frankfurt: Suhrkamp.
- Gusfield, Joseph R. 1981. *The Culture of Public Problems*. Chicago: University Of Chicago Press.
- Hegel, Georg W. F. [1821] 1986. *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*. Frankfurt a.M.: Reclam.
- Hettling, Manfred. 2001. Bürgerliche Selbstbehauptung – Politischer Individualismus. S. 311–329 in *Entdeckung des Ich. Die Geschichte der Individualisierung vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, hrsg. von Richard van Dülmen. Köln: Böhlau.
- Hillebrandt, Frank. 2010. Hilfe als Funktionssystem für die Gesellschaft. S. 235–247 in *Grundriss Soziale Arbeit*. 3. Aufl., hrsg. von Werner Thole. Wiesbaden: Springer.
- Hoffmann, Johann G. [1845] 1965. Bemerkungen über die Ursachen der entsittlichenenden Dürftigkeit oder des sogenannten Pauperismus. S. 261–276 in *Die Eigentumslosen*, hrsg. von Carl D. Jantke. Freiburg: Verlag Karl Alber.
- Jantke, Carl D. (Hrsg.). 1965. *Die Eigentumslosen*. Freiburg/München: Verlag Karl Alber.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 1997. *Herausforderungen des Sozialstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2003a. *Varianten des Wohlfahrtsstaats*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2003b. *Sozialpolitisches Denken*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2005. *Sozialpolitik und Sozialstaat*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer.
- Keller, Reiner. 2012. *Das interpretative Paradigma*. Wiesbaden: Springer.
- Koch, Rainer. 1986. Liberalismus. S. 276–280, in *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, hrsg. von Wolfgang W. Mickel und Dietrich Zitzlaff. München: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kronen, Heinrich. 1980. *Sozialpädagogik. Geschichte und Bedeutung des Begriffs*. Frankfurt a.M.: Haag & Herchen.
- Lehn, Dirk vom. 2012. *Harold Garfinkel*. Konstanz: UVK.
- Lynch, Michael. 1993. *Scientific practice and ordinary action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mollenhauer, Klaus. [1959] 1987. *Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft*. Weinheim/Basel: Beltz.
- Neumann, Sascha und Philipp Sandermann. 2008. Hellsichtige Blindheit. Zur vermeintlichen sozialwissenschaftlichen Wende der sozialpädagogischen Theorie. *Widersprüche* 28: 11–30.
- Neumann, Sascha und Philipp Sandermann. 2012. Gesellschaft mittlerer Reichweise. Alltag, Lebensweltorientierung und Soziale Arbeit. S. 41–63 in *Gesellschaftsbilder Sozialer Arbeit*, hrsg. von Bernd Dollinger, Fabian Kessel, Sascha Neumann und Philipp Sandermann. Bielefeld: Transcript.
- Nohl, Herman. [1933–35] 1963. *Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie*. 6. Aufl. Frankfurt a.M.: Schulte-Bulmke Verlag.
- Oorschot, Wim v. 2000. Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy & Politics* 28: 33–48.

- Pankoke, Eckart. 1970. *Sociale Bewegung – Sociale Frage – Sociale Politik. Grundfragen der deutschen «Socialwissenschaft» im 19. Jahrhundert*. Stuttgart: Klett.
- Pankoke, Eckart. 1995. Soziale Frage. S. 1129–1134 in *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Bd. 9. Basel: Schwabe.
- Scherr, Albert (Hrsg.). 2015. *Systemtheorie und Differenzierungstheorie als Kritik*. Weinheim: Beltz.
- Schmoller, Gustav. 1864/65. Die Arbeiterfrage. S. 393–424 in *Preußische Jahrbücher*. Bd. 14 (1864) und S. 523–547 in Bd. 15 (1865).
- Schraepfer, Ernst (Hrsg.). 1964. *Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland*. Bd. 1: 1800–1870. 3. Aufl. Göttingen: Musterschmidt.
- Schröer, Wolfgang. 1999. *Sozialpädagogik und die soziale Frage*. Weinheim/München: Beltz.
- Sommerfeld, Peter. 2011. Von der Notwendigkeit einer Handlungswissenschaft. S. 43–45 in *Zur Identität der Sozialen Arbeit*, hrsg. von Hans Thiersch und Rainer Treptow (Hrsg.). Lahnstein: Neue Praxis Sonderheft 10.
- Thiersch, Hans und Lothar Böhnisch. 2014. *Spiegelungen. Lebensweltorientierung und Lebensbewältigung*. Weinheim: Beltz.
- Thiersch, Hans und Rainer Treptow (Hrsg.). 2011. *Zur Identität der Sozialen Arbeit*. Lahnstein: Neue Praxis Sonderheft 10.
- Trüper, Johannes. 1890. Erziehung und Gesellschaft. *Jahrbuch des Vereins für Wissenschaftliche Pädagogik* 22: 193–270.
- Winkler, Michael. 1993. Hat die Sozialpädagogik Klassiker? *Neue Praxis* 23: 171–185.

Von der vergangenen Gegenwart zur gegenwärtigen Zukunft. Überlegungen zur sozialphilosophischen Auseinandersetzung mit der Sozialen Frage

Ja, dass die soziale Frage zurückkehrt, da sind wir uns ganz einig. Die Vorstellung, wir hätten jemals die soziale Frage gelöst, ist eine Illusion, weil wir in der Moderne leben, in einer von Krise zu Krise fort eilenden Entwicklung mit immer neuen Herausforderungen.
(Franz-Xaver Kaufmann 2015, 141)

Mathias Lindenau und Marcel Meier Kressig

Die Soziale Frage treibt auch unsere gegenwärtigen Gesellschaften um. Sie ist keineswegs beantwortet, noch sind die mit ihr verbundenen Problemstellungen gelöst. Aufgrund der Kontingenz gesellschaftspolitischer Entwicklungen ist dies auch in Zukunft nicht zu erwarten. Vielmehr hat sich die Soziale Frage zu einem festen Bestandteil sozialpolitischer Überlegungen entwickelt, fungiert als eine Art Krisenbegleiterin gesellschaftspolitischer (Fehl-)Entwicklungen und besitzt als ein Politikum ersten Ranges eine normative Dimension: Sie gilt als Seismograph tiefgreifender Strukturängel der Gesellschaft sowie politischer Unzufriedenheit und hat zudem reformerische wie revolutionäre Aktivitäten ausgelöst.

Allerdings ist zu bedenken, dass es *die* Soziale Frage nicht gibt! Von ihr kann nur in Form eines «Kollektivsingular[s]» (Koselleck 2006, 66) gesprochen werden: *die* Soziale Frage ist ein Sammelbegriff der Sozialen Fragen, mit denen Gesellschaften konfrontiert sind. Als Kollektivsingular bezeichnet sie allgemein gesprochen gesellschaftspolitische *und* sozialpolitische Reformprobleme. Sie tritt dann mit Macht in Erscheinung, wenn die Verfasstheit des gesellschaftlichen Zusammenlebens derart degeneriert ist, dass sie dem Ideal einer rational gestalteten Gesellschaftsordnung fundamental widerspricht und sich in gesellschaftspolitischen Kontroversen entlädt. Als Auslöser derartiger Auseinandersetzungen, die mit unterschiedlicher Intensität geführt

werden, gilt grundsätzlich eine drastische ungleiche Verteilung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Rechte, die die Individuen in ihren Verfügungsmöglichkeiten und Einflusschancen sabotieren. Im Vordergrund stehen dabei massive existenzielle Risiken für erhebliche Teile der Gesellschaft, aus denen nicht allein eine Bedrohung für die soziale Integration Einzelner erwächst, sondern gesamthaft als Damoklesschwert für die Stabilität der sozialen Ordnung wahrgenommen wird. Schliesslich können die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse normativ als unvereinbar mit dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit begriffen werden (Thibaut 1998, 590).

Bekanntlich wird der Ursprung der Sozialen Frage in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verortet, als im Zuge der einsetzenden Industrialisierung krasse soziale Missstände und eine weite Teile der Bevölkerung betreffende Verelendung auftraten, die Friedrich Engels in seiner Schrift «Zur Lage der arbeitenden Klasse in England» eindrucksvoll beschrieben hat. Die sozioökonomische Lage der Menschen wurde so zum Herzstück der Sozialen Frage, die zunehmend als ein Problem gesellschaftlicher Verfasstheit und damit auch durch diese als lösbar angesehen wurde. So ist es wenig überraschend, dass insbesondere mittels sozialpolitischer Massnahmen der Sozialen Frage ihre Brisanz, auch für den Fortbestand der gesellschaftlichen Ordnung, genommen werden sollte. Doch können wir uns auch heute noch auf die enge Auffassung von der Sozialen Frage als Quintessenz der sozioökonomischen Lage beschränken – auch wenn diese selbstredend unverzichtbar ist –, um die anstehenden Herausforderungen anzugehen?

Das darf aus unterschiedlichen Gründen als zweifelhaft gelten. Zum einen scheint sich die bisher favorisierte Lösungsstrategie des wirtschaftlichen Wachstums aufgrund der «Grenzen des Wachstums» und der «ökologischen Frage» als Bumerang zu erweisen (Pankoke 1995, 1133). Verbunden damit wird selbst mit einem höheren Durchschnittseinkommen der gesamten Bevölkerung der Kampf um begehrte «Positionsgüter» (Fetscher 2003, 44) kein Ende finden. Und schliesslich tritt die bereits angesprochene Kontingenz gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen hinzu, die unsere gegenwärtigen Gesellschaften vor Schwierigkeiten stellt, die weit über den ökonomischen Bereich hinausgehen. Als Stichworte mögen hier Globalisierung, Flexibilisierung, Nachhaltigkeit, Sinnstiftung, Digitalisierung, eine sich wandelnde Solidargemeinschaft sowie die von der Zukunftsangst ausgelöste konservative Wende genügen. Aus diesen Gründen argumentieren wir in diesem Beitrag dafür, die Soziale Frage aus ihrer engen Bestimmung auf die

sozioökonomische Lage zu lösen und so den Blick auch für andere Problemstellungen zu öffnen, mit denen wir zukünftig konfrontiert sein werden.

Um dieses Unterfangen zu leisten, werden wir die Soziale Frage zunächst aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten: hinsichtlich ihrer Ideengeschichte, ihrer normativen Fundierung sowie ihrer zeit- und begriffsgeschichtlichen Semantiken. Vor dieser Hintergrundfolie plädieren wir für eine sozialphilosophische Konzeption der Sozialen Frage, welche sozial- und gesellschaftstheoretische Erkenntnisse mit normativen Anforderungen verbindet. So kann nicht nur angemessen erfasst werden, worin die gegenwärtigen Sozialen Fragen bestehen, sondern auch, welche Konsequenzen möglicher zukünftiger Entwicklungen welche Sozialen Fragen nach sich ziehen. Abschliessend wird der Blick auf die Soziale Arbeit gerichtet. Denn wenn Soziale Arbeit sich in ihrer Selbstzuschreibung als ein gesellschaftspolitischer Akteur versteht und als solcher wahrgenommen werden will, kann sie sich nicht abtinent gegenüber diesem Kollektivsingular verhalten. Es versteht sich von selbst, dass das skizzierte Vorhaben auf gedrängten Raum nur cursorisch ausgebreitet werden kann.

Die Suche nach dem bonum commune

Dass der hier verfolgte Weg, die Soziale Frage aus ihrer ökonomischen Umklammerung zu lösen, seine Berechtigung hat, lässt sich allein schon aus der Etymologie dieses Begriffs ableiten. Denn das *Soziale* an der Sozialen Frage findet seinen Ursprung im lateinischen Begriff *socialis* und bedeutet *die Gemeinschaft/Gesellschaft betreffend*. Anders formuliert verweist das Soziale begrifflich stets auf einen Aspekt, der das Individuum und seine Handlungen überschreitet, auf etwas Überindividuelles wie das *bonum commune*. Was für das Wohl der Gemeinschaft/Gesellschaft am besten ist, ist eine Fragestellung, die sich seit alters her Gesellschaften stellen. Sie beruht auf der Erfahrung einer Diskrepanz zwischen dem Ideal einer wohlgeordneten Gesellschaft – die allen Menschen einen fairen Anteil an materiellen Gütern und den Anspruch auf immaterielle Rechte gewährt – und den realen gesellschaftlichen Verhältnissen. Es sind also nicht allein die materiellen Lebensverhältnisse, die die Soziale Frage zu einer Sozialkritik an den herrschenden gesellschaftspolitischen Zuständen werden lässt, sondern ebenso immaterielle Aspekte wie die Beeinträchtigung oder Aufhebung von Freiheitsrechten und politischen Rechten. Auch wenn der Kollektivsingular Soziale Frage in seinen Ausprägungen einem permanenten Wandel unterworfen ist und zu verschiedenen

Zeiten unterschiedliche Ausformungen erfährt (Arbeiterfrage, Genderfrage, ökologische Frage etc.), zeigen sich aus einer ideengeschichtlichen Perspektive zwei wesentliche Entwicklungen, die als Transmissionsriemen für die Soziale Frage fungieren: Zum einen beginnt seit Augustinus eine stetige Aufwertung des Sozialen und führt dazu, das Soziale als einen eigenständigen Bereich neben der Politik und der Ökonomie zu fassen. Das Soziale erfährt zudem eine Karriere in den rationalen Naturrechtstheorien und mündet schliesslich, wesentlich beeinflusst durch Jean-Jacques Rousseaus («Du contract social») Vorstellungen vom Sozialen als gesellschaftlicher Dimension in der Begriffssetzung der «politica socialis», der Sozialpolitik (Redaktion 1995). Zum anderen schälen sich drei interdependente Diskursstränge heraus, die das Verständnis der Sozialen Frage rahmen: das Verhältnis zwischen Bürgern und der Gesellschaft/dem Staat, das Verhältnis von Bürgern zur Ökonomie, aber auch das Verhältnis vom Staat/der Gesellschaft zur Ökonomie (Katznelson 1997). Eine kurze ideengeschichtliche Skizze soll das plausibilisieren.

Der eigentliche Beginn der Auseinandersetzung um die Soziale Frage ist nicht erst im 19. Jahrhundert zu markieren. Schon in der Antike finden sich z. B. bei Aristoteles dezidierte Vorstellungen dazu, wie das Gemeinwesen beschaffen sein muss und die Verhältnisse zwischen den Bürgern aber auch gegenüber der Polis zu regeln sind. Der Diskurs um das *Verhältnis zwischen Bürgern und Gesellschaft* setzt also bereits in der Antike ein. Dennoch dominiert zu dieser Zeit die Vorstellung vom *fatum est*, dem unverfügbaren Schicksal, dem selbst die Götter im Olymp unterworfen sind. Auch im Mittelalter setzt sich diese Sichtweise fort; nun ist es nicht mehr das Schicksal, sondern der unergründliche Ratschluss Gottes, der als Ursache individueller Not und Armut gilt. Erst im Übergang vom Mittelalter in die Neuzeit werden derartige Begründungen in Zweifel gezogen und an ihre Stelle tritt die Auffassung, gesellschaftliche Verwerfungen als Folge der Verfasstheit einer Gesellschaft zu begreifen. Beispielhaft dafür steht Thomas Morus mit seinem Werk «Utopia». Wenn auch in fiktiver Form, so führt Morus doch in aller Deutlichkeit vor Augen, dass es die von Menschen zu verantwortende gesellschaftliche Ordnung sowie die Folgen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationen sind, die Menschen in Not und Elend treiben. Der Mensch besitzt entsprechend nicht nur das Vermögen, seine Gesellschaft in ein *bonum commune* zu überführen, sondern er hat auch die Pflicht dazu. Das Bewusstsein, gesellschaftliche Ordnungen nicht nur beeinflussen zu können, sondern auch zu müssen, spiegelt sich in der *guten policey* des aufgeklärten Absolutismus,

in der zunehmenden Rationalisierung, Pädagogisierung, Kommunalisierung und Bürokratisierung der städtischen Gemeinwesen sowie in der ausgeprägten Behandlung von Vertragstheorien wieder, wie sie, mit höchst unterschiedlichen Akzentuierungen, unter anderem von Thomas Hobbes («Leviathan») und John Locke (“Two Treatises”) vorgelegt werden.

Die humanistische Überzeugung von der Würde und Freiheit eines jeden Menschen, die Forderung der Aufklärung nach einer umfassenden Selbstbestimmung des Menschen sowie der uneingeschränkten Herrschaft der Vernunft führen, unterstützt durch die Amerikanische und Französische Revolution, schliesslich dazu, dass sämtliche Mitglieder einer Gesellschaft faktisch oder zumindest potentiell zu Staatsbürgern werden. Die nun mit Rechten ausgestatteten Individuen, die allerdings der gleichzeitig sich entwickelnden Marktrationalität unterworfen sind, rücken das *Verhältnis zwischen Bürgerstatus und Markt* in den Mittelpunkt. Massgeblich durch Adam Smith (“Wealth of Nations”) geprägt entwickelt sich ein Verständnis von der Möglichkeit zur Selbsthilfe der Betroffenen und ein Glauben an die allgemein wohlfahrtssteigernden Wirkungen der Marktwirtschaft – auch wenn Smith ein hemmungsloser Egoismus in der Wirtschaft fremd war und er auf den Rechtsstaat und die moralische Selbstbegrenzung des Menschen vertraute.

Erst auf diesen Grundlagen entfaltet sich die explizite Diskussion um die Soziale Frage im 19. Jahrhundert. Die miteinander konkurrierenden politischen Strömungen des Konservatismus, Liberalismus und des Sozialismus ringen vereinfacht formuliert darum, ob, und wenn ja, in welcher Weise der Staat in den Markt intervenieren soll, um die Interessen seiner Bürger zu schützen. Diese Auseinandersetzungen verleihen der Sozialen Frage ihre politische Brisanz und lassen das *Verhältnis zwischen Staat und Markt* zum Kampfplatz der politischen Akteure werden. Die Soziale Frage ist folglich keineswegs nur ein Produkt sozialrevolutionärer Überlegungen, sondern befeuert auch die Entwicklung von Soziallehren der beiden christlichen Kirchen, führt zu häufig bürgerlich motivierten Gründungen von Genossenschaften und zeigt vereinfacht zwei Lösungswege für die Soziale Frage auf: Genügen Reformen der bestehenden Ordnung, um die bestehenden Missstände zu beseitigen oder ist das nur durch einen revolutionären Umsturz zu erreichen? Für Karl Marx konnte nur eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft die gesellschaftlichen Übel beseitigen, sie wurde als historische Notwendigkeit begriffen, da die Mechanismen der Krisenerscheinung unaufhaltsam auf eine andere Form der Gesellschaft zusteuernten. Folgenreich wirkte sich diese

Auffassung auf die reformorientierten politischen Kräfte aus, die keineswegs einen Umsturz der Gesellschaft forcierten. Um den radikalen Kräften ihre Spitze zu nehmen, wurden sozialpolitische Massnahmen nun unumgänglich, die schliesslich in wohlfahrtsstaatlichen Arrangements und dem Auf- und Ausbau des Sozialstaates in Ausdruck fanden.

Die normativen Ankerpunkte der Sozialen Frage

Die obige Darstellung zeigt auf, dass das *Soziale* in Bezug auf die Soziale Frage nicht als wertneutrale Leerstelle zu verstehen ist, sondern im Hinblick auf ihre Beschreibung wie auch *Lösung* nicht auf eine normative Fundierung verzichten kann und so einen normativen Bezugspunkt gesellschaftlicher Ordnungen und des Gemeinwesens darstellt. Diese Sollens-Ansprüche können gleichsam *von aussen* an die Gesellschaft herangetragen oder es kann rekonstruktiv herausgearbeitet werden, an welchen normativen Massstäben sich konkrete Gesellschaften selbst messen. Letzteres läuft darauf hinaus, zu rekonstruieren, was die Soziale Frage normativ kennzeichnete.

Die Ineinssetzung der Sozialen Frage mit der Arbeiterfrage erhob die soziale Gerechtigkeit zum alleinigen normativen Ankerpunkt. Doch bereits 1871 hat von Scheel stattdessen die Bedeutung der Prinzipien Freiheit und Gleichheit für die Soziale Frage herausgestrichen und auch Heimann hat 1929 die eigentlich zugrundeliegende soziale Idee eher in der «Freiheit und Würde der Arbeit in der grossbetrieblichen Arbeitswelt» (1980, 144) gesehen. Die damit verbundene Forderung, neben der sozialen Gerechtigkeit auch alternative Wertideen als normative Ankerpunkte in den Blick zu nehmen, zeigt sich in der Weiterführung der Zielsetzungen der Französischen Revolution; die gesellschaftlichen Akteure orientierten sich zunehmend an den Prinzipien der «sozialen Freiheit» (Honneth 2015a) oder an den Wertideen von «Freiheit, Gleichheit und Sicherheit» (Husi und Meier Kressig 1998). Aber auch weitere Wertideen wurden mit der Sozialen Frage in Zusammenhang gebracht: wie die «Solidarität», die ihre Anleihen aus dem Sozialismus, christlicher Sozialethik und liberaler Philanthropie bezog (Prisching 2003); die «Subsidiarität», welche primär aus der katholischen Soziallehre entlehnt wurde (Sachße 2003) oder die «soziale Kohäsion» in Durkheims Sinn als Orientierungspunkt der französischen Sozialpolitik (Castel 2000).

Mithin stehen grundsätzlich verschiedene Wertideen als normative Ankerpunkte für die gegenwärtige Soziale Frage zur Disposition, auch wenn es für Honneth (2015b, 209) “no normative alternative to the freedom princi-

ple” gibt. Nicht nur im Hinblick auf das Erkennen der Fragwürdigkeit gesellschaftlicher Zustände sind die normativen Massstäbe auszuweisen und zu begründen, sondern auch hinsichtlich der daran anknüpfenden Lösungsvorschläge. Entsprechend ist die Zuständigkeit für die Beantwortung der Sozialen Frage zu explizieren und hinsichtlich deren Ausrichtung – gerade auch mit Blick auf die Soziale Arbeit – das Verhältnis vom Rechten und Guten zu klären, also ob eher die Verfügung über Grundgüter (Rawls 1998), die Verteilung von Ressourcen (Dworkin 2011) oder die Frage nach dem guten Leben (Nussbaum 2015/Sen 2003) im Fokus steht.

Zeit- und begriffsgeschichtliche Semantiken der Sozialen Frage

Wie die Studien von Koselleck und Luhmann eindrücklich gezeigt haben, beeinflussen sich begriffs- und ideengeschichtliche Veränderungen auf der einen Seite und gesellschaftlicher Wandel auf der anderen Seite wechselseitig (vgl. auch Lessenich 2003a). Dieser Kovariation von «Gesellschaftsstruktur und Semantik» (Luhmann) unterliegt auch die Soziale Frage. Deshalb wird im Folgenden anhand einer Skizze der wesentlichen semantischen Veränderungslinien mit Blick auf die Zeitgeschichte kurz rekonstruiert, wie die Soziale Frage begrifflich und semantisch gefasst wurde.¹

Selbstredend verändern sich im Verlauf von der vergangenen Gegenwart zur gegenwärtigen Zukunft die Herausforderungen für die jeweiligen Gesellschaften. Will man das *Neue* an der Sozialen Frage herauschälen, sind zum einen die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Rechnung zu stellen:² Konnte etwa Hegel («Grundlinien der Philosophie des Rechts») noch von der Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft ausgehen, so stellt sich die heutige Situation weit differenzierter dar: Sie ist zum einen gekennzeichnet durch eine stärkere Ausdifferenzierung und Eigen-

- 1 Ein Sonderaspekt wäre die Abgrenzung zum Begriff des sozialen Problems, der seit den 1970er Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, jedoch seit einiger Zeit in der Krise steckt. So stellt Groenemeyer (2006, 14) selbstkritisch fest, dass «der Bezug zur Politik und zu Fragen der gesellschaftlichen Relevanz der Soziologie sozialer Probleme weitgehend verloren gegangen» ist. Diese Auseinandersetzung muss hier aus Platzgründen unterbleiben. Zum Verhältnis von sozialer Frage und sozialem Problem vgl. auch Becher 1996, der für den zweiten Begriff plädiert.
- 2 Diese Erkenntnis ist beileibe nicht neu: Die «Soziale Frage [...] [erfordert] unzweideutig, dass man sich nicht auf die einseitige Betrachtung entweder der rein wirtschaftlichen oder rein politischen Verhältnisse unseres Volkslebens beschränken darf, sondern dass der gegenwärtige Zustand der Gesellschaft – denn sozial heisst ja gesellschaftlich – das Problem oder die Reihe von Problemen liefert, welche sich an die Zweifel über seine Vollkommenheit knüpfen» (von Scheel 1871, 3).

logik der Lebensbereiche (Felder), eine kulturelle Differenzierung sowie eine veränderte Klassenstruktur. Zum anderen hat sich auch der gesellschaftliche Umgang mit sozialen Herausforderungen gewandelt: Aufgrund unterschiedlicher Ordnungs- bzw. Staats- und Bürgerverständnisse beschreiten die einzelnen Sozialstaaten seit ihrer Etablierung unterschiedliche Entwicklungspfade, die nicht in jedem Fall als *Erfolgsmodell* gelten können. Mit der Konsequenz, dass die mit diversen Ordnungsvorschlägen transportierten Hoffnungen relativiert werden müssen (Stichworte hierzu lauten: Staatsversagen, Marktversagen, Gemeinschaftsversagen).

Vor dem skizzierten Anforderungsprofil lohnt es sich, zeithistorische Thematisierungen der *neuen* Sozialen Frage darauf hin zu untersuchen, wie sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einfangen. Diese lassen sich analytisch entlang der modalen Strukturierungstheorie hinsichtlich a) unterschiedlicher Lebensbereiche und Rollen und damit unterschiedlicher Regeln und Zugangsmöglichkeiten (*zugehörig/exkludiert*), b) unterschiedlicher Lebensziele und damit Fragen von *Vertrautheit/Fremdheit* und c) unterschiedlicher Lebenslagen und Fragen der Über-/*Unterordnung* untergliedern (Husi 2012; Meier Kressig und Husi 2015).³ Zudem ist danach zu fragen, welche Ordnungsvorstellungen, also welches Staats- und Gemeinschaftsverständnis, die zeitgenössischen Semantiken zum Ausdruck bringen.

Vor dieser Hintergrundfolie scheinen die 1970er eine Zäsur einzuleiten:

1) So wurde Mitte der 1970er Jahre in Deutschland die «Neue Soziale Frage» von der CDU als politischer Kampfbegriff eingeführt und somit die damalige rechte und linke Sozialstaatskritik aufgenommen. Die theoretischen Protagonisten Heiner Geissler und Warnfried Dettling verorteten eine neue soziale Herausforderung hinsichtlich der Nicht-Organisierten (gemeint waren nicht-gewerkschaftlich Organisierte) und der Nicht-Produzenten (also Nicht-Arbeiter).

«Es sind die Nichtorganisierten, kinderreiche Familien, alleinstehende Mütter mit Kindern, alte Menschen, die nicht mehr Arbeitsfähigen, Behinderte, zu deren Lasten Vorteile errungen werden können. Sie sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Zu dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital

3 Ähnliche Kriterien formuliert Koselleck (1989), jedoch anthropologisch argumentierend: Er sieht drei Differenzbestimmungen als Grundfiguren aller möglichen Geschichten: früher/später, innen/aussen, oben/unten. Die Differenz innen/aussen liesse sich in die obigen Unterdifferenzen vertraut/fremd (b) und zugehörig/exkludiert (a) untergliedern.

sind Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Minderheiten und Mehrheiten, zwischen Stadt und Land, zwischen Machtausübenden und Machtunterworfenen innerhalb der organisierten gesellschaftlichen Gruppen getreten. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage.» (Geissler 1976, 15)

Das Neue an der Sozialen Frage wird also mittels der Trennlinie zwischen innen und aussen (im Sinne von zugehörig/exkludiert) festgehalten. An die Stelle der vertikalen treten die horizontalen Disparitäten. Ordnungspolitisch zielte die angestrebte Kursänderung auf eine (wieder) stärkere Inanspruchnahme der Gemeinschaft insbesondere der Familie (Prinzip der Subsidiarität) und auf eine Veränderung der Staatsaufgaben im Sinne einer Reduktion bzw. gezielten Umlagerung der Leistungen (ebd., 36 ff.). Dahinter steht ein vertragstheoretisches Verständnis der Sozialpolitik: «Soziale Sicherheit wird verstanden als gemeinsame Leistung, nicht (nur) als Leistung des Staates» (Dettling 1982, 25).

2) Unter dem Label «Neue soziale Frage» firmiert auch Rosanvillons Problembeschreibung des Sozialstaats seit den 1980er Jahren, den er seitdem in einer ideologischen bzw. philosophischen Krise sieht. Dabei stehen zwei Aspekte im Zentrum:

«[T]he disintegration of the traditional principles of social solidarity, and the inadequacy of «social rights» as a framework in which to resolve problems of social exclusion and fully legitimate assistance programs.» (2000, 4)

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht verschiebt sich etwa für Kronauer (2002, 12) «die traditionelle «soziale Frage» und stellt sich auf neue und zugespitzte Weise als Problem der Teilhabe an (bzw. des Ausschlusses von) den gesellschaftlichen realisierten Möglichkeiten des Lebensstandards, der politischen Einflussnahme und der sozialen Anerkennung, kurz: als Problem der Exklusion». Im damit vermittelten Bild von *Innen* und *Aussen* kommen Ausgrenzungsprozesse und eine neue gesellschaftliche Spaltung in Zugehörige und Ausgeschlossene zum Ausdruck. Für Castel (2000) ist diese Sichtweise problematisch, da so die Probleme an den Rändern der Gesellschaft anstatt in deren Zentrum verortet werden, was wiederum die Gefahr der Stigma-

tisierung der Ausgeschlossenen nach sich zieht.⁴ Kronauer hingegen hält, unter Berufung auf Simmels Betrachtung des Verhältnisses zwischen dem Armen und dem gesellschaftlichen Gegenüber als «Verhältnis des simultanen Drinnen und Draussen» (1922, 368), an einer Weiterentwicklung des Exklusionskonzepts fest: Er verabschiedet sich von einem dichotomen Verständnis und setzt an seine Stelle die Frage nach der gesellschaftlichen Zugehörigkeit (Einbindung und Partizipation), von der, wenn auch ungleich, in wachsendem Ausmass verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Schichten betroffen sind (Kronauer 2002, 210). Damit kann er die neue soziale Frage nicht nur an der Trennlinie von innen/aussen festmachen, sondern mit der vertikalen Differenz von *oben/unten* verbinden. Ordnungspolitisch sieht er die Lösung in einem gesamtgesellschaftlichen Projekt mit starker Beteiligung der staatlichen Akteure (ebd., 234). Als Orientierungspunkt dient ihm dabei ein demokratietheoretisches Sozialstaatsverständnis, welches Exklusion und Ausgrenzung als Erschütterung der sozialen Grundlagen der Demokratie versteht (ebd., 227 ff.).

3) Auch für den Rechtspopulismus und die extreme Rechte hat die Soziale Frage zunehmend an Bedeutung gewonnen. Pointiert hat dies 2006 der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD Holger Apfel formuliert: «Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Frage beizutragen haben» (zit. n. Grumke und Kläner 2006, 177). Dahinter steht letztlich ein nationalistisch eingefärbtes Verständnis. Obwohl sich der Rechtspopulismus als Bewegung der «Zu-Kurz-Gekommenen» verschiedentlich mit der Differenz zwischen oben und unten (Elite vs. Volk) profiliert, fokussiert er im Hinblick auf die Soziale Frage hingegen auf eine Trennlinie zwischen innen und aussen im Sinne von *vertraut und fremd*, wobei selbst für erstere eine exklusive Solidarität festzustellen ist (Stichwort Sozialhilfemissbrauch). In ordnungspolitischer Hinsicht zeigt sich, dass die Lösungsvorschläge, sofern sie überhaupt ausformuliert sind, in den bisherigen Bahnen der jeweiligen nationalen Entwicklungen verlaufen. So finden sich auch beim Front National eher Hinweise auf etatistische Vorstellungen.

4) Die Differenz *früher/später* wird in der Zeitgeschichte zwar immer wieder mit sozialen Themen in Verbindung gesetzt, bislang aber (noch) nicht als Soziale Frage zugespißt. Der damit verknüpfte Aspekt der Generativität

4 Für eine summarische Kritik des Exklusionsbegriffs, der insbesondere die Vernachlässigung der Verwerfungen und Spaltungen in der Mehrheitsgesellschaft im stabilen Zentrum betont vgl. Vogel 2009, 178 ff.

wird vor allem in Fragen um die Altersversicherung ins Spiel gebracht und entsprechend als Generationenfrage dramatisiert.

All diese Auseinandersetzungen um die Soziale Frage rücken lediglich eine bestimmte Differenz ins Zentrum. Für eine Neubestimmung der Sozialen Frage ist das hingegen nicht zielführend. Vielmehr müssen die Differenzen über-/untergeordnet, zugehörig/exkludiert, fremd/vertraut sowie früher/später miteinander verbunden werden. Das bedeutet konkret, Ungleichheitsphänomene, Teilhabeprobleme, Identitätsfragen und Generativitätsaspekte in die Klärung einzubeziehen. Damit wird den multiplen Dimensionen der Sozialen Frage in einer polyzentrischen Gesellschaft Rechnung getragen. Zudem wäre auch deren prozesshafter Charakter zu berücksichtigen sowie die aus ordnungspolitischen Diskussionen bekannten Erkenntnisse zum Markt-, Gemeinschafts- und Staatsversagen in Erwägung zu ziehen. Hierbei liesse sich z. B. an die Diskussion zum Übergang vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft anknüpfen. Dies würde letztlich auch für die Soziale Arbeit bedeuten, dass sie sich hinsichtlich der Trias von Markt, Staat und Gemeinschaft neu ausrichten müsste.

Die bisherigen Ausführungen tragen den Charakter eines rekonstruktiven Beitrag über den (politischen und wissenschaftlichen) Diskurs zur Sozialen Frage und damit den Wandel der Begründungs- und Legitimationsmuster sozialpolitischer Interventionen. Im Folgenden wird der Blick auf die gegenwärtige Zukunft gerichtet, womit ein Perspektiven- und Rollenwechsel verbunden ist: Eine inhaltliche Positionierung greift nämlich selbst in den aktuellen Kampf der Begriffe ein und leistet damit einen Beitrag *zum* Wohlfahrtsdiskurs (vgl. zur Unterscheidung Lessenich 2003b, 423).

Vorüberlegungen zu einer sozialphilosophischen Konzeption der Sozialen Frage

Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die soziale Bedingtheit der menschlichen Existenz, welche ein wesentliches Element ihrer Selbstverwirklichung wie auch ihrer Verletzlichkeit darstellt. Zur Klärung dieses existentiellen Verhältnisses bietet sich ein sozialphilosophischer Zugang an, der sozial- und gesellschaftstheoretische Erkenntnisse zu diagnostischen und evaluativen Zwecken nutzt und diese mit normativen Ansprüchen verbindet.⁵

5 Das grundlegende Verständnis von Sozialphilosophie hat Fischbach (2016) ausführlich dargestellt; vgl. auch Jaeggi und Celikates zur Abgrenzung der Sozialphilosophie von der Soziologie, Politischen Philosophie und der Praktischen Philosophie (2017, 11 ff.).

Letztere beinhalten nicht nur gerechtigkeits-theoretische Fragen, mit denen sich etwa die Politische Philosophie intensiv auseinandersetzt, sondern darüber hinausführende Fragen nach dem gelingenden bzw. guten (individuellen und kollektiven) Leben. Für die Soziale Frage sind jene Ansätze besonders interessant, die negativ vorgehen, wie z. B. Axel Honneth: Sein Konzept der sozialen Pathologien⁶

«geht von jenen Fehlentwicklungen oder Störungen aus, die verhindern, dass die Menschen ein gutes Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu führen in der Lage sind, und analysiert dann die überindividuellen, sozialen Bedingungen individueller Selbstverwirklichung und Freiheit.» (Jaeggi und Celikates 2017, 20)

Die hierfür notwendigen Maßstäbe liessen sich zwar moralphilosophisch allgemein normativ begründen, jedoch erscheint es adäquater, die entsprechenden Bewertungskriterien aus den gesellschaftsimmanenten (expliziten wie impliziten) Rationalitätsansprüchen zu rekonstruieren:

«Der Sinn der Kritik besteht dann nicht mehr [nur] darin, zu sagen, dass die modernen Gesellschaften ihre eigenen Rationalitätskriterien missachten, sondern dass diese Rationalitätskriterien nicht jegliche Rationalität ausschöpfen oder auszuschöpfen beanspruchen.» (Fischbach 2016, 69)⁷

Das normative Konzept der «sozialen Freiheit» (Honneth 2011) kann solche Art Kritik leisten. Verstanden als Erweiterung der negativen Freiheit um die positive Freiheit im Sinne von Taylors «Verwirklichungsbegriff» (1992, 121) sowie der Thematisierung der Chancen zu ihrer Verwirklichung lassen sich mit ihm problematische gesellschaftliche Phänomene, die dieser Verwirklichung entgegenstehen, als Sozialpathologien ausweisen. Hierfür ist ein Perspektivenwechsel vonnöten, welcher die Deskription des sozialen Geschehens mit seinen problematischen Auswüchsen ins Zentrum rückt. Bei solch einem gesellschaftstheoretischen bzw. -diagnostischen Zugang sind drei Formen zu unterscheiden:

6 Der Begriff wird angesichts seiner Nähe zur Krankheitsdiagnose verschiedentlich kritisiert; vgl. stellvertretend hierfür Schmid (2013).

7 So schon von Scheel (1871, 16): «Und somit dürfen wir denn den Widerspruch der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem allgemeinen Entwicklungsprinzip der Freiheit und Gleichheit als den der Neuzeit eigenthümlichen gesellschaftlichen, sozialen Widerspruch bezeichnen.»

a) Die soziologische *Differenzierungstheorie* zeigt auf, dass die Gesellschaft nicht aus einem Guss beschaffen, sondern in verschiedene *Lebensbereiche* differenziert ist, und dass diese Vielgestaltigkeit im Laufe der Geschichte stetig zugenommen hat. Das Leben der Menschen wird nun in hohem Masse dadurch geprägt, *in welche Lebensbereiche* und *auf welche Art* sie in diese eingebunden sind. In den jeweiligen, sich stark voneinander unterscheidenden Lebensbereichen herrschen unterschiedliche Handlungslogiken und Leitideen ebenso vor, wie die Menschen in ihnen – im Rahmen bereichsspezifischer Organisationen und Rollen – jeweils besondere Tätigkeiten und Handlungen vollziehen.

Vor diesem theoretischen Hintergrund wären die bereichsspezifischen Entwicklungen mit ihren Gleichklängen, Wechselwirkungen und Gegenläufigkeiten (insbesondere in den Feldern Politik, Recht, Wirtschaft und Gemeinschaft) deskriptiv zu erfassen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass allfällige Sozialpathologien und Fehlentwicklungen zum einen aus der Eigenlogik der einzelnen Lebensbereiche wie auch aus ihrem nicht-harmonisierenden Zusammenspiel entstehen können. Verbunden damit muss der (fehlende) Zugang der Menschen zu einzelnen Lebensbereichen (Ausgestaltung der Rechte und Pflichten sowie der Partizipationsmöglichkeiten) (Husi 2012) wie auch die Frage nach der Wertschätzung bzw. Anerkennung in den einzelnen Lebensbereichen problematisiert werden.

b) Der Ungleichheitstheoretische Zugang verweist auf die *hierarchische Differenzierung* der Gesellschaft, die zu einer *sozialen Schichtung* der Gesellschaft führt. Menschen in einer ähnlichen Lebenslage, d. h. mit einer ähnlichen Ausstattung an Mitteln, bilden eine soziale Klasse (oder Schicht). Ihr Verhältnis von Über- bzw. Unterordnung ergibt ein Bild der sozialen Ungleichheit. Die ihr zugrunde liegende Ungleichverteilung von materiellen, sozialen, kulturellen und personalen Mittel ist darum von besonderem Belang, weil sie ungleiche Möglichkeiten, Handlungsspielräume und Risiken (im Sinne von Chancen und Belastungen) beinhalten. Gerät damit in einer relationalen Perspektive die ungerechtfertigte gesellschaftliche Ungleichheit als Kennzeichen von Ungerechtigkeit in den Blick, so ist im Hinblick auf die Soziale Frage freilich auch der absolute Mangel an Mitteln im Sinne einer Schwellenkonzeption zu thematisieren.

c) Der kulturtheoretische Zugang bezieht sich auf die (selbst gewählten) Lebensziele der Menschen und damit auf die *kulturelle Differenzierung* der modernen pluralistischen Gesellschaft. Sie beruht darauf, dass Menschen

mit ähnlichen Lebenszielen, Werten und Vorstellungen vom guten Leben sich dem gleichen (kulturellen) Milieu zugehörig fühlen und in ein wechselseitiges Verhältnis von Fremdheit bzw. Vertrautheit treten. Die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft verweist darauf, dass die kulturelle Homogenität moderner Gesellschaft erodiert ist und die kulturelle Differenzierung und ökonomisch basierte (vertikale) Ungleichheit keinen direkten Konnex mehr bilden:

«Die normative Kritik [...] lässt sich in dieser Strukturlage nicht länger als einfache bzw. traditionelle Kapitalismuskritik inszenieren, da sich normative Konfliktlagen jenseits der Verteilung von materiellen Ressourcen und Eigentumsrechten bemerkbar machen.» (Renn 2011, 41)

Schliesslich rücken im Hinblick auf Fragen nach den eigenen bzw. selbstgesetzten Lebenszielen sowie deren Achtung bzw. Anerkennung durch andere auch *ethischen Fragen zweiter Ordnung* in den Fokus.

Mittels dieser drei Zugänge ergibt sich ein Panorama gegenwärtiger sozialer Dysfunktionalitäten, die sich als Hindernisse im Hinblick auf die Verwirklichung (gleicher) sozialer Freiheit verstehen lassen. Dabei sind in modernen Gesellschaften Freiheitsansprüche und Gerechtigkeitsvorstellungen zwingend miteinander verzahnt, was sich unter anderem daran zeigt, dass heute Gerechtigkeit nur noch durch Bezugnahme auf die Autonomie des Einzelnen zu legitimieren ist (vgl. Honneth 2011, 36 ff.; 2015b, 209). Das bedeutet aber auch:

«Was in modernen Gesellschaften ‹gerecht› heisst, darf sich nicht einfach daran bemessen, ob und in welchem Umfang alle Gesellschaftsmitglieder über negative oder reflexive Freiheiten verfügen, sondern muss vorgängig dem Massstab genügen, diesen Subjekten gleichermassen die Chance zur Partizipation an Institutionen der Anerkennung zu gewährleisten.» (Honneth 2011, 115)

Vor diesem Hintergrund verkörpert die *Soziale Frage der Moderne* die Frage nach den Hindernissen bei der Verwirklichung der (gleichen) sozialen Freiheit. Daran anknüpfend lassen sich Sozialpathologien und gesellschaftliche Fehlentwicklungen⁸ beschreiben, welche diese Verwirklichung behindern.

8 Wir verwenden die beiden Begriffe hier ohne konzeptionellen Bezug auf Honneths neuere Unterscheidung von Sozialpathologien und Fehlentwicklung (2011). Seine neue Begriffsverwendung wurde von Freyenhagen (2015) und Schaub (2015) ausführlich kritisiert; vgl. dazu die Replik von Honneth (2015b).

Darüber hinaus sind soziale Ungerechtigkeiten⁹ zu erfassen. Ungerechtigkeiten zeigen sich freilich nicht nur in Exklusionen und Ausgrenzungen sowie in illegitimen Ungleichverteilungen von Mitteln bzw. Gütern, sie äussern sich zudem als unzureichende Anerkennung, deren Praxis und Verständnis je nach Lebensbereich unterschiedlich ist. Zu unterscheiden ist dabei jeweils konkret, ob die Anerkennung dem Menschen jeweils als Gleicher (z. B. im Recht), als Individueller (z. B. in der Familie) oder als Besonderer (z. B. als Angehöriger einer kulturellen Gruppe) geschuldet ist. Als Beurteilungskriterien hierfür können jeweils die bereichsspezifisch geltenden und anerkannten Sinngehalte und Gerechtigkeitsvorstellungen (z. B. Leistung, Bedarf, Gleichheit) dienen, die u. a. Miller (2008) und Walzer (1992) hervorgehoben haben. Angesichts ihrer Ambivalenzen ist eine Bezugnahme auf diese faktischen Verständnisse nicht ausreichend, weshalb Honneth/Stahl (2013, 294 f.) die beiden Grundfunktionen der Anerkennung in den Lebensbereichen favorisieren: Inklusion und normative Individualisierung. Erstere bezieht sich auf den grundsätzlichen Zugang zu Lebensbereichen und damit zu Anerkennungsbeziehungen und der durch sie gewährleisteten Selbstachtung überhaupt, letztere auf die Möglichkeiten der Menschen, eigene, gehaltvolle moralische Identitäten und Lebensziele auszubilden. Beide sind im Hinblick auf den Wert der Einbindung in Anerkennungsbeziehungen unerlässlich:

«Inklusion ohne Individualisierung, also Anerkennung anhand von Normen, die dem Subjekt nicht die Formulierung neuer, eigenständiger Lebensziele erlauben, ist zu schwach, um den Wert solcher Beziehungen als Medium menschlicher Freiheit verständlich zu machen, Individualisierung ohne Inklusion kann hingegen überhaupt nicht mehr als Bindung an eine Norm verstanden werden.» (Ebd., 295)

Gerade in den Lebensbereichen Gemeinschaft, Wirtschaft oder Rechtsstaat müssen dabei neben den Anerkennungsbeziehungen auch Formveränderungen in Rechnung gestellt werden, die zu Widersprüchlichkeiten führen: Wohl ermöglichen individuellere Formen der Anerkennung (z. B. in der Arbeitswelt) eine stärkere Individualität der Einzelnen und damit den Abbau starrer sozialer Beschränkungen; sie führen aber auch dazu, dass immer mehr

9 «Während ‹Ungerechtigkeiten› unbegründete Asymmetrien, insbesondere der Macht, problematisieren, erlaubt die Diagnose einer ‹Pathologie› eine Kritik von Zuständen, die alle Subjekte treffen, indem sie den Zugang zu moralisch gehaltvollen Beziehungen erschweren oder gar verhindern» (Iser 2011, 250, 216).

Personen ganz aus diesen neuen Formen der Anerkennung ausgeschlossen werden (ebd., 297). Die Folgen solch freiheitsgefährdender Flexibilisierungen zeigen sich zudem nicht nur am Rande der Gesellschaft, sondern sorgen auch für neue Verletzlichkeiten in der gesellschaftlichen Mitte (vgl. Vogel 2009).

Auf Sozialpathologien und gesellschaftliche Fehlentwicklungen weisen die Auseinandersetzungen hin, in denen die Menschen aus moralischer Empörung über ihre realen Erfahrungen die (normativ gerechtfertigte) Erfüllung der nicht eingelösten Versprechen auf soziale Freiheit einfordern. Honneth (2013, 33 f.) schlägt vor, solche

«sozialen Auseinandersetzungen ganz unabhängig von ihrer Durchsetzungskraft und öffentlichen Sichtbarkeit ‹Kämpfe um Anerkennung› zu nennen; ihr Spektrum reicht von Mikrokonfrontationen im Alltag, in denen eine Person gegenüber einer anderen auf uneingelöste Ansprüche in ihrer wechselseitig verpflichtenden Sozialbeziehung besteht, bis hin zum militanten Aufbegehren ganzer Kollektive, die sich um Rechte betrogen fühlen, welche ihnen aufgrund implizit geltender Normen eigentlich zustehen müssten.»

Die negativen Erfahrungen der Menschen bergen jedoch noch in anderer Form Hinweise auf sozialpathologische Phänomene. Diese zeigen sich im sozialen Leiden der Menschen, das sie selbst als ungerechtfertigt empfinden (Wilkinson 2005; Renault 2010), weil ihre «Kriterien und Hoffnungen bezüglich ihrer Vorstellung von Selbstverwirklichung nicht erfüllt werden, da die sozialen Bedingungen, unter denen sie leben, dies nicht gestatten» (Fischbach 2016, 129). Ein sozialphilosophischer Zugang zur Sozialen Frage hat damit nicht nur gesellschaftstheoretische und normative Konzepte einzu beziehen, sondern ebenso die sozialen Erfahrungen der Individuen. Freilich können die Sozialpathologien und Fehlentwicklungen nicht ausschliesslich aus der Teilnehmerperspektive und ohne externen Standpunkt formuliert werden, wie verschiedene Formen der Verschleierung und Ausblendung des sozialen Leidens zeigen.¹⁰ Der Aussenblick muss jedoch stets an das Selbstverständnis der Akteure zurückgebunden werden (vgl. Honneth 2015b, 216).

10 Als Beispiel sei hier nur die Banalisierung des sozialen Leidens in der Arbeitswelt erwähnt, die der französische Arbeitspsychologe Christophe Dejours aufzeigt (vgl. dazu Celikates 2009, 179 ff.).

Was hat die Soziale Arbeit mit der Sozialen Frage zu tun?

Akzeptiert man die These, dass die gegenwärtige Soziale Frage in verschiedenen Einschränkungen der sozialen Freiheit gründet, welche sich in Sozialpathologien und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zeigen und unter anderem im sozialen Leiden und unterschiedlichen Risiken und Vulnerabilitäten der Menschen zum Ausdruck kommen, wäre der Gegenstand der Sozialen Arbeit neu – allgemein formuliert – als Unterstützung bei der Verwirklichung der sozialen Freiheit zu fassen, der freilich noch weiter spezifiziert werden müsste. Schon jetzt zeigt sich allerdings, dass das weit verbreitete Verständnis von Sozialer Arbeit als Inklusionshilfe zu kurz greift. In eine ähnliche Richtung argumentiert Röh (2013) mit Bezug auf den «Capabilities Approach», wobei er allerdings bei der Zielsetzung der (Wieder-)Herstellung von Daseinsmächtigkeit die Anerkennungsthematik ausblendet: Der Sozialen Arbeit sollte es zum einen um eine Ausstattung mit Gütern und Chancen im Sinne einer gesellschaftlichen Handlungsermöglichung und als Grundlage für ein gutes Leben gehen. «Zum anderen sollte es Sozialer Arbeit darum zu tun sein, die Intentionalität und potentielle Handlungsfreiheit von Menschen verstehen und gegebenenfalls unterstützen zu können» (ebd., 163).

Als weitere Konsequenz zeigt sich, dass das gesellschaftliche normative Ideal der sozialen Freiheit auch als Massstab für die Aktivitäten der Sozialen Arbeit zu dienen hat und zwar in dem Sinne, dass sich all ihr Tun und Untertun darin zu bemessen hat, inwiefern sie die soziale Freiheit ihrer Klientinnen und Klienten erhöht bzw. gewährleistet und nicht in einen subtilen Paternalismus des «Nudging» oder ein pastorales Verhältnis abzugleiten. Schliesslich wäre auch zu überlegen, welchen Beitrag die Soziale Arbeit in Bezug auf Fragen nach dem Sinn des Lebens, dem gelingenden Leben zu leisten imstande ist. Solche *warum*-Fragen, die ein existentielles Bedürfnis eines jeden Menschen darstellen, können eben nicht allein mit den *wie*-Fragen einer defizit- oder lösungsorientierten Sichtweise beantwortet werden.

Über diese Aufgaben hinaus stellt sich die ordnungspolitische Frage nach den Zuständigkeiten für die Beantwortung der Sozialen Frage. Vor dem erwähnten gesellschaftstheoretischen Hintergrund liegt es nahe, hierbei die Wohlfahrtsgesellschaft insgesamt in die Verantwortung zu nehmen. Je nach Art und Form der Problematik wird dabei das Zusammenspiel der Ordnungsmodelle Markt, Gemeinschaft und Staat eine andere Kontur annehmen.¹¹

11 Gegen die gängige etatistische Verengung auf sozialpolitische Antworten sind die bekannten Probleme, Widersprüche und paradoxen (Neben-)Effekte in Rechnung zu stellen.

Als Anstossgeber hierfür haben sowohl die Betroffenen wie auch die Wissenschaften und Professionen zu fungieren, welche einen indirekten bzw. unmittelbaren Einblick in die Situation der Betroffenen haben, wobei in der öffentlichen Thematisierung auch die Politik, die Medien und andere eine zentrale Aufgabe übernehmen. Auch die Soziale Arbeit ist hier in der Pflicht und muss sich als politischer Akteur zudem den Herausforderungen der Zukunft stellen: Wie will sie auf die Digitalisierung reagieren? Welchen Beitrag leistet sie zum Demokratieverhalt? Wie verhält sie sich gegenüber dem drängenden Problem einer nachhaltigen Entwicklung? Welche Haltung nimmt sie gegenüber der Globalisierung ein? Diesen Rahmenbedingungen wird die Soziale Frage zweifellos gegenüberstehen, und mit ihr die Soziale Arbeit.

Man mag die skizzierten Anforderungen an die Soziale Arbeit als Überforderung lesen. Will sie jedoch einen substantiellen Beitrag zur Sozialen Frage leisten, führt kein Weg an diesen Auseinandersetzungen vorbei.

Literatur

- Becher, Heribert J. 1996. Thesen zur Verwendung der Konzepte ‹Soziales Problem› und ‹Soziale Frage› in Deutschland. *Soziale Probleme* 7: 148–160.
- Castel, Robert. 2000. *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Celikates, Robin. 2009. *Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Dettling, Warnfried. 1982. Die ‹neue soziale Frage›. S. 1–32 in *Die Neue Soziale Frage: zum soziologischen Gehalt eines sozialpolitischen Konzepts*, hrsg. von H. J. Becher. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dworkin, Ronald. *Was ist Gleichheit?* Berlin: Suhrkamp.
- Fetscher, Iring. 2003. *Individualisierung versus Solidarität*. Wien: Picus.
- Fischbach, Franck. 2016. *Manifest für eine Sozialphilosophie*. Bielefeld: transcript.
- Freyenhagen, Fabian. 2015. Honneth on Social Pathologies. A Critique. *Critical Horizons* 16(2): 131–152.
- Geissler, Heiner. 1976. *Die Neue Soziale Frage. Armut im Wohlfahrtsstaat*. Freiburg i.Br.: Herder.
- Groenemeyer, Axel. 2006. Gesellschaftspolitische Relevanz und soziologische Reputation. Eine kleine Geschichte über 30 Jahre Soziologie sozialer Probleme in Deutschland. *Soziale Probleme* 17(1): 9–19.
- Grumke, Thomas und Andreas Klärner. 2006. Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Grossbritannien seit 1990. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Nichtsdestotrotz ist die Sozialpolitik weiterhin als wünschenswert und unvermeidlich einzuschätzen.

- Heimann, Eduard. 1980. *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2011. *Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2015a. *Die Idee des Sozialismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel. 2015b. Rejoinder. *Critical Horizons* 16(2): 204–226.
- Honneth, Axel und Titus Stahl. 2013. Wandel der Anerkennung. Überlegungen aus gerechtigkeits-theoretischer Perspektive. S. 275–300 in *Strukturwandel der Anerkennung. Paradoxien sozialer Integration in der Gegenwart*, hrsg. von Axel Honneth, Ophelia Lindemann und Stephan Voswinkel. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Husi, Gregor. 2012. Auf dem Weg zur Beteiligungsgesellschaft. S. 75–119 in *Zwischen Sicherheitserwartung und Risikoerfahrung. Vom Umgang mit einem gesellschaftlichen Paradoxon in der Sozialen Arbeit*, hrsg. von Mathias Lindenau und Marcel Meier Kressig (Hg.). Bielefeld: transcript.
- Husi, Gregor und Marcel Meier Kressig. 1998. *Der Geist des Demokratismus. Modernisierung als Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Iser, Mattias. 2011. *Empörung und Fortschritt. Grundlagen einer kritischen Theorie der Gesellschaft* (2. durchges. Aufl.). Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Jaeggi, Rahel und Robin Celikates. 2017. *Sozialphilosophie. Eine Einführung*. München: Beck.
- Katznelson, Ira. 1997: Vom Bettelstand zur Armut. Gesellschaftliches Wissen und die soziale Frage. S. 202–230 in *Aufklärung heute*, hrsg. von Krzysztof Michalski. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 2015. «Die Moderne ist das fortgesetzte Stolpern von Krise zu Krise». Im Gespräch mit Stephan Lessenich. *ZSR* 61(2): 129–146.
- Koselleck, Reinhart. 1989. Sprachwandel und Ereignisgeschichte. *Merkur* 43: 657–673.
- Koselleck, Reinhart. 2006. Die Geschichte der Begriffe und Begriffe der Geschichte. S. 56–76 in *Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache*, hrsg. von Reinhart Koselleck. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kronauer, Martin. 2002. *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Lessenich, Stephan. 2003a. Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Semantiken des Wohlfahrtsstaats. S. 9–19 in *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, hrsg. von Stephan Lessenich. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lessenich, Stephan. 2003b. Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe – Politik im Wohlfahrtsstaat. S. 419–426 in *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, hrsg. von Stephan Lessenich. Frankfurt a.M.: Campus.
- Meier Kressig, Marcel und Gregor Husi. 2015. *Auf den Spuren des Lebens. Eine Einführung in das erweiterte Lebenslagenkonzept*. St. Gallen/Luzern: Modulkript.
- Miller, David. 2008. *Grundsätze sozialer Gerechtigkeit*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Nussbaum, Martha. *Fähigkeiten schaffen. Neue Wege zur Verbesserung menschlicher Lebensqualität*. Freiburg i.Br.: Alber.

- Pankoke, Eckart. 1995. Soziale Frage. S. 1129–1134 in *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 9. Darmstadt: WBG.
- Prisching, Manfred. 2003. Solidarität: Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens. In Lessenich, Stephan (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*. Frankfurt a.M.: Campus, 157–190.
- Rawls, John. 1998. *Politischer Liberalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Redaktion. 1995. Sozial; das Soziale. S. 113–1121 in *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 9. Darmstadt: WBG.
- Renault, Emmanuel. 2010. A Critical Theory of Social Suffering. *Critical Horizons* 11(2): 221–241.
- Renn, Joachim. 2011. Moralisierung der Anerkennung oder ethische Imperative zweiter Ordnung? Zu den Folgen multipler sozialer Differenzierung für das Projekt einer normativen Theorie der Gesellschaft. S. 37–59 in *Ethik – Anerkennung – Gerechtigkeit. Philosophische, literarische und gesellschaftliche Perspektiven*, hrsg. von Alexandra Böhm, Antje Kley und Mark Schönleben. München: Fink.
- Röh, Dieter. 2013. *Soziale Arbeit, Gerechtigkeit und das gute Leben. Eine Handlungstheorie zur daseinsmächtigen Lebensführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rosanvallon, Pierre. 2000. *The New Social Question. Rethinking the Welfare State*. Princeton: Princeton University Press.
- Sachße, Christoph. 2003. Subsidiarität: Leitmaxime deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit. S. 191–212 in *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, hrsg. von Stephan Lessenich. Frankfurt a.M.: Campus, 191–212.
- Schaub, Jörg. 2015. Misdevelopments, Pathologies, and Normative Revolutions. Normative Reconstruction as Method of Critical Theory. *Critical Horizons* 16(2): 107–130.
- Schmid, Hans Bernhard. 2013. Kritik der sozialen Pathologisierung. *Soziologische Revue* 36 (3): 234–238.
- Sen, Amartya. 2003. *Inequality Reexamined*. Oxford: Oxford University Press.
- Simmel, Georg. 1922. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung* (2. Aufl.). München/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Taylor, Charles. 1992. *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Thibaut, Bernhard. 1998. Soziale Frage. S. 590–591 in *Lexikon der Politik*, hrsg. von Dieter Nohlen. München: Beck.
- Vogel, Berthold. 2009. *Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*. Hamburg: Hamburger Edition.
- von Scheel, Hans. 1871. *Die Theorie der Sozialen Frage*. Jena: Mauke.
- Walzer, Michael. 1992. *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Wilkinson, Iain. 2005. *Suffering. A Sociological Introduction*. Cambridge: Polity Press.

Dispositionen der Sozialen Frage – Ausbeutung, Rassismus, Selbstschädigung

Stefan Paulus

Die Soziale Frage, die ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der europäischen Bevölkerungsexplosion, der ersten industriellen Revolution einherging, welche als Folge massenhaftes Elend grosser Teile der Bevölkerung brachte, ist wieder aktuell. Spätestens mit dem Ausbruch der immer noch andauernden globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 ist die Soziale Frage im 21. Jahrhundert angekommen. Bei genauerer Betrachtung scheint diese seit einer Dekade dauernden Krise zum *Normalzustand* geworden zu sein: Erwerbslosigkeit, Leiharbeit, Obdachlosigkeit, steigendes Armutsrisiko, Prekarität in den Industrienationen – Schulden, Massenverelendung, Eltern, die ihre Kinder nicht mehr ernähren können an den Rändern Europas – geopolitische Kriege und Flucht in der Peripherie. Während Politiker_innen durch nationalistische Ideologien diese Lage befeuern, verleihen Kapitalismusverlierer_innen – und diejenigen, die Angst haben, dass sie dazu gehören könnten – ihren Ressentiments mit Hass, Terror und Gewalt Ausdruck. Das Ergebnis dieses Spektakels ist ein Kampf *Aller gegen Alle*: Sesshafte gegen Geflüchtete, Lohnabhängige gegen Sozialhilfeempfangende, Einheimische gegen Ausländer. In diesem Zusammenhang stellt sich für die Soziale Arbeit die Frage, welchen fachlichen und ethischen Standpunkt sie zu diesen Widersprüchen einnimmt, und wie sie mit menschenverachtenden Politiken umgeht. Kann die Soziale Arbeit hierbei ihr allparteiisches Professionsverständnis behaupten oder müsste im Kontext der neuen Sozialen Frage dieses Professionsverständnis in ein anwaltschaftliches, parteiisches und proaktives revidiert werden?

Der folgende Artikel versucht daher eine analytische Positionsbestimmung, um den Dispositionen der Sozialen Frage auf den Grund zu gehen. Denn dieses undurchsichtige «Gefüge» (Deleuze und Guattarie 1977, 114) der Sozialen Frage, welches durch ökonomische, institutionelle und repressive Aspekte verbunden ist und das durch ideologische Denkangebote gespeist wird, erzeugt wahrnehmbare und durch die je eigene Teilhabe wirkmächtig

werdende Ereignisse, Phänomene, Zustände. Im folgenden Artikel geht es daher darum, diese Materialisierungen der aktuellen Sozialen Frage, ihrer Komponenten, aber auch die Prozesse der Homogenisierung zu erfassen. Konkret geht es darum, ein Ordnungsschema in das Gefüge von unterschiedlichen Diskursen, Politiken, wirtschaftlichen Strategien, Entscheidungen oder ideologischen Denkweisen einzuziehen, um eben die Ausprägungen der Sozialen Frage phänomenologisch und zeitlich sowie die wesentlichen Dispositionen dieses Gefüges zu charakterisieren.

Methodologisch bietet sich die Dispositivanalyse als Ordnungsschema sowie Analyseinstrument der Anordnungen und Verbindungen des Gefüges an. Dispositivanalysen untersuchen, ausgehend von der Frage nach der Wirkmächtigkeit moderner Subjektivierungsweisen, welche Strategien bestimmte gesellschaftliche Machtverhältnisse entstehen lassen. In diesem Kontext wird auch untersucht, welche Autorisierungsinstanzen und Techniken diese Prozesse stützen und welche machtstrategischen Ziele damit verbunden sind. Die Dispositivanalyse ist somit ein rekonstruktives Verfahren, das die Vielfältigkeit von sozialen Praxen und Anordnungen erfasst, um zu verstehen, wie Individuen eine Position in der Sozialstruktur zugewiesen bekommen bzw. sich selbst einen Platz zuweisen (Foucault 1978, 120; Jäger 2001; Bührmann und Schneider 2008, 18 ff.). Jäger schlägt zur Analyse von Dispositiven eine bestimmte Reihenfolge vor: Es müssen erstens vorwiegend historische und strategische Funktionen von Dispositivenelementen betrachtet und herausgearbeitet werden. Zweitens bedarf es einer Ausweitung der soziohistorischen Rahmenanalyse hin zu einer Analyse von gesellschaftlichen Diskursen respektive Denkformen und Ideologien, um anschließend nicht-diskursive Praxen sichtbar und gegenständlich zu machen (Jäger 2001, 106 f.). Für die Analyse der Sozialen Frage ergibt sich daher ebenso eine Dreiteilung, welche gleichzeitig diesen Artikel strukturiert:

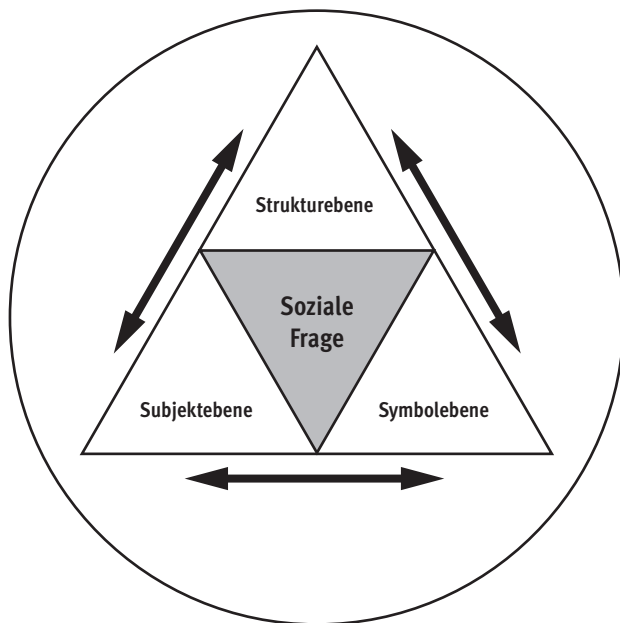
- › Auf der strukturellen Ebene steht die Rekonstruktion der soziohistorischen Machtverhältnisse und Prozesse zur Etablierung einer Sozialen Frage im Vordergrund (Kapitel 1). Zentrale Beobachtung wird hierbei das Ökonomische Prinzip sowie die Regulation des Klassenwiderspruchs sein.
- › Auf der symbolischen Ebene stehen Diskurse, Denkweisen, Ideologien, welche die Soziale Frage bedeuten und regulieren im Vordergrund (Kapitel 2). Zentrale Beobachtung wird hierbei die ideologische Verschlei-

erung des kapitalistischen Prinzips sowie rassistische Lösungsansätze der Soziale Frage sein.

- › Auf der subjektiven Ebene stehen Handlungs- und Bewältigungsstrategien im Kontext der vorherrschenden Sozialstrukturen und ideologischen Denkangeboten, welche zur Formierung und Materialisierung der Sozialen Frage beitragen, im Vordergrund (Kapitel 3). Zentrale Beobachtung wird hierbei die Angst vor sozialem Abstieg und egoistische Absicherungsstrategien sein.

Durch diese Einteilung zur Analyse der Sozialen Frage können gleichzeitig Schnittstellen und Wechselwirkungen im Gefüge bzw. zwischen den Ebenen und damit das Dispositiv der Sozialen Frage sichtbar gemacht werden (Kapitel 4).

Abbildung 1: Dispositivanalyse der Sozialen Frage



1 Strukturebene

Als Friedrich Engels 1845 «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» mit dem Untertitel «Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen» veröffentlichte, bereiste er zuvor die englischen Industriestädte und

beschrieb die soziale Veredlung und wirtschaftlichen Verhältnisse in England. Er zeichnet ein Bild von feuchten Wohnungen, Kellerlöchern, die von unten oder oben nicht wasserdicht sind, von Gestalten in zerlumpten Kleidern, die schlechte und schwerverdauliche Nahrungsmittel essen. Er beschreibt das schlimmste und bitterste Elend, das sich von der Obdachlosigkeit zum Hungertode steigert. Er sieht, dass das Elend den Menschen nur die Wahl lässt, langsam zu verhungern, sich rasch zu töten oder sich das zu nehmen, was sie nötig haben. Er stellt fest, dass Selbstmord im Proletariat zur Mode geworden ist und eine Menge armer Leute sich töten, um dem Elend zu entgehen (Engels 1845, 146 ff.). Mit diesem Pionierwerk der Sozialforschung, welches empirische Beschreibungen und theoretische Verallgemeinerungen verbindet, ist nicht nur eine systematische Veranschaulichung der Sozialen Frage während der Industrialisierung dargelegt worden, sondern auch der Grundstein für die Analyse und Kritik der politischen Ökonomie. Wie Marx, mehr als 20 Jahre später, im ersten Band des Kapitals analysiert, ist die historische Entwicklung dieser Zustände auf das Zusammentreffen zweier wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen bzw. auf Klassenwidersprüche zurückzuführen: Eigentümer von Geld, Produktions- und Lebensmitteln, die durch Ankauf fremder Arbeitskraft Waren produzieren lassen einerseits und andererseits lohnabhängige Arbeitskräfte, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und diese daher verkaufen müssen, um sich von ihrem Lohn das Überleben zu sichern. Diese grundlegende Zusammensetzung der kapitalistischen Wirtschaftsweise führt zu elementarer sozialer Ungleichheit, welche mit Konkurrenz, Ausbeutung und Wachstum für die einen sowie Armut für die anderen einhergeht (MEW 23: 245 ff.). Für die Verelendung bzw. Ausbeutung der Lohnabhängigen macht Marx die reelle und formelle Subsumption der Arbeitskraft unter das Kapital (MEW 23, 533) verantwortlich. Zusammenfassend heißt das, dass die Vermehrung von Elend und Geld auf dem ökonomischen Prinzip basiert, welches vorgibt, mit den vorhandenen Mitteln einen maximaleren Nutzen zu erzielen bzw. ein bestimmtes Ziel mit minimalem Aufwand zu verwirklichen. In der Regel geschieht die Gewinnmaximierung durch eine optimale, rationale und effiziente Produktionsplanung und Kosteneinsparung, um die Gewinnspanne eines Produktes zu vergrößern. Marx bringt das ökonomische Prinzip auf folgende Gleichung:

«Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem

Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.» (MEW 23, 674 f.)

Somit lässt sich als erste Disposition der Sozialen Frage der *kapitalistische Zwangsmechanismus* beschreiben, der den je Einzelnen, soweit sie in einem kapitalistischen Gefüge verflochten sind, die Normen des ökonomischen Handelns aufgezwungen werden. Im Prinzip ist dieses Verhältnis eine Zweck-Mittel-Verkehrung. Das heißt der Mittelpunkt und das Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens ist nicht das Wohlergehen von Menschen, sondern Ausbeutung sowie Profit und Sonderinteressen einzelner sind gegenüber dem Gemeinwohl vorrangig.

Offen ist allerdings hierbei, wie dieses Verhältnis legitimiert, von allen Beteiligten getragen wird, da es offensichtlich nicht zum Vorteil aller beiträgt. Der Klassenwiderspruch erfordert eine politische sowie soziale Regulationen zur Reproduktion dieses Ausbeutungsverhältnisses (Hirsch 1974, 29–49, Hübner 1990, 246 ff.). Die Regulationstheorie im Anschluss an Marx beschäftigt sich mit diesen Steuerungsprozessen und beschreibt diese als institutionelle Konfigurationen, welche die staatliche Herrschaftsorganisation, ideologischen Formen, herrschenden Subjektpprägungen und damit das Hegemonialverhältnis im Sinne generalisierter Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft zum Gegenstand haben (Hirsch 2001, 174). Regulationen können «nur in der Weise stattfinden, in der politische Gemeinschaftlichkeit in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist: mittels des Staates» (Hirsch 2005, 28). Konkrete Regulationen beziehen sich auf die jeweilige soziale Sicherung, die politische Steuerung von Eigentumsverhältnissen, Konsumnormen, Unternehmensformen inklusive der Absicherung von Formen der Konkurrenz und der Kooperation sowie auf Geld- und Kreditbeziehungen (Hübner 1990). Die politische Form der Regulation bestimmt sich aus den jeweiligen Kräfteverhältnissen und Konfliktachsen der Gesellschaftsformation und drückt sich dementsprechend in institutionellen Konfigurationen oder politischen Regulationsweisen, wie (Neo)Liberalismus, Protektionismus, Keynesianismus, Sozialdemokratie etc., aus. Das heißt, es werden folglich durch staatlichen Einfluss und Instrumente – Gewaltmonopol, Überwachung durch Gesetze, Garantie auf Privateigentum, Bereitstellung von Infrastruktur, Reproduktion und Ausbildung von Arbeitskräften, Versicherungsleistungen – Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise – je nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen – reguliert (Hirsch 2005, 49). Die Besonderheit der staatlichen Leistungen gegenüber konkurrierenden bzw. sich bekämp-

fenden gesellschaftlichen Kräften liegt darin, dass der Staat zum Ort der Vermittlung sozialer Kompromisse und Gleichgewichte wird (Hirsch 2005, 30), damit «die sozialen Klassen, die Geschlechter, die Stände oder die Individuen sich nicht in einem Kampf ohne Ende zerreiben» (Lipietz 1985, 112).

Verdeutlichen lässt sich eine Regulationsweise bzw. die Erzeugung des «inneren sozialen Friedens» am Beispiel der Sozialversicherungen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Regulation des Klassenwiderspruchs führen, weil mangelnde Gesundheit der Bevölkerung, Konflikte und soziale Unruhen die Sicherheit der ökonomischen Prozesse in Frage stellt. Versichert werden überwiegend Risiken der Arbeitnehmenden wie Krankheit, Arbeitsunfall, Arbeitslosigkeit oder Tod. Trotzdem liefern die Versicherungen Schutz für beide Parteien, denn die sozialstaatlichen Mittel sind letztendlich auch Mittel gegen Revolutionen, sie dienen zur Herstellung bzw. Sicherung des «sozialen Friedens» und zielen damit auf die Kontrollierbarkeit und Planbarkeit des Klassenverhältnisses ab. Der soziale Kompromiss drückt sich fast ein ganzes Jahrhundert bis in die 1970er Jahre in den Industrienationen auch darin aus, dass Arbeitnehmende am Wohlstand beteiligt werden – allerdings nur unter Wahrung der vorherrschenden gesellschaftlichen Produktionsweise. Diese Teilhabe an einem expandierenden Massenkonsum und an wohlfahrtsstaatlicher sozialer Sicherung ist gleichzeitig die Grundlage eines stabilen und übergreifenden Klassenkompromisses (Hirsch 1995, 75).

Erst mit dem Abbau sozialstaatlicher Absicherungen im Zuge der Fordismuskrise in den 1970ern, so die zentrale These von Castel und Dörre, entsteht eine neue Soziale Frage, die mittels Prekarität, Abstieg und Ausgrenzung eine Zone neuartiger Verwundbarkeit der Lohnabhängigen schafft. Die Transformation der neuen Sozialen Frage manifestiert sich im Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und im Abbau des Wohlfahrtsstaates. Sie manifestiert sich als Entsolidarisierung und vor allem in der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse (Castel und Dörre 2009). Das heißt, die Automation der Produktion, welche zu Entlassungen von Arbeitskräften und zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit führt, leitet die neue Soziale Frage ein. Mit dem Abbau sozialstaatlicher Sicherungen entstehen neue Verelendungstendenzen, welche sich qualitativ von den historischen Missständen unterscheiden, weil sie sich vor dem Hintergrund bereits bestehender sozialstaatlich garantierter Sicherungsmechanismen abspielen. Damit verliert der Sozialstaat seine befriedende Integrationskraft bzw. befindet sich in einer Krise der Regulationsweise, weil soziale Missstände nicht mehr aufgefangen werden und

dementsprechend Zustände wie zu Beginn der Sozialen Frage produziert werden (Castel 2011, 13; 20; 359; 401).

Somit lässt sich als zweite Disposition der Sozialen Frage eine *Regulation des Klassenwiderspruchs durch Bedrohung und Bestechung* festhalten, wobei letztlich die politischen Regulationen für den Erhalt der Ausbeutungsverhältnisse maßgeblich sind. Demnach ist der Klassenwiderspruch in einem von Zwang und Konsens durchzogenen Konstituierungsprozess eingebettet und die Regulation ist erfolgreich, sofern ein relativer «innerer sozialer Frieden» die Gesellschaftsformation durchzieht.

2 Symbolebene

Um bestimmte zweckmäßige Gesellschaftsordnungen zu etablieren, bedarf es nicht nur der Etablierung ökonomischer, politischer und sozialer Strukturen, sondern auch gemeinsam getragener Vorstellungen von ökonomischen, politischen oder sozialen Beziehungen. Das heißt, es bedarf Ideen und Konzepte hinsichtlich der Entwicklung einer Gesellschaft sowie Personen und Institutionen, die bestimmte «Wahrheiten» entwickeln und reproduzieren. Vor allem Ideologien liefern hierfür ein Gefüge von «Begriffen, Vorstellungen und Bildern» (Althusser 1985, 31). Ideologien sind nicht als «falsches Bewusstsein» (Adorno 1998, 190) misszuverstehen, sondern als «praktische Normen, die die Haltung und die konkrete Stellungnahme der Menschen gegenüber den realen Gegenständen und den realen Problemen ihrer gesellschaftlichen Existenz sowie ihrer Geschichte «bestimmen»» (Althusser 1985, 31). Ideologische Regulationen werden allgemein in den «ideologischen Staatsapparaten» (Althusser 1977), wie religiösen, schulischen, juristischen, politischen, gewerkschaftlichen, medialen, kulturellen oder familiären Apparaten, reproduziert. Diese Apparate bzw. «Institutionen leiten gesellschaftliches Handeln an und begrenzen es» (Hirsch 2005, 43). Ideologien sind somit gelebte gesellschaftliche Praxen. Ihre Materialität wird bewahrt, verteidigt oder entfaltet, indem aus Ideologien individuelle Bedeutungen und Handlungsprämissen entstehen (Holzkamp 1997).

Verdeutlichen lässt sich die Bedeutungsproduktion am Beispiel der bürgerlich oder nationalsozialistischen Ideologie. Für die eine Ideologie sind Rationalität, Naturbeherrschung und Marktwirtschaft und für die andere Ideologie Antikapitalismus, Rassismus und Antisemitismus konstitutiv. Für die Formation und Regulation der Sozialen Frage und damit des Klassenwiderspruchs sind nicht nur der freie Markt und der Wohlfahrtsstaat

relevant, sondern auch rassistische und antisemitische Umdeutungen des Klassenwiderspruchs in Form der Unterscheidung zwischen «schaffender» und «raffender» Arbeit. Im Zuge der Industrialisierung etabliert sich ein Code zur Unterscheidung von «schaffender» Arbeit und «raffender» Nichtarbeit. In den damals verfügbaren Medien taucht das Bild des «jüdischen, parasitären Wucherers, Börsenspekulanten, Kapitalisten und Bankiers» als Stereotyp für das «raffende» Kapital auf. Hier wird die Vorstellung konstruiert, dass neben einem produktiven Industriekapital ein unproduktives, wurzelloses, betrügerisches, jüdisches Finanzkapital existiere (Schatz und Wöldike 2001, 108). Statt die Mechanismen des Kapitalismus als komplexes gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren, sollen in dieser antisemitischen Projektion nicht die Ursachen der Verelendungstendenzen des Kapitalismus aufgehoben werden, sondern eine scheinbar negative Seite davon. Joseph Goebbels spitzt in «Soziale Frage und soziale Not» in der Gauzeitung der Berliner NSDAP diese Sichtweise wie folgt zu:

«Die soziale Frage ist für uns Nationalsozialisten nicht nur die Frage nach der wirtschaftlichen Besserstellung der unterdrückten Klasse unseres Volkes, sondern größer und umfassender: die Frage nach der Verständigungsfähigkeit der Volksgenossen untereinander zur Hebung, Förderung und Mehrung aller sittlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Güter der gesamten Nation und jedes Einzelnen.»
(Goebbels 1929, 9 f.)

Zusammenfassend bedeutet dies, dass «schaffendes Kapital» sowie die Idee einer «Volksgemeinschaft» Chiffren zur Überwindung der Klassenwidersprüche sind. Die Rede einer nationalen Sozialen Frage versucht Klassen entlang nationaler Territorien zu spalten und sorgt für die Möglichkeit einer Herausbildung konkurrierender nationaler und «rassistischer» Gemeinschaften sowie «nationaler Identitäten».

Rassistische Argumentationsfiguren als Lösungen der Sozialen Frage und zur Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse sind allerdings kein deutscher Sonderweg, der mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stoppt. Intersektionen von rassistischen und antikapitalistischen Diskursen lassen sich in unterschiedlichen Varianten wiederfinden. Beispielhaft lässt sich hier auch ein linker Diskurs anführen: Arthur Steiner, Präsident des Schweizer Gewerkschaftsbundes und Nationalrat im Jahre 1955:

«Doch hat die Einwanderung in der letzten Zeit das tragbare Maß überschritten, was zu einem Unbehagen in der Arbeiterschaft geführt hat. Der ‹Druck von unten›, von den Mitgliedern der Gewerkschaften, auf energische Maßnahmen gegen den Zustrom von Ausländern, ist in der letzten Zeit deutlich stärker geworden und könnte einmal zu unüberlegten Handlungen führen [...]. Bei einem Öffnen der Schleusen ginge aber der Arbeitsfriede bald in Brüche.» (Steiner zitiert nach Buomberger 2004, 37)

In dieser Rhetorik lassen sich prototypische Argumentationsmuster der Neuen Rechten erkennen. Als dritte Disposition der Sozialen Frage lässt sich eine *ideologische Verschleierung des kapitalistischen Prinzips durch Personifizierung oder Ethnisierung sozialer Missstände*, indem national-soziale Ideologien nicht auf die Aufhebung des Kapitalverhältnisses abzielen, sondern auf ein reibungsloses Arbeiten im Dienste der «Volksgemeinschaft» bzw. Eidgenossenschaft.

Für die neue Soziale Frage ist dies insofern relevant, da seit den Antiglobalisierungsprotesten Ende der 1990er Jahren eine weltweite Wiederbelebung der Kapitalismuskritik stattgefunden hat. Die Debatte über die zunehmende Internationalisierung des Kapitals geht einher mit der Wiederkehr reformistischer und reaktionärer Ideen sowie der theoretischen Wiederbelebung der scheinbaren Gegensätze von Kapital und Staat, Finanzkapital und Industriekapital. Besonders die Neue Rechte spitzt den Verteilungskonflikt zwischen Arm und Reich unter einem protektionistischen Aspekt zu. Das heißt, rechtspopulistische Parteien und national-identitäre Organisationen besetzen die Soziale Frage und deuten sie in einen rassistischen Verteilungskampf um, in dem die Teilhabe an sozialstaatlichen Leistungen an nationale, ethische, kulturelle bzw. rassistische Merkmale geknüpft wird. Beispielhaft kann hier die Rede des AfD-Politikers Björn Höcke auf einer AfD-Demonstration in Schweinfurt am 28.4.2016 herangezogen werden:

«Die Soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach aussen.» (Höcke 2016)

Trotz aller nationalen wie regionalen Besonderheiten der Neuen Rechten zeichnet sich in ihrer Rhetorik ein gemeinsames Grundmuster

ab. Es besteht darin, Unmut, Unzufriedenheit und Kapitalismuskritik in völkisch-rassistische Deutungsmuster zu übertragen und Lohnabhängige zu mobilisieren, um ihren sozialen Status mittels Ressentiments zu verteidigen (Dörre 2016, These 1). Zusammenfassend lässt sich hier eine vierte Disposition der Sozialen Frage erkennen, in der *rassistische Abwertungsstrategien und national-sozialer Protektionismus als Antwort auf die Soziale Frage* eine Rolle spielen. Das heißt, die neue Soziale Frage geht nicht nur mit der Rationalisierung der Produktion, sondern auch mit einer Standortkonkurrenz einher, indem der Kampf um die verbleibende Erwerbsarbeit und damit um die je individuelle Existenzsicherung zu Angst vor Abstieg oder der Ausgrenzung anderer (potentieller) Erwerbstätigen führt. Die ideologische Fragmentierung verschiedener Gruppen hat den Effekt, das klassenbestimmende Ausbeutungsverhältnis durch die Akzentuierung nationaler oder identitärer Mehrheits-Minderheits-Anordnungen schwer durchschaubar zu machen. Nicht nur «rassistische» Minderheiten können zum Objekt dieser diskursiven Praxen werden, sondern auch «Faule», «Behinderte», «Arbeitslose», «Straffällige», «Alte», usw. Dementsprechend sind eine ganze Reihe von Abwertungsstrategien miteinander koppelbar, um den Klassenwiderspruch begrifflich zu entschärfen, das kapitalistische Prinzip zu verschleiern sowie eine prinzipielle Lösbarkeit durch national-sozialen Protektionismus zu propagieren.

3 Subjektebene

Wie durch die Darstellungen in den bisherigen Ebenen deutlich wurde sind zur Konstitution von gesellschaftlichen Verhältnissen Konzepte, Strategien und Mechanismen nötig. Reaktionen auf gesellschaftliche Bedingungen bzw. individuelle Bedeutungen und daraus resultierende Handlungs- und Bewältigungsstrategien sind Aspekte der Subjektebene. Aus Sicht der Kritischen Psychologie ist Denken und Handeln durch gesellschaftliche Bedingungen und individueller Bedeutungen dieser Bedingungen begründet und zwar gemäß den Interessen des Individuums (Markard 2000, 33). Wie schon beschreiben, liegt den Bedingungen «der zentrale gesellschaftliche Antagonismus zwischen Verwertungsinteresse des Kapitals und den subjektiven Lebensinteressen der einzelnen und die dadurch geprägte Form des «Lebens auf Kosten anderer»» (Holzkamp 1997, 45) zugrunde. Dadurch entsteht eine paradoxe Situation: Lohnabhängige produzieren Lebensbedingungen, unter denen sie zugleich leiden (Holzkamp 1997, 390). Kritische Psycholog_innen heben hierbei ein widersprüchliches Verhältnis von Möglichkeiten und

Behinderungen hervor, indem Individuen die Alternative haben, kapitalistische Verhältnisse mit begrenzten, restriktiven Handlungsstrategien zu bewältigen, die bloß zugestandenen Möglichkeiten der Lohnarbeit zu «nutzen» und nahegelegte Denkformen zu reproduzieren oder diese Möglichkeiten im Interesse aller zu verwerfen und zu erweitern (Markard 2000, 34). Zugespitzt ließe sich behaupten, dass die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsformation mit ihrer einheitlichen Wirtschaftsstruktur eine, zumindest formell, auch einheitliche Bewusstseinsstruktur hervorgebracht hat. Mit dem einen Unterschied, dass die herrschende Klasse sich in diesem Verhältnis bestätigt fühlt, den Klassenwiderspruch als ihre eigene Macht empfindet. Lohnabhängige sind dagegen den Bedingungen des Verwertungsprinzips ausgeliefert, jedoch mit der Möglichkeit, ihre Lebensbedingungen egoistisch unter prekären Bedingungen abzusichern oder unter ebenso prekären Bedingungen zu verändern. Die erste Möglichkeit

«wird einem dadurch <nahegelegt>, dass Versuche, die Einschränkungen, unter denen man handelt, zu sprengen, immer das Risiko implizieren, dass man in Konflikt mit den jeweils herrschenden Verhältnissen bzw. Kräften gerät, diese zurückschlagen und man auch noch den letzten Rest von Handlungsfähigkeit verliert.»
(Holzkamp 1997, 396)

Damit wird eine fünfte Disposition der Sozialen Frage deutlich, indem *die je eigene Existenzsicherung unter kapitalistischen Bedingungen mit Selbstschädigungen einhergeht*: Um das je individuelle Überleben zu sichern, werden einerseits Lebensbedingungen produziert, welche selbstschädigend sind und andererseits werden Selbstschädigungen in Kauf genommen, um an der Macht herrschender Strukturen zu partizipieren.

Dieser Mechanismus der permanenten Selbstschädigung unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen kann durch den Gründungsmythos des modernen Staates nach Thomas Hobbes weiter verdeutlicht werden. Eine zentrale staatsphilosophische Erkenntnis in seiner Schrift «Leviathan» (1651) hierzu lautet, dass der vorstaatliche Zustand der Menschen ein Naturzustand ist, in dem alle Menschen ein Recht auf alles haben: Dies ist das Recht, «nach welcher ein jeder zur Erhaltung seiner selbst seine Kräfte beliebig gebrauchen und folglich alles, was dazu beizutragen scheint, tun kann» (Hobbes [1651] 1996, 118). Nach Hobbes gefährdet dieses Recht auf alles das Eigentum und damit das je individuelle Überleben, weil «jedem nur das gehört, was er

erlangen kann, und zwar so lange, wie er es behaupten kann» (Hobbes 1996, 98). Das heißt, der Naturzustand ist Überlebenskampf, in der Konkurrenz, Misstrauen und Geringschätzung einen «Krieg aller gegen alle» produziert. Durch dieses Recht entstehe eine gegenseitige Beschränkung der Lebensgrundlagen und demzufolge auch eine Selbsteinschränkung. Die Folge dieses Zustands ist Angst: Angst vor Elend und Tod bzw. die «Furcht, gemordet zu werden, die stündliche Gefahr, ein einsames, kümmerliches, rohes und kurz dauerndes Leben zu leben» (Hobbes 1996, 115 f.). Diese Angst ist, laut Hobbes, der Anreiz, dass sich Menschen als territoriale Gemeinschaft zusammenschließen, um sich vor Rechtsfreiheit zu schützen. Friede hingegen könne erreicht werden, wenn der je Einzelne auf sein Recht auf alles verzichtet und seine Rechte freiwillig auf eine Obrigkeit, den Souverän, überträgt. Diese Autorität ist dadurch mit einem Gewaltmonopol ausgestattet, um Untertanen voreinander und Eigentumsverhältnisse zu schützen. Der Souverän ist somit die alleinige rechtsetzende, rechtsprechende und das Recht durchsetzende Instanz (Hobbes 1996, 99 ff.). Wenn auch diese Darstellung eine staatsphilosophische Überlegung von Hobbes ist und nicht eins-zu-eins historisch zu übertragen ist, so stellt dieser Mechanismus doch einen weiteren Regulatormodus bzw. die sechste Disposition der Sozialen Frage dar, indem *die Angst vor sozialem Abstieg Verhältnisse bestätigt, welche den sozialen Abstieg beschleunigen*: Zum einen stellen Gewaltmonopol und Eigentumsverhältnisse ein Gebrauchswertversprechen in Form einer Regelung zur Erhaltung der territorialen Gemeinschaft und Sicherung der je eigenen Existenz dar, weil an der Macht des Souveräns und des Kapitals partizipiert wird. Zum anderen ist das Gewaltmonopol und Kapitalverhältnis dem Souverän von Nutzen, indem es Autorität legitimiert und aufrechterhält (Kropotkin 1985, 19). Dadurch entstehen subjektive Handlungsbehinderungen und -dilemmata in der Frage, ob eine Person das Risiko eingehen kann, die je eigene Handlungsfähigkeit zu erweitern oder dadurch die aktuellen Lebens- oder Handlungsmöglichkeiten zu gefährden. Selbstschädigungen sind so als Reaktionen auf die Kombination von Bedrohungen und Bestechungen zu verstehen.

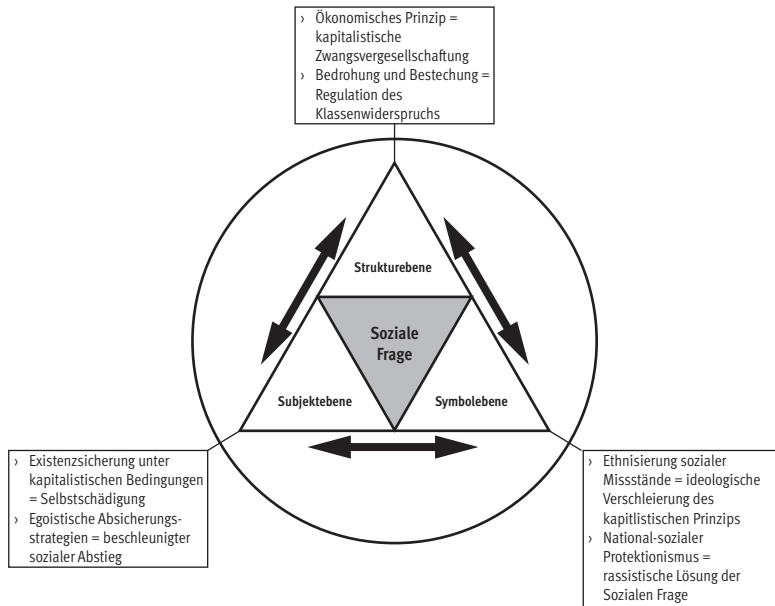
Zusammenfassend kann mit den Dispositionen der subjektiven Ebene auch die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien im Umgang mit der Sozialen Frage verdeutlicht werden. Nicht nur der Selbstmord ist, wie Engels im ersten Beispiel beschrieb, eine mögliche Strategie, sondern auch die soziale Notwehr in Form von «direkten Aktionen» oder das Herausbilden humanitärer oder revolutionärer Organisationen und Parteien zum kollektiven

Schutz gegen den Klassenwiderspruch. Bedeutsam in diesem Kontext ist die Gründung der ersten internationalen Arbeiterassoziation 1864, das Entstehen der Pariser Kommune 1871 oder die sozialrevolutionären Aufstände in den 1860er Jahren in Italien, welche sich in den 1880–1890er Jahren auf ganz Europa ausdehnten (Linse 1982). Aber auch erfolgreiche Versuche gegen den Klassenkampf, indem Aufstände gewaltsam niedergeschlagen werden oder soziale Absicherungen bzw. sozialstaatliche Versicherungen die Lohnabhängigen eingliedern und die internationalen Arbeiterbewegungen mit nationalistischen und rassistischen Trennungen entsolidarisieren sollen, lassen sich in diesem Kontext verstehen. Konnten die Effekte der Sozialen Frage während der Industrialisierung noch als «Klasse gegen Klasse» beschrieben werden, soll derzeit soziale Gerechtigkeit scheinbar nicht mehr in der Auflösung des Klassenwiderspruchs hergestellt werden, sondern in der sozialen Sicherung der je egoistischen Interessen mittels Abschottung der eigenen Nation gegenüber «Fremden». Die Transformation der neuen Sozialen Frage manifestiert sich daher auch in der Entsolidarisierung der Arbeitnehmenden und im Bedeutungsverlust von Gewerkschaften: Kapitalismusverlierer_innen finden sich nun in einem Zustand der Angst wieder, in dem scheinbar nur eine nationale Gemeinschaft Schutz bietet.

4 Fazit

Mit den zuvor beschriebenen Dispositionen zur Sozialen Frage zeichnet sich in der Gesamtschau ein Gefüge, indem mit dem kapitalistischen Zwang aus Geld mehr Geld zu machen Wechselwirkungen einhergehen, die zu Ausbeutung, individueller, unternehmerischer und staatlicher Konkurrenz sowie innerer Kolonisierung von Lebenswelten und Denkweisen führen. Das heißt, die in der Regel von polit-ökonomischen Prozessen angestoßene Soziale Frage produziert Verhältnisse, in denen sich die Bevölkerung allmählich an Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit gewöhnt, weil letztlich nur paradoxe und prekäre Bewältigungsstrategien im Umgang mit der Sozialen Frage entstehen: Denn indem die je eigenen Interessen durch die Akzeptierung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse verfolgt werden, werden sie auch zugleich verletzt, weil das konkurrenzfördernde ökonomische Prinzip aufrechterhalten wird und mögliche Bündnispartner_innen für die Erweiterung der gemeinsamen Lebensbedingungen verloren gehen. Frei nach dem Motto:

Abbildung 2: Dispositionen der Sozialen Frage



«Ich verrate um meiner unmittelbaren Absicherung, Bestätigung etc. willen die eigenen Entwicklungs- und Lebensmöglichkeiten.»
(Holzkamp 1997, 396)

Diese Mechanismen produzieren ein Gefüge von Regulationen, in denen Individuen ihr Verhalten selbst so regulieren, dass ihre Verhaltensweisen in einem relationalen Verhältnis zur Regulation stehen. Mit den beschriebenen Dispositionen können so auch die Reaktionen der Arbeitnehmenden auf einen drohenden Abstieg verstanden werden, indem eben diese selbstschädigenden Bedingungen in Kauf genommen werden, weil ein Erfolg im Konkurrenzkampf gesellschaftliche Teilhabe in Form von Konsum und politischer Verwaltung ermöglicht. Auf der subjektiven Ebene bleibt durch den Zwang – gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu akzeptieren, um das individuelle Überleben zu sichern – allzu oft nur noch die Angst als Bündnispartnerin übrig. Angst vor Arbeitsplatzverlust, Leistungsdruck, finanziellen Einbußen, Intensivierung der Arbeit oder die Angst vor einer

persönlichen Ressourcenerschöpfung sind ständige Begleiterscheinungen der Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital. In der Selbstmobilisierung der Individuen für herrschende Interessen zeichnet sich letztlich ein Verhältnis ab, in dem Menschen «unermüdlich an sich arbeiten, um zu erfolgreichen Subjekten ihrer Entfremdung zu werden und so über ihre Konkurrenten zu triumphieren» (Haug 1991, 42).

Die beschriebenen Dispositionen deuten weiter darauf hin, dass soziale Gerechtigkeit aktuell scheinbar nicht mehr in der Auflösung des gesellschaftlichen Klassenwiderspruchs bzw. zwischen «Arm und Reich» hergestellt wird, sondern in der Absicherung der je egoistischen Lebensgrundlage mittels der Abschottung der eigenen Interessen gegenüber «Anderen». Unter Berufung auf die Überlegenheit oder zumindest Vorrangigkeit der «eigenen Nation» oder «Rasse» usw. werden Sozialneid und Standortideologien etabliert, in denen der Stolz auf das «Eigene» dann zum passenden ideellen Lohn für eine Bevölkerung wird, «deren realer Lohn zum Leben immer weniger taugt, weil er als Manövriermasse für die Durchsetzung der eigenen Nation in der globalen Standortkonkurrenz vorgesehen ist» (Dozekal 2001, 12). Die Neue Rechten bzw. ihre *Führer* versuchen mit ihrer rassistischen und antikapitalistischen Ideologie des Protektionismus den Zustand der Angst und Furcht zu verstärken. Als Lösung bieten sie eine nationale Gemeinschaft und einen autoritären Staat an, der Schutz davor bietet, kein «einsames, kümmerliches, rohes und kurz dauerndes Leben zu leben» (Hobbes 1996, 116). Die Gefahr dieser Logik ist nicht nur das Abdriften in einen modernen Faschismus, sondern die autoritäre Aufrechterhaltung des kapitalistischen Prinzips und der Selbstverwertung des Werts.

Die Krux einer Antwort auf die Soziale Frage liegt darin, dass das Verfolgen egoistischer Interessen gleichzeitig auch eine Verletzung dieser ist. Sich einzurichten, sich mit den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abzufinden und unter diesen Bedingungen zu versuchen, einen Rest an Verfügungsgewalt zu erhalten sowie in Bestätigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse – zumindest partiell – an diesen teilzuhaben, ist vermutlich die Entscheidung, die auch ein Grossteil der Leser_innen dieses Textes getroffen haben. Gleichzeitig bedeutet dies, dass man

«die Bedingungen, die einem die Verfügung einschränken, selbst stärkt, d. h., die Kräfte bestätigt, die durch die eigene Handlungsfähigkeit bzw. Entscheidungsmöglichkeiten eingeschränkt sind.»
(Holzkamp 1997, 396)

In dieser Logik gibt es keine Alternative zur Bewältigung der Sozialen Frage als die fundamentale Abkehr vom kapitalistischen Verwertungs- und Wachstumszwang. Denn wie Marx beschreibt, sind Produktionsmittel, Geld bzw. Kapital vergegenständlichte tote Arbeit und im «Umfang, worin die vergegenständlichte Arbeit lebendige ersetzt, wird sie selbst ein Prozess, verwertet sie sich, wird sie ein Fluens, das eine Fluxion schafft» (Marx [1863–1865] 1968, 22). Das heißt, der kapitalistische Wachstumszwang ist also ein Prozess, der nur funktioniert, weil er sich permanent lebendige Arbeit einverleibt, die sich als «tote Arbeit» bzw. als Kapital wiederum vergegenständlicht. Diese Selbstverwertung des Werts führt dazu, dass ein kapitalistisches System, das keine Territorien oder Tätigkeiten mehr findet, die formell unterworfen, kapitalisiert oder abgespalten werden, sich von sich selbst bzw. von einem «Kampf aller gegen alle» nähren wird. Wenn das künftige kapitalistische Tempo nun durch die Subsumtion der Arbeit, durch Bedrohungen und Bestechungen und durch selbstschädigendes Verhalten an Dynamik zunehmen wird, wird der Hunger nach lebendiger Arbeit und letztlich nach Selbsterhaltung ein System hervorbringen, das durch Absorption zunehmend die Grenzen des Lebendigen auflöst und alles Menschliche einverleibt, bis eine tödlich wuchernde Entropie, eine unbelebte Welt, entsteht (Szepanski 2014, 11). In diesem kannibalischen Verwertungssystem werden Menschen leben, indem sie «eigentlich gar nicht mehr ganz leben, [...] weil sie sich selber bereits als die Dinge, als die Automaten erfahren, als die sie in der Welt verwendet werden» (Adorno 1988, 136).

Die Frage, die in diesem Zusammenhang offenbleibt, ist, wie wir als Sozialarbeitende uns zu diesen Verhältnissen verhalten und auf welche Seite wir uns stellen: Daran mitzuwirken die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse aufrechtzuerhalten und darauf zu hoffen, dass wir und unsere Klient_innen ein Rest an Handlungsfähigkeit behalten *oder* darauf hinzuwirken, dass die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird. Damit geht allerdings die Gefahr einher, in Konflikt mit denjenigen zu geraten, welche Sonderinteressen verfolgen, Privilegien und Gewalt besitzen sowie den Rest der zugestandenen Handlungsfähigkeit zu verlieren. Besonders das doppelte Mandat in der Sozialen Arbeit bringt Sozialarbeitende in unüberbrückbare Handlungswidersprüche. Als ersten Schritt zur Klärung dieser Frage bedarf es daher eine Debatte über die Sinnhaftigkeit des doppelten Mandates.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1988. Die verwaltete Welt oder: Die Krisis des Individuums. S. 121–143 in *Gesammelte Schriften*, Band 13, hrsg. von Max Horkheimer. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. 1998. Marx und die Grundbegriffe der soziologischen Theorie. Aus einer Seminarmitrchrift im Sommer 1962. S. 514–532 in *Dialektik der Wertform*, hrsg. von Hans-Georg Backhaus. Freiburg: ça ira.
- Agnoli, Johannes. 1995. *Der Staat des Kapitals*. Freiburg: ça ira.
- Althusser, Louis. 1977. *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Hamburg/Berlin: VSA.
- Althusser, Louis. 1985. *Schriften*, Bd. 4. Berlin: Argument.
- Bührmann, Andrea D. und Werner Schneider. 2008. *Von Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Diskursanalyse*. Bielefeld: transcript.
- Buomberger, Thomas. 2004. *Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*. Zürich: Orell Füssli.
- Castel, Robert. 2011. *Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums*, Hamburg: Campus.
- Castel, Robert und Klaus Dörre. 2009. *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/Main: Campus.
- Deleuze, Gilles und Félix Guattari. 1977. *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Dörre, Klaus. 2016. Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. <http://www.theoriekritik.ch/?p=2833> (12.06.2017).
- Dozekal, Egbert. 2001. Globalisierung – Ideologie und Realität, Manuskript zum Vortrag am 10.5. 2001 an der Fachhochschule Frankfurt/Main.
- Engels, Friedrich. 1845. *Die Lage der Arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen*. Leipzig: Wigand.
- Foucault, Michel. 1978. *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin: Merve.
- Goebbels, Joseph. 1929. *Der Angriff – Das kleine ABC des Nationalsozialisten*. Berlin: Selbstverlag.
- Hirsch, Joachim. 1974. *Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hirsch, Joachim. 1995. *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Berlin: Id-Verlag.
- Hirsch, Joachim. 2005. *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Hobbes, Thomas. [1651] 1996. *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Höcke, Björn. 2016. Rede vom 28.04.2016. Die neue Soziale Frage. <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238> (12.06.2017).
- Holzkamp, Klaus. 1997. *Schriften I. Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*. Hamburg: Argument.
- Hübner, Kurt. 1990. *Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie*. Berlin: Ed. Sigma.

- Jäger, Siegfried. 2001. Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. S. 81–112 in *Handbuch der Sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*, hrsg. von Reiner Keller et al. Opladen: Springer VS.
- Kropotkin, Peter. 1985. *Gesetz und Autorität*. Berlin: Libertad.
- Linse, Ulrich. 1982. ‹Propaganda der Tat› und ‹Direkte Aktion›. S. 237–269 in *Sozialprotest, Gewalt, Terror: Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lipietz, Alain. 1985. Akkumulation, Krise und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der ‹Regulation›. *Prokla* 58: 109–137.
- Markard, Morus. 2000. Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft. S. 29–35 in *Sonderpiranha*, hrsg. von Forum Kritische Psychologie. Berlin: Selbstverlag.
- Marx, Karl. [1863–1865] 1968. Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. In *Archiv sozialistischer Literatur 17, Neue Kritik*, Frankfurt a. M.: Neue Kritik.
- MEW 23: Marx, Karl. [1867] 1975. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In *Werke, Band 23*, hrsg. von Karl Marx und Friedrich Engels. Berlin: Dietz.
- Schatz, Holger und Andrea Woeldike. 2001. *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit. Zur historischen Aktualität einer folgenreichen antisemitischen Projektion*. Hamburg: ça-ira.
- Szepanski, Achim. 2014. *Kapitalisierung. Marx'Non-Ökonomie*. Hamburg: Laika.

Autorinnen und Autoren

Bernd Dollinger, Professor für Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Universität Siegen. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Theorie und Geschichte der Sozialpädagogik, Jugendkriminalität, Professionalität.

Kontaktadresse: bernd.dollinger@uni-siegen.de

Ruedi Epple, Sozialwissenschaftler (Politologie, Soziologie und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte). Nach beruflichen Engagements in verschiedenen NGOs war er bei der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte, beim Bundesamt für Statistik und zuletzt als Lektor am Studienbereich Soziologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit der Universität Freiburg wissenschaftlich tätig. Seit 2017 ist er im Ruhestand. Aktuell forscht er zur Geschichte der Armut und Unterstützung sowie zu sozialen Bewegungen in der Schweiz.

Kontaktadresse: ruedi.epple@unifr.ch

Barbara Fontanellaz, Leiterin Fachbereich Soziale Arbeit und Prorektorin der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Kontaktadresse: barbara.fontanellaz@fhsg.ch

Sibille Hartmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FHS St.Gallen. Aktuelle Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte, Theorie und Praxis kritischer und solidarischer Sozialer Arbeit. Praxiserfahrung: Offene Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit.

Kontaktadresse: sibille.hartmann@fhsg.ch

Manfred Kappeler, emeritierter Professor für Sozialpädagogik der TU Berlin. Sozialpädagoge, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut sowie Sachbuchautor.

Mathias Lindenau, Leiter Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit (ZEN-FHS) der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Angewandte Ethik und normative Fragestellungen der Sozialen Arbeit, politische Ideengeschichte sowie politische Philosophie.

Kontaktadresse: mathias.lindenau@fhsg.ch

Sonja Matter, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Departement Geschichte der Universität Basel und Dozentin an der Fachhochschule für Soziale Arbeit Bern. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Professionalisierung der Sozialen Arbeit, Geschichte der Armut und sozialen Sicherheit sowie Geschlechter- und Sexualitätsgeschichte.

Kontaktadresse: sonja.matter@unibas.ch

Susanne Maurer, Professorin für Erziehungswissenschaft / Sozialpädagogik der Philipps-Universität in Marburg. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: (Kritische) Theoriebildung und Historiographie der Sozialen Arbeit, Feministische Erkenntnisperspektiven, Bildung und Soziale Bewegung, Gesellschafts- und Geschlechtergeschichte(n) sowie Theorie-Praxis-Verhältnisse Sozialer Arbeit.

Kontaktadresse: maurer@staff.uni-marburg.de

Marcel Meier Kressig, Studiengangleiter MSc in Sozialer Arbeit, stv. Leiter Zentrum für Ethik und Nachhaltigkeit (ZEN-FHS) der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Gesellschaftstheorie, Sozialphilosophie, Theorien der Sozialen Arbeit, Handlungs- und Entscheidungstheorien.

Kontaktadresse: marcel.meierkressig@fhsg.ch

Carl Wolfgang Müller, emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften und Sozialpädagogik der TU Berlin. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Methoden der empirischen Sozialforschung, Methoden der Sozialen Arbeit, Geschichte der Sozialen Arbeit sowie Sozial- und Biographieforschung.

Stefan Paulus, Dozent, Institut für Soziale Arbeit (IFSA) der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Mitglied des Fachbereichsgremiums «Soziale Frage» der FHS St.Gallen. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Kritik der politischen Ökonomie, Subjektwissenschaft, Gouvernementalitätsstudien.

Kontaktadresse: stefan.paulus@fhsg.ch

Christian Reutlinger, Leiter des Instituts für Soziale Arbeit (IFSA) der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Sozialpädagogische Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit zu Wohnen und Nachbarschaften, Öffentliches Leben und Teilhabe, sowie Aufwachsen und Bildung.

Kontaktadresse: christian.reutlinger@fhsg.ch

Steve Stiehler, Studiengangleiter BSc in Sozialer Arbeit der FHS St.Gallen, Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Theorie der Lebensbewältigung, Vergemeinschaftung mit Fokus auf persönliche Beziehungen, Männer und Soziale Arbeit.

Kontaktadresse: steve.stiehler@fhsg.ch